DIE EREIGNISSE DES JAHRES 1848 IN IHRER ZEITFOLGE UND IHREM INNERN ZUSAMMENHANGE...

Johannes Günther





f. a. 52. a. 51.





Kossuth.

Die

Ereignisse des Jahres 1848

in ihrer Zeitfolge und ihrem innern Zusammenhange

dargestellt.

Herausgegeben

von

Dr. J. Günther.

Mit Abbildungen, Porträts, Plänen und Charten.



Jena,

Druck und Verlag von Friedrich Mauke.

1850.

Vorwort.

Im Laufe weniger Wochen war das Unglaubliche mit überraschender Schnelligkeit eingetreten; es war das durch die Julirevolution wenig erschütterte, aber schon in den ersten Regierungsjahren Louis Philipps neu begründete System der europäischen Staatsmänner, den Völkern die lang verheißenen Freiheiten vorzuenthalten oder den Schein von freier Verfassung, den man ihnen nicht hatte vorenthalten können, auf alle Weise zu verkümmern, umgestürzt und in Trümmer begraben worden; Metternich, der von keiner großen Idee erfüllt nur die engherzige Politik der Furcht und der Niederhaltung des freien Bürgersinnes mit Hülfe des Adels und der Geistlichkeit verfolgt, der Jahre lang Oesterreichs, ja Europa's Interessen an den nordischen Selbstherrscher für Sündensold verrathen hatte, hatte aus dem Reiche flüchten müssen, in welchem sein Wille bisher mehr vermocht und gegolten, als der Herrscher selbst und irgend ein Glied der Herrscherfamilie. Erst nach seiner Entfernung durften die Bürger auch der andern deutschen Staaten freier aufathmen und sich der Hoffnung hingeben, daß ihnen nicht in Kurzem, was sie von ihren Fürsten erhalten hatten, durch das Machtgebot von Wien oder durch Congreßbeschlüsse wieder entrissen werden würde. Er, der früher die leiseste Regung freien Strebens als Hochverrath gebrandmarkt und nur durch Nährung alten Partei-

und Nationalhasses zwischen den einzelnen Provinzen der Monarchie sein unnatürliches Regiment gestützt hatte, sah es bei dem Andrange der Bevölkerung Wiens zusammenbrechen und steht nun als der wahre Hochverräther da; denn sein System hat die Monarchie an den Rand des Abgrunds gebracht; sein Verfahren in den Jahren der Reaction seit 1833 hat das unselige Mißtrauen erzeugt, welches über so viele Blüthen der Märztage einen eisigen Sturmwind wehen ließ, daß sie nicht zur Frucht reifen konnten! Die vorher vereint gegen den gemeinsamen Feind gekämpft hatten, spalteten sich nun nach schnell errungenem Siege in verschiedene Haufen, weil nicht Alle Eines Sinnes darüber waren, wie weit man gehen, wie viel man noch erstreben solle. An die Stelle derer, die es mit dem Volke wahrhaft wohl meinten, drängten sich bald seine falschen Freunde, welche die unedelsten Elemente der minder gebildeten Classen an sich zogen, sie durch glänzende Verheißungen von einem glücklichen Zustande, den eine Verfassungsänderung ihnen bringen würde, zu offenem Widerstreben gegen das Bestehende aufstachelten und in den Städten in ihren Reden — was das Thörichtste war — die Besitzenden als diejenigen denuncirte, welche seit Jahren ein schreiendes Unrecht an ihnen begangen und endlich zurückgeben müßten, was sie vom Schweiße des Arbeiters erpreßt hätten. Mögen auch unter jenen nicht wenige kurzsichtige Enthusiasten für Erleichterung des armen gedrückten Volks, wie auch einige mit der Welt zerfallene Fanatiker sich befunden haben; ein großer Theil jener Volksführer waren Leute ohne sittlichen Halt, ohne Treu und Glauben, oft selbst in ihrer bürgerlichen Stellung heruntergekommen — und die Persönlichkeit solcher Volksredner trug viel dazu bei, ihre Sache bei dem besonnenen Bürger in Mißcredit, ja selbst den Namen der Demokratie in Verruf zu bringen. Dennoch gelang es ihnen, unterstützt von den Fehlern einzelner Regierungen, deren neue Lenker ihre

Stellung zwischen den zahlreichen Anhängern des gestürzten Systems und den Forderungen der Zeit nicht immer sogleich begriffen, in einem Theile des Volkes ein fortdauerndes Mißtrauen zu nähren, welches alle Maßregeln der Staatsgewalt lähmte; es gelang ihnen, den zaghaftern Theil der Wohlhabenden und Gebildeten durch Furcht vor den kräftigen Armen ihrer fanatischen Anhänger einzuschüchtern und zu einem fast unbedingten Anschlusse an die Regierung, ja selbst an die Anhänger des Alten hinzudrängen. Auf diese Weise wurden die Regierungen und die Centralgewalt durch einen Theil der Bevölkerung selbst, der Ruhe und gesetzliche Ordnung um jeden Preis wiederhergestellt sehen wollte, gedrängt, bewaffnete Macht in Anspruch zu nehmen; leider aber traten nun, im Bunde mit solchen Fanatikern der Ruhe, auch viele heimliche Anhänger der alten Ordnung der Dinge wieder hervor, und die Gefahr ist nicht fern, daß es diesen gelingen könne, größeren Einfluß auf die Leitung der Staaten zu gewinnen und die Männer, welche von dem Vertrauen des Volks getragen in den Märztagen an das Ruder gebracht worden waren, allmählig von demselben wieder wegzudrängen. Ein Blick auf die Bewegung in Wien und auf die etwas Aehnliches drohende Lage der Dinge in Berlin lehrt es deutlich, wie Noth es thut, daß endlich die besonnenen und vaterlandsliebenden Männer aller Parteien, die es ehrlich meinen und denen es nicht um Befriedigung ihrer Eitelkeit, nicht um eine glänzende Stellung in der neuen Ordnung der Dinge, sondern einzig um das Glück und die Stärke des deutschen Volks zu thun ist, sich zusammenschaaren, um einen mächtigen Damm gegen die freiheitsfeindlichen Gelüste der Rückschrittsmänner, wie der Männer des Umsturzes zu bilden, die sich beide provociren, einander in die Hände arbeiten und in ihrem Zusammenstoße die Freiheit, wie das wahre Wohl der Völker zertrümmern werden.

Was die nächste Zukunft bringen wird, ist uns verborgen; aber wie trübe auch die Aussichten sind, was auch auf die ereignißvollen Tage des vergangenen Frühjahrs und Sommers folgen möge, der Geist wird sich nicht unterdrücken lassen und die Erinnerung an die heldenmüthigen Kämpfe der Februar- und Märztage darf uns durch einzelne Ausartungen und Auswüchse der folgenden Monate nicht getrübt werden. Die nachfolgenden Blätter haben den Zweck, die bedeutendsten Ereignisse jener Tage und ihren Zusammenhang mit den gegenwärtigen Zuständen dem deutschen Staatsbürger vor das Auge zu führen; wenige Andeutungen über ihren Zusammenhang mit den vorhergehenden Zuständen und Stimmungen der Völker Europa's seit 1830 werden genügen, das in die Erinnerung zurückzurufen und klar zu machen, was wir vor wenig Monaten selbst erlebt oder mit größter Spannung vernommen haben.

Die Februarrevolution in Paris.

Nachdem im Julius 1830 die Verblendung der altadligen durch Polignac repräsentirten Partei und der pfäffischen Rathgeber Carl's X. diesen zur offenen Verfassungsverletzung durch Erlaß der berüchtigten Ordonnanzen getrieben hatte, durch welche die Preßfreiheit beschränkt, die Deputirtenkammer aufgelöst und eigenmächtig eine neue Wahlart vorgeschrieben wurde, welche den königlichen Beamten mehr Einfluß auf dieselbe gestattete: hatte die Erhebung des Volks binnen drei Tagen die geringe in Paris versammelte Streitmacht unter Marmont, welche keine Unterstützung, ja nicht einmal die nöthigen Lebensmittel erhielt, überwältigt und aus der Stadt gedrängt; der übel berathene König in St. Cloud, welcher zu spät sein Ministerium ändern, zu spät zu Gunsten seines Enkels, des Herzogs von Bordeaux, entsagen wollte, mußte nach dem entfernteren Schlosse Rambouillet und von da nach Cherbourg flüchten, von wo er sich nach England einschiffte. Die in Paris anwesenden Deputirten vereinigten sich zu dem Beschlusse, den Herzog von Orleans, der auf seinem nahen Schlosse in Neuilly war, zum Statthalter des Königreichs zu ernennen und wenige Tage nachher (den 9ten August) wurde er König der Franzosen, von Lafayette selbst, dem Commandanten der Nationalgarde, dem Volke als „die beste der Republiken" bezeichnet. Wenn auch schon

damals die Partei derer, die das Königthum abgeschafft wissen wollten, nicht gering war, und namentlich unter den jungen Leuten viele Anhänger zählte, so wirkte doch die Erinnerung an die Schreckenszeit unter Danton und Robespierre, die Liebe zur Ruhe und der Wunsch, daß die Stockung des Handels und der Gewerbe wieder aufhören möchte, bei der Nationalgarde am meisten dahin, daß sie mit Freuden den Bürgerkönig anerkannte und seinen Thron gegen die Anhänger des gestürzten älteren Zweigs der bourbonischen Familie, wie auf der andern Seite gegen alle diejenigen beharrlich und nachdrücklich unterstützte, welche das Princip der Julirevolution anerkannt und die damals gegebenen Verheißungen „die Charte sollte von nun an eine Wahrheit seyn", „der Thron solle von republikanischen Institutionen umgeben seyn" erfüllt sehen wollten. Einen großen Fehler hatte man in jenen Tagen dadurch begangen, daß man nicht das Wahlgesetz in mehr demokratischem Sinne umgestaltet, sondern nur eine geringe Ermäßigung des hohen Steuersatzes für die Wahlberechtigten (240 statt 300 Francs) und des noch höheren für die Wählbaren (750 statt 1000) bewilligt hatte; denn dadurch wurden die zu Ministern ernannten Männer des vorsichtigen Liberalismus und der politischen Theorie (Doctrinärs) in der Kammer in eine üble Stellung zwischen jene wahrhaft freisinnige Minderheit (Lafayette, Odilon Barrot, Mauguin, die sich aber auf die Wünsche des Volks und namentlich der muthigen und siegesfreudigen Jugend von Paris stützen konnte) und die beim Volke nicht beliebte Mehrheit von Männern des Stillstands, der Geldaristokratie, eingezwängt. Außerdem wurden sie aber auch durch die Verlegenheiten, welche ihnen der Trotz der Carlisten und Pfaffen und die Aufläufe der Republikaner bereiteten, und durch allzuängstliche Rücksicht für die fremden Mächte zu jenem verderblichen Schaukelsystem genöthigt, dem erst der Banquier Casimir Perier (unter dem Namen des Sy-

stems der gerechten Mitte, Justemilieu) einen festeren Halt, aber eben im Widerstand gegen die Bewegung, in der Verleugnung des Princips der Julirevolution gab. Seine Stützen waren die Geldmänner in der Kammer und außer jener Mehrheit der Spießbürger (Epiciers) in der Nationalgarde, deren Zuneigung der König sich zu erhalten wußte, die Vereinigung aller Fäden der Staatsgewalt in seiner Hand, so daß alle Beamten von ihm abhängig waren (Bureaukratie), endlich das Militär, das durch den Kriegsminister Soult besser organisirt wurde und in dem noch unter Carl X. eroberten Algier, in Ancona, das beim Einmarsch der Oesterreicher in den Kirchenstaat besetzt ward, und in Belgien (Aug. 1831 und December 1832) theilweise Beschäftigung fand; doch waren diese Züge nur erbärmliche Zugeständnisse, die man der öffentlichen Meinung machen zu dürfen glaubte, ohne es deßhalb offen mit den Mächten der heiligen Allianz zu verderben. Die Republikaner, welche ihre Unzufriedenheit mit dem Schaukelsystem, mit dieser Politik des Friedens um jeden Preis (selbst um den Preis der Ehre) mit der Nachsicht gegen die Carlisten offen an den Tag legten und auf Umsturz der Verträge von 1815, auf offene Unterstützung aller für die Freiheit sich erhebenden Völker und auf Wiedereroberung des linken Rheinufers drangen, versuchten schon in den ersten Jahren verschiedene Schilderhebungen, so am 21. und 22. December 1830 bei Gelegenheit des Urtheilsspruchs über die Minister Carls X., am 14. Februar 1831 bei der von dem Erzbischof von Paris angestellten Todtenfeier zu Ehren des Herzogs von Berry in der Kirche St. Germain l'Auxerrais, im April bei Gelegenheit des Processes der in den Decemberunruhen Verhafteten, am 14. September wegen des Falles von Warschau und am 21. November in Lyon, wo die unbeschäftigten Seidenarbeiter einen Aufstand erregten.

Ein heftigerer Kampf entspann sich im folgenden Jahre, in wel-

chem auch die Anhänger des Herzogs von Bordeaux (Henriquinquisten) einen Aufstand in der Vendée erregt hatten, in Folge des Rechenschaftsberichts von 40 Deputirten der Opposition, bei dem Leichenbegängnisse des Generals Lamarque, wo die jungen Republikaner noch zuletzt das Kloster Méry mit Heldenmuth vertheidigten. Ein nicht minder hartnäckiger Kampf brach aus im April 1834 in Lyon (vom 9.—14.) und in der Straße Transnonain in Paris (am 13. und 14.), in Folge dessen die Gesellschaft der Menschenrechte aufgelöst und viele ihrer Mitglieder in Untersuchung gezogen wurden (unter diesen der später 1835 entflohene Journalist Godefroy Cavaignac, der Bruder des jetzigen Präsidenten des Ministerraths). Aber alle diese Aufstände, von denen manche durch die Polizei selbst erregt wurden, wie die späteren Mordversuche auf Louis Philipp, schienen mehr seinen Thron zu befestigen, zumal da auch seine Friedenspolitik ihm im Ausland Stützen gab. Dagegen benutzten die Männer des Stillstands, die sich um seinen Thron schaarten, jede solche Gelegenheit, die wenigen Volksmänner von allem Einflusse an der Leitung des Staats wegzudrängen und die beschränkendsten Gesetze über Versammlungs- und Associationsrecht, sowie über Preßvergehen durchzubringen. Um die Mehrheit in der Deputirkammer zu behalten, suchte man die Deputirten wie ihre Wähler durch Beförderungen, durch Begünstigungen aller Art, besonders der Banquiers, Capitalisten und großen Fabrikbesitzer, sowie der Actionärs auf Kohlengruben und Eisenbahnen zu gewinnen. Hinter den verantwortlichen (?) Ministern, die häufig wechselten, stand der schlaue, auch den Geldspeculationen ergebene König, der nach der Verfassung nur die Staatseinheit vorstellen, nicht mitregieren und verwalten sollte; von Kurzsichtigen gefeiert als der Schlauste der Schlauen, der die unruhigen Franzosen in Ruhe zu erhalten wisse, nachdem er ihnen ihre Freiheiten entrissen, und dem es 1840

durch das von dem zweideutigen Thiers erhobene Kriegsgeschrei gelungen war, Paris, den Herd jeder Revolution, mit einer Kette von kleinen Festungen zu umgeben, die jede neue Revolution unmöglich machen mußten! Aber freilich änderten selbst viele Anhänger des Bestehenden und die Friedliebendsten ihr Urtheil über seine Rechtlichkeit, an die sie bisher geglaubt hatten, als sein Streben immer mehr hervortrat, seine zahlreiche Familie möglichst gut zu versorgen und seine Dynastie durch Verbindungen mit auswärtigen Herrscherfamilien zu befestigen; als der Herzog von Nemours durch seine Heirath mit Victoria von Coburg-Cohary mit der englischen und portugiesischen Regentenfamilie in Verwandtschaft trat, als der Herzog von Joinville die Schwester des Kaisers von Brasilien und — was den größten Sturm von Seiten der auswärtigen Diplomatie hervorrief, und den letzten Faden des Zusammenhalts zwischen England und Frankreich zerriß — der Herzog von Montpensier die Schwester der Königin von Spanien heirathete. Auch hielten Viele es für die Aufrechthaltung der Verantwortlichkeit der Minister bedenklich, daß die Prinzen fast alle zu den höchsten Stellen in der Armee befördert wurden, der Herzog von Joinville sogar zum Admiral der Flotte, der Herzog von Aumale zum Generalgouverneur von Algier, wo ihm gleich bei dem Antritt seines Amts das Glück zu Theil ward, daß Abdel Kader, von den Maroccanern über die Grenze gedrängt, sich den Franzosen ergab. Aber wie die Eroberung Algiers dem Sturze Carls X. nur wenige Wochen vorherging und mittelbar dazu beigetragen haben mag, indem sie seinen Ministern ein zu großes Vertrauen auf das Gelingen ihres beabsichtigten Staatsstreichs einflößte: so folgte 1848 auf jenes wichtige Ereigniß, das den Besitz Algeriens und die ruhige Colonisation erst sicherte, nach wenigen Wochen der Sturz Louis Philipps.

Durch die engherzige freiheitsfeindliche Politik des Ministeriums Guizot (zu welcher es besonders seit dem Abschlusse der spanischen Heirath in Folge der dadurch herbeigeführten Spannung mit Englands Minister des Auswärtigen, Palmerston, und durch sein hierdurch nothwendig gewordenes engeres Anschließen an Metternich gedrängt worden war), besonders durch die Niederhaltung der Freiheitsbestrebungen in den italienischen Staaten, wie durch die geheime Unterstützung der sonderbündlerischen Cantone gegen die radicale Mehrheit der eidgenössischen Cantone, wobei das Journal des Debats (das Organ Guizots) offen für die Jesuiten in Freiburg und Luzern Partei nahm und der französische Gesandte, Bois le Comte, sogar den Briefwechsel der von einander getrennten Bundesgenossen vermittelte; durch dieses alles war der letzte Rest von Sympathie für die Herrschaft Louis Philipps bei der großen Mehrzahl der Franzosen untergraben worden, die es nicht ertragen mochten, daß sie, bisher immer die Vorkämpfer der Freiheit, jetzt im Auslande als Unterdrücker derselben und als Helfershelfer des Despotismus verschrieen wurden. Im Innern hatte nicht nur die wiederholte Bewilligung von Zwangsgesetzen gegen die Freiheit der Meinungsäußerung und gegen die Gesellschaften, sowie die übermäßige Bevorzugung der großen Capitalisten und der Actiengesellschaften bei allen Unternehmungen, sondern auch der hartnäckige Widerstand des Ministeriums Guizot und der von ihm abhängigen Majorität der Geldmänner in der Kammer gegen die oft beantragte Wahlreform auch die Deputirtenkammer unpopulär gemacht, bei deren Erwählung gesetzlich nur etwa 200,000 der höchstbesteuerten Franzosen mitzuwirken berechtigt waren. Dazu waren die im Jahre 1847 besonders zahlreichen Scandale von Bestechung der Beamten und Wähler, der Erkaufung von Stellen und Concessionen, ja selbst die Ermordung der Herzogin von

Praslin durch ihren Gatten, von den Gegnern des Ministeriums, selbst von seinen früheren Anhängern, die früher hinter den Vorhang geschaut hatten, wie dem Redacteur der Presse, Girardin, reichlich ausgebeutet worden. Hierzu kam die schlechte Finanzverwaltung, durch die das jährliche Budjet auf 1800 Millionen Francs gesteigert worden war; die großen Opfer, welche die Theurung in der ersten Hälfte des Jahres 1847 erfordert hatte, hatten überdieß eine neue Anleihe von 350 Millionen nöthig gemacht; endlich lagen Handel und Gewerbe sehr darnieder und viele Arbeiter waren brodlos. Während die Kammer geschlossen war, hatten die Mitglieder der dynastischen Opposition (Duvergier de Hauranne, Odilon Barrot) in verschiedenen Städten Frankreichs Reformbankets gehalten (seit Nov. 1847), in denen sich das Verlangen des Volks nach Wahlreform laut und energisch aussprach. Ja, bei den Banketten in Lille, Dijon und an anderen Orten hatten sogar in republikanischem Sinne gehaltene Reden von Ledru-Rollin und Gleichgesinnten vielen Anklang gefunden. — Freilich hatten bei solchen Aeußerungen jene Mitglieder der Kammer, die auf Ministerposten speculirten, sich entweder nicht betheiligt oder ihre Anhänglichkeit an das Julikönigthum offen ausgesprochen; und es entspann sich daher zwischen ihrem Organe, dem „Siècle", und den republikanischen Blättern „Réforme" und „National" ein heftiger Kampf, über den das ministerielle „Journal des Debats" frohlockte. Vielleicht bestärkte diese Uneinigkeit seiner Gegner Guizot in seiner Hartnäckigkeit, im Ministerium zu bleiben und der in den ersten Tagen des Januar 1848 neu zusammentretenden Kammer keinen Entwurf eines Gesetzes über Wahlreform vorzulegen. Da überdieß Louis Philipp bei jenen Banketten persönlich verletzt worden war, indem sein Name entweder gar nicht genannt, oder ein Toast auf ihn mit tiefem Schweigen aufgenommen worden war, brachte ihn Guizot dahin, daß

er trotz der Warnung seiner sterbenden Schwester Adelaide in der Thronrede bei Eröffnung der Kammern jene Kundgebungen als das Werk „verblendeter und feindlicher Leidenschaften" brandmarkte, obgleich sich über hundert Deputirte und sogar einige Pairs bei jenen Banketts betheiligt hatten. In der Debatte über die Antwortsadresse der Kammer, deren Entwurf ein Echo der Thronrede war, wurde tagelang gestritten, ob jener Ausdruck auch aufzunehmen sei; trotz der Warnungen aller Besonnenen bestand doch Guizot darauf und setzte es mit Hülfe der ihm ergebenen Deputirten am 24. Jan. durch, von denen freilich die Wahl Einzelner, z. B. von Richond de Bruys im Loiredepartement, durch den schnödesten Mißbrauch der für Unterstützung von Gutsbesitzern verwilligten Summen erlangt worden war, welche bei der Ueberschwemmung Schaden gelitten hatten. Es ergab sich nämlich aus den eingegangenen Protesten, daß die Ländereien manches hierbei durch die Regierung bedachten Wählers mehrere hundert Fuß über dem Wasserspiegel der Loire lagen. — Schon während der Verhandlungen in der Kammer über Aufnahme jenes die Theilnehmer an den Reformbanketten beschimpfenden Ausdrucks in die Adresse hatten die Wähler des zwölften Bezirks von Paris (auf dem südlichen Ufer der Seine, wo die dicht bevölkerte Vorstadt St. Jacques und der Mont Parnasse stehn) ein Reformbankett für 1500 Personen angekündigt, zu welchem der von ihnen gebildete Ausschuß 90 Deputirte und drei Pairs (de Boissy, d'Harcourt und d'Alton-Shee) einlud, die es auch in Folge jenes Kammerbeschlusses und der Erklärung des Ministers des Innern, Duchatel, annahmen, wonach kraft eines Gesetzes von 1791 hierzu die Erlaubniß der Polizeibehörde nachgesucht werden müsse und er in diesem Falle wegen der herrschenden Aufregung von dem Rechte der Verweigerung Gebrauch machen wollte. Aber nun zeigte sich die Zaghaftigkeit und Halbheit Odilon Barrot's und seiner Collegen, die

zwar das Ministerium Guizot stürzen, aber es mit dem Könige nicht verderben wollten. Zuerst unterhandelte ein aus ihrer Mitte gewählter Ausschuß mit dem Ministerium und dieses verhieß nun den Zug, an dem Nationalgarden ohne Waffen und Studenten, sowie Zöglinge der polytechnischen Schule sich zu betheiligen versprochen, nicht durch Polizei oder bewaffnete Macht stören zu wollen, sondern erst, nachdem sie in dem Pavillon auf der Besitzung des Generals Thiars in den Elysäischen Feldern *) sich niedergesetzt hätten, sie durch Polizeibeamte zum Auseinandergehen auffordern zu lassen, worauf sie hinwiederum versprachen, nach Aufnahme ihres Protestes durch einen Beamten sich zu entfernen und später in der Kammer ihre Beschwerden gegen die Minister anzubringen. Als nun aber der Bankettausschuß der Wähler am 21. Februar die reformistische Kundgebung in den Oppositionsblättern ankündigte und die Nationalgarden, welche, „um die Freiheit zu beschützen und durch ihre Gegenwart die Ordnung aufrecht zu erhalten", an dem Bankett Theil nehmen wollten, aufforderte, sich an der Kirche Madeleine zu versammeln und zu beiden Seiten der Eingeladenen Spalier zu bilden: da ließ das Ministerium dennoch das Gesetz gegen Zusammenrottungen an den Straßenecken anschlagen, und in der Kammer erklärte Duchatel, diese Aufforderung an Nationalgarden könne nur von der gesetzlichen Behörde ausgehen, und darum habe der Polizeipräfect den Zug verboten. Aehnlich sprach sich in einem Anschlag General Jacqueminot an die unter seinem Commando stehende Nationalgarde aus und mahnte sie von der Theilnahme am Zuge ab. Vor-

*) Denn auch dieses Zugeständniß hatten sie gemacht, daß das Bankett nicht in jenem von Arbeitern bewohnten Bezirk jenseits der Seine, sondern in den weit von den Arbeitervierteln entlegenen Elysäischen Feldern im Nordwesten der Stadt gehalten werden sollte.

sichtsmaßregeln gegen Aufläufe waren schon in den vorhergehenden Tagen getroffen und ein Theil der umliegenden Forts mit Kanonen und Schießvorrath versehen worden. Die Deputirten der Linken hielten nun Rath, wie sie sich zu verhalten hätten; 18 derselben (darunter Lamartine, Ledru-Rollin) und die drei Pairs stimmten dafür, dem Ministerium Trotz zu bieten und an dem Bankette Theil zu nehmen. Die Mehrzahl zog sich feig zurück; die Gesammtheit machte ihren Entschluß noch am 21. öffentlich bekannt und kündigte nur eine Anklage des Ministeriums an; abermals eine eitle Drohung, von der sie voraussehen mußten, daß sie mit derselben nicht durchdringen würden. Sie waren früher nicht, wie die Ehre ihnen gebot, in Masse aus der Kammer getreten; sie hatten jetzt auf's Neue ihre Unfähigkeit, Zaghaftigkeit und Haltungslosigkeit klar an den Tag gelegt: an sie konnte das Volk ferner nicht vertrauensvoll sich anschließen, das ja auch längst insgeheim von den Männern der blauen und der rothen Republik (den Männern des „National" und „Réforme", Marrast und Ledru-Rollin) bearbeitet worden war und dort seine Sympathieen fand. Doch sollen die Deputirten noch am Abend des Tages in einer abermaligen Versammlung ihren Entschluß geändert und sich dahin vereinigt haben, dennoch an dem Zuge und an dem Bankette Theil zu nehmen; da kam die Nachricht, daß der Ausschuß der Festordner selbst das Bankett aufgegeben und das dafür bestimmte Local habe schließen lassen.

So standen die Sachen am Vorabend des ersten Tages. Es war von Seiten der Liberalen Alles versucht worden, um einen Zusammenstoß mit der beträchtlichen Truppenmacht zu vermeiden, die in Paris und in dessen nächster Umgegend vereinigt worden war, und die binnen wenigen Stunden mit Hülfe der Eisenbahnen bis auf 80,000 Mann vermehrt werden konnte, da die Eisenbahnbeamten die Anweisung er-

halten hatten, in den entfernteren Garnisonstädten zahlreiche Wagen zum Transport von Truppen nach Paris bereit zu halten. Mit dieser Hülfe mochte das Ministerium, das seine Gegner in der Kammer verachtete, hoffen, leicht jeder Bewegung Herr zu werden, zumal da die Nationalgarde bei allen früheren Aufständen an Louis Philipp festgehalten und selbst mit Aufopferung die Ruhe hergestellt hatte. Daß es dieß Mal auf diese nicht werde bauen dürfen, sagte die „Réforme" schon mehrere Tage vorher voraus; und nicht gering durfte es geachtet werden, daß die Compagnieen der Nationalgarde, welche die Wache in den Tuilerieen beziehen sollten, schon mehrere Tage hinter einander unter dem Rufe: „es lebe die Reform" vor den Fenstern des königlichen Schlosses aufmarschirt waren. Aber verlangte auch die Mehrheit der Nationalgarde die Wahlreform und ein anderes Regierungssystem, so wollte sie doch das Königthum erhalten wissen; hätte also jetzt das Ministerium abgedankt, so würde sie das neue aus den Reihen der Linken genommene gegen die Schilderhebungen der Republikaner unterstützt und vereinigt mit den Linientruppen jeden ernstlichen Versuch, die Republik zu proklamiren, unterdrückt haben. Die Hartnäckigkeit Guizot's, oder — wenn man dem Gerüchte glauben darf, daß er schon mehrere Tage vorher vergeblich seine Entlassung angeboten habe — die Unbeugsamkeit des hochbejahrten Königs wollten es auf's Aeußerste ankommen lassen, und Niemand, selbst wohl die Republikaner nicht, mochte damals im Ernst an die Möglichkeit denken, daß binnen dreimal vierundzwanzig Stunden auch der jüngere Zweig der bourbonischen Königsfamilie gestürzt seyn würde!

Dienstag den 22. Februar. Am frühen Morgen zogen zahlreiche Scharen von Arbeitern und Jungen aus dem Volke nach den Boulevards*) und dem Platze der Kirche Madeleine, auf welchem

*) Den ehemaligen Wällen, welche die innere Stadt Paris umgeben und an denen sich die eleganteſten Kaufläden befinden.

nach der früheren Bestimmung der Zug sich hatte aufstellen sollen. Um 10 Uhr versammelten sich auf dem Platze des Pantheon im gelehrten Viertel (Quartier latin) die Studirenden der medicinischen und der Rechtsschule, im Ganzen gegen 1500, und zogen paarweise nach der Seine, an deren Ufer sie mit einem Haufen von 2000 Arbeitern zusammentrafen, sich mit diesen vereinigten und gemeinschaftlich nach jenem Versammlungspuncte auf den Boulevards begaben. Dort und in den benachbarten Straßen drängten sich um die zwölfte Stunde dichte Volkshaufen zusammen und bekundeten ihre Gesinnung durch die Rufe „Es lebe die Reform", „nieder mit Guizot"; machten aber auch ihrem Unwillen gegen die Deputirten der Opposition Luft. Ein Theil zog nach dem Hotel des auswärtigen Ministers (Guizot) am benachbarten Boulevard des Capucines, warf dort einige Fenster ein, wurde aber durch die im Hofe aufgestellten Municipalgarden vertrieben. Ein anderer Theil drängte nach dem Platze de la Concorde und nach der gleichbenannten Brücke (ehemals Brücke Ludwigs XV. genannt), welche zu dem Sitze der Deputirtenkammer, dem Palast Bourbon, führt, und deren Zugang durch Dragoner vertheidigt ward. Einige drangen jedoch durch und gelangten bis an den Palast, die meisten aber wurden nach den Elysäischen Feldern zurückgeworfen, welche während des Nachmittags der Schauplatz von Unruhen ohne ernsten Charakter blieben. Ueberall, wo die Truppen erschienen, wurden sie mit dem Ruf „es lebe die Linie" freundlich begrüßt. Bedenklichere Kämpfe fanden in der Vorstadt St. Marceau und an dem Thore Statt, welches den Eingang zur Vorstadt St. Martin bildet; und diese schien, wie die späteren Kämpfe beweisen, von den Republikanern zum Mittelpuncte ihrer Schilderhebung ausersehen zu seyn. An einigen Puncten, so auf dem Hauptwege der Elysäischen Felder, auf dem Markt St. Honoré und in der Straße Rivoli wurden Barrikaden errichtet, aber

meist ohne Schwierigkeit durch die Truppen oder durch die Municipalgarden genommen. Mehrere Waffenläden wurden vom Volke geplündert.

Um 2 Uhr begann die Sitzung der Deputirtenkammer in gedrückter Stimmung; Odilon Barrot mit Duvergier de Hauranne und seinen übrigen Meinungsgenossen trat ein und legte den Anklageact gegen die Minister auf den Schreibtisch der Kammer nieder, den indeß der Präsident Sauzet nicht vorlas. Ohne über die Vorgänge des Tages zu verhandeln, lieh man doch der Berathung über die Privilegien der Banken, welche auf der Tagesordnung war, keine ernste Aufmerksamkeit; Guizot und der Marschall Bugeaud unterhielten sich mit einander und verheimlichten sich nicht, daß es einen heißen Kampf wenigstens in der Nacht geben könne. In der Pairskammer stellte de Boissy eine Anfrage wegen der Maßregel des Ministeriums in der Bankettangelegenheit; doch ging die Versammlung über seinen Antrag, wie sie schon oft gethan, zur Tagesordnung über.

Erst um 5 Uhr wurde die Nationalgarde, der man nicht viel guten Willen zutrauen mochte, zusammengetrommelt, auch erschien sie nicht in allen Bezirken mit gleichem Eifer und in der entsprechenden Zahl; manchen wurden auf dem Wege zu ihren Allarmplätzen die Waffen von Aufständischen abgenommen. Manche Legion aber wurde, als sie rief „es lebe die Reform!" von dem Volkshaufen freudig begrüßt. — In den Abendstunden nahm die Aufregung in den Elysäischen Feldern zu; aus den Stühlen an den Spaziergängen errichtete man einen großen Scheiterhaufen, warf die Laternen ein und steckte die Stationshäuser der Accisebeamten und der Omnibus, sowie ein Wachhaus der Municipalgarden in Brand. Die ganze innere Stadt wurde von Patrouillen durchzogen; die Zöglinge der polytechnischen Schule wurden von ihren Oberen zurückgehalten, als ein Trupp Studenten sich vor

dem Gebäude aufstellte und patriotische Lieder sang. Gegen 8 Uhr Abends hielt der König mit zweien seiner Söhne Revue über 10,000 Mann Truppen und eine Abtheilung Nationalgarde auf dem Carrouselplatze; später vernahm man gegen Batignolles zu einzelne Schüsse, abgefeuert von kleineren Trupps, welche in der Vorstadt von einzelnen Hausbesitzern die Gewehre erpreßt hatten und mit denselben die Patrouillen und die Accisestationen angriffen. Gegen Mitternacht war die Ruhe überall hergestellt. Die Theatervorstellungen waren an diesem Tage ausgesetzt worden.

Mittwoch den 23. Februar. Am folgenden Morgen wurden in verschiedenen dicht bevölkerten Stadttheilen, namentlich in dem Bezirke Poissonnière, dem Quartier der Hallen, in den Vorstädten St. Denys, St. Martin und du Temple, Barrikaden errichtet und von kleinen Trupps vertheidigt; besonders viele gab es in den Straßen Aumaire, Transnonain, Phelipeaux und Beaubourg; die stärksten und künstlichst gebauten in dem engen Stadttheile zwischen den Straßen du Temple und St. Martin.

Auch heute griff die Nationalgarde, die um 9 Uhr zusammengerufen wurde, fast nirgends die Volkshaufen an, sondern wetteiferte mit ihnen in Vivatrufen auf die Reform. An manchen Puncten nahm sie sogar Partei für das Volk und die Studenten gegen die Municipalgarde, diese eifrige und erbitterte, aber auch dem Volke besonders verhaßte Truppe der Polizeigewalt. Einsichtsvolle erkannten schon jetzt, daß durch diese Stimmung der Nationalgarde, gegen welche die Linientruppen schwerlich gekämpft haben würden, Guizot's Fall entschieden sei. Eine große Zahl Nationalgarden von der vierten Legion sammelte sich auf der Mairie der Straße du Chevalier-du-Guet und entwarf hier eine Petition an die Deputirtenkammer um Wahlreform und Entlassung der Minister, welche gleich nach der Abfassung

zahlreiche Unterschriften erhielt. Mit derselben zogen sie in die Wohnung des Deputirten Cremieux, und als sie ihn nicht zu Haus fanden, um 3 Uhr nach der Deputirtenkammer. Hier erhielt man die Nachricht von der Annäherung eines Zugs von 3—400 reformistischen Nationalgardisten nach der Brücke de la Concorde, welche von einer Abtheilung Militär besetzt war, fürchtete ein gewaltsames Eindringen derselben in den Saal und verweigerte daher der Deputation den Zutritt; Cremieux ging deßhalb dem Zuge entgegen, nahm ihre Vorstellung an, versprach sie zu bevorworten, forderte aber auch die Männer auf, vor Allem zur Herstellung der Ruhe und Ordnung mitzuwirken, was sie mit allgemeinem Beifall aufnahmen. Nachdem Guizot, der um 2 Uhr zum König gerufen worden war, in der Deputirtenkammer sich eingefunden hatte, verlangte der Deputirte Bavin von ihm eine Erklärung über das am gestrigen Tage gegen die Nationalgarde bewiesene Mißtrauen, da man sie erst so spät zusammengerufen habe, während ein zeitigeres Auftreten derselben den beklagenswerthen Collisionen vorgebeugt haben würde. Guizot erwiederte:

„Ich glaube, daß es weder den öffentlichen Interessen entsprechen, noch zeitgemäß seyn würde, in diesem Augenblicke auf die eben erfolgte Interpellation einzugehen. — Der König hat soeben den Grafen Molé zu sich berufen, um ihn zu beauftragen" ..... Bei diesen Worten unterbrach ihn anhaltendes Bravorufen von der Linken und Beifallklatschen von den Tribünen herab, — doch fuhr er fort: „Die Unterbrechung, welche eben eingetreten ist, wird mich nicht veranlassen, meinen Worten etwas hinzuzufügen oder etwas davon hinwegzulassen. (Allgemeiner Beifall.) Der König hat in diesem Augenblicke den Grafen Molé berufen, um ihn mit der Bildung eines Cabinets zu beauftragen. So lange das gegenwärtige Cabinet mit den Geschäf-

ten betraut ist, wird es die Ordnung aufrecht zu halten oder herzustellen und seinem Gewissen gemäß, wie es dies bis jetzt gethan, durchzusetzen wissen, daß die Gesetze geachtet werden." In der hierauf angeregten Verhandlung über die eingereichten Beschwerden und Gesuche um Reform, für deren Dringlichkeit Odilon Barrot und Peyramont sprachen, während der Präsident sie dem Bittschriftsausschusse überweisen, Dupin dagegen bei der gegenwärtigen Lage der Dinge und im Interesse der Herstellung der Ordnung vertagt wissen wollte, erklärte Guizot, er sehe keinen Grund zur Unterbrechung der Arbeiten der Kammer und zur Vertagung der Fragen, die in ihrer Mitte angeregt werden möchten. Bei der Abstimmung wurde die Vertagung verworfen.

Die Nachricht von der Abdankung des Ministeriums Guizot, welche durch Graf Montalivet der unter seinem Befehl stehenden reitenden Nationalgarde mitgetheilt und durch Adjutanten nach verschiedenen Seiten der Stadt verbreitet werde, machte überall dem Kampfe ein Ende und erregte die größte Freude; die Nationalgarden riefen: „es lebe der König, nieder mit Guizot!" und in vielen Theilen der Stadt wurde illuminirt, sodaß die Boulevards am Abend einen feenhaften Anblick gewährten; auch wurden viele Läden wieder geöffnet.

Dennoch war das Vertrauen noch nicht ganz wieder hergestellt; auch waren die trotzigen Worte Guizot's in der Kammer nicht geeignet, von der Gewißheit seiner Abdankung zu überzeugen. Darum dauerte, besonders in den Quartieren St. Denis und du Temple, die Aufregung fort und es fehlte selbst noch in den späten Abendstunden nicht an herumziehenden Haufen. Einer derselben zog mit höhnischem Geschrei vor das Hotel des bisherigen Justizministers Hebert und nöthigte die Bewohner zu illuminiren; an der Straße de la Paix traf er mit einem andern Haufen zusammen, vor welchem Fahnen- und Fackelträger ein-

hergingen, und zog mit diesem die Boulevards entlang, patriotische Lieder singend, nach Guizot's Hotel, um 10 Uhr, um dort einige Fenster einzuwerfen; denn es hatte sich um 9½ Uhr das Gerücht verbreitet, er habe doch nicht abgedankt. An dem Hotel aber fanden sie eine beträchtliche Abtheilung des 14ten Regiments quer über den Boulevard aufgestellt, welche ihnen das Weiterziehen wehrte. Der Anführer des Zugs unterhandelte mit dem commandirenden Oberst, der, weil der Zug immer näher heran drängte, das Bajonnet fällen ließ. Dabei entstand eine Lücke in seiner Front, durch welche einige Jungen hindurchschlüpften. Als dieß der Oberst bemerkte, und überdieß ein Schuß losging*), der das Pferd des Oberstlieutenants verwundete, ließ er ohne vorhergegangene Aufforderung Feuer geben — und sogleich stürzten 40 aus dem Zuge der Arbeiter todt oder verwundet nieder. Kürassiere sprengten herbei und räumten den Platz.

Diese blutige That kann man als den Anfang der Revolution bezeichnen. Schnell brachte man die Verwundeten in benachbarten Apotheken unter; die Todten aber lud das Volk auf einen Karren und durchzog mit diesem unter Fackelschein und dem Rufe: „man verräth uns, zu den Waffen!" die Straßen, um überallhin die Kunde von dem mörderischen Anfall zu bringen. Vor dem Redactionsbureau des National hielten sie an; der Redacteur Marrast, sowie die Herren Flocon und Garnier-Pagès traten auf den Altan und sprachen ihren Unwillen darüber und die Nothwendigkeit, daß dem Volke Vergeltung werden müsse, aus. Noch in der Nacht wurden in allen Theilen der inneren Stadt und längs der Boulevards hohe und feste

*) Doch war derselbe, wie der Oberst später dem herbeieilenden Deputirten Courtais berichtete, aus dem Garten des Hotels gekommen, also nicht aus dem Volkshaufen!

Barrikaden aufgeworfen und Alles rüstete sich für den kommenden Morgen zum heftigen Kampfe. Um Mitternacht brach ein Haufe die Thüren der Kirche Notredame auf und läutete Sturm.

Donnerstag, den 24. Febr. Schon die zweite Hälfte der Nacht begann mit heftigen Kämpfen des Volks gegen die ermüdeten Truppen in verschiedenen Theilen der Stadt, und am Morgen wurden dieselben fortgesetzt. Aber fast überall nahm nun die Nationalgarde, entrüstet über das Attentat der vergangenen Nacht, Partei für das Volk, und selbst einzelne Abtheilungen der Linientruppen zeigten sich dem Volke gegenüber unschlüssig; ja manche Abtheilungen lieferten ihm ihre Waffen aus oder gingen zu demselben über. Die Gefahr für den Julithron wurde immer größer; denn man erinnerte sich, daß er auf Barrikaden errichtet worden und daß fast keine der damals gegebenen Verheißungen erfüllt worden sei. Schon in der Nacht hatte der König sich überzeugt, daß das Ministerium Molé dem Willen des Volkes nicht genügen werde und deßhalb Herrn Thiers zur Bildung eines Ministeriums zu sich rufen lassen, und diesem bewilligt, daß Odilon Barrot, Lamoricière, Duvergier de Hauranne und Remusat in dasselbe treten sollten. An die Stelle des Generals Jacqueminot, der seine Entlassung gab, ernannte er den Marschall Bugeaud zum Oberbefehlshaber der Nationalgarde, der sogleich (um 9 Uhr) den Truppen den Befehl zum Einstellen der Feindseligkeiten und zum Zurückziehen gab, durch Adjutanten mit weißen Tüchern dem Volke dieß verkünden ließ und es zur Niederlegung der Waffen aufforderte, da er sein Amt nicht mit Blutvergießen beginnen wollte. Nach 10 Uhr verkündete eine Proclamation von Thiers und Odilon Barrot Einstellung der Feindseligkeiten, Ernennung Lamoricière's zum Oberbefehlshaber, verhieß Reform und Auflösung der Kammer, und die Generale Lamoricière und Bedeau durchritten die Boulevards, um den Natio-

nalgarden, den Studenten und den Volkshaufen die Bewilligung ihrer Forderungen mitzutheilen. Aber zum zweiten Male erregte es Mißtrauen, daß das officielle Regierungsblatt, der „Moniteur", von Allem nur die Ernennung Bugeaud's enthielt, eines Mannes von streng militärischem Sinne, der einst (1834) in der Straße Transnonain das Volk bekämpft und in der letzten Zeit als treuer Anhänger des volksfeindlichen Regierungssystems Louis Philipps gegolten hatte. Abermals glaubte das Volk getäuscht zu seyn, und man vernahm nun die Rufe: „Nieder mit den Bourbonen! nieder mit Louis Philipp!" man sprach es aus, daß man dem Könige nur bis 12 Uhr Frist zur Abdankung gestatte. Währenddem befanden sich Thiers, Rémusat, Duvergier de Hauranne, Malleville und Girardin im Schlosse der Tuilerieen und machten, als von der Seite des Palais Royal her, wo das demselben gegenüberliegende Wachhaus Chateau d'Eau vom Volk gestürmt wurde, Gewehrfeuer und Geschrei sich vernehmen ließ, dem Könige seine Lage begreiflich, riethen ihm zur Niederlegung der Krone — und ungeachtet der Bitten seiner Gemahlin schrieb Louis Philipp die Entsagungsurkunde zu Gunsten seines Enkels, des Grafen von Paris, nieder; und da der gesetzlich zum Regenten bestimmte Herzog von Nemours zu wenig beliebt war, forderte er die Herzogin von Orleans auf, mit ihrem Sohne in die Deputirtenkammer zu gehen und sich als Regentin bestätigen zu lassen. Er selbst aber entfernte sich durch den Garten der Tuilerieen, bestieg am Obelisken von Luxor, wo eine große Volksmasse ihn umdrängte, mit der Königin einen einspännigen Wagen und fuhr, von einem zweiten gefolgt, in welchem die Prinzessinnen saßen, und von 200 Mann Cavallerie geleitet, längs dem Flusse nach Neuilly, von wo er sich nach seinem Schlosse Eu, im nördlichen Theile Frankreichs, wandte und mehrere Tage nachher nach der englischen Küste überschiffte. Er hatte noch nicht lange die Tuile-

rieen verlassen, als das siegreiche Volk mit der Nationalgarde, nachdem es in zweistündigem blutigem Kampfe die Compagnie des 14ten Regiments zur Uebergabe des Chateau d'Eau genöthigt, den Bataillonschef niedergeschossen und das Gebäude hierauf in Brand gesteckt hatte*), in das Palais Royal (eine Besitzung der Orleans'schen Familie) eindrang, dort in den Zimmern des Königs hauste und nicht nur seine Equipagen auf einen Haufen zusammenbrachte und verbrannte, sondern auch die kostbaren Meubles und die werthvollen Gemälde in das Feuer warf; vergebens suchten Kunstliebhaber einige derselben zu retten. Von einer starken Abtheilung Nationalgarde unterstützt, zog hierauf das Volk durch die Chartresstraße nach dem Carrouselplatze vor das Gitter des Tuilerieenhofes, gegen welches auch die fünfte Legion der Nationalgarde heranrückte. Ein Lieutenant derselben, Aubert-Roche, bewirkte es, daß die bedeutenden innerhalb des Hofes stehenden Streitkräfte, 3000 Mann Infanterie, 2 Schwadronen Dragoner, eine Batterie von 6 Kanonen und eine Abtheilung Municipalgarde ohne Widerstand abzogen. Denn nachdem er zuerst dem Oberbefehlshaber dieser ganzen Streitkräfte zugerufen hatte, der Pallast sei umzingelt und die Truppen würden verloren seyn, wenn sie nicht das Schloß räumten und der Nationalgarde

*) Bei dieser Gelegenheit hörten sie ein furchtbares Wimmern, welches nach der Meinung der Belagerer von hartnäckigen Soldaten der Besatzung herrühren sollte. Erst als es zu spät war, erfuhr man, daß hier 40 bis 50 Leute aus dem Volke, die Tags vorher verhaftet worden waren, eingesperrt worden seien. — Nach andern Berichten vertheidigten Municipalgardisten das Wachhaus Chateau d'Eau; vielleicht war eine Abtheilung derselben, welche diesen wichtigen Posten vertheidigen sollte, nur durch Linientruppen verstärkt worden.

übergäben, worauf dieser die Truppen nur in einer Linie vor dem Schlosse aufstellte, ohne abzuziehen; begab sich Roche mit einem Bataillonschef Lesueur zum Herzoge von Nemours und erlangte von diesem, dem er die Gefahr des neuen Blutvergießens vorstellte, den Befehl zum Abzuge der Truppen, von denen die Artillerie nach der nördlichen Seite des Schlosses in der Richtung des Palais Royal, die übrigen aber mit dem Herzoge und seinem Stabe durch den Pavillon de l'Horloge nach dem Seineufer sich wandten. War dieses in der That der Verlauf der Unterhandlungen, wie es ein Berichterstatter der Zeitschrift Réforme erzählt, so folgte der Herzog von Nemours erst jetzt seiner Schwägerin, die bald nach des Königs Abreise mit ihren beiden Söhnen und mehreren Deputirten, Lacrosse, Dupin u. a. in die Deputirtenkammer sich begab, dorthin nach; nachdem aber das Schloß der Tuilerien von seinen Vertheidigern entblößt und der Nationalgarde preis gegeben worden war, drangen mit derselben zahlreiche bewaffnete Volkshaufen in die königlichen Zimmer, rissen die Vorhänge und Tapeten herunter, verwüsteten die Meubles, zertrümmerten die Luxusgegenstände, und schleppten aus dem Thronsaale den Lehnsessel des Königs herunter, den sie dann bis zur Julisäule trugen und unter dem Jauchzen der Umstehenden verbrannten. Dennoch wurde nichts entwendet; und durch eine aus ordnungsliebenden Bürgern freiwillig gebildete Sicherheitswache wurden auch die Kunstgegenstände und Meisterwerke geschützt. Es erzählt der Berichterstatter der Kölnischen Zeitung, als er eine kleine Zeichnung zum Andenken an diesen Tag habe mitnehmen wollen, sei ihm durch einen Blousenmann dieß verweigert worden. Die Krondiamanten wurden nach der Staatsschatzkammer gebracht; andere Kostbarkeiten, Juwelen, Gold- und Silberzeug wurden in ein besonderes Zimmer getragen und später von den es bewachenden Officieren der Nationalgarde einem Regierungsbeamten

übergeben; die Kasse aber mit 331,000 Franken in der Bank niedergelegt.

Der letzte Act in dem Trauerspiele, welches mit der Vertreibung der ganzen königlichen Familie und der Abschaffung des Königthums überhaupt enden sollte, wurde in der Deputirtenkammer aufgeführt, deren Mitglieder schon um 12 Uhr sich in ihren Bureau's eingefunden hatten, jedoch vom Präsidenten sogleich in Betracht der ernsten Lage der Hauptstadt zu einer allgemeinen Berathung zusammengerufen wurden. In derselben stellte Lafitte den Antrag, die Kammer solle sich permanent erklären, worin ihn Cambacères unterstützte; doch wurde der Beschluß darüber ausgesetzt und die Kammersitzung nur unterbrochen, bis halb 2 Uhr die Herzogin von Orleans mit ihren Söhnen, dem Grafen von Paris und dem Herzoge von Chartres erschien, von den Deputirten mit Beifallrufen empfangen ward, und sich auf einem Sessel nahe der Rednerbühne niederließ, worauf der mit ihr erschienene Dupin die Abdankung Louis Philipps zu Gunsten seines Enkels unter Regentschaft der Herzogin von Orleans verkündete, wornach wiederum der Ruf: „Es lebe der König! es lebe der Graf von Paris! es lebe die Regentin!" scholl; doch wurden schon jetzt von den Legitimisten auf der äußersten Rechten (den Anhängern des im Juli 1830 gestürzten älteren bourbonischen Zweiges, Genoude und Larochejaquelein) und von den Republikanern auf der äußersten Linken (Ledru-Rollin, Crémieux und Lamartine) Einwendungen gemacht und verlangt, daß man erst Odilon Barrot's Erscheinen abwarten solle. Dieser erschien endlich, nachdem schon einmal vom Präsidenten der Wunsch ausgesprochen worden war, daß Alle, die nicht Mitglieder der Kammer seien, den Saal verlassen möchten und die Herzogin selbst nach einigem Widerstreben sich bereit gezeigt hatte, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Ehe er indessen

selbst das Wort nahm, erinnerte der Deputirte Marie an die Nothwendigkeit, so schnell als möglich Maßregeln zur Beruhigung der Bevölkerung zu treffen, während die Regentschaft der Herzogin mit dem früher gegebenen Regentschaftsgesetze in Widerspruch stehe; an die Spitze der Hauptstadt und des Landes müsse vielmehr sogleich eine kräftige provisorische Regierung treten; ein Vorschlag, den Crémieux unterstützte. Odilon Barrot legte zwar nun den Deputirten die Pflicht an's Herz, im Namen der politischen Freiheit des Landes und des Bedürfnisses der Ordnung die Juliinstitutionen zu wahren; er verhieß in der Regentschaft der Herzogin mit einem aus den erprobtesten Meinungen gezogenen Ministerium die beste Gewähr für die Freiheit. Während hierauf Larochejaquelein, wie vorher Genoude, der Deputirtenkammer die Bedeutung und das Recht, einen gültigen Beschluß hierüber zu fassen, bestritten, und das ganze Land darüber befragt wissen wollten, füllte sich der Saal mit Bewaffneten, Nationalgardisten, Studenten und Arbeitern; sie drangen bis in den Halbkreis vor und verlangten mit stürmischem Geschrei Entsetzung des Königs. Einer aus ihrer Mitte, Chevalier, warnte die Deputirten vor einem einseitigen Beschluß und rieth, die Herzogin solle mit ihrem Sohne auf den Boulevards sich zeigen und ihre Herrschaft vom Volke anerkennen lassen. Da dringt ein Blousenmann auf den Grafen von Paris ein und will ihn tödten; die Herzogin wirft sich ihm entgegen, und bittet, sie statt des Sohnes niederzustoßen; der Deputirte Oudinot schützt beide mit eigener Lebensgefahr vor dem wüthenden Angriffe, und umgeben von mehreren Deputirten gelingt es endlich der Herzogin mit dem Grafen von Paris, auf welche schon Männer von den Tribünen herab ihre Flinten anlegen, durch einen dunkeln Gang zu entkommen, von wo der Graf in den Garten hinab gelassen wird; von dort

werden sie nach dem Hotel der Invaliden geleitet *), während der Herzog von Nemours unter dem Paletot, den er von einem Deputirten erhalten, seine Uniform verbirgt und entkommt. Währenddem steigt der Lärm im Sitzungssaale; man vernimmt die Rufe: „Keine Bourbonen mehr! es lebe die Republik!“ Endlich verschafft sich Ledru-Rollin Gehör; er protestirt gegen die Gültigkeit des neuen Beschlusses über die Regentschaft, zu dem es erst der Einwilligung des Landes bedürfe, die in ähnlichen Fällen schon versagt worden sei, so 1815, als Napoleon **) zu Gunsten seines Sohnes unter Regentschaft der Kaiserin, so 1830, als Karl X. zu Gunsten seines Enkels habe entsagen wollen. Er schließt mit dem Antrage auf Einsetzung einer provisorischen Regierung und unmittelbare Einberufung eines Nationalconvents zur Feststellung der Volksrechte. Mit ergreifenden Worten spricht hierauf Lamartine seine Theilnahme an dem rührenden Schauspiele aus, welches das Erscheinen der erlauchten Prinzessin und ihres Sohnes in dem Sitzungssaale gewährt habe, aber zugleich bekennt er sich auch zu der dem Volke gebührenden Ehrfurcht, welches seit drei Tagen gekämpft habe, um eine eidbrüchige Regierung wieder in die rechte Bahn zurückzuweisen und auf einer für die Zukunft unerschütterlichen Grundlage die Herrschaft der Ordnung und der Freiheit wieder herzu-

---

*) Ihr jüngerer Sohn, der Herzog von Chartres, wurde eine Zeit lang vermißt; später ergab es sich, daß er durch Anhänger des Königshauses in Mädchenkleidern fortgebracht worden war.

**) Hierbei bedachte er wohl im Feuer der Rede nicht, daß damals das Land nicht frei war, sondern unter dem Einflusse einer feindlichen Armee und dreier fremder Herrscher stand, die erforderlichen Falls selbst gegen den Willen des Landes die Rechte der österreichischen Kaiserstochter hätten vertheidigen können.

stellen. Er spricht sodann die Ueberzeugung aus, daß eine der Rührung und dem natürlichen Gefühle entlockte Acclamation, wie die vorhin vernommene, nicht ein festes unabänderliches Recht der Herrschaft über 35 Millionen Menschen begründen könne. Er verlangt Einsetzung einer Regierung, die dem Bürgerkriege Einhalt thue, die das seit Jahren bestandene Mißverhältniß zwischen den Bürgerklassen aufhebe, aber weder in Bezug auf die Rechte der Franzosen, noch in Bezug auf ihre gegenseitigen Beschuldigungen, ihre Sympathieen und Abneigungen der definitiven Regierung, die sich das Land durch seine zu wählendenden Berather geben möge, vorgreife*). In diesem Augenblicke dringen neue Schaaren auf die Gallerieen, deren Thüren sie mit Flintenkolben einschlagen, mit dem Rufe: „Keine Deputirten mehr, weg mit der Kammer"; einer der Ankommenden legt auf den Redner an, wird aber von Andern bedeutet, nicht zu schießen, da es Lamartine sei. Da der bisherige Präsident, Sauzet, trotz fortdauernden Klingelns nicht die Ruhe herstellen kann, erklärt er die Sitzung für geschlossen, und verläßt den Präsidentenstuhl, den bald nachher Dupont de l'Eure einnimmt. Einzelne Stimmen verlangen nun die Namen der Mitglieder der provisorischen Regierung zu wissen; nach langem Lärmen, während Viele die Republik ausgerufen haben wollen, gelingt es endlich dem Präsidenten Dupont, und nachdem dieser unterbrochen worden, Hrn. Ledru-Rollin, die Namen Lamartine, Ledru-Rollin, Arago, Dupont, Garnier-Pagès, Marie, Crémieux zu verlesen und ihre Ernennung durch Zuruf genehmigen zu lassen; und

---

*) In dem Briefe, den er an seine Wähler nach seiner Abdankung in den Juniustagen schrieb, erzählt Lamartine, daß er nur von seinen Freunden und von Männern aus dem Volke gedrängt worden sei, die Rednerbühne zu besteigen.

nun verfügen sich (nach vier Uhr) die ernannten Mitglieder nach dem Stadthause (Hôtel de ville), um sich dort zu constituiren.

In diesem, welches in den Julitagen 1830 der Gegenstand eines heftigen Kampfes gewesen war, hatte dieß Mal am Dienstag nur eine mäßige Truppenabtheilung gestanden, wie ein Unterbeamter in demselben als Augenzeuge berichtet*); am Mittwoch war eine stärkere Truppenmasse von allen Waffengattungen in demselben und auf dem Platze vor dem Hause vereinigt worden, und der General Tiburce Sebastiani hatte sein Hauptquartier darin aufgeschlagen; aber an diesem Tage so wenig, als am vorhergehenden, wurde in seiner Nähe gekämpft. Erst vom Mittag an vernahm man in größerer Nähe das Schießen, namentlich von der Straße Mortorgueuil her, einer Fortsetzung der Straße St. Martin, wo eine Barrikade hartnäckig vertheidigt wurde; das Gefecht kam immer näher und viele verwundete Soldaten wurden hierher in ein eiligst hergerichtetes Lazareth im Saale der Huissiers gebracht. Um vier ein halb Uhr Nachmittags war sogar eine Kanonenkugel gegen eine Säule des Stadthauses geflogen. Am Morgen des 24sten endlich wurde der Kampf auch in der innern Stadt heftiger; von der Straße des Coquilles her war eine Compagnie der siebenten Legion der Nationalgarde mit 20 Arbeitern im Verein mit Linientruppen herangerückt und dieser hatte die Besatzung das Stadthaus übergeben. Aber weder der Präfect des Seinedepartements, der in demselben seine Bureau's hat, noch der General Sebastiani waren in diesem Augenblick aufzufinden, um eine geregelte Besetzung desselben durch Nationalgarden zum Schutze der Archive zu bewirken. Während im Inneren eine große Verwirrung und Rathlosigkeit unter den Beamten herrschte, war eine andere Abtheilung von

*) In Bran's Miscellen, Maiheft 1848, S. 252 ff.

50 Nationalgardisten und 2—300 Arbeitern eingedrungen und hatte die Municipalgardisten im Saale St. Jean aufgesucht, aber auf das Zureden eines Beamten verschont und herausbegleitet. In den obern Sälen wurde aber inzwischen das Gedränge und die Verwirrung immer größer. Im Thronsaale erklärte sich ein Hauptmann der Nationalgarde, der von 15 bis 20 Zöglingen der polytechnischen Schule umgeben war, zum Gouverneur des Stadthauses, weil er dasselbe erobert habe, und constituirte sich mit den jungen Leuten zur Regierung. Zwar wurde er durch den Municipalrath Thierry und Hrn. Flotard zum Rückzuge genöthigt, welche nun die Mitglieder des Stadtraths zusammenriefen; aber gleich darauf nahm er im Salon der Stadträthe, wohin er sich mit den Polytechnikern zurückgezogen, Besitz vom Präsidentenstuhl und bestand nach dem Eindringen der Volksmassen und der genannten Herrn in diesem Salon einen hartnäckigen Kampf mit den Letzteren um den Vorsitz mit abwechselndem Glücke, bis endlich mit Hülfe eines stattlichen bärtigen Nationalgardisten Thierry Sieger blieb und nun unter den versammelten Stadträthen den Vorsitz führte. Ein Vorschlag, sich als außerordentliche allgemeine stadträthliche Sitzung zu constituiren, erregte bei diesen großes Bedenken; das Gedränge im Saale nahm immer mehr zu und der Lärm wurde immer größer, als gegen 3 Uhr von den Galerieen her der Ruf: „Garnier-Pagès" den Tumult beschwichtigte. Erschöpft von vielen Reden, die er unterwegs hatte halten müssen, bat dieser um ein Glas Wasser; nach einiger Zeit las er eine ihm eben erst aus der Deputirtenkammer zugekommene Botschaft über die Regentschaft der Herzogin von Orleans vor, welche einen allgemeinen Sturm hervorrief; Viele spannten sogar ihre Hähne — als Pferdegetrappel und Kleingewehrfeuer auf der Straße Allen einen Schreck einjagte und sie aus dem Saale trieb. Bald erfuhr man, es seien flüchtige und vom Volke

verfolgte Municipalgardisten, welche im Stadthause, nach welchem sie sich hatten zurückziehen wollen, mit Flintenschüssen empfangen sich in benachbarte Häuser zu retten suchten. Bald nachher hatte sich im Thronsaale eine bunte Menschenmasse und mit ihr die neue provisorische Regierung eingefunden, darunter der Redacteur der Réforme, Flocon, und Ledru-Rollin, ein Mann von athletischer Gestalt und mit stolzem Gesichte, welcher mit den übrigen Mitgliedern der in der Deputirtenkammer ernannten provisorischen Regierung hierher gekommen war und jetzt auf das Verlangen aller Anwesenden die Republik ausrief, während sich seine Collegen in das Zimmer des Präfecten zurückgezogen hatten (im nördlichen Flügel des Stadthauses), um eine Proclamation an das Volk zu entwerfen. In der Mitte des Gebäudes, im Thronsaal, sowie auf den Treppen dauerte das Gedränge und der Lärm fort; nach einiger Zeit drängte sich durch dasselbe Lamartine, gegen dessen Persönlichkeit Einzelne aus dem Volke sich aussprachen, und während er eine begeisternde Rede an das Volk hielt, schoß einer der Wüthendsten seine Flinte nach ihm ab, ohne ihn indeß zu treffen.

Als Ergänzung zu diesem schlichten Berichte eines Hausbeamten des Stadthauses kann hinzugefügt werden, daß, nachdem die in der Deputirtenkammer gewählten Mitglieder der provisorischen Regierung in das Stadthaus gekommen waren, eine große Masse bewaffneten Volks mit ihnen hineinströmte und verlangte, es solle die Republik proclamirt werden. Die Regierung verlangte, sich in ein Berathungszimmer zurückzuziehen, um sich über dieß Verlangen zu berathen; das Volk aber rief: Es bedarf dazu keiner Berathung, wir wollen die Republik und keine andere Form der Regierung! Dennoch gelang es den Vorstellungen Lamartine's und Ledru-Rollin's, daß die so eben gewählten Mitglieder sich erst über eine so wichtige Frage verständi-

gen und einen Beschluß fassen mußten, das Volk zu beschwichtigen, sodaß es erklärte, die Berathung abwarten zu wollen. Nach einer halben Stunde kehrten sie in die Volksversammlung zurück, und Dupont de l'Eure erklärte dem versammelte Volke, die provisorische Regierung halte sich nicht für berechtigt, irgend eine bestimmte Form anzunehmen und wolle die Nation durch Urwahlen entscheiden lassen; übrigens wolle sie, wie das hier versammelte Volk, die Republik. Diese Erklärung rief aber einen furchtbaren Sturm hervor und Viele richteten ihre geladenen Gewehre auf die Mitglieder der Regierung. Dennoch hatten Lamartine, Ledru-Rollin und Crémieux eine Zeit lang den Muth, diesen Drohungen die Stirn zu bieten und in eindringlichen Reden dem Volke begreiflich zu machen, daß ihnen kein Recht zustehe, eine bestimmte Regierungsform zu proclamiren; doch hörte das Volk nicht auf zu rufen: „es lebe die Republik!" und seine Gewehre auf sie zu richten, bis sie versprachen, die Republik zu proclamiren. Um 5 Uhr Abends wurde sie auch in den Straßen der Stadt ausgerufen, doch ohne daß diese Proclamation einen officiellen Charakter hatte, da auch noch am folgenden Morgen die Zeitungen nur die Erklärung mittheilten: „die provisorische Regierung wolle die Republik." Erst am Nachmittag des folgenden Tages (den 25sten Februar) um 4½ Uhr ließ die Regierung in allen Straßen eine Proclamation anschlagen, worin sie verkündigte, daß sie sich für die Republik entschieden habe und dieselbe der Nation zur Bestätigung vorlegen wolle. Von da an wurden alle Bekanntmachungen und Decrete im Namen der französischen Republik erlassen.

Einen traurigen Anblick bot Paris am Abend des 24sten dar: auf den Boulevards waren alle Bäume umgehauen, alle 100 Schritte

weit versperrte oder erschwerte auf denselben und in den übrigen Straßen der Stadt eine Barrikade den Verkehr; in den Straßen lagen Leichname, oder große Blutflecken und Trümmer bezeichneten die Stellen, an denen der Kampf am heftigsten gewüthet hatte; die Laternen waren eingeschlagen, ja selbst die Gasleitungen zerstört, sodaß die Einwohner Licht an die Fenster stellen mußten. Viele Häuser waren durch Kugeln beschädigt, Wach- und Zollhäuser niedergebrannt, die königlichen Paläste verwüstet*). Durch die Straßen zogen bewaffnete Haufen, die erst, nachdem ihr Verlangen erfüllt und die Republik proclamirt war, sich etwas befriedigt fühlten, ihre Freude darüber kund gaben und Vertrauen zu der neuen Regierung faßten, ohne doch den Argwohn gegen die Anhänger des gestürzten Königthums ganz abzulegen, als könnten dieselben einen Versuch zur Herstellung der orleansschen Königsfamilie wagen. Zwar ging die Nacht vom 24sten ruhig vorüber, aber am Morgen des 25sten verbreitete sich das Gerücht, es werde eine Gegenrevolution zu Gunsten des Grafen von Paris beabsichtigt, und sogleich sammelten sich Tausende bewaffneter Arbeiter vor dem Stadthause und verlangten nach Vincennes geführt zu werden, dessen Besatzung, reich mit Schleßvorrath versehen, sich noch nicht ergeben hatte. Auch hierbei gelang es wieder der beredten und begeisterten Ansprache Lamartine's, die Aufregung zu beschwichtigen; noch im Laufe des Vormittags kam überdieß die Kunde, daß die Besatzung der kleinen Festung sich der provisorischen Regierung unterworfen habe und sogleich wurde Flocon mit einer Abtheilung Natio-

*) Am 25sten traf ein noch härteres Schicksal auch das Schloß auf Louis Philipps Privatbesitzung Neuilly; eine Bande drang dorthin und brannte es nieder, wobei über 100 Menschen, die sich in den Kellern berauscht hatten, in den Flammen umkamen.

nalgarde hinausgesandt, sie zu besetzen und die Waffenvorräthe in Empfang zu nehmen, welche sodann unter die Arbeiter vertheilt wurden. Erst seit dem Mittag des 25sten kehrte das Vertrauen wieder; die Läden wurden wieder geöffnet und zahlreiche Spaziergänger, mit rothen Bändchen im Knopfloche, ja selbst viele Damen, durchzogen die Straßen, nahmen die Schauplätze der lebhaftesten Kämpfe in Augenschein und besprachen die erlebten Ereignisse. Auch die Wohlhabendern, welche am meisten von dem zahlreichen Anhange der communistischen Führer fürchten durften — da diese in ihren Vereinen hauptsächlich gegen die „Ausbeutung des Menschen durch die Männer des Capitals" geeifert und das Eigenthum für Diebstahl erklärt hatten — auch die Männer der Börse wagten es, sich zu zeigen, da das hungernde Volk seinen Sieg nicht mißbrauchte, sondern nur der errungenen Freiheit sich erfreute. Denn auch während der Tage des Kampfes, wo es oft Herr ganzer Straßen gewesen war, hatte es kein Gewölbe geplündert, als Waffenläden; und in den folgenden Tagen hielten Patrouillen bewaffneter Arbeiter strenges Gericht über solche Banden, welche die Verwirrung benutzend Häuser plünderten. Denjenigen, welche dabei ertappt und getödtet worden waren, hing man einen Zettel mit großer Aufschrift: „Dieb" an und ließ sie als abschreckendes Beispiel liegen. Die ersten Maßregeln der provisorischen Regierung am Abend des 24sten bezweckten Sicherung der Ruhe der Hauptstadt, deren Bewachung der Nationalgarde unter dem Oberbefehle des Generals Courtais anvertraut wurde; zum Chef seines Generalstabs wurde Guinard, zum Polizeipräsidenten Marc Caussidière, zum Maire (Oberbürgermeister) Garnier-Pagès ernannt. Die Municipalgarde wurde aufgelöst; das Militär, an welches eine beruhigende und anerkennende Ansprache erlassen ward (nur das 14te Regiment und die Jäger von Vincennes hatten ernstlichen Widerstand geleistet) sollte aus

der Stadt entfernt werden und die Grenzen des Vaterlands gegen feindliche Angriffe schützen. Um der Last der sich drängenden Geschäfte gewachsen zu seyn, nahmen die Mitglieder der Regierung vier Secretaire, welche das Vertrauen der Volksmassen besaßen, hinzu: Armand Marrast, den Redacteur des National, Flocon, den Redacteur der Réforme, den Mechaniker*) Albert, den Herausgeber der Arbeiterzeitung Atelier, und Louis Blanc, den Verfasser der Geschichte der 10 Jahre (1830—1840) und der Revolutionsgeschichte. Die Ministerien vertheilten sie unter sich und an ihre Gesinnungsgenossen in der Weise, daß Dupont Präsident des Ministerraths, Lamartine Minister des Auswärtigen, Ledru-Rollin des Innern, Goudchaux der Finanzen, Marie der öffentlichen Arbeiten, Crémieux der Justiz, Arago der Marine, Carnot des öffentlichen Unterrichts, Bethmont des Handels und Subervic Kriegsminister wurde. Zu dem letztgenannten Ministerium war auf der ersten Liste General Bedeau bestimmt worden; doch enthielt schon die erste telegraphische Depesche, welche am Nachmittag des 25sten an alle Divisionen und Unter-Divisionen der Armee abging, und die Generallieutenants uufforderte, „auf ihren Posten zu bleiben, ihre Truppen zu inspiciren und unter denselben Disciplin und Ordnung aufrecht zu erhalten", die Unterschrift des Generals Subervic. General Cavaignac (der später Kriegsminister wurde und in den Junitagen als Präsident des Ministerraths an die Spitze der proviso-

---

*) Obgleich ein wohlhabender und selbstständiger Mann, der Studien gemacht hatte, nannte er sich doch Arbeiter, Ouvrier; dieß die allgemeine Bezeichnung der Gehülfen aller Gewerke im Gegensatze zu den Arbeit gebenden Meistern (patrons), welche bald zum allgemeinen Ehrentitel wurde, den sich später Mancher anmaßte, um in die constituirende Versammlung gewählt zu werden.

rischen Regierung gekommen ist) wurde zum Generalgouverneur von Algier ernannt, wo er seit 1832 mit Auszeichnung gedient hatte. An die Stelle des der gestürzten Regierung blind ergebenen Generalprocurators Delangle wurde Herr Portalis ernannt und noch am 25sten von dem Appellationshofe vereidigt. Gleich darauf stellte er den Antrag, das Ministerium Guizot wegen seiner Attentate gegen das Volk in Anklagestand zu versetzen. Alle politischen Gefangenen wurden freigelassen, unter diesen der verantwortliche Geschäftsführer der Réforme, Léoutre. Noch am Donnerstag Abend faßten sie den Beschluß, welcher im Moniteur vom 25sten veröffentlicht ward, „daß die Deputirtenkammer aufgelöst und daß der Pairskammer untersagt seyn solle, sich zu versammeln; eine Nationalversammlung solle sofort berufen werden, wenn die Regierung die in Bezug auf Ordnung und Polizei nöthigen Maßregeln für das Votum aller Bürger getroffen haben werde."

Die erste Aufgabe für die Regierung war es, die vielen jungen Leute aus dem Volke (Gamins) unschädlich zu machen, welche den wesentlichsten Antheil am Kampfe genommen und sich Waffen erobert hatten; welche daher jederzeit von Unzufriedenen zur Störung der Ruhe und Lähmung der Staatsgewalt benutzt werden konnten. Darum wurde schon am Morgen des 25sten beschlossen, dieselben zu einer mobilen Stadtgarde zu vereinigen und 24 Bataillone derselben gebildet; jeder derselben erhielt Kleidung und einen täglichen Sold von 1½ Franken (12 Sgr.); auf diese Weise wurden dieselben bei der Erhaltung der bestehenden Ordnung selbst betheiligt, und die so verhaßt gewordene Municipalgarde ersetzt. Von nicht geringerer Wichtigkeit war die Herbeischaffung der hinreichenden Nahrungsmittel für die volkreiche Stadt; es wurde daher zur Beruhigung der Bevölkerung bekannt gemacht, daß die Bäcker mit Mehlvorrath auf 35 Tage verse-

hen seien, und der Nationalgarde aufgegeben, für fortdauernde Zufuhr zu sorgen.

Aber obgleich die neue Ordnung der Dinge nicht nur von den Gesandten der amerikanischen Republiken anerkannt wurde*), sondern auch von den meisten Anhängern des gestürzten Königshauses, Bugeaud, Lamoricière und vielen Mitgliedern der Pairskammer und selbst von den letzten Ministern, Thiers, Odilon Barrot und ihren Anhängern mit befremdender Eilfertigkeit Erklärungen des Anschlusses an die provisorische Regierung auf dem Stadthause eingingen (Viele kamen selbst, fanden indeß theilweise bei den Mitgliedern der provisorischen Regierung eine kühle Aufnahme); obgleich die Versuche kleiner Haufen von Legitimisten, welche am 25sten mit weißen Fahnen die Straße durchzogen und „Heinrich V., den Urenkel des guten Königs Heinrich IV.", leben ließen, nur Spott bei dem Volke erregten: so drohte doch von Seiten der zahlreichen Massen unbeschäftigter Arbeiter die größte Gefahr für die Erhaltung der kaum wiederhergestellten gesellschaftlichen Ordnung. Denn wenn schon jeder gewaltsame Umsturz das Vertrauen in die Zukunft benimmt, eine Stockung der Geschäfte und dadurch Arbeitslosigkeit herbeiführt; so war diese Revolution ja durch Männer des vierten Standes, des „Volkes" im Sinne Louis

---

*) Am 28sten Februar erschienen die Gesandten der vereinigten Staaten, der argentinischen Republik und des Staats Uruguay auf dem Stadthause und drückten ihre Freude über die Umgestaltung aus; die Gesandten der europäischen Staaten beschlossen in einer Zusammenkunft bei dem englischen, Lord Normanby, vorläufig in Paris zu bleiben und die Befehle ihrer Kabinette abzuwarten; auch kam schon am 28sten Lord Normanby zu Lamartine, um ihn der friedlichsten Gesinnungen des englischen Ministeriums zu versichern, welches sicher die Republik officiell anerkennen würde, sobald sie sich eine definitive Verfassung gegeben haben würde.

Blanc's und seiner Gleichgesinnten, gegen den König der „Bourgeoisie" für das Volk begonnen und (vielleicht über die eigene Erwartung) glücklich durchgeführt worden; das Volk hatte die Republik gewollt und gegründet, in welcher allein, wie seine Führer ihm so oft gesagt hatten, seine Wohlfahrt gedeihen konnte; das Volk hatte einen Theil dieser Führer, die in Wort und Schrift für eine gründliche Verbesserung seiner Lage gekämpft hatten, an das Ruder des Staats gebracht; es war also wohl nicht zu verwundern, daß es jetzt auch die Ausführung ihrer Glück verheißenden Lehren und Systeme verlangte. Denn schon in den ersten Jahren nach der Julirevolution war ein Theil der Saint Simonistischen Lehren der Väter Bazard und Enfantin von der allgemeinen Verbrüderung der Menschen und der Verpflichtung, sich gegenseitig mitzutheilen, von einem Theile der Republikaner als Grundlagen ihres Glaubensbekenntnisses mit aufgenommen worden, auch nachdem die halbklösterliche Vereinigung der Anhänger Enfantin's in Ménilmontant bei Paris durch die Polizei aufgelöst worden war. Aber während die St. Simonisten die Politik bei Seite ließen und mehr eine religiöse Brüderschaft zu bilden beabsichtigten, welche zusammen wohnen, und Alles gemeinsam besitzen sollte, hatte ein Theil der Republikaner in den dreißiger Jahren die von Robespierre aufgestellten „Menschenrechte" angenommen und die sociale Frage in das Gebiet der Politik gezogen; sie bezeichneten als die Aufgabe einer staatlichen Umgestaltung im Sinne der Neuzeit nicht etwa bloß volkswirthschaftliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, sondern eine gänzliche Umänderung ihrer bisherigen Stellung zur Gesellschaft, welche auf ganz neuen Grundlagen zu errichten sei. In seiner „Geschichte der zehn Jahre (1830—1840)" wies Louis Blanc nach, daß die Julirevolution nur im Interesse des besitzenden Bürgerstandes (der Bourgeoisie) unternommen worden und diesem allein zu Gute gekom-

men sei; denn diese Revolution habe den Einfluß des Adels und der Geistlichkeit, den beide unter den Bourbons wieder gewonnen hatten, für immer gestürzt. Aber nun sei der besitzende Bürgerstand (namentlich der höchstbegüterte Theil desselben, der allein zur Wahl der Volksvertreter und zum Eintritt in die Deputirtenkammer berechtigt geblieben sei) an die Stelle jener privilegirten Kasten getreten und das „Volk" sei leer ausgegangen (so nennen sie alle die, welche nicht die Mittel haben, sich selbst Werkzeuge anzuschaffen und für eigne Rechnung zu arbeiten, sondern um Lohn bei Männern der Bourgeoisie arbeiten müssen und dadurch in Abhängigkeit von denselben kommen). Es sei aber jeder aus dem Volke berechtigt, vom Staate die Mittel zur Erreichung desjenigen Grades von Wohlstand und Bildung zu verlangen, ohne welchen er der ihm gesetzlich zuerkannten Freiheit nicht sich erfreuen könnte. Seine Arbeitskraft sei sein Eigenthum, welches aber nicht, wie bisher geschehen und durch das Regierungssystem Louis Philipps begünstigt worden sei, durch die Allgewalt des Capitals und durch Concurrenz herabgedrückt und so verkümmert werden dürfe, daß er durch dasselbe nicht mehr die Mittel zu seinem und der Seinigen Unterhalt sich beschaffen könne: die Ausbeutung der Menschen durch seine Mitmenschen müsse aufhören. Der reiche Müssiggänger, der, ohne sich anzustrengen, alle Genüsse sich verschaffen könne, begehe einen Frevel an der Gesellschaft — und bestehle seine ärmeren Mitmenschen um das, worauf sie auch ein Recht hätten und woran sie müßten Theil nehmen können. „Der Eigenthümer", sagt Proudhon, „ist eine Maschine, die gar nicht arbeitet oder die, wenn sie aus Vergnügen oder Caprice arbeitet, gar nicht producirt. Als Eigenthümer verzehren heißt, verzehren ohne zu arbeiten, ohne zu produciren. Es versteht sich, daß ein Eigenthümer auch zugleich noch wirklicher Arbeiter sein kann. Hier haben wir es nur mit seiner Eigenschaft als Eigenthümer zu thun.

„In Rom bezogen Cicero, Brutus, Seneca noch 66—80 Prct. von ihren Kapitalien; dann fielen die Interessen auf 14—8, jetzt sind sie gesetzlich auf 5 fixirt und die Nothwendigkeit des Fortschrittes wird sie auf 0 bringen. Das nenne ich, vielleicht unpassend, das Eigenthum abschaffen. Verstehen sie auch recht, keine Vertreibung aus dem Besitz, keine Expropriation, kein Bankerott, kein Agrargesetz, keine Gütergemeinschaft, kein Attentat auf Erbe und Familie: sondern die Vernichtung des Nettoeinkommens durch die Concurrenz einer Nationalbank, d. h. die Freiheit, nichts als die Freiheit." In diesem Sinne erklärten die Socialisten das Eigenthum für Diebstahl. Sie wirkten aber auch auf Bildung von Vereinen (Associationen) der Arbeiter desselben Gewerks, welche mit vereinten Kräften den übermüthigen Anforderungen und Bedrückungen ihrer Arbeitgeber Widerstand leisten sollten; und durch solche Associationen, welche freilich die Regierung oft zu beschränken und zu unterdrücken suchte, waren schon öfters, indem sie sämmtlich die Arbeit einstellten*), den Meistern große Zugeständnisse abgedrungen worden. Nach den Lehren der Socialisten soll aber auch Jeder, der Geschickte, wie der Unfähige, der Fleißige, wie der Lässige gleichmäßigen Lohn erhalten, selbst für außerordentliche der menschlichen Gesellschaft geleistete Dienste nichts vergütet werden, da der, welcher von der Vorsehung größere Fähigkeiten erhalten hat, dieß als einen Wink ansehen müsse, was er für die Gesellschaft zu leisten habe; während die mangelhafte Begabung eines Andern ein Wink für die Gesellschaft sei,

*) Ein solcher Stillstand (grève) wurde auf längere Zeit nur dadurch möglich, daß sie eine gemeinschaftliche Kasse hatten, aus welcher die Feiernden für sich und die Ihrigen eine kleine Unterstützung erhielten.

was sie für diesen thun solle. So wollen sie überall an die Stelle der freien Concurrenz die gleiche Verpflichtung gegen den Staat treten lassen, der die obere Leitung der ganzen Arbeitsvertheilung in die Hand nehmen soll, während die Kaufleute und Fabrikanten nur im Dienste des Staats oder der Associationen stehende Commis sind. Damit aber übernimmt der Staat auch die Verpflichtung, dem „Volke“ Gelegenheit zur Anwendung seiner Kräfte zu geben: es hat ein Recht auf Arbeit.

„Wollen wir“, sagt ein Schüler Proudhon's, „das Recht auf Arbeit, diese Forderung der Februarrevolution, verwirklichen, so stellen wir uns damit die Forderung, den Producten der Arbeit auch wirklich Absatz zu verschaffen. Wollen wir dieses thun, wollen wir wirklich der Arbeit mehr und bessere Absatzwege eröffnen, so müssen wir vor Allem die Kaufkraft jedes Einzelnen steigern. Consumtions- oder Verzehrungsfähigkeit hat, wie Proudhon richtig bemerkt, Jeder genug. Hätte die französische Nation auch 100 Milliarden statt 10 auszugeben, sie würden sicherlich mit der Comsumtion der Producte fertig werden. Wenn wir also neben den glänzenden, überfüllten Magazinen die größte Armuth, den größten Mangel erblicken, so liegt dies nicht daran, daß die Hungernden und Leidenden der Lebensmittel nicht bedürften, sondern blos daran, daß sie kein Geld haben, die Lebensmittel zu kaufen. Das zu lösende Problem ist also nicht, wie die Nationalökonomen und ganz besonders jetzt Herr Chevalier in Frankreich behaupten, eine unendliche Steigerung der Production, sondern eine allseitige Steigerung der Kaufkraft.“

„Das Recht auf Arbeit garantiren“ kann vernünftiger Weise nichts anderes bedeuten als, der Arbeit oder ihren Producten eine eben so geregelte sichere Kaufkraft verschaffen, wie sie jetzt blos das Geld besitzt. Wer jetzt Geld besitzt, kann in der einseitigsten Weise den ganzen Markt

beherrschen; für Geld Arbeit zu kaufen, das ist ungemein leicht; aber für Arbeit Geld zu kaufen, das ist entsetzlich schwer." Darum war bei so vielen Aufläufen der Ruf der Arbeiter: „Arbeitend leben oder fechtend sterben", wie später in den Juniustagen; darum hatten sie auch dieß Mal den Fehdehandschuh aufgehoben, den die Regierung den Deputirten der Opposition hingeworfen, den aber diese aus Zaghaftigkeit nicht aufgehoben hatten; darum hatten sie in der Nacht zum 24sten Februar wie Ein Mann sich erhoben, um dem Systeme, das die Tyrannei der Bourgeoisie stützte, ein Ende zu machen. Jetzt hatten sie gesiegt — und sie wollten die Früchte des Sieges ernten; sie durften es von den jetzt zur Gewalt gelangten Männern verlangen, die ihnen früher solchen Kampfpreis verheißen hatten. In diesen Forderungen lag die große Gefahr für die nächste Zukunft, indem die übrigen Lehrer und Führer des Volks, welche nicht Mitglieder der Regierung waren, namentlich Cabet, Sobrier u. A., dieser ihre fernere Unterstützung durch die ihnen blindlings folgenden Haufen nur unter der Bedingung zusagten, daß „dem gerechten Verlangen des Volks" Genüge geschehe. Auf der andern Seite gefährdete der materielle Sieg solcher Lehren in hohem Grade den Besitzstand der vermögenden Klassen, drohte eine Auswanderung der Wohlhabenden mit ihren Kapitalien in andere Länder und als natürliche Folge derselben noch größeres Stocken der Geschäfte und noch allgemeinere Arbeitslosigkeit, wenn es nicht den Männern der blaurothweißen Republik (welche auch die tricolore oder auch bloß die blaue genannt wird und deren Organ der „National" gewesen war), welche nur das allgemeine Stimmrecht wollten, durch die Verbindung mit der dynastischen (d. h. an dem Königthum haltenden) Opposition in der früheren Kammer gelang, jene Elemente des Umsturzes niederzuhalten.

Dennoch fehlte es auch jetzt nicht an Stimmen, welche zur Mäßi-

gung riethen. So erinnerte Cabet in einem Aufrufe die Arbeiter daran, daß seinen Lehren nurch geistige Mittel, nicht durch Gewaltmaßregeln der Sieg verschafft werden müsse; so ermahnten einige Arbeiter in Albert's Journal „l'Atelier" ihre Mitbrüder, nicht die Maschinen zu zerstören und so den Ruhm der Revolution durch Ausschweifungen zu schänden; „die Dampfpressen zerstören, würde so viel seyn, als die Stimme der Revolution ersticken und in der ernsten Lage, in der wir uns befinden, als schlechte Bürger handeln.

Gleich am Abend des ersten Tages nach dem Siege (am 25sten) bedurfte es der ganzen hinreißenden Beredtsamkeit Lamartine's, der an diesem Tage schon mehrere Male von den Stufen des Stadthauses herab zu den aufgeregten Massen hatte reden müssen, um an der Stelle der von zahlreichen Arbeiterhaufen getragenen rothen Fahne (welche an die Schreckenstage von 1793 erinnerte) wiederum die dreifarbige einzuführen. „Man führte Euch", so rief er dem Volke zu, „von Verleumdung zu Verleumdung gegen die Männer, welche sich mit Kopf, Herz und Brust hingegeben haben, um Euch die wahre Republik zu geben, die Republik aller Rechte, aller Interessen, aller Legitimitäten des Volks. Gestern fordertet Ihr von uns im Namen des Volkes von Paris, in die Rechte von 35 Millionen Menschen usurpirend einzugreifen und ihnen eine absolute Republik, anstatt einer mit der Kraft ihrer Einwilligung bekleideten zu votiren, d. h. aus dieser auferlegten und nicht genehmigten Republik den Willen eines Theils des Volks statt des Willens der ganzen Nation zu machen; heute begehrt Ihr von uns die rothe Fahne anstatt der dreifarbigen. Bürger! Ich meines Theils werde die rothe Fahne nie annehmen, und ich will Euch mit einem einzigen Worte sagen, weßhalb ich mich ihr aus aller Kraft meines Patriotismus widersetze. Ich thue es, ihr Bürger, weil die dreifarbige Fahne mit der Republik und dem Kaiserthum die Runde durch

die Welt gemacht hat, während die rothe Fahne bloß, in Fluthen von Volksblut hingeschleift, die Runde um das Marsfeld gemacht hat!

Bei diesen Worten des Hrn. Lamartine wurde die Menge endlich weich; man klatschte mit den Händen, man vergoß Thränen, man umarmte zuletzt den Redner, man ergriff seine Hände und trug ihn im Triumphe. Einen Augenblick später kamen neue Volkshaufen an, bewaffnet mit Säbeln und Bajonetten. Sie pochen an die Thüren und füllen die Säle. Man schreit, daß Alles verloren ist, daß das Volk schießen will oder die Mitglieder der provisorischen Regierung ersticken wird. Man verlangt nach Hrn. Lamartine. Man fleht ihn an, noch ein Mal, das letzte Mal, das Wort an die wüthende Menge zu richten. Man hebt ihn auf die Treppe. Die Menge tobt eine halbe Stunde lang, ohne ihn hören zu wollen, und Waffen werden über seinem Kopfe geschwungen. Hr. Lamartine kreuzt die Arme, kommt endlich zu Wort und rührt und bändigt zuletzt dieses gefühlvolle und verständige Volk, er bringt es dahin, daß es sich zurückzieht oder bleibt, um selber der Regierung als Schutzwache zu dienen.

Die Wirkung seiner Reden war so groß, daß seitdem die rothen Fahnen und Cocarden immer mehr verschwanden; schon am Morgen des 26sten wehte vom Stadthause die dreifarbige Fahne, nur standen die Streifen derselben wieder senkrecht, wie in der Zeit der früheren Republik, so daß der blaue an dem Stabe zunächst lag, hierauf der rothe folgte, und am äußersten Ende der weiße flatterte. Auch erließ die Regierung schon am 25sten eine Bekanntmachung, worin sie aussprach: „sie verpflichte sich, das Bestehen des Arbeiters durch die Arbeit zu verbürgen, allen Bürgern Arbeit zu gewährleisten; sie erkenne an, daß die Arbeiter sich unter einander verbünden müssen, um den gerechten Lohn ihrer Arbeit zu genießen. Sie gebe die vnn der Civilliste fällige Million Franken den Arbeitern, welchen sie gehöre." Es

wurde ferner bekannt gemacht, das Schloß der Tuilerieen solle fortan den unfähig gewordenen Arbeitern als Wohnung dienen, und die Aufschrift: Hôtel des Invalides civils, wurde an die Mauern desselben gesetzt. Um ferner den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, machte der Minister der öffentlichen Arbeiten, Marie, am 27sten bekannt, daß alle auf Staatskosten an öffentlichen Gebäuden unternommenen Arbeiten, mit Ausnahme der Arbeiten an den die Stadt Paris umgebenden Forts, sogleich fortgesetzt werden und die Unternehmer derselben die verschiedenen Arbeitskräfte organisiren sollten. In einem Aufrufe an die Arbeiter verhieß er diesen, alle Bestrebungen der provisorischen Regierung würden darauf gerichtet seyn, dem Wunsche der Arbeiter, ehrenvoll durch Arbeit zu leben, zur Erfüllung zu verhelfen. Vom ersten März an werde man auf mehreren Puncten wichtige Arbeiten organisiren; alle Arbeiter, welche daran Theil nehmen wollten, sollten sich bei einem der 12 Maire's (Vorsteher eines Stadtbezirks) melden, der sie nach einem der verschiedenen Arbeitshöfe (Nationalwerkstätten) weisen werde. Bald darauf wurde ein Decret veröffentlicht, dem zu Folge eine permanente Commission der Regierung für die Arbeiter im Palaste des Luxembourg (dem bisherigen Versammlungsorte der Pairskammer) Berathungen über Verbesserung der Lage der Arbeiter halten sollte, damit den langen und ungerechten Leiden derselben ein Ziel gesetzt werde. Präsident derselben sollte das Regierungsmitglied Louis Blanc, Vicepräsident der Ouvrier Albert seyn; Arbeiter würden berufen werden, um an der Commission Theil zu nehmen. Am 3ten März wurde eine Verfügung der provisorischen Regierung bekannt gemacht, wonach die Zahl der täglichen Arbeitsstunden für Paris von 11 auf 10, für die Provinzen von 12 auf 11 herabgesetzt und die Beeinträchtigung der Arbeiter durch Unter-Uebernehmer (Marchandeurs) abgeschafft wurde. Doch waren alle diese Einrichtun-

gen und Verordnungen mehr nur als Nothbehelf anzusehen, durch die Vertreter der rothen Republik in der provisorischen Regierung ihren Collegen abgedrungen; sie führten auch bald schwere Verwicklungen herbei und wurden nach dem Juniaufstand fast alle abgeschafft.

Am 27sten herrschte wieder die größte Ordnung auf den Straßen von Paris, daß es Vielen unbegreiflich dünkte, wie sie so schnell nach den gewaltigen Stürmen der vorhergehenden Tage hergestellt werden konnte, ohne daß Ein Mann Polizei in der Stadt sich befand. An diesem Tage, Nachmittag 2 Uhr, verließen die Mitglieder der provisischen Regierung das Stadthaus, auf welchem sie 60 Stunden lang ohne Unterbrechung zugebracht hatten, und proclamirten unter der Juliussäule die Republik; Arago und nach ihm Crémieux hielten begeisternde Reden an das Volk, in denen sie das Verhältniß der neuen Revolution zu den Kämpfen des Julius nachwiesen: „damals hätten die Franzosen das Gefühl ihrer Rechte gehabt, nach dieser Revolution würden sie auch die Erkenntniß derselben haben; dieser Kampf würde zur Eroberung der wahren, der republikanischen Freiheit führen.“ Nachdem diese Redner, welche oft durch lauten Beifall unterbrochen worden waren, geendet hatten, zog die Nationalgarde, welche fast auf der ganzen Linie der Boulevards von der Kirche Madeleine bis zum Bastilleplatze aufgestellt war, an ihnen vorüber; von jeder der 12 Legionen je zwei Bataillone, hierauf die berittene dreizehnte, und die vier Legionen des Weichbildes von Paris. Am Abend hielt General Courtais auf den Boulevards und dem Vendômeplatze Revue über mehrere Bataillone der Nationalgarde. An diesem Tage wurden wurden auch energische Maßregeln ergriffen, um den Plünderungen und Verheerungen von Privatwohnungen und Schlössern in der nächsten Umgegend von Paris ein Ziel zu setzen, welche bisher von einzelnen Banden und den durch sie aufgehetzten Bauern verübt worden wa=

ren; die Masse der Arbeiten und die Sorge für die Ruhe der innern Stadt hatte bis dahin die Aufmerksamkeit der Behörden so in Anspruch genommen, daß sie für den Schutz der Umgegend nicht sorgen konnten. Dabei kam es in Maisons-Lafitte zu einem hartnäckigen Kampfe zwischen Nationalgarden, welchen ihre Kameraden aus St. Germain zu Hülfe gekommen waren, und einem Pöbelhaufen, welcher die Brücke vernichten wollte, aber mit großem Verluste zerstreut wurde.

Am folgenden Morgen (den 28sten) wollten viele Werkmeister, trotz des Stillstands der Geschäfte und obgleich sie keine Bestellungen hatten, ihre Werkstätten wieder eröffnen, damit die Zahl der unbeschäftigt umherziehenden Arbeiter verringert würde. Sie forderten deßhalb die, welche früher bei ihnen gearbeitet hatten, auf, sich einzufinden; aber nun erklärten diese, sie würden nicht eher wieder arbeiten, als bis ihnen eine mehr geregelte Organisation der Arbeit und Verminderung der täglichen Arbeitsstunden bewilligt worden sei. Die Folge davon war, daß die Meister, da sie sich außer Stand sahen, bei der vorhandenen Stockung größere Zugeständnisse zu machen, lieber nicht weiter arbeiten ließen. Am 29sten erschienen 4—5000 Arbeiter vor dem Stadthause, wo die provisorische Regierung ihre Sitzungen hielt und begehrten, daß ein Ministerium der Arbeit und des Fortschritts eingesetzt werde; nur mit Mühe konnten sie durch Louis Blancs Zureden und Verheißungen beschwichtigt werden.

Am 2ten begann die Sitzung der Regierungscommission für die Arbeiter im Luxembourg und L. Blanc hielt vor einer zahlreichen Versammlung von Abgeordneten derselben und ihrer Meister eine lange glänzende Rede, in welcher er sein System entwickelte. Dennoch konnten Einsichtsvolle es schon jetzt sich nicht verhehlen, daß durch alles dieß Frankreich, ja Europa, mit einer Socialrevolution bedroht werde, und daß auch durch die übrigen Decrete der Regierung der fort-

währenden Krieg der Armen gegen die Besitzlosen und Reichen erklärt worden sei. Dahin rechnete man die Einkleidung und Unterhaltung der Blousen= und Pikenmänner auf Staatskosten*), dahin die Anordnung, durch welche das arbeitende und mit Waffen versehene Volk daran gewöhnt werden sollte, sich vom Staate ernähren zu lassen, ohne Arbeit zu suchen; daß ihm verkündet wurde, der Staat werde fortan für Arbeit und genügenden Arbeitslohn sorgen; daß sie endlich selbst aufgefordert wurden, Vereine zu bilden und einen unbestimmt gelassenen Antheil am Gewinne der Industrie für sich selbst in Anspruch zu nehmen. Auch fehlte es bald nicht an Klagen von den entgegengesetztesten Seiten her. Die Decrete der Regierung, durch welche sie schon am 26sten die Todesstrafe in politischen Dingen, am 1sten März den Adel und am 2ten den politischen Eid für neu anzustellende Beamte aufhob, konnten als dankenswerthe Zugeständnisse gegen die Forderungen der Zeit angesehen werden; die Wiedereinführung des städtischen Zolls (Octroi) an den Barrièren, so verhaßt dieser beim Volke war und deßhalb auch die Zerstörung mehrerer Zollhäuser in den Tagen des Kampfes herbeigeführt hatte, fand keinen Widerstand, da er zu den bedeutendsten Einnahmen der Stadt Paris gehörte. Mehr Unzufriedenheit bezeigten die Herausgeber der Zeitungen über die Herstellung des Zeitungsstempels am 5ten (Manche hatten deßhalb schon den Preis ihrer Blätter herabgesetzt, weil sie auf gänzliches Aufhören dieser drückenden Abgabe gehofft hatten) und als eine ärmliche Bewilligung war es anzusehen, daß in den 10 Tagen,

*) Auch konnte man damals kaum voraussehen, daß in den furchtbaren Kämpfen der Arbeits- und Besitzlosen vom 23sten bis 26sten Junius gerade diese mobile Garde, auf deren Beistand die Anarchisten gerechnet hatten, am tapfersten für Erhaltung des gesetzlich Bestehenden kämpfen würden.

welche der Wahl vorhergingen, kein Zeitungsstempel erhoben werden sollte, damit in dieser wichtigen Zeit die Einwirkung aufs Volk möglichst ausgedehnt sei. Zu bedauern war es nur, daß die Zeit der Regierungsmitglieder beständig durch beglückwünschende Besuche von Deputationen der verschiedensten Corporationen (so am 2ten März von 3—400 Studenten) und von den in Paris anwesenden Vertretern fremder Nationen in Anspruch genommen wurde; ja es ging so weit, daß, obgleich kein Ungar in Paris anwesend war, ein Comité der ungarischen Nation aus Parisern sich bildete, die sich die schönsten ungarischen Trachten machen ließen, Victor Hugo zu ihrem Wortführer erwählten und im Namen des ungarischen Volks der französischen Republik ihre Huldigung darbrachten.

Am 6ten erschien die erste Verordnung über die Form der Wahlen zu der Nationalversammlung. Sie sollten in der Hauptstadt jedes Bezirks vorgenommen werden mittelst eines Stimmzettels, der so viel Namen enthielt als das ganze Departement Vertreter zu ernennen hätte. Niemand sollte Volksvertreter seyn, der nicht wenigstens 2000 Stimmen hätte. Jeder Abgeordnete, deren 900 im Ganzen, darunter aus Algerien 15 zu wählen seien, sollte 25 Francs Taggelder erhalten. Von dieser Zeit an beginnt die Thätigkeit des Ministers des Innern, Ledru-Rollin, welcher den nach verschiedenen Hauptstädten der Departements gesandten Regierungscommissären in ihren Instructionen die Pflicht ans Herz legte, vorzüglich auf die Wahl von aufrichtigen Anhängern der Republik hinzuwirken; dabei führte er in seinen Rundschreiben eine Sprache, die bei den Gemäßigten Anstoß erregte.

Schon am vorhergehenden Tage (5. März) hatte der Minister des Auswärtigen, Lamartine, der gleich in den ersten Tagen den fremden Gesandten die Proclamirung der französischen Republik angezeigt und ihnen eine Schutzwache angeboten hatte (welche indeß nur von den

Gesandten Preußens und Oesterreichs angenommen worden war), ein Rundschreiben an sämmtliche Gesandten und Agenten Frankreichs im Auslande erlassen, worin er ihnen die Grundsätze und Tendenzen kund machte, welche fortan die äußere Politik der französischen Regierung bestimmen würden; damit sie dieselben der Regierung, bei welcher sie accreditirt seien, schleunigst mittheilten. Die Republik bedürfe der Anerkennung nicht, um zu existiren, sie sei der Wille eines großen Volks, welches nur sich seine Berechtigung abverlange; aber sie wolle als eine geregelte Macht und nicht als eine die Ruhe Europa's störende Erscheinung in die Familie der bestehenden Staatsregierungen eintreten. Die Proclamirung der Republik sei durchaus *kein Angriff gegen irgend eine Regierungsform in der Welt*; eine jede derselben habe ihre natürliche Verschiedenheit, wie es Verschiedenheiten der geographischen Lage und der geistigen, sittlichen und materiellen Entwickelung der Völker gebe. Der Krieg sei nicht Grundsatz der französischen Republik, wie er 1792 ihre verhängnißvolle und glorreiche Nothwendigkeit gewesen sei. Nachdem er ausführlich die Verschiedenheit der Verhältnisse und Stellung Frankreichs in jener Zeit zu der jetzigen nachgewiesen, fügt er hinzu: „Aber abgesehen von diesen uneigennützigen Betrachtungen sollte das alleinige Interesse der Befestigung und der Dauer der Republik schon den Staatsmännern von Frankreich Friedensgedanken einflößen. Nicht das Vaterland ist es, welches im Kriege die meiste Gefahr läuft; die Freiheit ist es. Der Krieg ist fast immer eine Dictatur. Die Soldaten vergessen die Institutionen über den Männern. Der Ruhm blendet die Vaterlandsliebe. Der Zauber eines siegreichen Namens umschleiert das Attentat auf die National-Souveränität. Die Republik will Ruhm, ohne Zweifel, aber sie will ihn für sich selbst und nicht für Cäsare oder Napoleone." —

„Die französische Republik wird den Krieg gegen Niemand beabsichtigen. Sie hat nicht zu sagen nöthig, daß sie ihn annehmen wird, wenn man dem französischen Volke Kriegsbedingungen stellt. Der Gedanke der Männer, welche in diesem Augenblicke Frankreich regieren, ist folgender: Glücklich Frankreich, wenn man ihm den Krieg erklärt und wenn man es auf solche Weise zwingt, an Stärke und Ruhm, trotz seiner Mäßigung, größer zu werden! Schreckliche Verantwortlichkeit über Frankreich, wenn die Republik selbst den Krieg erklärt, ohne dazu herausgefordert zu seyn! In dem ersteren Falle würden ihr kriegerischer Geist, ihre Ungeduld, ihre während so vieler Friedensjahre angesammelte Kraft sie daheim unbesiegbar und vielleicht jenseits ihrer Grenzen furchtbar machen. Im zweiten Falle würde sie die Erinnerungen an ihre Eroberungen, welche die Nationalitäten abgeneigt machen, gegen sich wenden, und sie würde ihr erstes und ihr allgemeinstes Bündniß compromittiren: den Geist der Völker und den Genius der Civilisation." —

„Die Verträge von 1815 bestehen nicht mehr von Rechtswegen in den Augen der französischen Republik; die territorialen Umgrenzungen dieser Verträge jedoch sind eine Thatsache, welche sie als Grundlage und als Ausgangspunkt in ihren Beziehungen mit den anderen Mächten zuläßt." —

„Wenn die Stunde der Wiederaufrichtung einiger in Europa oder anderswo unterdrückten Nationalitäten uns in den Verfügungen der Vorsehung geschlagen zu haben schiene, wenn die Schweiz, unsere treue Verbündete seit Franz I., in der Bewegung des Wachsthums, welche sie bei sich bewerkstelligt, um dem Bunde der demokratischen Regierungen eine Kraft mehr zu leihen, beschränkt und bedroht würde, wenn die unabhängigen Staaten Italiens angegriffen würden, wenn man ihren inneren Umbildungen Grenzen oder Hindernisse auferlegen

würde, wenn man ihnen mit bewaffneter Hand das Recht bestritte, sich zu verbünden, um ein italienisches Vaterland zu befestigen — würde die französische Republik sich berechtigt glauben, selbst zu waffnen, um diese legitimen Bewegungen des Wachsthums und der Nationalität der Völker zu beschützen." —

„Die Republik hat in der Geburt und inmitten eines nicht vom Volke veranlaßten Kampfes drei Worte ausgesprochen, welche ihre Seele enthüllt haben und welche auf ihre Wiege die Segnungen Gottes und der Menschen herabrufen werden: Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft. Sie hat am andern Tage durch die Abschaffung der Todesstrafe in politischen Dingen den wahrhaften Commentar zu diesen drei Worten im Innern geliefert: geben Sie ihnen auch ihren wahren Commentar im Auslande. Der Sinn dieser drei Worte, auf unsere auswärtigen Beziehungen angewendet, ist folgender: Freimachung Frankreichs von den Ketten, welche auf seinen Grundsätzen und auf seiner Würde lasteten; Wiedererlangung des Ranges, den es im Niveau der großen europäischen Mächte einnehmen muß; endlich Erklärung von Bündniß und Freundschaft an alle Völker. Wenn Frankreich seinerseits das Bewußtseyn des liberalen und civilisirenden Berufes im Jahrhundert hat, so liegt darin nicht eines jener Worte, welche Krieg andeuten. Wenn Europa klug und gerecht ist, so liegt darin nicht eines jener Worte, welche nicht Frieden andeuten."

Durch dieses Circular hatte Lamartine, wie er im Herbst 1840 dem Rheinliedersturme eine Friedenshymne an Deutschland entgegengesetzt hatte, seine friedliche Gesinnung als Staatsmann ausgesprochen und durch eine officielle Erklärung bestätigt, was von dem Organe mehrerer Regierungsmitglieder, dem „National", gleich in den ersten Tagen nach dem Siege in seinen leitenden Artikeln ausgesprochen worden war: die Ueberzeugung der Besonnensten unter den gegenwärtigen

Machthabern, daß die Republik zu ihrer Gestaltung und Entwickelung, zur Heilung der Wunden, welche das gestürzte System und dessen gewaltsamer Sturz dem Lande geschlagen, vor Allem des Friedens bedürfe. Ja, sie verhehlten es sich nicht, daß ein langwieriger Krieg das Grab der Republik werden könnte, wie ja schon die erste Republik nur durch einen glücklichen Feldherrn vor den zahlreichen äußern Feinden gerettet, aber auch, indem derselbe die allgemeine Erschlaffung, die Sehnsucht Aller nach Ruhe im Innern und nach gesetzlicher Ordnung klug benutzte, vernichtet worden war. An die Stelle der Selbstherrschaft des Volkes durch seine Vertreter war dann Militärdespotismus des Gewaltigen getreten, und der im Auslande erworbene Kriegsruhm und die Ausdehnung der Grenzen Frankreichs gewährten keinen hinreichenden Trost für die verlorne Freiheit; um so mehr, da durch den Uebermuth des Siegers, der den Volksgeist nicht achten mochte, jener Besitz ein unsicherer ward, und der Sturz des mächtigen Herrschers Frankreich mehr nahm, als er seit dem Beginne seiner Laufbahn zu dem vorher Erkämpften hinzu erobert hatte. — Gleichzeitig aber fühlten die edelsten Geister der Nation, daß die französische Republik ohne feindlichen Einfall geistige Eroberungen in den Nachbarstaaten machen werde; da der Anstoß im Westen, wie ein elektrischer Schlag, nach allen Seiten, namentlich aber nach dem in geistigen Banden gehaltenen Deutschland sich fortpflanzen und in ihm, dem neuen Freistaate, einen zuverlässigeren Bundesgenossen erwecken werde, als ihn Waffengewalt erzwingen kann.

Hierdurch sind wir aber zunächst darauf geführt, die rasch erfolgten Erhebungen und Umgestaltungen in Folge der pariser Revolution in den angrenzenden Staaten ins Auge zu fassen. Ehe wir jedoch zu denselben übergehen, müssen noch einige Bemerkungen über die Aufnahme, welche die neue Ordnung der Dinge zunächst in den Pro-

vinzen Frankreichs fand, und über die Schicksale der königlichen Familie hier ihren Platz finden.

Da das Verlangen nach Wahlreform sich fast in allen bedeutenden Städten des Reiches kund gegeben hatte, so konnte es nicht fehlen, daß fast überall die ersten Nachrichten von dem Sturze des hartnäckigen Ministers die größte Freude erregten; auch die Abdankung Louis Philipps und die Regentschaft der Herzogin von Orleans fand wohl in den meisten Städten Anklang, wenn auch in den volkreichsten die republikanische Partei, gestützt auf die Arbeiter, hierbei sich nicht begnügen mochte und hier und da Schilderhebungen versuchte; so namentlich in Lyon, wo das Militär gegen die Arbeiter aufgeboten werden mußte, und wo selbst noch in den folgenden Tagen einige Fabrikgebäude und ein Kloster zerstört wurden, in welchem, wie auch anderswo von geistlichen Korporationen geschehen war, Seidenarbeit getrieben wurde. Auch in Straßburg, wo man Anfangs die Verkündigung der Regentschaft freudig aufgenommen hatte, zeigten sich bald nach der Bekanntwerdung der folgenden Ereignisse unruhige Bewegungen; die städtische Municipalcommission fand es der Klugheit gemäß, sich durch eine Anzahl Bürger, welche das Vertrauen der Bevölkerung besaßen, zu verstärken und an der Stelle des Präfecten, welcher sein Amt niederlegte, eine Departementalbehörde einzusetzen, an deren Spitze der Advocat Liechtenberger gestellt ward. So sehr aber auch in andern Theilen Frankreichs die Nachricht von der Proclamirung der Republik (in den bedeutendsten Städten durch den Telegraphen, in den kleineren durch die hierzu beauftragten Conducteure der mit Fahnen geschmückten Malleposten schnell verbreitet) die Anhänger des gestürzten Systems erschreckte und selbst die Mehrzahl der die Ruhe liebenden Kleinbürger besorgt machte, während der vierte Stand dadurch mit Freude erfüllt ward: so wurde doch die Republik an den meisten Or-

ten ohne Aeußerungen des Widerwillens und ohne Ausbrüche der Rache gegen die zum Rückzuge genöthigte Partei der Geldmänner aufgenommen. In Lille fanden die Commissäre der provisorischen Regierung, Louis Blanc und Thouret, am 27sten nicht die freundlichste Aufnahme, noch die bereitwilligste Folgeleistung von Seiten des Maire Bigo, als sie ihn aufforderten, die Republik ausrufen zu lassen; indem er ihnen entgegnete, es sei ja doch ausgesprochen worden, das ganze Land solle durch seine Vertreter über die Verfassungsform entscheiden, welche Frankreich von nun an haben solle. Doch bald gab er nach und die ihm Gleichgesinnten fügten sich gleichfalls aus Besorgniß vor einer Erhebung der zahlreichen Arbeiterbevölkerung zu Gunsten der Commissäre; denn gerade in Lille war bei dem Reformbankett im December des vorigen Jahres der Rede Ledru-Rollin's zu Gunsten der republikanischen Staatsform der rauschendste Beifall und die größte Zustimmung zu Theil geworden, während Odilon Barrot und seine Anhänger schon vor Beginn des Banketts sich wieder zurückgezogen hatten, weil ihnen vom Comité keine Rede auf die Juliinstitutionen bewilligt worden war.

Die ersten nach Paris und nach Deutschland gelangten Nachrichten über die Flucht der königlichen Familie waren sehr widersprechend. Von Louis Philipp hieß es sogar, er sei auf der Fahrt umgekommen — nach einem anderen Gerüchte sollte er nach seiner Ankunft in England an einem Schlaganfalle gestorben seyn, was sich bald als unwahr herausstellte. Von dem Obelisken von Luxor auf dem Platze de la Concorde*), wo er noch die vergessene Unterschrift unter seine Abdankungsurkunde gesetzt haben soll, war er von 200 Mann be-

*) An derselben Stelle war Ludwig XVI. am 21sten Sept. 1793 enthauptet worden.

rittener Nationalgarde und Liniencavallerie bis St. Cloud geleitet worden, wo dieselben, da er in der Eile ohne alles Reisegeld abgefahren war, eine Sammlung (200 Franken) unter sich veranstalteten und dann nach Paris zurückkehrten. Auf dem Schlosse in St. Cloud*) hatte er nur kurze Zeit verweilt, und war von da auf einem Miethwagen, den ihm der Beigeordnete (Adjoint) des Maire besorgte, nach Dreux gefahren, wo er um 10 Uhr Abends eintraf und die Kunde von dem Sturze seiner Dynastie erhielt. In Dreux empfing er den Besuch des Unterpräfecten, der ihn versicherte, daß die Nationalgarde bereit sei, ihn zu schützen. Bald nachdem er die Stadt verlassen hatte, traf eine Bande ein, welche ihn suchte. Von da fuhr er nach dem Schlosse Trianon und gelangte endlich nach Treport an der Nordküste Frankreichs. Am 1sten März fuhr er mit seiner Gemahlin auf einer Barke von Honfleur nach Havre und schiffte sich dort auf dem Dampfschiffe Expreß nach England ein, wo die übrigen Glieder der Familie schon vor ihm eingetroffen waren. — Der Herzog von Montpensier und die Herzogin von Nemours (geborne Prinzessin von Coburg-Cohary) mit ihren jüngeren Kindern entkamen nach der Insel Jersey und fuhren von da nach England. Erst hier trafen sie mit dem Herzoge von Nemours und seinem ältesten Sohne zusammen, welcher am 24sten aus der Deputirtenkammer geflüchtet war, und mit seiner Schwester Clementine und dem Gemahl derselben, Herzog August von Coburg, am 26sten nach Boulogne entkommen, am 27sten nach Dover übergefahren und am Abend desselben Tages auf der Eisenbahn in London eingetroffen war. Hier stieg er zuerst bei dem französischen Gesandten

*) Hiernach ist die obige Angabe S. 23 z. E., daß er nach dem Schlosse Neuilly gefahren sei, zu berichtigen; er fuhr nur auf der Straße (Avenue) nach Neuilly hinaus.

Grafen von Jarnac ab; als er aber erfuhr, daß dieser Depeschen von Lamartine erhalten, begab er sich zu dem belgischen Gesandten van de Weyer, der ihm sein Landhaus in East Steen in der Nähe von London zur Verfügung stellte. Gegenwärtig wohnt die ganze königliche Familie zurückgezogen in Claremont, dem Schlosse des Königs der Belgier (eines Schwiegersohns Louis Philipp's); auch der Herzog von Aumale, bisher Generalgouverneur von Algier, und der Herzog von Joinville fanden sich dort ein.

Von der Herzogin von Orleans verlautete Anfangs, sie sei in dem traurigsten Zustande mit ihren Kindern und Guizot auf der Insel Jersey angekommen, aber bald ergab sich, daß man sie mit der Herzogin von Nemours verwechselt haben mußte. Denn nachdem sie aus dem Invalidenhotel, wo sie am 24sten Schutz gefunden hatte, in Begleitung eines preußischen Gesandtsschaftssecretärs, der sie für seine Gemahlin ausgegeben, nach Belgien entkommen war, erschien sie schon am 1sten März in Coblenz und verweilte dann kurze Zeit in Ems, von wo sie sich nach Eisenach begab, wo sie noch jetzt in dem Schlosse, das ihr Oheim, der Großherzog von Sachsen Weimar, ihr eingeräumt hat, in größter Einfachheit und Zurückgezogenheit lebt. — —

Kaum Erwähnung verdiente das Schreiben, welches Louis Napoleon, der Brudersohn des Kaisers*), an die provisorische Regierung richtete: „In dem Augenblicke des Volkssieges ging ich nach dem Stadthause. Es ist die Pflicht jedes guten Bürgers, sich um die Regierung der Republik zu schaaren; ich erachte dieß für die zuerst zu

*) Er war der Sohn des Königs Ludwig von Holland, der schon 1809 resignirte, und der Hortense Beauharnais, der Tochter Josephinens aus ihrer ersten Ehe, welche zuletzt den Namen Herzogin von St. Leu führte.

erfüllende Pflicht und ich werde glücklich seyn, wenn mein Patriotismus nützlich verwendet werden kann." Denn nachdem dieser unter der vorigen Regierung zwei verunglückte und lächerliche Versuche gemacht hatte, das eine Mal in Straßburg, das andere Mal von Boulogne*) aus, hätte man nicht zu fürchten brauchen, daß er jetzt der jungen Freiheit gefährlich werden könnte — und dennoch dient der Prinz, der sich bis jetzt nur als einen unfähigen und stotternden Redner in der Nationalversammlung gezeigt hat, seit Monaten einer zahlreichen Partei in Frankreich als Aushängeschild; und seine Bewerbung um die Präsidentschaft der neu constituirten Republik wird von verschiedenen Seiten unterstützt, sicher aus keinem anderen Grunde, als weil man ihn als Brücke zur wiederherzustellenden Königsherrschaft ansieht! — Denn wäre dieß nicht der Fall, so könnte man nicht begreifen, wie es möglich war, daß 33 Jahre nach der letzten Abdankung Napoleons, wo der bei weitem größte Theil seiner Soldaten nicht mehr lebt, eine starke bonapartistische Partei sich bilden konnte — während 1830, also nur 15 Jahre nach den letzten Kriegsthaten des Kaisers, als sein Sohn (der Herzog von Reichsstadt) noch lebte, als die republikanische Partei in Paris noch schwach war, die damals viel zahlreicheren Anhänger der napoleonischen Herrschaft keinen Einfluß gewinnen konnten! Jetzt aber wenden sich manche Anhänger der gestürzten Königsfamilie, weil sie die Hoffnung für Herstellung derselben in der Person des noch am meisten beliebten Herzogs von Joinville aufgeben mußten,

*) Bei der Landung in der Nähe von Boulogne hatte er einen Adler mitgebracht, den er gewöhnt hatte, auf seinem Hute das Futter zu holen, um bei den Franzosen die Erinnerung an die Adler der kaiserlichen Legionen zu erwecken; ein französisches Blatt bemerkte daher, dieß Mal hätte der Prinz seinen Adler von Boulogne nicht mitgebracht, weil derselbe ausgestopft sei.

dem Helden von Boulogne zu und geben ihm dadurch eine Wichtigkeit, die seiner Persönlichkeit nicht gebührte.

Sein Oheim, Hieronymus, der ehemalige König von Westphalen, der einzige noch lebende Bruder des Kaisers Napoleon, hatte in den ersten Tagen ein Schreiben an die provisorische Regierung gesendet, dessen Berechtigung wohl zugestanden werden kann:

„Die Nation hat soeben die Verträge von 1815 zerrissen. Der alte Soldat von Waterloo, der letzte Bruder Napoleons, kehrt von diesem Augenblicke an in den Schoß der großen Familie zurück. Die Zeit der Dynastieen ist für Frankreich vorbei. Das Verbannungsgesetz, welches auf mir lastete, ist mit dem letzten der Bourbonen gefallen. Ich verlange, daß die Regierung der Republik ein Decret erlasse, welches erkläre, daß meine Verbannung eine Beleidigung für Frankreich war, und daß dieselbe mit Allem, was uns von den fremden Mächten auferlegt worden war, verschwunden ist."

Dennoch wurde das Gesetz, welches die Verbannung der Napoleoniden ausspricht, nicht aufgehoben, aber auch bis jetzt noch in keinem Falle angewendet; während die Ausschließung der Familien Karls X. und Louis Philipps durch ein Gesetz von der im Mai zusammentretenden constituirenden Versammlung ausgesprochen wurde.

Die ersten Einwirkungen der Februartage auf die Nachbarstaaten; die Erhebung Wiens.

Die ersten Nachrichten von dem Aufstande in Paris fanden in allen Theilen Deutschlands die größte Theilnahme, und dieß um so mehr, je weniger man nach dem bisherigen Erfolge, mit welchem Louis Philipp jede Schilderhebung gegen seine Herrschaft unterdrückt hatte, und nach den gewaltigen Vorkehrungen gegen die friedliche Demonstration eines Festessens an die Möglichkeit geglaubt hatte, daß ihm auch nur das geringste Zugeständniß abgenöthigt werden würde. Konnte man aber auch, als die erste nach Straßburg gelangte telegraphische Depesche die Abdankung des Königs und die Regentschaft der Herzogin von Orleans berichtete, denken, daß hiermit die Bewegung nicht zu Ende sei, sondern daß noch größere Stürme in der aufgeregten Stadt und bei der schroffen Stellung der Parteien gegen einander erfolgen würden, denen die Herrschaft eines Kindes und die Hand einer Frau nicht gewachsen seyn würde; so hatte doch sicher Niemand an eine so schnelle Umgestaltung schon in den nächsten Stunden gedacht. Trotz der in Deutschland fast allgemeinen Abneigung gegen das System Louis Philipps und seine engherzige Politik — welche durch das Interesse für die gute Versorgung der Seinigen sich mehr hatte bestimmen lassen, als durch die Rücksicht auf das wahre Wohl Frankreichs und durch eine freisinnige großartige Weltanschauung — hatte man doch seine Herrschaft und die seiner Dynastie für zu fest in der Stimmung des Bürgerstandes (also der Nationalgarde) begründet geglaubt, als daß

man eine Erschütterung bei seinen Lebzeiten für möglich gehalten hätte. Aber wie freudig auch die Mehrheit des deutschen Volks die gerechte und wohlverdiente Demüthigung des Starkgeglaubten begrüßte und — nach den Erfahrungen des Jahres 1830 — eine heilsame Rückwirkung auf die deutschen Verhältnisse hoffen durfte; so verhehlte man sich auf der andern Seite nicht, daß die Ausrufung der Republik Frankreich in eine schroffere Stellung zu den Regenten der Nachbarstaaten bringen, die Wiederkehr der Ruhe und eines friedlichen Einverständnisses länger hinausschieben, ja einen offenen Kampf leichter herbeiführen würde, als dieß im Jahre 1830 der Fall gewesen war. Denn damals hatte die Herstellung eines Königsthrons, welche schon am 12ten Tage nach dem Beginn des Kampfes gelungen war, zu einer schnelleren Beruhigung der feindlichen Elemente beigetragen und auch die benachbarten Fürsten beruhigt; dieß Mal hatte die von Louis Philipp 1830 niedergehaltene und gelähmte Partei, welche den Verträgen von 1815 feind war, den Sieg davongetragen — und selbst nach den friedlichen Versicherungen der französischen Zeitungen in den ersten Tagen nach dem Kampfe, ja selbst nach Lamartine's Rundschreiben durfte man sich nicht dem Glauben an eine Erhaltung des Friedens hingeben, da es sich noch sehr fragte, ob es auch den jetzigen Machthabern gelingen werde, die Kriegsgelüste der Jüngeren ganz zu bezwingen, ob sie nicht wider ihren Willen genöthigt werden würden, die übersprudelnde Masse über die Grenzen zu senden, um nur im Innern einen geordneten Zustand leichter herbeiführen zu können. Auch konnten ja die Ereignisse in Italien, wo die Erbitterung gegen Oesterreich aufs Höchste gestiegen war, da man eben (am 22sten Februar) in Mailand das Standrecht verkündigt hatte, oder eine Erhebung der Polen, im Einverständniß mit der Erklärung Lamartine's ein Einschreiten der neuen Republik herbeiführen — und das Verlangen nach

dem linken Rheinufer war unter den Franzosen auch noch nicht ganz verstummt. Ebenso konnte aber auch das Beispiel der Einführung einer Republik in Frankreich für die Nachbarn drohend werden, wenn bei ihnen gleiche Elemente vorhanden waren und es diesen in der ersten Verwirrung mit Hülfe des niederen Volkes gelang, die in der öffentlichen Meinung so sehr erschütterten Throne einzelner Fürsten umzustürzen, welche durch ihr Benehmen in den letzten Jahren durch so manche Schritte gegen die Volksfreiheit, namentlich selbst gegen Glaubensfreiheit (und manche selbst durch ihre Lebensweise) ihre Nichtachtung gegen die Gesinnung ihres ganzen Volks an den Tag gelegt hatten.

Der erste Stoß hätte **Belgien** treffen müssen, dessen Parteien ja auch 1830, wenige Wochen nach der Julirevolution, durch zahlreiche Zuzüge aus Frankreich verstärkt, die Losreißung von Holland bewirkt hatten, indem sich die sehr mächtige Geistlichkeit mit der ultraliberalen Partei verband; nach der Losreißung aber und der Anerkennung Belgiens von den fünf Großmächten hatte es sich eine freisinnige Verfassung gegeben und der zum Könige der Belgier erwählte **Leopold** von Sachsen-Coburg hatte seitdem in gemessener Haltung und seinen Versprechungen treu fortregiert, so daß er sich die Achtung aller Parteien erworben hatte. Durch seine Verwandtschaft mit der Königin Victoria von England (er war Wittwer der Tochter Georgs IV.) und mit Louis Philipp (dessen Tochter Louise er geheirathet) hatte er öfters Einfluß auf Vermittelung der Mißhelligkeiten zwischen beiden Königshäusern äußern können; aber mit richtigem Blicke erkannte er, daß jetzt vor der Sorge für das Wohl seines Landes und selbst vor der Rücksicht auf seine eigene Erhaltung jede verwandtschaftliche Rücksicht in den Hintergrund treten müsse. Auch war es ein großes Glück, daß er kurz vorher sein Ministerium aus Männern zusammengesetzt hatte, welche das Vertrauen und die Liebe des Volkes (Rogier), wie des Hee-

res (Chazal) besaßen und den Wahlcensus für die Wahlfähigkeit der Abgeordneten auf den niedrigsten Satz herabsetzten, den die Verfassung bestimmte; sodaß es sich bald herausstellte, wie alle Parteien (selbst die Demokraten) darin übereinstimmten, man müsse den bestehenden Zustand erhalten. Der König erschien sogar am 27sten Februar, umgeben von seinem ganzen Hofstaate, in der Abgeordnetenkammer und erklärte, er stelle sich der Nation zur Verfügung und sei bereit, auf den Thron zu verzichten, wenn es dem Willen des Volkes entspreche. Ein einstimmiges Lebehoch antwortete ihm und drückte ihm die Gesinnung der Volksvertreter aus. Der Kriegsminister traf eiligst Vorkehrungen zur Besetzung der Grenzen, um das Ueberfluthen französischer Abenteurer zu verhüten und stellte Boten an verschiedenen Plätzen der Straße nach Paris auf, um von allen Ereignissen schnell Kunde zu erhalten, während die Nordbahn zwischen Amiens und Paris zerstört oder unterbrochen war. Leopold beauftragte seinen Gesandten in Paris, baldigst wieder in Verhandlung mit der französischen Regierung zu treten und sie von seiner Seite der friedlichsten Gesinnungen zu versichern. So ging der erste Sturm glücklich vorüber; und auch der Einzug großer Massen von belgischen Arbeitern, welche in den nächsten Wochen aus Frankreich entlassen wurden, und denen viele Franzosen und Polen bewaffnet sich anschlossen, um die Republik einführen zu helfen, hatte keinen Erfolg, da man, durch französische Grenzbeamten vorher benachrichtigt, die nöthigen Vorkehrungen hatte treffen können. Der ganze Wagenzug, der die Freiheitsbringer enthielt, wurde gleich an der Grenze von Soldaten umstellt, die Waffen ihnen abgenommen, uud diejenigen, welche ihre belgische Abkunft nachweisen konnten, einzeln in ihre Heimath entlassen, die Fremden aber wieder zurückgewiesen. In Brüssel selbst fanden in den ersten Tagen mehrere Verhaftungen und Ausweisungen, besonders von deutschen Arbeitern, Statt, welche einem demokratisch-socialistischen Vereine angehörten.

Schneller wirkten die Februarereignisse in der Schweiz. In dem Kanton Neuenburg (Neufchatel), welcher bisher den König von Preußen als Fürsten anerkannt, hatte sich der aristokratische Staatsrath durch Unterdrückung jeder freieren Richtung, namentlich in der letzten Zeit durch seine Theilnahmlosigkeit an dem von der Tagsatzung beschlossenen Kriege gegen den Sonderbund sehr verhaßt gemacht. Denn mit Zustimmung des Königs von Preußen hatte er die Stellung des bundesmäßigen Contingents zum eidgenössischen Heere verweigert, weil er sich neutral halten wollte; wofür er später von der Tagsatzung zu einer Geldbuße von 300,000 Schweizerfranken verurtheilt wurde. Jetzt schien der eidgenössischen Partei im Kanton der Zeitpunct gekommen, wo sie eine Aenderung jener Sonderpolitik und einen noch engeren Anschluß an die übrigen Schweizer-Kantone durchsetzen könnte. Die Führer beschlossen einen großen Zug nach Neuenburg, dem Sitze der Regierung, zu veranstalten; aber schneller, als sie selbst gedacht, erhoben ihre eifrigen Anhänger in Lachaux de fonds, Locle und Travers in der Mittagsstunde des 29sten Februars die Fahne des Aufstandes, setzten die Municipalbehörden ab, und ein Regierungscomité ein, welches der alten Regierung in Neuenburg 24 Stunden Bedenkzeit gab, der Gewalt zu entsagen und die Truppen zu entlassen; sonst würden die liberalen Bergbewohner in Masse nach der Stadt ziehen. Die Regierung antwortete, sie wolle sich nicht vertheidigen; eine kleine Abtheilung Soldaten solle indeß unter den Waffen bleiben, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und das Eigenthum der Bürger zu schützen. Um 4 Uhr Morgens wurden die Söldner entwaffnet und entlassen. Der Staatsschreiber Favarger reiste mit seiner Familie ab und kam schon um 1 Uhr Mittags durch Solothurn; aber erst am Abend des 1sten März gegen 6 Uhr zogen 1400 bewaffnete Bergbewohner mit zwei Kanonen unter dem Jubel des Volks in die Stadt.

Die Regierung dankte ab (unter Vorbehalt der Genehmigung des Königs von Preußen) und übergab die Geschäfte der provisorischen Regierung, zu deren Vorsitzenden der Advocat Piaget gewählt worden war, und welche in Proclamationen erklärte, daß Neuenburg von der Fremdherrschaft befreit sei und fortan sich selbst regieren werde. Sie zeigte noch an demselben Tage ihre Constituirung dem Vororte Bern an, bei welchem schon vorher der preußische Gesandte, v. Sydow, Verwahrung eingelegt hatte. Derselbe reiste am 3ten März von Neuenburg ab, nachdem er auch hier im Namen des Königs eine Protestation dagegen erlassen, daß die Absetzung der fürstenthümlichen Regierung ausgesprochen, Neuenburg als Republik erklärt und selbst die Mitglieder der alten Regierung verhaftet worden seien, nachdem sie sich geweigert, die Abdankungsurkunde zu unterzeichnen, indem sie, wie sie erklärten, nur der Gewalt wichen. Auch der König von Preußen begnügte sich später nur damit, eine Protestation gegen die Losreißung der Neuenburger von seiner Herrschaft zu erlassen. — Daß aber noch manche Neigung und Vorliebe für die königliche Herrschaft, besonders unter den Wohlhabenden herrscht, bewies im Anfange des J. 1849 die Ergebenheitsadresse einiger Neuenburger Damen an die die Königin von Preußen und die in der Stadt erregten Unruhen zur Herstellung des Fürstenthums, welche indeß schnell unterdrückt wurden.

In Deutschland, namentlich in den an Frankreich zunächst grenzenden Staaten, erregten die ersten Nachrichten von dem Sturze des immer mehr in der Achtung gesunkenen Julikönigs große Freude; zugleich aber verhehlte man sich nicht, daß diesem unerwarteten Schlage schwere Stürme und Kämpfe auch auf deutschem Boden folgen würden. Dachte man aber an die Möglichkeit eines Ueberfluthens der

aufgeregten Massen über die Grenzen Frankreichs, so erkannte man zugleich, daß ein inniges Zusammenhalten aller deutschen Stämme gegen einen ländergierigen Feind vor Allem Noth thue; man wollte die Freiheit nicht mit der Abtretung des kleinsten Stücks deutscher Lande oder gar mit gänzlicher Abhängigkeit von dem gefährlichen Nachbar erkauft wissen. Um so dringender stellte sich aber dann auch die Forderung heraus, daß die lang verheißenen, in einzelnen Staaten spärlich gewährten, aber immer wieder verkümmerten Freiheiten dem deutschen Volke endlich unverkürzt bewilligt werden müßten, wenn es mit Hingebung den Kampf gegen fremde Eindringlinge führen solle; man hegte die Ueberzeugung, daß Deutschland nicht einmüthig sich erheben würde, wenn es, in den Banden Metternich'schen Preß- und Gewissenzwanges und der Bureaukratie erhalten, für dieses System gegen ein freies Volk aufgerufen würde. Darum war der allgemeine Gedanke in den verschiedensten Gegenden, besonders des südlichen und westlichen Deutschlands: nur die schleunige Bewilligung jener Freiheiten könne Deutschland von den schwersten Erschütterungen, von den Gefahren einer neuen Spaltung in einen an Frankreich sich anklammernden Rheinbund und in eine von Rußland abhängige heilige Allianz — nur die Erfüllung des Langerbetenen die Throne der Fürsten von dem Umsturze retten. Zu jenen Forderungen gehörte vor Allem Entfesselung der Presse von den Banden der Censur; da zu hoffen stand, daß die freie Presse die beste Wächterin über Handhabung des Rechts und über freisinnige Verwaltung im Staate, die furchtbarste Geißel der Beamtenwillkühr seyn werde. Dahin rechnete man Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens mit Geschwornen, was in den Ländern, in denen es schon besteht, immer als sichere Schutzwehr der Freiheit und als Bürgschaft einer Handhabung der Rechtspflege nach dem im Volke herrschenden Rechtsgefühl angesehen

wurde; denn noch in frischem Andenken waren die Schändlichkeiten, welche sich die feilen Schergen und selbst höhere Beamte der Policei, ja leider! auch der Gerichte in den schweren Zeiten der wiederhereinbrechenden Reaction seit 1833 gegen Freisinnige erlaubt hatten. Zu jenen Forderungen rechnete man aber auch allgemeine Volksbewaffnung, eine Schutzwehr für die Freiheit gegen ein volksfeindliches, auf einen abgeschloßnen Kriegerstand sich stützendes Regierungssystem, zugleich eine Vorbereitung zur Minderung der stehenden Heeresmacht und damit der schweren Lasten, welche sie bisher den Steuerpflichtigen der einzelnen Länder verursacht hatte. Endlich wollte man aber auch die bisherige Polizeiwillkühr in Betreff des Versammlungs- und Vereinigungsrechts beseitigt haben, welche jeder gemeinsamen Besprechung und Belehrung über die wichtigsten Angelegenheiten hemmend in den Weg getreten war, an die sich ja, nach einer Aeußerung des vormaligen preußischen Ministers von Rochow, der „beschränkte Unterthanenverstand" nicht wagen durfte.

Ein Gedanke aber erfüllte seit Jahren schon die Herzen der für die Freiheit und das gemeinsame Vaterland begeisterten Männer in allen Gegenden Deutschlands: das Verlangen nach einem engeren Anschlusse aller deutschen Staaten an einander zu Einem Ganzen und nach Vertretung des Volkes bei der Oberleitung desselben. Zu sehr hatte sich der kraftlose Bundestag, bisher immer ein von Metternich abhängiger Zuchtmeister zur Niederhaltung freieren Strebens in den kleineren Staaten, während er bei offenen Verfassungsverletzungen von Seiten der Fürsten zum Einschreiten nicht berechtigt zu seyn vorgab, in der Meinung des deutschen Volks, wie des Auslandes herabgesetzt, als daß er in seiner bisherigen Verfassung den drohenden Stürmen hätte begegnen können. Auch war es ein glückliches Zusammentreffen, daß gerade die Volksvertreter des freisinnigsten Landes, **Baden**, ver-

sammelt waren, in welchem schon 1831 Preßfreiheit erkämpft, aber nach wenigen Monaten vom Bundestage wieder unterdrückt worden war; und wo dieß Mal Bassermann wenige Wochen vorher den Antrag auf Vertretung des deutschen Volks beim Bundestage gestellt hatte. Dorthin waren daher auch zuerst die Augen aller Freunde des Vaterlands gerichtet; Badens Stände und Regierung sollten den Anstoß zur Gewährung der lange vergebens erstrebten Freiheiten geben, und die übrigen deutschen Stämme waren hinreichend vorbereitet, um auch ihrerseits auf derselben Bahn vorwärts zu gehen.

Schon am 27sten Februar wurde auf Veranlassung des Buchhändlers Hoff in Mannheim eine Versammlung gehalten, in welcher, unter Vorsitz des greisen Itzstein, und nach Anhörung der Reden von Hecker, Struve, Bassermann, Mathy (die beiden letztern mahnten schon jetzt zum vorsichtigen Weiterschreiten, damit Baden nicht wieder, wie 1831 und 1832, von den übrigen deutschen Stämmen im Stich gelassen werde), eine Adresse an die Ständeversammlung beschlossen wurde, in welcher Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung und deutsches Parlament als dringende Forderungen der Zeit bezeichnet wurden.

Am 28sten wurde unter Mittermaier's Vorsitz in Heidelberg eine Versammlung in der Aula zu gleichem Zwecke gehalten, und die von derselben beschlossene Adresse mit zahlreichen Unterschriften bedeckt; gleichzeitig unterzeichneten die Lehrer der Universität eine entschiedene Erklärung über das, was jetzt Noth thue, an die Regierung. Jene beiden Adressen wurden am 1sten März durch zahlreiche Deputationen der Bürger von Mannheim und Heidelberg nach der Hauptstadt des Landes, Carlsruhe, gebracht und der Kammer übergeben, in welche selbst durch Vermittelung des Abgeordneten Hecker ein Theil der Deputirten (Struve) zugelassen wurde. An

diesem Tage waren aus Mannheim, Heidelberg und andern Städten des Großherzogthums, ja selbst aus dem badischen Oberlande, gegen 2000 Menschen in Carlsruhe anwesend. Auch in der Hauptstadt selbst hatte schon am 28sten Februar eine Versammlung von Bürgern unter Vorsitz des Bürgermeisters Statt gefunden, in welcher beschlossen worden war, die Regierung um Preßfreiheit, deutsches Parlament und Geschwornengerichte, sowie um Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung zu bitten; zu der letzteren, welche die Ereignisse in Frankreich für Baden besonders dringend erscheinen ließen, wurden an diesem Tage schon die vorbereitenden Schritte gethan. In der Ständeversammlung hatte der Minister Bekk (nachdem schon auf die erste Kunde von den Ereignissen in Paris Welcker am 26sten einen Antrag angekündigt hatte, „die Regierung zu bitten, daß sie sich von dem Systeme der Reaction lossage") am 29sten die Zusicherung gegeben, daß Gesetzentwürfe über Preßfreiheit, Geschwornengerichte und Volksbewaffnung in den nächsten Tagen vorgelegt werden sollten. Am 1sten März erfuhren aus seinem Munde die Volksvertreter und die eben erschienenen Deputationen der andern Städte, daß durch einen Erlaß des Großherzogs das (vom Bundestage 1832 unterdrückte) Gesetz über Preßfreiheit vom 28sten December 1831 wieder in Wirksamkeit gesetzt worden sei; eine Nachricht, die vielleicht noch größere Freude erregt haben würde, wenn sie gleichzeitig von einer Zusicherung in Betreff der Volksbewaffnung begleitet gewesen wäre *).

---

*) Denn trotz der Forderungen Hecker's, Itzstein's, Brentano's, Metz' und Peters, die beantragten Volkswünsche sogleich in Ueberlegung zu ziehen, siegten die Vorstellungen Mathy's, Stößer's, Welcker's und Bassermann's, daß dieß der Geschäftsordnung zuwider sei; und die Kam-

An diesem Tage wurde die Ruhe nicht gestört, obgleich zahlreiche Haufen auf den öffentlichen Plätzen waren; auch in Betreff der Gefangenen, welche wegen einiger Lebehochs auf die Republik im Laufe des 28sten verhaftet worden waren, ertheilte der Minister beruhigende Zusicherungen. Auch hatten die Bürger, gewarnt durch das Geschrei eines betrunkenen Haufens am Abend des 28sten: „Es lebe die Republik!" „wir wollen Blut saufen!" Vorsichtsmaßregeln getroffen und bewaffnete Rundgänge angeordnet; die Feuerwehr hatte sich auf dem Schloßplatze aufgestellt.

Noch in der Nacht gerieth das Gebäude des Ministeriums des Auswärtigen (der Präsident desselben v. Dusch galt für einen dem Metternich'schen System besonders ergebenen Mann) in Brand; und dieß, wie der Versuch der Brandstiftung in einem Keller des Schlosses am 3ten März, legte Zeugniß für die Absichten einer kleinen Anzahl Uebelthäter ab, welche sich zum Glück in der Stimmung der zahlreichen Arbeiter in der Keßler'schen Fabrik arg verrechnet hatten. Denn diese bewiesen gerade bei dem Brande des Ministeriums die größte Aufopferung und Thätigkeit, sodaß er in 1½ Stunden gedämpft war und nur der Dachstuhl ein Raub des Feuers wurde. Am 4ten überreichte eine Deputation der Kammer dem Großherzoge eine Adresse, in welcher ihm für die bewilligte Preßfreiheit und die verheißenen Gesetzentwürfe gedankt, die Hoffnung auf eine schnelle Verwirklichung derselben und eine gedeihliche Durchführung des verfassungsmäßigen Lebens ausgesprochen und zugleich die Versicherungen der Treue und Anhänglichkeit im Namen des ganzen Landes erneuert wurden. Hierauf überreichte ihm der Präsident Mittermayer einen Protokollaus-

---

mer schloß sich dem vermittelnden Antrage v. Soiron's an, den Antrag zu schleunigster Berathung in die Abtheilungen zu verweisen.

zug ihrer Verhandlungen, in welchem nach dem von Welcker über die Anträge mehrerer Abgeordneter abgestatteten Berichte noch folgende Puncte erbeten wurden: 1) Aufhebung der Carlsbader Beschlüsse und der übrigen Ausnahmegesetze für das Großherzogthum, 2) Verpflichtung aller Staatsbürger und des Militärs auf die Verfassung, 3) gleiche politische Berechtigung der Bürger aller Confessionen, 4) Verantwortlichkeit der Minister und Aburtheilung derselben vor einem Staatsgerichtshofe; 5) Berechtigung jedes Bürgers, einen niedern Beamten anzuklagen, ohne Einholung der Genehmigung des Ministeriums, 6) Beseitigung der letzten Reste des Feudalwesens (Jagdregal, Abzugsgelder u. a.), 7) gerechtere Vertheilung der Staats- und Gemeindelasten, 8) Aufhebung der privilegirten Gerichtsstände, 9) volksthümliche Kreisverwaltung mit Betheiligung der Bürger, 10) Vertretung des deutschen Volks beim Bunde, 11) unabhängige Stellung der Richter, 12) Besetzung der Ministerstellung und des Gesandtschaftspostens beim Bundestage mit Männern, welche das Vertrauen des Volks genießen. Der Großherzog versprach, diese Puncte sogleich mit dem Ministerium zu berathen und baldigst Antwort zu ertheilen. Auch meldete der Minister Bekk noch an demselben Tage dem Präsidenten der zweiten Kammer schriftlich die Zustimmung der Regierung zu allen Puncten und ihre Bereitwilligkeit, die erforderlichen Schritte vorzubereiten und die gewünschten Gesetzentwürfe demnächst den Kammern vorzulegen.

An demselben Tage wurde von der Regierung beschlossen, den Bundestagsgesandten v. Blittersdorf (früher Chef eines volksfeindlichen Ministeriums) an eine andere Stelle zu versetzen; und die von der Kammer bezeichneten Staatsräthe Regenauer und Trefurt, die Vorstände des Finanz- und des Justizministeriums, reichten ihre Entlassung ein.

Schon am 7ten ertheilte die badische Regierung ihrer Gesandtschaft beim Bundestage den Auftrag, den Antrag auf eine Vertretung des deutschen Volks beim Bunde zu stellen; am 10ten brachte der Minister Bekk einen Gesetzentwurf über unverzügliche Aufhebung aller noch bestehenden Feudalrechte ein; eine billige Entschädigung der Berechtigten sollte durch Gesetze nachträglich bestimmt werden, und zwar sollte dieselbe, so weit die Berechtigung nicht einen privatrechtlichen Entstehungsgrund habe, aus Staatsmitteln erfolgen. Und diese Erleichterung der Landbewohner war von großer Wichtigkeit; denn schon erhoben sich, wie im hessischen Odenwalde und im würtembergischen Jaxtkreise (den alten Heerden des Bauernkriegs), auch im Schwarzwalde die von Zinsen und Frohnen gedrückten Bauern gegen ihre Herren, welche es versäumt hatten, in ruhiger Zeit abzulösen, und verlangten schnelle Befreiung von den drückenden Lasten; und, was ebenso zu beklagen war, die einmal aufgeregte Stimmung der untern Klassen machte sich in einzelnen Gegenden, wie schon vorher im Elsaß, so namentlich in der Stadt Bruchsal und im Sundgau auch in Judenverfolgungen Luft, gegen welche zunächst acht in Mannheim wohnende Deputirte, Hecker, Helmreich, Itzstein, Mathy, Bassermann, Soiron, Weller und Sachs am 8ten einen Aufruf erließen, in dem sie ihren tiefen Schmerz über solch frevelhaftes Beginnen aussprachen, und Alle aufforderten, „durch Belehrung, Wort und That mit aller Kraft und Energie dahin zu wirken, daß solche Entweihungen der Tage der Freiheit unterblieben und nicht des Volkes Ehre und Name geschändet würden durch Frevel und Unthaten.“ In gleichem Sinne sprach sich am 9ten die ganze zweite Kammer aus.

Am 14ten wurde der bisherige Deputirte der Opposition, Welcker, zum Vertreter Badens beim Bundestage, am 26sten Mathy zum Staatsrath ernannt; beide Erhebungen bezeichneten am besten,

in welchem Geiste die Regierung ferner herrschen und im Rathe der Fürsten vertreten seyn wollte. — —

In Darmstadt, wo die Kammern ebenfalls versammelt waren, stellten schon am 27sten Februar die Abgeordneten der Opposition Heinrich von Gagern, Wilhelm Wernher, Lehne und Frank im Sinne der Bassermann'schen Motion den Antrag, „die Kammer solle in einer Adresse den Großherzog ersuchen, in der Bundesversammlung und außer derselben in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß die Sorge für den Schutz der äußern und innern Sicherheit Deutschlands, insbesondere die Leitung des Auswärtigen, des Heerwesens und der Volksbewaffnung, in die Hand Eines Cabinets gelegt werde, dessen Minister dem interimistischen Haupte Deutschlands und der Nation verantwortlich seien; daß dieß Haupt Gesetzgebung und Besteuerung in Uebereinstimmung mit dem Rathe der Fürsten und einem Rathe des Volks ausübe, und daß die Berufung der Nationalvertretung gleichzeitig mit der Ernennung des Bundeshauptes erfolge." Am 2ten März, an welchem der Abgeordnete Eigenbrodt den Ausschußbericht über diesen Antrag abstattete, stellten von Rabenau einen Antrag auf Einführung eines allgemeinen deutschen Gesetzbuchs in ganz Deutschland, Frank und Lehne auf Einräumung des Petitionsrechts, Reh einen Antrag auf freie Presse, Schwurgericht und Volksbewaffnung und einen zweiten auf Aenderung des bisherigen Regierungssystems, „das in allen Verzweigungen, mit denen es in das Staatsleben eingreife, die gesetzliche Freiheit des Volks und die Entwickelung seiner Institutionen gelähmt, die Presse in Fesseln geschlagen und das Verlangen nach dem natürlichen Rechte der Versammlung und Besprechung gemeinsamer Angelegenheiten zum Verbrechen gestempelt habe." Endlich beantragte noch Lehne die Bitte an die Regierung um unverzügliche Einbringung eines Gesetzvorschlags, „welcher

dem Rechte des Volks auf Bildung öffentlicher Versammlungen und Vereine zur Berathung allgemeiner politischen Interessen und Einreichung von entsprechenden Petitionen unbeschränkte Anerkennung zu Theil werden lasse." An demselben Tage erschien aus Mainz, wo man schon mehrere Bürgersammlungen gehalten und am 1sten beschlossen hatte: „kein Carneval, sondern Preßfreiheit und Nationalbewaffnung!" eine Deputation von 300 Bürgern mit einer Adresse der Bürgerschaft, welche außer den bekannten Puncten auf die Zurücknahme des neuen Civilgesetzbuchs und Beibehaltung der (aus der französischen Zeit her noch geltenden, aber in der letzten Zeit durch einen Kammerbeschluß abgeschafften) öffentlichen Gerichtsverfassung drang. Auch die Städte Worms und Offenbach sandten Adressen in gleichem Sinne; Gießen richtete eine Danksagung an die Abgeordneten Gagern, Wernher, Lehne und Franck für ihren Antrag vom 27sten, in welchen die dringend gebotenen Forderungen der Zeit bezeichnet waren. Mißstimmung erregten die militärischen Maßregeln an diesem Tage, indem man das Reiterregiment und die reitende Artillerie zum Ausrücken bereit gehalten hatte; und wenig Glauben fand das absichtlich verbreitete Gerücht, es seien dieß nur militärische Uebungen gewesen, wie sie von Zeit zu Zeit Statt finden müßten. Der Erbgroßherzog, der das Vertrauen in höherem Grade besaß, war zum Unglück gerade mit seiner Gemahlin in München, wohin ihm ein Eilbote gesandt wurde, der ihn zur schleunigen Rückkehr mahnte; große Freude erregte daher seine Wiederkehr und durch die am 5ten erlassene Bekanntmachung, er sei von seinem Vater zum Mitregenten angenommen worden, mit Uebertragung aller Regierungsgeschäfte*), wurde nur ein von den

---

*) Die Prinzen Georg und Karl sollen den Großherzog gebeten haben, er möge sich von den Regierungsgeschäften zurückziehen.

Meisten gehegter Wunsch erfüllt. Schon Tags zuvor war der Kammer ein Rescript der Staatsregierung mitgetheilt worden, welches die von der öffentlichen Stimme verlangten Reformen, namentlich Preßfreiheit bewilligte, und auch außerhalb der Kammer die größte Freude erregte. An diesem Tage hatte schon eine Deputation der Bürger dem Erbgroßherzoge ihre Wünsche vorgetragen und ein Mitglied der städtischen Behörde ihn mit der Lage des Landes bekannt gemacht. Am 5ten Morgens waren die Mitglieder der zweiter Kammer Eigenbrodt und Emmerling von ihm und dann auch von den andern Prinzen empfangen worden. Um 1 Uhr war seine Ernennung erfolgt und in einer um 4 Uhr gehaltenen Volksversammlung verkündet worden, daß der Abg. Gagern von ihm bestimmt worden sei, an die Spitze der neuen Verwaltung zu treten. Gagern wurde gerade von Heidelberg zurückerwartet, wo die erste Besprechung von 51 Männern über die künftige Gestaltung der deutschen Gesammtverfassung Statt fand; darum strömten zahlreiche Haufen nach dem Bahnhofe, um ihn zu empfangen. Denn noch durfte man nicht auf eine dauernde Beruhigung der Gemüther hoffen, so lange du Thil an der Spitze des Ministeriums stand; am 6ten erfolgte endlich die Ernennung Heinrichs von Gagern zum Chef des Ministeriums des Innern, in welches die Abgeordneten Eigenbrodt und Emmerling eintraten, während Zimmermann Finanzminister wurde; an demselben Tage verkündigte eine Verfügung des Mitregenten Freiheit der Presse und freie Ausübung der religiösen Culte, sowie die sofort vorzunehmende Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, und verhieß Vorlage von Gesetzesentwürfen über allgemeine Volksbewaffnung, Petitions- und Versammlungsrecht, über ein auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit gegründetes Rechtsverfahren und Zurücknahme des Polizeistrafgesetzes; endlich versprach der Mitregent auch für Nationalvertretung beim Bunde und Einführung

eines Civil- und Strafgesetzbuchs für ganz Deutschland und gleicher Formen des Verfahrens wirken zu wollen. Der Rheinprovinz wurde die Beibehaltung ihrer Rechtsinstitute, bis zur Einführung einer allgemeinen deutschen Gesetzgebung, gewährleistet. Noch wurden am 13. zwei Männer des allgemeinen Vertrauens, Kilian als Justizminister und Jaupp als Präsident des Staatsraths in den in wahrhaft volksthümlicher Weise umgestalteten Kreis der Berather aufgenommen, mit welchen sich der Mitregent umgeben hatte; und nichts trübte die allgemeine Freude, als die Nachrichten von den schon erwähnten Aufständen der Bauern gegen die Standesherrn im Odenwalde, zu deren Beruhigung Gagern selbst dorthin reiste.

Auch im Nassauischen war durch die Nachrichten aus Frankreich und daneben durch die Einwirkung des nahen Mainz eine große politische Regsamkeit geweckt worden. Am 2ten März trat in Wiesbaden eine Versammlung von gegen 3000 Bürgern und Einwohnern der Umgegend vor dem Schauspielhause zusammen und nahm in einer dreistündigen Berathung unter dem Vorsitz des Abg. Herchenhahn ein Programm an, welches neun „Forderungen der Nassauer" enthielt und durch eine Deputation dem Minister von Dungern überbracht wurde. Dieser bewilligte sogleich die erste (allgemeine Volksbewaffnung und Abgabe von 2000 Flinten an die Stadtbehörde) und zweite Forderung (Preßfreiheit); die übrigen machte er von der Genehmigung des von Berlin noch nicht zurückgekehrten Herzogs abhängig. Die Landstände wurden auf den 4ten durch Eilboten einberufen; an demselben Tage sollte sich das Volk von ganz Nassau in Wiesbaden versammeln, um die Antwort des Herzogs zu vernehmen. Am folgenden Tage (den 3ten) erregte die Nachricht von der Einberufung des Militärs (welche durch einen früheren Bundesbeschluß veranlaßt war) und von dem Anrücken von 3000 Oesterreichern große Unruhe; eine Deputation von

Volksfreunden, welche sich zu dem Minister begab, erhielt die beruhigendsten Versicherungen und das Versprechen, daß die nur auf Anordnung des Bundestags verfügte Einberufung der Soldaten unterbleiben solle, um allen Argwohn zu entfernen. Am 4ten Vormittags gewährte der Minister, obgleich der Herzog noch nicht zurückgekommen war, auch sämmtliche übrige Forderungen unter Verbürgung der Herzogin Wittwe und des Prinzen Nicolaus, des muthmaßlichen Thronerben: Vereidung des Heeres auf die Verfassung, Recht der freien Vereinigung, Oeffentlichkeit mit Schwurgerichten, Erklärung der Domänen zu Staatseigenthum, Einberufung der zweiten Kammer zur Berathung eines Wahlgesetzes ohne Census, unbeschränkte Religionsfreiheit und das Versprechen der Mitwirkung zur Einberufung eines deutschen Parlaments. Am Nachmittag strömten 20—30,000 Bewohner aus allen Theilen des Herzogthums zusammen; um 4½ Uhr kam endlich der Herzog ohne alle Begleitung auf dem Bahnhofe von Frankfurt her an, wurde von Bürgerwache nach dem Schlosse geleitet, wo sein Bruder und seine Mutter ängstlich seiner harrten; und vom Balcon herab verkündete er die Bestätigung aller in seinem Namen bewilligten Zugeständnisse, rief dem Anführer der Truppen zu, er solle seine Leute in die Caserne führen — und in kurzer Zeit zerstreuten sich die dichten Volksmassen nach allen Seiten und die Auswärtigen verließen Wiesbaden. Am folgenden Tage trat die Ständeversammlung zusammen und berieth das verheißene Wahlgesetz. Bald nachher beruhigte die Ernennung des Abg. Herchenhahn zum Minister die Freunde der Freiheit auch für die Zukunft, indem sie eine Bürgschaft dafür gewährte, daß ferner auch im Geiste der Freiheit und des Fortschritts gewaltet werden sollte.

Während die Kunde von den Vorgängen in Frankreich auch in der preußischen Rheinprovinz lebhafte Aufregung hervorgeru=

fen hatte und zahlreiche Petitionen in den bedeutenderen Städten vorbereitet wurden, besonders auch gegen Einführung des eben von den ständischen Ausschüssen in Berlin berathenen Strafgesetzbuchs *); während in Kurhessen die langgeübte Policeiwillkür eine Erbitterung erzeugt hatte, deren Losbrechen man jeden Tag fürchten mußte, und die sich zunächst in dem an Frankfurt so nahe gelegenen Hanau aussprach; während in Frankfurt selbst Bürgerversammlungen gehalten wurden und Bewegungen Statt fanden, weil man Erleichterung von geistigem Druck und zeitgemäße Reformen der städtischen Verfassung anstrebte — am 4ten März drangen sogar Haufen meist fremden Gesindels der niedersten Klasse in die Senatsversammlung im Römer und wurden nur durch das kräftige Einschreiten der Metzger überwältigt — fanden auch die bessern Elemente der **Bundesversammlung** bei ihren engherzigen Collegen Gehör und veranlaßten eine Ansprache derselben an das deutsche Volk, welche am Abend des 1. März den Frankfurter Zeitungen beigelegt wurde. In einer Sprache, wie sie noch nie vom Bundestage vernommen worden war, wendete sich die Versammlung „vertrauensvoll an die deutschen Regierungen und das deutsche Volk", mahnte beide zur Eintracht und zum Zusammen-

*) Man erinnerte sich, daß auch im Jahre 1830 den Rheinprovinzen das preußische Landrecht hatte aufgedrungen werden sollen, als die Julirevolution eintrat und die Verwirklichung dieses Vorhabens zu gefährlich erscheinen ließ. In Cöln vereinigte sich eine Bürgerversammlung am 3ten zur Abfassung einer Petition an den König, worin sie 1) um Repräsentativverfassung mit Verantwortlichkeit der Minister, allgemeinem Wahlrechte und allgemeiner Wählbarkeit, 2) unbedingte Freiheit der Rede und der Presse, 3) freies Vereinigungsrecht, 4) Verminderung des Heeres, 5) Gleichheit vor dem Gesetze ohne Unterschied der Culte, Errichtung eines Parlaments — baten.

wirken, als den einzigen Bedingungen für die Erhaltung der Macht und Unverletzlichkeit Deutschlands, der gesetzlichen Ordnung und Ruhe, der Sicherheit der Personen und des Eigenthums im Innern; sie versprach, Alles aufzubieten, um (wozu sie verfassungsmäßig berufen sei) gleich eifrig für die Sicherheit Deutschlands nach Außen, sowie für die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen, und schloß mit den Worten: „Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europa's gebührt, aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschritts und die einheitliche Entwickelung führt dahin. Die Bundesversammlung vertraut mit voller Zuversicht auf den in den schwierigsten Zeiten stets bewährten gesetzlichen Sinn, auf die alte Treue und die reife Einsicht des deutschen Volks." Daß sie es nicht bei bloßen Versprechungen bewenden lassen wollte, zeigte ihr Erlaß vom 3ten März, in welchem jedem deutschen Bundesstaate frei gestellt wurde, die Censur aufzuheben und Preßfreiheit einzuführen, jedoch unter Garantieen, welche die andern deutschen Bundesstaaten gegen Mißbrauch der Preßfreiheit möglichst sicher stellen würden. Am 9ten nahm sie die drei so lange schwer verpönten Farben Schwarz, Roth und Gold als deutsche Landesfarben und den Doppeladler als deutsches Wappen an. Auch verlautetete in denselben Tagen von einem Beschlusse der Bundesversammlung, in welchem eine Revision der Bundesverfassung auf zeitgemäßer und nationaler Grundlage als dringend nothwendig bezeichnet worden sei. Sie habe die Hauptgebrechen des bisherigen Bundessystems den Regierungen mit der größten Offenheit und Entschiedenheit dargelegt und gleichzeitig Berathungen über die Einführung einer Volksvertretung am Bunde begonnen.

Sie forderte zu diesem Behufe die einzelnen Regierungen auf,

Männer des allgemeinen Vertrauens nach Frankfurt zu senden, um sie in ihren Berathungen zu unterstützen und denselben mehr Geltung im Volke zu verschaffen. Auch die süddeutschen Regierungen dachten auf Verwirklichung ihrer Versprechungen in Betreff einer engern Vereinigung der deutschen Staaten; von Nassau wurde der Freiherr Max von Gagern nach Darmstadt, Carlsruhe (wohin ihm v. Lehrbach aus Darmstadt bald nachfolgte), Stuttgart und München geschickt, um die ersten gemeinschaftlich zu ergreifenden Schritte zu verabreden; später traten sie mit der Sächsischen Regierung in Verbindung und unterhandelten selbst in Berlin (wo man durch Halbheit und Unschlüssigkeit den günstigen Augenblick verstreichen ließ, Preußen an die Spitze treten zu lassen), damit die Regierungen nicht auch hierin vom Volke überholt würden, sondern mit demselben gingen. Denn schon am 5ten März waren 51 Männer aus Preußen, Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen, Nassau und Frankfurt (meist Mitglieder von Ständeversammlungen) in Heidelberg zusammen gekommen, um sich über die dringendsten Maßregeln für das Vaterland zu besprechen. In einer Ansprache, welche rasch verbreitet wurde, erinnerten sie an die traurigen Erfahrungen über die Wirksamkeit der Bundesbehörde, wodurch das Vertrauen zu derselben so sehr erschüttert worden sei, indem sie ja selbst einst den Deutschen verboten habe, Vorstellungen an sie zu richten; sie stellten als dringend nothwendiges Bedürfniß auf, daß Deutschland nicht durch Dazwischenkunft in die Angelegenheiten des Nachbarlandes in Krieg verwickelt, noch veranlaßt werde, die Freiheit und Selbstständigkeit, welche es als Recht für sich fordere, andern Nationen zu schmälern oder zu rauben; die Vertheidigung der Deutschen und ihrer Fürsten dürfe hauptsächlich nur in der Treue und dem bewährten Kriegsmuthe der Nation, nie in einem russischen Bündnisse gesucht werden; die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der

Volkszahl gewählten Nationalvertretung sei unaufschiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächsten innern und äußern Gefahren, wie zur Entwickelung der Kraft und Blüthe deutschen Nationallebens. Darum hätten sie beschlossen, ihre Regierungen auf das Dringendste anzugehen, so bald als möglich das deutsche Vaterland und die Throne mit diesem kräftigen Schutzwalle zu umgeben, zugleich aber seien auch sieben aus ihrer Mitte beauftragt worden, welche die Einladung zu einer vollständigeren Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volksstämme besorgen und denselben Vorschläge über die Wahl und die Einrichtungen einer angemessenen Nationalvertretung vorlegen solle. Ueber den folgenreichen Zusammentritt dieses deutschen Vorparlaments am 31. März wird später berichtet werden.

Nicht bloß in den Ländern am Rheine hinab, sondern auch in den von Baden ostwärts gelegenen Staaten hatte sich der Stoß weiter verbreitet und eine rasche Umgestaltung des bisherigen Systems herbeigeführt.

In **Würtemberg**, dessen Ständekammern erst wenig Wochen vorher aus einander gegangen waren, gewährte der König, dem eine Adresse des ständischen Ausschusses die Wünsche des Volks aussprach, schon am 1sten März volle Preßfreiheit nach innen und außen nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Januar 1817 *); einzige Schranke, an die sie gebunden wäre, sollte das Strafgesetz seyn, über Preßvergehen in raschem mündlichen und öffentlichen Verfahren entschieden werden. In Betreff der übrigen von dem Ausschusse erbetenen Puncte

*) Doch mit dem unwillkommenen Beisatze: „bis ein die Verhältnisse der Presse regelnder Beschluß der Bundesversammlung erfolge"; zum Glück wurde dieses Bedenken bald durch den Erlaß derselben vom 3ten erledigt.

versprach er, der wärmste Vertheidiger aller Maßregeln seyn zu wollen, welche die Einigkeit, das Wohl und die Kräftigung Deutschlands bekräfen; auch sollte die Frage von Errichtung der Bürgerwachen ungesäumt in Erwägung gezogen werden, einstweilen solle die Verordnung vom 13ten Mai 1847 über Errichtung von Sicherheitswachen in Anwendung kommen. Auch von Tübingen und Ulm kamen Adressen an den König; die erstere, von Uhland verfaßt, verlangte außer den oft genannten Puncten auch Aufhebung der Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinden und Kreiskörperschaften und Revision der Verfassungsurkunde. Auch in Stuttgart unterzeichneten über 1200 Bürger in einer Versammlung am 2ten eine in kräftigem Tone von dem Abg. Römer entworfene Adresse, welche ein Bürger, Kaufmann Müller, auf das Schloß trug, wo er die freundlichste Aufnahme fand; bald nachher antwortete das Ministerium den Bittstellern in demselben Sinne. In einem Manifeste vom 2ten mahnte der König sein Volk, seinen echt deutschen Charakter zu bewähren, fest im Vertrauen gegen die Vorsehung, treu gegen die Regierung. „Reichen wir", heißt es darin, „unsern deutschen Brüdern die Hand; wo unserem Vaterlande Gefahr droht, werdet Ihr mich an Eurer Spitze sehen. Segen unserem Vaterlande, Heil und Ruhm für ganz Deutschland!" Während auch in andern Städten des Landes, in Balingen, Calw, Crailsheim, Eßlingen, Heilbronn, Rottweil, Waiblingen, Göppingen, Reutlingen, Adressen unterzeichnet und dem Könige übergeben wurden, und die Kunde von der nahe bevorstehenden Einberufung der Stände (auf den 13ten), um welche eine Deputation der Stuttgarter am 5ten gebeten hatte*), sich verbreitete, wurden die Mitglieder des Stadt-

*) Es hieß, der König habe befohlen, denselben ungesäumt Ge-

raths und des Bürgerausschusses auf den 6ten berufen, um die Antwort auf die Adresse vom 2ten zu vernehmen; und große Freude erregte bald nachher die schnell durch die Stadt getragene Nachricht von der Gewährung aller Wünsche, Schwurgerichte, Volksbewaffnung, Recht der Bürgervereine u. s. w. Alles gab sich der frohesten Stimmung hin, die städtischen Collegien beschlossen schon eine Dankadresse an den König — als man plötzlich erfuhr, daß eine Ministerveränderung in einem den gewährten Freiheiten und den Wünschen des Volks ganz entgegengesetzten Sinne Statt gefunden habe, indem an die Stelle des Ministers des Innern von Schlayer der ritterschaftliche Abgeordnete Freiherr von Linden berufen worden, der in der Kammer bisher die Censur, die heimlichen Gerichte, die Politik des Bundestags vertheidigt und für die „wohlerworbenen" Feudalrechte gekämpft hatte. Daneben nannte man den Director von Bezzenberger als Justizminister, außerdem Varnbüler und Hefele als Chefs der andern Ministerien, und den ehemaligen Oberpoliceicommissär Lehmann, jetzt Oberamtmann auf dem Lande in Welzheim, als Ersatz für den geachteten Stadtdirector von Stuttgart, Gärttner. Sogleich wurde beschlossen, die Dankadresse einstweilen noch zurückzuhalten; sämmtliche Mitglieder des Regierungscollegiums erklärten, ihre Stellen unter Linden nicht behalten zu wollen; auf den Straßen sammelten sich Gruppen, von allen Seiten wurde den neuen Ministern, wie andern bei Hofe einflußreichen Personen vorgestellt, wie gefährlich solche Ernennungen in diesem Augenblicke seyn müßten, wo das Volk eine Umgestaltung des Ministeriums in liberalem Sinne erwarte. Auch er-

---

setzentwürfe über Volksbewaffnung und Volksversammlungen vorzulegen, sowie das revidirte Strafgesetz und die Strafproceßordnung mit Schwurgerichten.

schienen die Minister schon um 4 Uhr beim König und erklärten, die ihnen zugedachten Stellen nicht annehmen zu können, weil sie fürchten müßten, dadurch der Sache des Throns und des Vaterlandes eher zu schaden. Es erschien noch am Abend im Schwäbischen Merkur eine officielle Erklärung, daß vor dem Zusammentreten der Ständeversammlung ein Ministerwechsel nicht eintreten werde. An demselben Abend wurde nun die beabsichtigte Dankadresse von den städtischen Collegien abgesandt, und eine schon auf dem Bürgermuseum entworfene Petition an die demnächst zusammentretende Kammer, sie möchte gegen das Ministerium ein Mißtrauensvotum aussprechen, unterdrückt; doch fehlte es nicht an Stimmen in der Bürgerversammlung, daß dieß Mißtrauen auch dem alten Ministerium gebühre. In den nächsten Tagen erfolgte auch schon die Abdankung des Präsidenten des geheimen Raths von Maucler, dessen Einfluß jene Unheil drohenden Ernennungen besonders zugeschrieben wurden; und am 10. wurde die Hauptstadt durch die Kunde vollkommen beruhigt und erfreut, daß das ganze Ministerium Schlayer seine Entlassung genommen, daß die freisinnigen Abgeordneten Paul Pfitzer und Duvernoy vom Könige mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden seien, in welches nach einer Berathung mit den in Stuttgart anwesenden Mitgliedern der Opposition der Führer derselben, Römer, als Minister der Justiz und der Abg. Kaufmann Goppelt aus Heilbronn für die Finanzen eintreten sollten. Dieselben wurden bereits am Morgen des 9ten vom König im Schlosse empfangen, welchem der ständische Ausschuß alle an ihn und an die Ständeversammlung gerichteten Eingaben mitgetheilt und ihn gebeten hatte, wo möglich noch vor dem Zusammentritt der Stände diejenigen von ihm beabsichtigten Aenderungen, welche ohne Mitwirkung der Stände geschehen könnten, in Ausführung bringen zu lassen.

Auch in Stuttgart wurden, wie in Eßlingen und anderen Städ-

ten, Droh=, Brand= und Aufruhrbriefe gefunden; doch wurde die Ruhe nirgends gestört; Erscheinungen, wie sie in schlimmerer Weise in Carlsruhe schon am 1sten Statt gefunden und in den nächsten Tagen sich wiederholt hatten.

Duvernoy übernahm das Ministerium des Innern, Pfitzer das des Cultus und des Schulwesens; das Ministerium des Auswärtigen behielt Graf von Beroldingen, das des Kriegs Graf von Sontheim. Am 11ten erschien ihr von Pfizer ausgearbeitetes Programm, in welchem die Wiederherstellung der Preßfreiheit als erste Bürgschaft einer neuen Zeit für die Entwickelung der staatlichen Verhältnisse bezeichnet wurde; als weitere Bürgschaften wurden baldige Beeidigung des Heeres auf die Verfassung, Gesetzentwürfe über Versammlungsrecht und Volksbewaffnung versprochen; nach Erledigung der dringendsten Vorlagen sollten neue Wahlen angeordnet werden und der neuen Kammer die Einführung von Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in der Rechtspflege mit Schwurgerichten, Revision des Strafgesetzbuchs und der Strafproceßordnung, Entlastung des Grundeigenthums, Hebung der Gewerbe und der Arbeit, größere Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinden, sowie die weitere Entwickelung der Verfassung vorbehalten bleiben. Zugleich wurde im Programm erklärt, „daß der König sich dem Rufe nach Vertretung der deutschen Nation am Bundestage anzuschließen fest entschlossen sei, und das Volk aufgefordert, mitzuwirken, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten und der heilsame Umschwung nicht in das Gegentheil verkehrt und zu verbrecherischen Zwecken ausgebeutet werde. Jeder solle aber auch beitragen, daß die günstige Stunde, welche jetzt für die Sache der Menschheit und die Ehre des deutschen Volks geschlagen habe, nicht ungenützt verstreiche, und daß nach dem Ziele einer gesicherten und freien Nationalität jetzt ein entscheidender Vorschritt geschehe." An diesem Tage zogen die

Bürger, viele mit schwarzgoldrothnen Kokarden geschmückt, vor das Schloß, um dem Könige den Dank des Landes für seine freieigenen großherzigen Entschlüsse auszusprechen; und die in Stuttgart anwesenden Standesherrn (Mitglieder der ersten Kammer) versprachen in einer veröffentlichten Zuschrift dem Ministerium, welches neben der Entwickelung des Volkslebens und der Einführung zeitgemäßer Einrichtungen auch die Handhabung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, sowie den Schutz des Eigenthums und die Achtung des Rechts an die Spitze seines Programms stelle, ihre aufrichtige Mitwirkung. Sie erklärten außerdem, in Gemeinschaft mit dem übrigen Adel, ihre Bereitwilligkeit, die alten Realrechte abzulösen und auch auf das Jagdrecht auf fremdem Boden zu verzichten. Am 14ten wurden die Ständekammern von Römer eröffnet und ihnen ein Gesetzentwurf über Volksbewaffnung vorgelegt.

Es war hohe Zeit gewesen, daß nach dem Mißgriffe am 6ten die Forderungen des Volks in ausgedehnter Weise bewilligt wurden; denn an demselben Tage hatte die Erhebung der Bauern in den standesherrschaftlichen Bezirken gegen ihre Herren mit dem Niederbrennen des Schlosses und des Rentamtgebäudes zu Niederstetten, dem Hauptsitze eines jüngern Zweigs der katholischen Linie Hohenlohe-Bartenstein, begonnen; und der Aufruhr, hauptsächlich auf Vertreibung der Rentbeamten und Vernichtung der Zins- und Lehnbücher gerichtet, hatte sich im Thale der Kocher und der Jaxt bis zur Tauber fortgepflanzt; die Schlösser der Herren von Ellrichshausen zu Assumstadt, der Herren von Berlichingen zu Jaxthausen (der alten Burg des Ritters Götz mit der eisernen Hand) waren von wilden Haufen niedergebrannt oder nur durch bedeutende Zugeständnisse ihrer Herrn gerettet worden. Von Heilbronn wurden sogleich 2000 Mann Soldaten in diese Gegend gesandt, und in einer energischen Erklärung vom 11ten März erklärte die

Regierung ihren festen Willen, solchen Frevelthaten und der ungesetzlichen Erzwingung vermeintlicher Rechte kräftig entgegenzutreten. Denn auch aus dem südwestlichen Theile des Landes, aus dem Schwarzwalde, kamen ähnliche Schreckensbotschaften und Hülferufe. —

In München hatte kaum drei Wochen vorher der immer gesteigerte Unwille des Volks gegen das übermüthige Treiben der spanischen Tänzerin Lola Montez (von König Ludwig zur Gräfin Landsfeld erhoben) im Verein mit der Erbitterung der Studirenden gegen die von Lola und dem Minister Berks begünstigte Studentenverbinbindung Allemannia einen Sturm herbeigeführt, bei welchem es nur der entschiedenen, aber gesetzlichen Haltung der Bürgerschaft und der Studirenden, sowie der Mäßigung des Militärs (dessen adelige Führer schon durch die Erhebung der Favoritin und ihren großen Einfluß erbittert worden waren) zuzuschreiben war, daß er fast ohne alles Blutvergießen endete. Der König hatte die übereilte Verordnung, daß die Universität bis Ostern geschlossen seyn sollte (weil ein Allemanne von einigen andern Studenten verhöhnt und Lola vom Volke gemißhandelt worden war), am 11ten Februar zurückgenommen, und gleichzeitig die Ausweisung sämmtlicher Allemannen und die Abreise der Gräfin Landsfeld zugestanden; am Hause der Letztern, kurz nachdem sie weggefahren war, war er selbst, indem er den Conditor Mayerhofer *) in Schutz nahm, von Einzelnen aus dem Volke mit den Kothwürfen getroffen worden, welche jenem zugedacht waren. Noch mehrere Tage nachher war er auf der Straße gesehen worden, wie er die Stelle sei-

*) Der vom Volke beschuldigt wurde, er sei von der Lola gedungen worden, die Königin Therese durch eigens dazu bereitete Chocolade zu vergiften. Lola soll selbst geäußert haben, es ständen nur zwei Augen zwischen ihr und dem Throne von Baiern!

nes Arms, an welcher er damals getroffen worden, abzuwischen sich bemühte, gleich als wollte er die seiner Krone dadurch zugefügte Befleckung abwischen. In den nächsten Tagen war er unklug genug, einzelnen Studirenden seinen Unwillen über die Mitwirkung ihrer akademischen Mitbürger, sowie den Officieren seine Erbitterung über die von ihnen bei den Aufläufen bewiesene Nachsicht und Schonung fühlen zu lassen, während die zurückgebliebenen Anhänger der Lola mehrfach belohnt und begünstigt wurden. Hatten nun auch bei dieser Bewegung Einflüsse des Adels und der von Lola ein Jahr vorher gestürzten Pfaffenpartei mitgewirkt und derselben zum Siege verholfen, so war doch das königliche Ansehen (durch die Lolawirthschaft allmählich untergraben) mächtig erschüttert worden und die Münchner hatten gezeigt, daß sie nicht bloß wegen Erhöhung der Bierpreise, sondern auch um geistiger und sittlicher Güter willen sich mannhaft erheben könnten.

Kein Wunder, daß auch hier die Kunde von den Pariser Ereignissen und von den ersten Schritten der badischen Kammer große Aufregung hervorbrachte; diese wandte sich zunächst gegen den Ministerverweser von Bercks, dessen Verbleiben in seinem Posten nach dem Sturze seiner Gönnerin längst gemißbilligt worden war. Während sich am Abend des 2ten März eine Anzahl Bürger zur Berathung einer die Volkswünsche aussprechenden Adresse an den König versammelten, zogen gegen halb 8 Uhr große Haufen nach der Ludwigsstraße, riefen: Nieder mit Bercks, nieder mit dem H....-Minister! warfen die Fenster in seiner Wohnung und die Laternen in der Umgegend ein, versuchten sogar die verrammelte Hausthür zu öffnen, und zogen nach dreiviertel Stunden nach der innern Stadt zurück, wo sie einige Fenster am Ministerium des Innern und im Policeigebäude einwarfen und sich dann allmählich zerstreuten. Das

Militär war anfangs in kleinern Abtheilungen eingeschritten, später hatten mehrere Compagnieen und eine Schwadron Cürassiere die Ludwigsstraße gesäubert; immer aber waren sie mit lautem Jubel begrüßt worden. Später bildeten sich Zusammenrottungen in entlegneren Stadtheilen, man warf selbst im Neubau des Residenzschlosses, am Ständehause und am Regierungsgebäude die Fenster ein, sperrte die Straßen durch Lastwagen und Barrikaden gegen den Andrang der Cavallerie, so daß gegen 11 Uhr Generalmarsch geschlagen werden mußte. Bis 2 Uhr war Alles zerstreut. Am andern Morgen verbreitete sich die Kunde, der Ministerverweser von Bercks habe Urlaub auf 4 Wochen erhalten (eine schonende Form des Abschieds) und solle durch Voltz interimistisch ersetzt werden; gleichzeitig versammelten sich mehrere Hundert Bürger auf dem Rathhaussaale zur Berathung der Adresse, welche mit zahlreichen Unterschriften bedeckt (auch die anwesenden Reichsräthe unterzeichneten sie) am Nachmittag um 3 Uhr durch eine Deputation des Magistrats, den Bürgermeister an der Spitze, und zwei vom Volke gewählte Bürger dem Könige übergeben wurde; sie erbat Preßfreiheit, Geschwornengerichte, ein zeitgemäßes Polizeigesetz, eine ausgedehntere Wahlordnung, Verantwortlichkeit der Minister, endlich schleunige Berufung des Landtags. Noch vor dem Erscheinen der Deputation beim Könige richtete ein Mitglied der Kammer der Reichsräthe, der Fürst von Leiningen*) ein würdiges

*) Ein naher Verwandter der Königin von England, der schon im Sommer 1847 den Entwurf zu einer Nationalvertretung beim Bundestage verfaßt und am 20sten Febr. 1848 eine Denkschrift herausgegeben hatte, in welcher er die Gefahren nachwies, welche den Thronen von dem bisher befolgten Systeme des Absolutismus und des Scheinconstitutionalismus drohten.

Schreiben an den König Ludwig, in welchem er das Dringliche des Augenblicks und die Nothwendigkeit ans Herz legte, die gestellten Bitten in Erwägung zu ziehen, und zu diesem Zwecke die schleunige Einberufung der Stände zu befehlen. „Die Adresse enthält nichts," schrieb er, „was das Königthum in den jetzigen Zeitverhältnissen nicht annehmen könnte; ich habe sie deßhalb mit unterschrieben. Der feste Wille eines Königs ist groß und edel; bleibt er aber unbeugsam gegen die Anforderungen der von der Vorsehung beschlossenen Richtung der Zeit, dann zerfällt er in Staub und wird zu einem Fluch für Königthum und Volk. Ew. Majestät werden mich nicht zeihen können, jemals ein Wort der Unwahrheit zu Ihnen gesprochen zu haben; empfangen E. M. daher jetzt die feierlichste Versicherung, daß wenn E. M. unabänderlich auf Ihrer Willensmeinung bestehen, Sie, nachdem vielleicht Ströme von Blut geflossen sind, Sich in Kurzem werden genöthigt sehen, von dem Throne Ihrer Väter herabzusteigen. Ich bin Ihr treuester Unterthan, allein ich bin auch ein deutscher Fürst, ich würde als solcher nicht zur Nachgiebigkeit rathen, wenn es mit der Ehre eines Fürsten unverträglich wäre. Um Eines aber beschwöre ich E. M. noch: Nur keine halben Maßregeln! Gott erleuchte und schütze Ew. Majestät!" Dennoch erwiederte der König der Deputation nur, er werde die Adresse dem Ministerrathe zur Berathung vorlegen und in einigen Tagen Antwort ertheilen. Eine Deputation der Studirenden, welche ebenfalls eine Adresse überreichte, empfing er nicht einmal selbst. Noch am Abend zeigte der Minister Fürst Wallerstein der auf dem Rathhaussaale versammelten Bürgerwache an, daß die zweite Kammer aufgelöst und neue Wahlen veranstaltet werden sollten, wobei die Regierung auf das (früher so arg gemißbrauchte) Recht der Urlaubsbewilligung an Staatsdiener verzichten wolle. Dasselbe verkündete am Morgen des 4ten März ein An-

schlag, doch befriedigte schon die Verschiebung dieser nothwendigsten Bedingung zur gesetzlichen Feststellung der verlangten Freiheiten auf vier Wochen hinaus das Volk keineswegs. Von Morgens neun Uhr an fanden Besprechungen der Bürger auf dem Rathhause Statt; zwei Mal wurden Deputationen an die Minister um Beschleunigung des Termins geschickt, aber ohne Erfolg; da beschloß um 1 Uhr eine zahlreiche Bürgerversammlung, nochmals eine Deputation an den König zu senden, aber um dieselbe Zeit wurde Generalmarsch geschlagen und die ganze Garnison trat unter die Waffen, Kanonen wurden vor der Residenz aufgefahren, und es hieß, man wolle die Versammlung mit Gewalt aus einander sprengen. Während die Bürger und Studenten noch versammelt und hierüber ergrimmt waren, verbreitete sich die Kunde, Leute aus dem niedern Volke der Vorstadt Au wollten das Zeughaus am Anger plündern. Da beschloß man, lieber selbst hinauszuziehen, um die Waffen nicht in schlimmere Hände kommen zu lassen. Dem starken Andrange der Bürger konnte oder mochte die kleine Truppenabtheilung am Zeughause keinen Widerstand leisten; sie drangen ins Zeughaus und zogen, mit allerhand alterthümlichen und modernen Waffen ausgerüstet, durch die Sendlingerstraße über den Karlsplatz nach der Pfandhausstraße am Promenadeplatze, wo mit einem Male (gegen 4 Uhr) Truppenabtheilungen von zwei Seiten her gegen sie anrückten. Aber zum Glück erschien der Bruder des Königs, Prinz Carl, der noch während der Anwesenheit der Deputation im Schlosse von der Erstürmung des Zeughauses benachrichtigt, sogleich dem Könige die schleunige Berufung der Kammern abgedrungen hatte, und brachte nun mit dieser Botschaft, deren Erfüllung er mit seinem fürstlichen Worte verbürgte, den aufgeregten Gemüthern Beruhigung; ja es gelang ihm selbst, die Meisten der Bewaffneten so umzustimmen, daß sie die Gewehre an die Soldaten ablieferten oder ins Zeughaus

zurückbrachten. Groß war aber der Unwille gegen den Fürsten Wrede, den man beschuldigte, gegen die Ansicht der Minister Wallerstein, v. Beisler und v. Heres dem Könige zu gewaltsamen Maßregeln gerathen zu haben; es verlautete sogar, als jene ihre Zustimmung verweigert hätten, sei er anderthalb Stunden lang Minister gewesen, was der Volkswitz (der ihn den Kartätschenminister nannte) und die Witzblätter *) später ausbeuteten. Bei der dadurch erzeugten Stimmung konnte der jüngere Theil der Versammlung auf dem Rathhause nur durch vieles Zureden der Besonnenern von einem ernstlichen Angriffe auf Wrede's Haus abgehalten werden. Der 5te März ging ruhig vorüber, weil die Regierung einsichtsvoll genug war, durch keine neue Entwicklung von bewaffneter Macht das Volk zu reizen, und weil das Volk den Ministern vertraute; der Fürst Wallerstein war ja selbst während der Rückgabe der Waffen am Zeughause zugegen gewesen und hatte versprochen, daß gegen die Theilnehmer an dieser bewaffneten Demonstration keiner Angeberei Gehör werde gegeben werden und daß keiner

*) In den Münchner „Fliegenden Blättern" erschien ein Bild mit der Ueberschrift: ein anderthalb Stunden langer Minister, darstellend einen schmächtigen Mann auf der ganzen Länge einer Chaussee hingestreckt, deren Stundenlänge durch die aufgestellten Wegsäulen (mit den Aufschriften $^1/_8$ Stunde, $^2/_8$ u. s. w. bis $1^1/_8$ Stunde) angegeben war. Später bestritt der Fürst öffentlich die Thatsache, daß er Minister gewesen sei, und erklärte, daß er nur, in der Residenz zufällig anwesend, von dem Minister Fürst Wallerstein erfahren habe, gegen 3000 Menschen würden in Waffen gegen dieselbe anrücken, um vom Könige verschiedene Zugeständnisse zu erzwingen. Darum habe er es für seine Pflicht gehalten, dieß dem Stadtcommandanten zu melden und denselben aufzufordern, sogleich die Garnison ausrücken, den Residenzplatz besetzen und alle Zugänge zu demselben sperren zu lassen.

von ihnen die Gefahr einer Untersuchung zu fürchten habe. Am 6ten erschien endlich eine königliche Proclamation, welche die Stände des Reichs auf den 16ten berief, Gesetzesvorlagen über Verantwortlichkeit der Minister, vollständige Preßfreiheit, Verbesserung des Wahlgesetzes, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Schwurgerichten, über Fürsorge für die Staatsdiener und deren Hinterlassenen und über Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten verhieß, sogleich aber Abfassung eines Policeigesetzbuchs, Beeidigung des Heeres auf die Verfassung (welche auch schon am folgenden Tage Statt fand) und Aufhebung der Censur anordnete. Dabei erklärte der König, „daß es Ziel seines Strebens sein werde, Deutschlands Einheit durch wirksame Maßnahmen zu stärken, dem Mittelpuncte des vereinten Vaterlands neue Kraft und nationale Bedeutsamkeit mit einer Vertretung der deutschen Nation am Bunde zu sichern und zu dem Ende die schleunige Revision der Bundesverfassung in Gemäßheit der gerechten Erwartungen Deutschlands herbeizuführen." Die Freude über diese Erklärung wurde durch die an demselben Tage verbreitete Kunde erhöht, daß der Bürgermeister von Regensburg, v. Thon-Dittmer, durch eine Staffette nach München berufen und zum Minister des Innern ernannt worden sei. Zahlreiche Menschenmassen, mit blau und weißen Cocarden geschmückt, durchzogen fröhlich die Straßen; überall wurde der Fürst Leiningen, dessen Einwirkung auf die Gesinnung des Königs man hauptsächlich den glänzenden Erfolg zuschrieb, mit lauten Freudenrufen begrüßt. Auch von den Thürmen flatterten Fahnen. Gleichzeitig wurde die Bewaffnung der Studirenden genehmigt und ins Werk gesetzt, ein Theil des Universitätsgebäudes zur akademischen Hauptwache umgewandelt und die Beeidigung derselben am Morgen des 7ten durch den Fürsten Wallerstein vorgenommen. Die Studirenden wurden, etwa 1000 an der Zahl, in 17 Compagnieen eingetheilt und der schon

seit Jahren unter dem Namen Landwehr bestehenden Bürgerbewaffnung angereiht; eine ähnliche Bewaffnung und Organisation erhielten die in München anwesenden Künstler. Am 8ten begannen die Studirenden ihre Exercirübungen und zogen dann, ihren selbstgewählten Major Rechtspraktikant Wagner und den Rector der Universität Hofrath Thiersch an der Spitze, nach dem ehemaligen (mit der Akademie zusammenhängenden) Universitätsgebäude, wo ihnen Wachlocal, Sammel- und Exercierräume eingeräumt wurden, und wo sie in den folgenden Tagen vom Könige und von den Prinzen besucht wurden. Am 7ten zog sich der König nach Nymphenburg zurück; am Abend desselben Tags wurde zur Feier der errungenen Umgestaltung zum Bessern die Stadt beleuchtet.

Wenige Tage nachher, am 11ten, erfolgte die Abdankung des Fürsten Wallerstein, des bisherigen Ministers des Aeußeren und des Cultus, der zwar seit 1837 seinen Nachfolger Abel bekämpft und sich in den Tagen des Lolasturmes, sowie am 4ten einige Popularität erworben hatte, dessen Verwaltung aber in den Jahren 1832 bis 1836, der Zeit der wiederhereinbrechenden Reaction und der Policeiwillkühr, in zu übelm Andenken stand, als daß man ihm ein aufrichtiges Fortschreiten im Geiste der neugewonnenen Freiheiten hätte zutrauen können. Seine Geschäfte übernahm der bisherige Verweser des Justizministeriums, von Beisler. Das Ministerium des königlichen Hauses und des Aeußeren übernahm am 15ten Graf Waldkirch provisorisch.

Indeß legte sich die Aufregung in andern Gegenden Baierns auch nach Kundwerdung der königlichen Proclamation und des gänzlichen Systemwechsels nicht so bald; — denn wie schon früher, am 6ten, in Aschaffenburg ein Tumult Statt gefunden hatte, so zeigten auch in andern Städten Excesse, wie die Judenverfolgung im Bambergischen am 13ten, welche gemeinen Leidenschaften und verjährten Vorurtheile zu-

gleich mit wach geworden waren und sich berechtigt hielten, kleinliche Sonderinteressen geltend zu machen; in der Gegend von Lichtenfels aber machten fortdauernde Excesse der Landbewohner gegen die Edelleute Absendung von Truppen nöthig. Auf der andern Seite fehlte es auch nicht an Beispielen von gesetzlichem Verfahren zur Abhülfe drückender Lasten, wie in Nürnberg, wo am 9ten eine große Anzahl Bauern aus der Umgegend der Stadt vor dem Hause des obersten Forstbeamten erschien, durch eine Deputation demselben eine Petition um Erleichterung der drückendsten mit der Jagd und dem Forstregal verbundenen Lasten überreichen und ihn um Bevorwortung derselben bei der höchsten Behörde bitten ließ. An andern Orten wurden einzelne Landrichter, welche in russischer und türkischer Weise geschaltet hatten, von ihren Sitzen vertrieben; so die von Landsberg, Mießbach, Mindelheim und Rain. In München selbst erregte am 16ten das Gerücht von dem Wiedererscheinen der Gräfin Landsfeld einen neuen Sturm. Da man wußte, daß sie 6 Tage vorher im Policeigebäude gewesen war und sich dort 3 Stunden lang mit dem König Ludwig unterhalten hatte, darauf aber fortgebracht worden war, so erkundigten sich auch jetzt starke Haufen (meist aus der untersten Volksklasse) wiederum hier nach ihr; und als sie von den Policeibeamten die Antwort erhielten, man wisse nichts von ihr, zertrümmerten sie sämmtliche Fenster des Gebäudes, zogen sich dann vor dem anrückenden Militär zurück und wandten sich nach dem Zeughause, um dort wiederum Waffen zu holen, in der Hoffnung, die dort aufgestellten Cürassiere würden, wie am 2ten und und 4ten, keinen ernstlichen Widerstand leisten. Aber auch hier mußten sie abziehen, als die Cürassiere einhieben und Linientruppen, Bürger und Studenten gleichfalls mit abwehren halfen, und mit argen Schimpfworten auf die Soldaten, weil sie die Lola vertheidigten, fingen die Unruhstifter an, Barrikaden zu errichten. Auch auf dem

Schrannenplatze (dem Marktplatze der innern Stadt) kam es zu Reibungen mit den dort aufgestellten Freisinger Cürassieren, welche auch verhöhnt wurden. Selbst vor der Residenz waren Haufen erschienen und hatten gerufen: „Heraus mit der Lola"! Nach 11 Uhr wurde es indeß ruhiger; das Volk zertheilte und verlief sich allmählig, und auch der folgende Tag ging ohne ernstliche Ruhestörung vorüber. An demselben wurde eine Petition um Absetzung des bisherigen Policeidirectors und Unschädlichmachung der Lola mit zahlreichen Unterschriften bedeckt und dem Könige durch eine Deputation überbracht; und schon am Nachmittag erfolgte die Gewährung. Der frühere durch die Lola verdrängte Policeidirector, von Pechmann, wurde wieder angestellt, Lola selbst aber des Indigenats für verlustig und innerhalb der Grenzen Baierns für vogelfrei erklärt. Durch einen Erlaß der Ministerien der Justiz und des Innern wurden sogar alle Gerichts- und Policeibehörden angewiesen, auf sie zu fahnden, und sie überall, wo man sie finden möge, zur Haft zu bringen, um sie der richterlichen Untersuchung zu überweisen. So groß die Freude über diese abermalige Gewährung der Volkswünsche (in der freilich eine unbegreifliche und nicht gerechtfertigte Härte und Ungerechtigkeit gegen die Lola lag) sein mochte, war doch das kaum erwachte Vertrauen zum König und seinem Hause aufs Neue tief erschüttert und geschwächt; und die Abneigung des Königs, sein Ministerium durch Männer des allgemeinen Vertrauens zu vervollständigen, die Annäherung der Adelspartei an ihn und die Machinationen derselben (denen man sogar den letzten Lolakrawall zuschrieb) die ängstlichen Maßregeln der Militärbehörden und die strengen Erlasse des neuen Policeidirectors gegen jeden Versuch einer neuen Ruhestörung am 18ten und 19ten nährten die Mißstimmung. Da verbreitete sich in der Nacht vom 20sten auf den 21sten die Kunde, der König Ludwig habe zu Gunsten seines Sohnes Maximilian ab-

gedankt und erregte keine Freude, da man dieses unerwartete Ereigniß einer Hofintrigue, namentlich den Umtrieben des Fürsten Wallerstein zuschrieb, der wieder als Minister eintreten wolle. Am Morgen des 21sten um 7 Uhr wurde Militär und Landwehr auf den Maximiliansplatz berufen, um dem neuen Könige Maximilian II. den Eid zu leisten, der in seiner Ansprache an die Baiern erklärte, „er fühle tief ergriffen das Gewicht der Verpflichtungen, das ihm auferlegt worden sei; er vertraue auf Gottes allmächtigen Schutz und auf seinen redlichen Willen, die Forderungen der Zeit zu verstehen und zu vollbringen. Wahrheit fordere er in Allem; Recht und gesetzmäßige Freiheit im Gebiete der Kirche wie des Staates. Er hoffe auf der Baiern Treue und seit Jahrhunderten bewährte Liebe zu ihren Fürsten und fordere sie auf, ihm beizustehen in seinem Vorhaben, sie auf die Stufe zu erheben, zu der sie als freies Volk berufen seien, ein Achtung gebietender Staat im einigen deutschen Vaterlande!" Die in der Proclamation seines Vaters vom 6ten März gegebene Versicherung in Betreff einer freiern Richtung, in welcher die Verfassung fortgebaut werden sollte, wurde in seinen gedruckten Begrüßungsworten vielfach vermißt; mündlich soll er sie am Morgen des 21sten bei der Eidesleistung der bewaffneten Macht ausgesprochen haben. Doch beruhigte einigermaßen die Ernennung des Freiherrn von Lerchenfeld zum Finanzminister und des Appellationsgerichtsraths Heintz zum Minister der Justiz, während Herrn von Beisler das Cultusministerium übertragen wurde, in den nächsten Tagen wurde der freisinnige Abgeordnete aus der Rheinpfalz Willich zum Bundestagsgesandten ernannt. Auch König Ludwig erließ bei seiner Abdankung eine Ansprache an die Baiern, in welcher er sagte: „Eine neue Richtung hat begonnen, eine andere als die in der Verfassungsurkunde enthaltene, in welcher ich nun im 23sten Jahre regiere. — Treu der Verfassung regierte ich, dem Wohle des Volkes

war mein Leben geweiht; als wenn ich eines Freistaats Beamter gewesen, so gewissenhaft ging ich mit dem Staatsgute, mit den Staatsgeldern um. Ich kann Jedem offen in die Augen sehen. Und nun meinen tief gefühlten Dank Allen, die mir anhingen. Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend mein Herz für Baiern, für Deutschland." Es bedurfte nur der Erinnerung an die Jahre lang dem Volke wider seinen und seiner Vertreter Willen aufgedrungene Verwaltung des Jesuitenfreundes Abel, dem selbst der verderblichste Einfluß auf die Leitung der Angelegenheiten der protestantischen Kirche gelassen worden war (so in der Kniebeugungsfrage, bei dem Verbote der Gustav-Adolphsvereine in Baiern), an die unverhältnißmäßige Verschwendung für Bauten und andere Werke der Kunst in München (zu denen die Stände oft nur nachträglich die Zustimmung geben mußten, mitunter wurde auch gegen ihren Willen aus andern Kassen das Geld dazu gegen vom Könige unterzeichnete Empfangsscheine genommen), an die Unterdrückung des freien Wortes und jeder freisinnigen Regung, und endlich an die erst jüngst beseitigte Mätressenwirthschaft, um eine solche Ansprache mindestens lächerlich zu finden. —

Am 22sten eröffnete König Maximilian II. die Sitzung der zusammengetretenen Kammern mit einer Thronrede. —

In keinem Lande hatte aber das Metternichsche System gelehrigere Schüler und eifrigere Anhänger unter den Staatslenkern gefunden, als in **Kurhessen**, dessen freisinnige im Jahr 1831 gegebene Verfassung, wie alle andern Bürgschaften eines freieren Staatslebens, Unabhängigkeit der Gerichte, persönliche Freiheit der Staatsbürger, Freiheit des Glaubens und der Rede, und dadurch der ganze Rechtszustand 17 Jahre lang methodisch untergraben worden waren. Fortdauernde Uebergriffe der Beamten- und Policeigewalt, zahlreiche politische Verfolgungen freisinniger Abgeordneter durch Tendenzprocesse

und Anklagen wegen Majestätsbeleidigung, Ausschließung derselben aus der Kammer, wiederholte Vertagungen und Auflösungen derselben, Mißhandlung des Verdienstes und der Gesinnung auf der einen, Belohnung des Abfalls von der Sache des Volks auf der andern Seite, hatten jede Möglichkeit gesetzlichen Widerstands gegen die Willkührherrschaft der Regierung beseitigt. Aber den letzten Rest des Vertrauens mußte wenige Monate vorher nach dem Tode des Kurfürsten Wilhelm die ziemlich unverholen an den Tag gelegte Absicht des bisherigen Regenten, des Kurprinzen, verwischen, die Verfassung umzustoßen oder auf ungesetzlichem Wege zu ändern; ein Plan, dessen Ausführung durch die Festigkeit der Officiere bei der Eidesleistung der Soldaten, indem sie dabei an den auf die Verfassung geleisteten Eid erinnerten, vielleicht auch durch geheime Abmahnung von Seiten der Höfe von Berlin und Wien, hintertrieben worden war. Doch wurden mehrere Officiere zur Strafe versetzt und die Feier des Verfassungstags verboten, so daß die Hanauer dieselbe auf darmstädtischem Boden begehen mußten!

Kein Wunder also, daß man gerade in diesem Lande eine gewaltsame Lösung erwarten konnte, und daß schon in den ersten Tagen des März in den angrenzenden Ländern Gerüchte von einer Flucht des Kurprinzen, ja selbst von seiner Ermordung Glauben fanden, welche jedoch bald als unwahr sich erwiesen. Die ersten energischen Schritte der Hessen zur Wiedererlangung ihrer verfassungsmäßigen Rechte gingen von Hanau aus, wo schon am 29sten Februar eine Petition um Verabschiedung der Minister und durchgreifende Aenderung des bisherigen Systems, Auflösung der gegenwärtig vertagten Kammer, welche das Vertrauen des Landes nicht besitze, und Ausschreibung neuer Wahlen ohne alle Beschränkung der Wahlbewegung, um Preßfreiheit, Amnestie für politische Vergehen und Aufhebung der Verordnungen

gegen die Deutschkatholiken, am 1sten März mit zahlreichen Unterschriften bedeckt und durch eine Deputation nach Cassel gesandt ward, welcher am 2ten auf ihrem Wege durch Marburg eine Abendmusik gebracht wurde. Denn auch hier, wo der im Jordan'schen Processe besonders berüchtigt gewordene Policeichef Wangemann und sein Wachtmeister Schmitt arge Willkühr geübt hatten, war am Abende des 29sten, wo die Studenten dem zurückgekehrten Abgeordneten der Universität, Prof. Bergk, ein Ständchen brachten und hierauf unter Absingung des Liedes: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los" zu dem Abgeordneten der Stadt, Lederer, zogen, in dem Biersaale desselben eine von Prof. Bayrhoffer entworfene Adresse um Entlassung des Ministeriums an den Kurfürsten angenommen und mit zahlreichen Unterschriften bedeckt, jedoch nicht abgeschickt worden, da am folgenden Tage der Bürgerausschuß eine andere verfaßte, welche um Gewährung mehrerer anderen Puncte bat und am 3ten durch den Bierbrauer Lederer, den Obergerichtsprocurator Schanz und den Kaufmann Möller nach Cassel gebracht wurde. Wie der Kurfürst und sein Minister Scheffer die Zeitumstände zu würdigen wußten, bewies die dieser Deputation gegebene kurze Antwort des Ersteren: „Kein Bierbrauer regieren, Universität verlegen, Audienz beendigt!" und der noch am 3ten gegebene Befehl, Verstärkung an Reiterei und Artillerie nach Marburg und Hanau rücken zu lassen. Die schriftliche Antwort des Kurfürsten, welche der Minister von Dörnberg den Deputirten zustellte, lautete freundlicher, forderte sie aber auf, zu Haus seine Entschließungen abzuwarten. Nur die Ernennung des früheren Präsidenten der Ständeversammlung, Moritz von Baumbach, zum Justizminister an die Stelle des verstorbenen Bickell, welche noch wenige Wochen vorher nicht möglich gewesen wäre, konnte als ein Zugeständniß betrachtet werden, das den Wünschen des Landes gemacht wurde;

auch ertheilte die Regierung jetzt die lange zurückgehaltene Genehmigung der Wahl Dr. Hartwig's zum Oberbürgermeister der Stadt Cassel. Von Marburg sandten am 5ten auch die Studenten eine Deputation mit der Bitte um Wiederherstellung ihrer früheren Rechtsverhältnisse und Wiedereinsetzung der suspendirten Professoren nach Cassel, am 7ten wurde eine zweite Deputation von 24 Männern ebendahin geschickt, welche nicht zurückkehren sollte, ohne umfassende Bewilligungen erlangt zu haben. Von Hanau ward der ersten Deputation am 6ten eine zweite nachgesandt und durch dieselbe angekündigt, man könne für längere Aufrechthaltung der Ruhe nicht stehen, wenn die Bewilligungen nicht schleunig erfolgten; sie solle daher rasch zurückkehren. Auch die Staatsdiener in Hanau sandten als Deputirte an den Kurfürsten den früheren Justizminister Mackeldey und einen Forstbeamten Baron Schenk von Schweinsberg, welche ihre Uebereinstimmung mit den Gesinnungen und Erklärungen der Bürgerschaft aussprechen sollten. Ebenso schloß sich die Bürgerschaft von Cassel selbst, welche noch am 4ten nur um Abhülfe des großen Nothstands durch größere Beschäftigung der Handwerker und Arbeiter petitionirt und als Mittel dazu die Entlassung der Minister bezeichnet hatte, jetzt den Reformbestrebungen der andern Städte an; in einer energischen Erklärung sprach sie offen aus, „daß der Kurfürst seit Hassenpflug fast lauter Männer zu Rathgebern gehabt habe, welche den Völkern keine Rechte, sondern nur soviel zugestanden wissen wollten, als die Gnade der Fürsten einzuräumen für gut fände; welche darum die Verfassung gehaßt, das freie Wort unterdrückt und ein hassenswürdiges Spionir= und Angebersystem organisirt, die Staatsdiener eingeschüchtert, die Ständeversammlung auf unwürdige Art behandelt hätten u. s. f." Große Aufregung herrschte am 5ten in der Stadt; die beurlaubten Soldaten waren einberufen und die Bürgergarde bedeu=

tet worden, sich am 6ten bereit zu halten — noch in der Nacht verließ die Familie des Kurfürsten und der noch kranke Minister des Innern Scheffer die Stadt; an seine Stelle sollte der Regierungsdirector Lotze von Marburg treten. Am 6ten empfing der Kurfürst, vor dessen Palais nur Bürgergarde aufgestellt war, die Abgeordneten und verhieß ihnen Vorlage eines Preßgesetzes an die baldigst zu berufenden Stände und Zurücknahme der Verfügungen gegen die Deutschkatholiken; am Abend des 7ten, an welchem Tage die beiden Deputationen von Hanau angekommen waren, verkündete eine durch Trommelschlag bekanntgemachte Proclamation der Regierung Aufhebung der Censur für Besprechung innerer Landesangelegenheiten, Einberufung der Stände auf den 11ten insbesondere zur Berathung von Gesetzentwürfen über die Presse und andere allgemeine Landesangelegenheiten, namentlich über die Rechtsverhältnisse der Dissidenten, öffentliches Gerichtsverfahren mit Geschwornen, Mitwirkung der Landstände bei Besetzung des Oberappellationsgerichts und andere zur Beförderung der allgemeinen Landeswohlfahrt gereichende Gegenstände. Als diese Kundmachung am 8ten Nachmittags nach Hanau gelangte, fand man begreiflicherweise die Bewilligungen nicht genügend und sogleich wurde durch Acclamation eine Art provisorische Regierung unter dem Namen Volkscommission, aus 24 Mitgliedern bestehend, erwählt, welche die Leitung der gegenwärtigen Angelegenheiten übernehmen sollte; diese verlangte in einer neuen Zuschrift an den Kurfürsten, gegen dessen Persönlichkeit sie ganz offen ihr Mißtrauen aussprach: Besetzung aller Ministerien mit Männern des Vertrauens; Auflösung der Stände und baldige Einberufung neu zu wählender; vollständige Preß- und Religionsfreiheit, vollständige Amnestie für politische Vergehen seit 1830; Hinwirkung beim Bunde auf Bildung einer deutschen Volkskammer, alsbaldige Vorlage der verheißenen Gesetzentwürfe an die Ständever-

sammlung; endlich Antwort binnen drei Tagen, deren Verstreichen ohne Entscheid als abschlägige Antwort angesehen werden und den Anschluß Hanau's an Darmstadt nach sich ziehen würde. Auch der Stadtcommandant von Hanau, General Schirmer, erklärte seine Zustimmung zu den Schritten der Bürger, und verließ bald darauf mit seinen Truppen die Stadt; Alles bewaffnete sich und zahlreiche Turnerhaufen *) mit Waffen zogen aus den Nachbarstädten herbei, den Hanauern beizustehen; aus dem Städtchen Bockenheim allein erschienen 5—600 Mann. Auch aus Steinau, Schlüchtern, Gelnhausen, Salmünster und Soden kamen Deputationen, welche ihre Zustimmung und ihre Bereitwilligkeit, die Hanauer mit Gut und Blut zu unterstützen, aussprachen; ebenso schloß sich am 11ten die Stadt Fulda den in Hanau getroffenen Maßregeln an. Vielleicht trug auch die Anwesenheit des Erbgroßherzogs von Darmstadt in Cassel, den die Hanauer von ihrer Geneigtheit, sich an das Großherzogthum anzuschließen, Mittheilung gemacht hatten, und dessen Zureden, nachdem schon Tags vorher alle Minister abgedankt hatten, dazu bei, daß endlich am 11ten eine Verfügung erlassen wurde, welche die verlangten Puncte, mit Ausnahme der Auflösung der bisherigen Ständeversammlung, genehmigte und außerdem alle Beschlüsse aufhob, durch welche der Genuß verfassungsmäßiger Rechte, insbesondere das Petitions-, Einigungs- und Versammlungsrecht beschränkt worden waren. Denn schon hatte die Deputation nach Hanau zurückreisen wollen, als das Volk von Cassel sie zurückhielt, das Palais des Kurfürsten umstellte und die Fenster einwarf, während zahlreiche Haufen von Landvolk durch

*) Denn im Darmstädtischen waren die früher aufgelösten Turnvereine und Turngemeinden in Folge der Gewährung des allgemeinen Vereinsrechts von dem neuen Ministerium wieder gestattet worden.

die Sturmglocke gerufen herbeizogen und das Militär sich unthätig verhielt, so daß die Deputirten endlich vorgelassen wurden und die Genehmigung der Forderungen, welche der Kurfürst nach langer Unterredung ertheilte, noch vernehmen und ihren Mitbürgern mitbringen konnten. Große Freude verursachte am Nachmittag des 12ten die Verlesung dieser Proklamation vom Balkon des Rathhauses in Hanau, dessen Straßen und Zugänge noch immer verbarrikadirt waren; die bewaffnete Bürgerschaft und die Schaaren aus den benachbarten Orten durchzogen darauf die Straßen; zwei Officiere der Bürgerwehr ritten sogleich ab, um die Truppen in die Stadt zurückzuholen, in welcher ein Freudenschießen und ununterbrochenes Straßen- und Wirthshausleben begann. In der bald darauf gedruckten Proclamation vermißte man nur die Zusage der Beeidigung des Heeres auf die Verfassung; eine Bürgschaft, welche man bei der so wenig Vertrauen erweckenden Persönlichkeit des Fürsten für dringend nothwendig hielt. Noch an demselben Tage erhielt Bürgermeister Eberhard von Hanau das Decret der Ernennung zum Minister des Innern. Die Freischaaren aus den Nachbarstädten zogen am 13ten nach Hause zurück. — Am 13ten wurde auch in Cassel die Ständeversammlung eröffnet, von deren Mitgliedern mehrere, die sich bewußt seyn mochten, daß sie das Vertrauen des Volks nicht besäßen, um Einberufung ihrer Stellvertreter gebeten oder andere Wahlen veranlaßt hatten; mehrere bisher ausgeschlossene freisinnige Deputirte, wie Wippermann, der in den letzten Tagen von einer Anklage wegen eines Preßvergehens freigesprochen worden war, waren als legitimirt erachtet, die Stellvertreter der Prinzen und Standesherrn durch andere Männer ersetzt worden. Durch alles dieß erhielt die Kammer eine liberalere Färbung, als sie wenige Wochen vorher gehabt hatte. Auch erklärte ihr bisheriger Vorsitzender von Trott, seine Stelle unter den veränderten Verhältnissen nur so

lange verwalten zu können, bis die Kammer über die Besetzung derselben sich ausgesprochen habe.

Länger noch, als der Kurfürst, leistete der viel menschlichere und aufrichtiger für das Wohl seines Landes fühlende König Friedrich August von **Sachsen** Widerstand gegen die Forderungen, welche am meisten von Leipzig ausgingen. Hier war der 12te August 1845 und die unterlassene Sühnung des damals vergossenen Blutes so vieler Unschuldigen noch nicht vergessen, und die mehrfachen Beschränkungen der Deutschkatholischen, wie der freien kirchlichen Bestrebungen unter den Protestanten (Lichtfreunde und freie Gemeinden) im Geiste des Pfaffenthums und des altkirchlichen Orthodoxismus hatten dazu beigetragen, das Ministerium verhaßt zu machen, dessen oft bewiesene Nachgiebigkeit und Fügsamkeit (besonders des Ministers des Innern v. Falkenstein) gegen die Anforderungen der östreichischen und preußischen Regierung*) es sehr unpopulär gemacht hatten. Schon am 29sten Februar vereinigten sich 18 Buchhändler zu einer Adresse an das Ministerium um Erleichterung des drückenden Preßzwangs, auf dessen Gefahren für Leipzigs Stellung als Mittelpunct des deutschen Buchhandels sie oft schon hingewiesen hatten und jetzt aufs Neue, im Hinblick auf die dem Staatengebäude von 1815 drohenden Stürme, die geistesmörderische Censur für eine Schande und Schmach, die Ausdehnung derselben auf Besprechung innerer Angelegenheiten für eine Handlung der Willkür und Gewalt erklärten; sie möchten ferner nicht mehr

*) Wenn die preußische Regierung ein mißliebiges Buch verboten oder seinen Verfasser gerichtlich verfolgt haben wollte und doch deßwegen nicht den Tadel der öffentlichen Meinung auf sich laden mochte, wendete sie sich in der Regel an das sächsische Ministerium und fand bei demselben die größte Bereitwilligkeit zur Requisition gegen den Gegenstand seines Zornes.

um ihr gutes Recht bitten, wälzten aber die unausbleiblichen Folgen fernerer Rechtsverweigerung öffentlich und feierlich auf diejenigen, welche für Bitten und Mahnungen bisher kein Gehör gehabt hätten. Auch die Censoren in Leipzig unterzeichneten eine Eingabe an das Gesammtministerium, in der sie sich auf das Entschiedenste gegen die Censur und ihre verderblichen Wirkungen aussprachen und das Bedenkliche ihres Fortbestehens ernstlich vorstellten.

Am 1sten März unterzeichneten die Stadtverordneten eine von Prof. Biedermann entworfene Adresse, welche hinwies auf die drohenden Störungen der Ruhe durch Eindringen der Franzosen oder Russen und die Nothwendigkeit, dagegen auch eine moralische Macht zu schaffen, welche nur aus der Begeisterung der Nation für die Sache des Vaterlands und seiner Einrichtungen entspringe; denn auch in Sachsen werde eine innige Eintracht und Wechselwirkung zwischen dem Geiste der Verwaltung und dem Geiste des Volks vermißt. Als solche Institutionen, von deren Herbeiführung man sich die wohlthätigsten Folgen für Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands verspreche, wurden Preßfreiheit und Vertretung aller deutschen Völker am Bundestage bezeichnet. Am 2ten überbrachte eine Deputation (Biedermann, Robert Blum u. A.) diese in sehr gemäßigtem Tone gehaltene Adresse nach Dresden, und wurde dort vom Könige persönlich wohlwollend empfangen, auch ließ er am Schlusse seine Leipziger grüßen, doch erklärte er ihnen, „sie hätten wohl erwartet, daß er eine sofortige bestimmte Antwort nicht ertheilen könne, er wolle daher auch auf den Inhalt der Adresse nicht weiter eingehen. Seit 18 Jahren habe er in Sachsen regiert und sein Gewissen gebe ihm das Zeugniß, daß seine Regierung stets mit den Grundsätzen der Verfassung in Uebereinstimmung gestanden habe, denen er auch ferner treu bleiben werde; das in der Adresse ausgesprochene Mißtrauen habe ihn tief geschmerzt."

Hierauf zog er sich, sichtlich erschüttert, rasch zurück, ohne der Deputation Zeit zu einer zweiten Ansprache zu lassen. Bei ihrer Rückkehr nach Leipzig am Abend des 3ten wurde sie auf dem dortigen Bahnhofe von einer zahlreichen Menschenmenge erwartet, welche die Entscheidung wissen wollte. Die Antwort, welche die Deputirten vom Balcon des Rathhauses herab mittheilten, war wenig geeignet, die Aufregung zu mindern. Doch beschwichtigte Robert Blum den Sturm dadurch, daß er die Schuld auf die Minister schob, welche den König über die Stimmung des Landes täuschten, und daß er verhieß, in der morgenden Sitzung der Stadtverordneten eine Petition um Entlassung derselben zu beantragen. Am Morgen des 4ten reiste eine zweite Deputation nach Dresden (wo inzwischen am 3ten*) die Stadtverordneten einen Antrag Köchly's auf eine Petition um Freiheit der Presse, des religiösen Bekenntnisses, der Associationen, Wahlreform, Vertretung beim Bunde und baldige Berufung des Landtags abgelehnt, aber eine Adresse von Hietzschold, in welcher wegen Unzufriedenheit und Mißtrauen gegen das Ministerium auf schleunige Einberufung des Landtags angetragen wurde, mit 17 gegen 9 Stimmen angenommen hatten), schilderte dem Könige den Eindruck, welchen seine Antwort hervorgebracht hätte und sprach das dringende Verlangen des Volkes nach Ministerwechsel aus. Nach deren Rückkehr nach Leipzig versammelten sich um 11 Uhr die Stadtverordneten und nahmen einstimmig eine Erwiederung auf die ihr vom Könige ertheilte Antwort**) an (welcher

*) An demselben Tage hatten die beiden freisinnigen Landtagsabgeordneten Joseph und Schaffrath eine Vorstellung an den König gerichtet, in welcher sie Preßfreiheit, Gewissensfreiheit, Schwurgerichte, erweitertes Wahlrecht u. s. w. auf das dringendste und offenste bevorworteten.

**) In derselben bestritt er den städtischen Behörden die Befugniß zu

Erklärung auch der Stadtrath beitrat), wornach sie sich nicht nur für befugt, sondern auch für verpflichtet hielten, in solchen Zeiten die Wünsche und Gesinnungen der Bürgerschaft auch über allgemeine Angelegenheiten dem Könige vorzutragen; die Adresse sei nicht der Ausdruck und die Stimme einer Partei, noch seien sie verleitet, sondern es sei ihre und der Bürgerschaft einstimmige Ueberzeugung. Auch hätten sie kein Mißtrauen gegen die Person des Königs, sondern nur gegen das System seiner Rathgeber ausgesprochen, und die Ruhe des Landes könne nur erhalten werden, wenn er sich mit neuen Rathgebern umgebe. Auch der akademische Senat richtete eine Adresse in gleichem Sinne an den König; in Crimmitzschau unterzeichneten 200 Bürger am 4ten, in Werdau, Glauchau und Borna die Gemeindevertreter am 5ten Petitionen mit ausgedehnteren Forderungen an den König; auch Chemnitz sprach sich in gleichem Sinne aus. Obgleich auch die Deputationen dieser Städte keine günstigere Aufnahme fanden, manche selbst

---

einem solchen Schritte, bedauerte, daß seine Worte nicht die Aufnahme gefunden, welche er von dem väterlichen Geiste, in dem er sie gesprochen, zu erwarten berechtigt gewesen sei. Nichts werde ihn bewegen, von dem klaren Wege abzugehen, den ihm seine Verbindlichkeit als Bundesglied und seine Pflicht gegen die Verfassung vorschrieben. In Bezug auf Reform der Preßgesetzgebung, wie der vorige Landtag sie gewünscht, habe er seinen Gesandten beim Bundestage beauftragt; er werde sich aber in dieser wichtigen Angelegenheit nicht von Zeitereignissen, sondern nur von der gewissenhaften Rücksicht auf das Wohl seines Volks und den durch die Bundes- und Landesverfassung übernommenen Pflichten bestimmen lassen. Er vertraue, daß durch das Ansehn der Behörden, durch den guten Geist der Communalgarde und den ernsten Willen aller guten Bürger Recht und Gesetz werde gewahrt werden, und mache dafür die Stadt Leipzig verantwortlich.

vom Könige mit Unwillen abgefertigt ward*), legte doch der Minister von Falkenstein am 5ten sein Amt nieder, was große Freude verursachte, aber erst als der Anfang der Zugeständnisse angesehen wurde. Denn auch in Dresden unterzeichnete am 8ten eine Bürgerversammlung eine Petition um 10 Puncte als solche, deren Erfüllung von der Zeit dringend geboten sei (darunter gesetzliche Sicherstellung der Person gegen Polizeiwillkühr, Wahlreform, Verminderung der stehenden Heere und Bürgerbewaffnung, Lossagung der Regierung von den Karlsbader und Wiener Beschlüssen); in Leipzig aber erklärten die Stadtverordneten am 7ten, daß die Presse zufolge der Verfassung und des Bundesbeschlusses vom 3ten d. gesetzlich frei sei, und daß der Rücktritt auch der übrigen Minister und Ersetzung derselben durch Männer des allgemeinen Vertrauens zur Wiederherstellung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Thron und Volk nöthig sei. Dennoch geschah nichts, als daß die Eröffnung des Landtags, der erst im Herbste zusammentreten sollte, auf die Mitte des Mai angesetzt wurde. Als indeß die Aufregung überhand nahm, machten die Minister am 9ten bekannt, sie hätten dem Könige ihre Entlassung angeboten, welche er aber nicht angenommen habe; sie hätten darum einen außerordentlichen

*) Der König verwies am 8ten die Deputirten von 6 Städten (Zwikkau, Werdau u. A.) auf seine (weiter unten erwähnte) Bekanntmachung und versprach, die Verlangen, welche billigen bescheidenen Wünschen entsprächen, dem nächsten Landtage vorzulegen. Den Bürgermeister Schwedler von Merane, welcher begann: „Majestät, Sie erlauben —" unterbrach er mit den Worten: „Nein! nein! nein! nein! unbillige Wünsche werde ich nicht berücksichtigen. Ich kann mich nicht mit Ihnen in Discussion einlassen, ich habe Ihnen nichts zu sagen als: Leben Sie wohl!" und als Jener entgegnete: „Majestät, entlassen Sie uns nicht ohne alle Zusagen", wiederholte er seine letzten Worte und entließ sie.

Landtag auf den 20sten März einberufen, um zu erfahren, ob die Stimmung gegen die Minister die des ganzen Landes sei. Diesem solle auch ein Gesetz über Preßfreiheit vorgelegt werden.

In einer an demselben Tage erlassenen Verordnung an die Kreisdirectionen hob das Ministerium die Censur vorläufig bis zum 15ten April auf, dafern nicht schon früher eine Vereinbarung mit dem Landtage wegen des zu erlassenden Preßgesetzes eintreten sollte. Da indeß die Aufregung in Leipzig und den kleinern Städten durch so geringe Zugeständnisse nicht beschwichtigt werden konnte, und da sogar ein Zug von mehreren Tausend Bewohnern auf der Eisenbahn nach Dresden auf den 12ten angekündigt wurde, zog das Ministerium größere Truppenmassen in der Nähe der Stadt zusammen; vielleicht ordnete auch auf seinen Wunsch oder wenigstens mit Rücksicht auf die in Sachsen herrschende Aufregung die preußische Regierung die Anhäufung bedeutender Heeresabtheilungen in Halle und dessen nächster Umgegend an. Am 10ten erschien der Minister von Carlowitz als königlicher Commissär in Leipzig und stellte vier Forderungen an Stadtrath und Stadtverordnete: 1) Unterlassung aufregender politischer Reden in den Stadtverordnetensitzungen; 2) Enthaltung von politischer Aufregung in den Versammlungen im Schützenhause; 3) Aufhören des nächtlichen Herumziehens zahlreicher Haufen in den Straßen; 4) Unterlassung des Zugs nach Dresden. Das Kollegium erwiderte ihm: 1) gesetzlich strafbare Reden seien nicht vorgekommen; in solchen Zeiten müsse man das Recht der freien Meinungsäußerung wahren; die Ausführung von 2) liege außer dem Bereiche der Stadtverordneten; 3) sei seit Abmahnung des Raths nicht wieder vorgekommen und werde nicht stattfinden, wenn die Truppen von Leipzig weggezogen würden, worauf man energisch dringen müsse; von 4) sei abgemahnt worden — eine Bürgschaft deshalb könne aber nicht verlangt, noch gegeben werden.

Am 12ten fand eine zahlreiche Zusammenkunft von Männern aus den verschiedenen Theilen Sachsens Statt, in welcher ein von Schaffrath entworfenes Programm der Volkswünsche mit geringen Abänderungen angenommen und Deputirte zur Frankfurter Zusammenkunft am 31sten gewählt wurden: Robert Blum (der Anfangs ablehnte), Biedermann und Todt. Am 13ten wurde endlich die Entlassung der Minister Könneritz, von Zeschau, von Wietersheim, von Carlowitz und von Oppeln angezeigt. Der Minister von Carlowitz hatte bei seinem Aufenthalt in Leipzig die Ueberzeugung gewonnen, daß der Ruin der Stadt (dieser Perle in der Krone Sachsens) bevorstände, wenn man mit Waffengewalt das Bleiben des Ministeriums erzwingen wolle; und auch die Haltung der kleinern Städte, namentlich im Erzgebirge, sowie die immer entschiedener auftretende Opposition in Dresden selbst *) hatten das Ihrige gethan. Schon am 15ten wurde das neue Ministerium gebildet, Braun, von der Pfordten und Georgi (zu denen später noch Oberländer für das Innere und Graf Holzendorff für den Krieg hinzutraten), welches in seinem Programm am 16ten verhieß: Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, Aufhebung der Censur für immer, Preßgesetz ohne Concessionen und Cautionen, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, Reform des Wahlgesetzes, Anerkennung des Vereinsrechts, gesetzliche Ordnung der kirchlichen Verhältnisse im Geiste der Duldung und Parität, Antrag auf Revision des Vereinszolltarifs; endlich kräftige Mitwirkung zu zeit-

*) Selbst nachdem bekannt worden war, daß die Minister abgetreten seien, erschien eine meist aus jüngern Leuten bestehende Masse vor dem Schlosse, brachte denselben ein Pereat, dem Könige ein Hoch, zog dann nach der Moritzstraße und brachte Herrn v. Könneritz noch ein Pereat, worauf sie sich endlich vor dem Stadthause auf Ansprache des Prof. Wigard trennte.

gemäßer Gestaltung des deutschen Bundes mit Vertretung des Volkes bei demselben. Der König habe diesen Maßregeln und Grundsätzen seine Zustimmung ertheilt. Gleichzeitig machten sie bekannt, da durch Entlassung der Minister und Wiederbesetzung ihrer Functionen der Zweck der Einberufung eines außerordentlichen Landtags sich erledigt habe, Bestimmungen über die Presse u. a. dgl. dringenden Gegenständen auf andere Weise abgeholfen werden könne, auch die Kürze der Zeit den neuen Ministern nicht die erforderliche Vorbereitung zur Abhaltung eines Landtags gestatte, so habe der König beschlossen, den auf den 20sten berufenen außerordentlichen Landtag nicht abhalten zu lassen.

In **Hannover** — dessen König vor 10½ Jahren beim Regierungsantritte die von seinem Bruder gegebene und beschworene Verfassung aus eigener Machtvollkommenheit umgestoßen und die wenigen freimüthigen Männer, welche gegen diesen ungesetzlichen Schritt protestirten, aus ihrer Stellung verdrängt hatte, seitdem aber bedacht gewesen war, durch Sorge für das materielle Wohl der Landesbewohner die Zufriedenheit derselben mit den bestehenden Zuständen zu erzielen — bewies die Staatsbehörde noch wenige Tage vor der ersten Kunde von den Pariser Ereignissen (am 23sten Febr.) ihren engherzigen freiheitsfeindlichen Sinn durch den Befehl an die Landdrosteien und Localbehörden, die Liedertafeln, sowie die Sing- und Lesevereine zu überwachen. Doch blieb auch hier der von den Nachbarstaaten gegebene Anstoß nicht ohne Wirkung. Am 3ten März beschlossen die Bürgervorsteher der Hauptstadt, die Vertreter der Bürgerschaft, welche bisher schon manche zweckmäßige Anträge gestellt, und größere Theilnahme der Bürgerschaft erweckt hatten, den Magistrat zu einer gemeinschaftlichen Sitzung aufzufordern, um in derselben eine Petition an den König zu berathen; in dieser Sitzung (am 6ten) vereinigten sie sich über folgende Puncte: Vertretung des deutschen Volks am Bunde,

Preßfreiheit, baldigste Einberufung der Ständeversammlung; einige andere Anträge sollten von einer gemeinschaftlichen Commission weiter geprüft und an die Stände gebracht werden. Die Deputation, welche die Petition am 7ten überbringen sollte, und in abendlicher Stille, um keine Aufregung zu verursachen, im Schlosse erschien, wurde vom Könige nicht angenommen; und die Petition später vom Minister von Falcke im Namen des Königs schriftlich dahin erwiedert, daß 1) der König den von der Mehrheit seiner Bundesgenossen zu fassenden Beschlüssen in Betreff der im Bundesbeschlusse vorgesehenen nöthigen Garantieen gegen Mißbrauch der Presse nicht entgegen seyn werde, daß aber vor Feststellung derselben die Censur nicht beseitigt werden könne; 2) daß eine Theilnahme deutscher landständischer Deputirten an den Berathungen und Beschlüssen des deutschen Bundes mit der monarchischen Regierungsform nicht vereinbar sei; 3) in Betreff der Berufung der Stände sei der König dem ausgesprochenen Wunsche bereits zuvorgekommen. Wie sehr auch diese ablehnende Erklärung und die künstliche Auslegung des Bundesbeschlusses vom 3ten März über Preßfreiheit die Mißbilligung der Mehrzahl fand und voraussehen ließ, daß hierdurch bald die Stellung des Ministers unhaltbar werden würde, so triumphirten doch die Bureaukraten über die Abweisung der zaghaften Bittsteller zu früh; denn jene Petition war nur der Anfang einer Reihe von Erklärungen, welche von den Städten Hameln, Stade, Harburg, Hildesheim und Minden an den König gesandt wurden. Zwar wurde auch die Deputation von Hameln weder beim Könige, noch bei dem Minister von Falcke „wegen überhäufter Geschäfte" vorgelassen und mußte ihre Eingabe einem Hofbeamten übergeben; aber die Aufregung im Lande stieg und in Göttingen, unter dessen Bürgerschaft man erst versucht hatte, eine Ergebenheitsadresse an den König zu Stande zu bringen, brachte die Härte des längst verhaßten Polizei-

directors Heintze, der am Abend des 11ten auf die vom Abschieds-commers munter heimkehrenden Studenten von Gensdarmen einhauen ließ, einen gewaltigen Umschwung hervor, zumal da die Studenten erklärten, insgesammt die Universität verlassen zu wollen, falls ihnen keine Genugthuung würde. Deputationen von den Professoren und von der Bürgerschaft, welche sich durch den am 12ten erfolgten Rücktritt Heintze's noch nicht befriedigt fand, gingen nach Hannover und verlangten Genugthuung; als beide Deputationen nicht einmal beim König und beim Minister vorgelassen wurden, verließen die Studirenden am 17ten insgesammt die Stadt*). Eine Proclamation des Königs vom 14ten, als Antwort auf die verschiedenen Petitionen, „da er, von früh bis spät Abends oft bis zur Erschöpfung von Geschäften überhäuft, nicht Alle sehen oder einzeln antworten könne", sprach die Freude über die aus den Petitionen sprechende alte Liebe und das Zutrauen seiner Unterthanen aus. „Wo andere Wünsche darin laut würden, seien sie sicher durch Fremde eingeflößt, welche überall Unordnungen und Verwirrungen zu säen bemüht seien. Er werde Alles thun, um ihre Wünsche zu erfüllen, ohne ihr wahres Glück zu zerstören; dieß würde das Ergebniß seiner Erwägungen und die von ihm im verfassungsmäßigen Wege vorbereiteten Maßregeln beweisen. Zu dem Antrage auf Volksvertretung beim deutschen Bunde könne er seine Zustimmung nicht geben, doch werde er, wie bisher, mit allen Kräften dahin wirken, daß die Bundesversammlung mit mehr Fleiß und grö-

*) Nachdem später die verlangte Genugthuung bewilligt worden war, kehrten die Meisten nach den Ferien zurück und wurden von den Bürgern feierlich empfangen. Der hartnäckige Ernst August, der 1838 an der Berliner königlichen Tafel erklärt hatte, „Professoren, H.... und Soldaten könne man allemal für Geld bekommen", scheint also in Betreff der Studenten anderer Meinung gewesen zu seyn.

ßerer Energie in den deutschen Angelegenheiten handle, als bisher geschehen sei. Er mahne sein Volk zum Festhalten an der gesetzlichen Ordnung und zur Erhaltung des Vertrauens an ihn, welches er nicht täuschen, sondern seinen letzten Blutstropfen für sie opfern werde." Zugleich meldete die halbofficielle Hannoversche Zeitung, daß ein Preßgesetz mit Beseitigung der Censur zur Vorlage für die am 28sten zusammentretende Ständeversammlung bearbeitet werde.

Die Sprache einer patriarchalischen Politik, welche das Volk nur als eine unmündige Heerde ansah, konnte bei der großen Mehrheit wenig Eingang und Vertrauen finden; die bisherige Staatsweisheit der Bevormundung und der Versprechungen, der Versicherungen von unaufhörlicher angestrengter Sorge für das Wohl der geliebten „Unterthanen" stand in zu enger Verbindung mit dem Eigenwillen und dem Souveränetätsdünkel, der vom „monarchischen Princip" nichts ablassen kann, als daß sie nicht, wie auch in andern Staaten, an dem Unglauben und an dem Ungehorsam der entwöhnten Kinder hätte Schiffbruch leiden sollen. Dazu kam, daß nach Hildesheim auf die erste Kunde von der dort beschlossenen Adresse, Soldaten auf der Eisenbahn gesandt worden waren: statt Concessionen — Kanonen! Am 17ten (an welchem auch die Studenten Göttingen mit der Erklärung verließen, nicht wiederzukehren, so lange Hannoverische Polizeigesetze das Leben harmloser Menschen gefährden könnten) beschloß eine zahlreiche Bürgerversammlung in der Hauptstadt eine tüchtige Adresse, welche unter Vortritt des Magistrats und der Bürgervorsteher ins Schloß gebracht wurde; da der König bettlägerig war, wartete das Volk, bis die Antwort von dem Cabinetsrath von Münchhausen herausgebracht ward. Diese bewilligte sogleich Aufhebung der Censur vom 18ten an, Oeffentlichkeit der Ständeversammlungen, Anerkennung des Vereinsrechts, Amnestie und Wiedereinsetzung der poli-

tisch Verurtheilten; über die andern Puncte wurden noch weitere Erwägungen und Verhandlungen vorbehalten. Dieß reichte nicht hin, die aufgeregten Gemüther zu beruhigen; am Abend wurden Herrn von Falcke und andern verhaßten Männern die Fenster eingeworfen. In den folgenden Tagen, in welchen auch in andern Städten Excesse gegen übermüthige und verhaßte Beamte vorfielen, erbat daher Falcke, sowie die andern Minister, vom Könige die Entlassung von ihren Posten, und am 20sten verkündigte eine Proclamation an die Hannoveraner die gemachten Bewilligungen und verhieß nach Eröffnung des Landtags die übrigen Puncte zu erledigen, namentlich Anträge an denselben über Verantwortlichkeit der Minister und über Vereinigung der königlichen und der Landescasse zu stellen. Ein Rescript an den Magistrat der Hauptstadt verkündigte, daß die früher dem Stadtdirector entzogenen Befugnisse als Chefs der städtischen Policei demselben wieder übertragen werden sollten. Bei der Ankunft der preußischen Proclamation vom 18ten hatte der König Ernst August sich überzeugt, daß das bisherige System sich nicht aufrecht erhalten lasse; er hatte daher seinen Ministern die Entlassung am 19ten und 20sten ertheilt und den bisherigen wackern Kämpfer für das Grundgesetz, den ihm so sehr verhaßten Bürgermeister Stüve von Osnabrück, zur Bildung eines Ministeriums berufen.

Außer Stüve, dem der König ganz freie Hand und unbeschränkte Vollmacht zu Allem gegeben hatte, was mit seiner (des Königs) Ehre verträglich sei, waren die Schatzräthe Bennigsen und Lehzen (für die Finanzen) und der Justizrath Düring (für Justiz) zum Könige berufen worden; am 22sten kam Stüve von Osnabrück in der Hauptstadt an, welcher der König Tags zuvor auch das nach dem Staatsgrundgesetze gebührende Recht, durch zwei Abgeordnete in der Ständeversammlung vertreten zu werden, zurückgegeben hatte. Indeß fand

Stüve, der seit dem Regierungsantritte des Königs von der Hauptstadt und von der Ständeversammlung fern gehalten worden war und auf den jetzt das ganze Land sein Vertrauen setzte, unter den schon vorher ernannten Collegen mehrere, die dieß Vertrauen schmälern mußten; so namentlich an dem Oberappellationsgerichtsrath Düring, einem an sich zwar ehrenhaften, aber dem System der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit entschieden widerstrebenden Manne; noch mehr aber an dem bisherigen Cabinetsrath Braun, der zum Cultusminister ernannt worden war, einem von Falcke viel gebrauchten Lieblinge dieses Ministers, welcher seine jetzige Stellung vielleicht nur darum erhalten hatte, weil er der Schwager des Finanzministers Lehzen war! Das Kriegsministerium übernahm dessen bisheriger provisorischer Vorstand, der 70jährige Gen. Prott; das des Auswärtigen der Sohn des russischen Generals Graf Bennigsen, der als Ministerpräsident am 28sten im Namen des noch kränkelnden Königs die Ständeversammlung mit einer Rede eröffnete, in welcher er aussprach, „daß es dem Könige zur Beruhigung gereiche, in der Zeit so ungeheurer Umwälzungen, wo die Gefahr eines Bundesstaats (Schleswig-Holsteins) die Nothwendigkeit militärischer Hülfe rasch herbeiführen könne, schon der ordentliche Lauf der Geschäfte die Vertreter des Landes um den Thron versammelt zu sehen. Denn der König, mit Sicherheit erkennend, daß die bisherigen Zustände des Landes unter den völlig veränderten Umständen weder dem königlichen Hause, noch dem Lande Genüge leisten können, habe nicht angestanden, aus freiem (!) Entschlusse, ohne Zögern (?) alles zu gewähren, was zu Begründung eines neuen kräftigeren Lebens nöthig scheinen könne. Er habe Maßregeln getroffen, daß auf Ausbildung der deutschen Bundesverfassung zu größerer Festigkeit und auf Entwickelung derselben durch Vertretung des deutschen Volks hingewirkt werde; gleichzeitig aber auch zu rascherer Hebung

des Geistes und der Wohlfahrt seines Volks durch Freiheit der Presse und des Versammlungsrechts, durch Selbstständigkeit und Oeffentlichkeit in der Verwaltung der Stadt- und Landgemeinden, durch Beseitigung aller Exemtionen, durch Herstellung der ursprünglichen Kraft der Gerichte, durch Vereinfachung des Staatshaushalts und durch Verantwortlichkeit seiner Diener. An den Ständen sei es nun, auf der ihnen vom Könige eröffneten Bahn zu rühmlichem und heilbringendem Wirken fortzuschreiten; in ihre Hand sei die Zukunft des Landes gelegt." —

So war endlich in allen deutschen Staaten von mittlerer Größe der Umschwung des politischen Systems erfolgt, und von der Persönlichkeit der Männer, welche an die Spitze der Geschäfte gestellt worden waren, glaubte man sich eine Dauer dieser Richtung und ein aufrichtiges Fortschreiten auf dieser Bahn versprechen zu dürfen. Auch in den **kleineren deutschen Staaten** war durch den von den größeren Nachbarn gegebenen Anstoß eine Umgestaltung, in der Regel mit größerer Raschheit, herbeigeführt worden; hier war das Verlangen, einem größeren Volksganzen auch staatlich anzugehören, lebhafter empfunden, der Unwille über die Fügsamkeit der schwachen Regierungen in die Gebote des Berliner und Wiener Hofes heftiger und die Widerstandskraft der Regierungen, welche in dieser Zeit nicht einmal auf Hülfe der mächtigeren Nachbarn rechnen konnten, geringer, zumal da fast überall die Bauern sich erhoben und Erleichterung der drückenden Lasten erzwingen wollten. Dazu kam in den meisten kleineren Fürstenthümern als Folge der patriarchalischen (?) Herrschaft der überwiegende Einfluß weniger, meist adeliger Familien, welche im Besitze fast aller höheren Stellen waren und im Wahne, daß sie allein zum Heile des Volkes zu regieren verständen, dem beschränkten Unterthanenverstande keine Berechtigung zur Theilnahme daran zugestanden

wissen wollten; dazu kam die für den Landbesitzer drückend gewordene Jagdliebhaberei der meisten Fürsten und die mit den Kräften des Landes nicht im Verhältniß stehenden Einkünfte des Fürsten von den Kammergütern, unter denen viele nicht von Anfang Erbgut des regierenden Hauses gewesen waren, sondern als eingezogene Kirchengüter, heimgefallene Lehen u. dergl. eigentlich Staatsgut waren. Daher wendete sich auch der Zorn der aufgereizten Massen hauptsächlich gegen die Forst- und Kammerbeamten, denen man das Drückende der bestehenden Verhältnisse zur Last legte. Die einzelnen Vorgänge sind zu unbedeutend für die Geschichte des ganzen Vaterlandes, als daß sie ausführlicher berichtet zu werden verdienten. In **Sigmaringen** folgte der Fürst schon am 3ten März dem von dem Könige von Würtemberg gegebenen Beispiele in Bewilligung der von dem gebildeten Theile ausgesprochen Wünsche; in **Hechingen** dagegen erschien am 11ten eine zahlreichere aufgeregte Volksmasse, besonders aus den umliegenden Ortschaften, rückte vor das Schloß und erpreßte so wichtige Verzichtleistungen *) von dem Fürsten, daß dieser sich genöthigt sah, nach Stuttgart zu flüchten, von wo aus er den Landtag berief und diesen, nachdem eine Volksversammlung am 18ten ihre Mißbilligung über das Verfahren der Masse am 11ten ausgesprochen, nach seiner Rückkehr am 10ten April in Person eröffnete. Auch in **Homburg**, wo noch immer die bundesgesetzliche Verheißung einer landständischen Vertretung unerfüllt geblieben war, bewilligte der Landgraf schon nach den ersten Erlassen des Bundestags am 6ten Preßfreiheit und verhieß eine Verfassung zu geben.

---

*) Selbst die augenblickliche Entlassung aller nicht im Lande (!) gebornen Beamten, unter denen viele redliche waren, fand am 20sten Statt.

Von den Bewilligungen des **Frankfurter** Senats, der später auch eine constituirende Versammlung berief, um dem Freistaate eine wahrhaft demokratische Verfassung zu geben, sowie von dem Einbruche der Volksmassen in den Sitzungssaal des gesetzgebenden Körpers am 4ten wurde schon oben geredet; an demselben Tage beschleunigte ein Auflauf in **Hamburg** vor dem Hause des ersten Bürgermeisters Kellinghusen den Rücktritt dieses Mannes, des Einzigen im ganzen Rathe, welcher der Abstellung verjährter Gebrechen und der Einführung einer zeitgemäßen Reform beharrlichen Widerstand entgegengesetzt hatte; worauf eine Bewilligung der allgemeinen Volkswünsche bald erfolgte, und später ebenfalls eine constituirende Versammlung zur Umgestaltung der Verfassung berufen ward. In friedlicherer und würdigerer Weise ging die Umgestaltung in **Bremen** am 8ten vor sich, wo am Morgen ein noch schwankend abgefaßtes Gesetz über Preßfreiheit unbefriedigt gelassen hatte. Um Mittag aber begab sich eine Deputation der Bürgerschaft, von Tausenden der Bürger auf den Markt begleitet, in die Senatssitzung und unterhandelte vier Stunden lang mit demselben über umfassendere Bewilligungen (Verfassungsreform, Oeffentlichkeit der Sitzungen des Convents, unbeschränkte Preßfreiheit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, namentlich des Criminalgerichts, Trennung der Justiz von der Verwaltung, Geschwornengerichte bei politischen, kriminellen und Preßvergehen). Lange wollte der Senat die Bürgerschaft nur durch einzelne Concessionen zufrieden stellen; er gab vor, er könne ohne Zustimmung des Convents nichts entscheiden. Der Convent, so wandten die Abgeordneten ein, sei nur eine unvollständige Vertretung der Bürgerschaft; diese erkläre ja aber durch ihre Anwesenheit auf dem Markte ihre Zustimmung. Endlich erinnerte einer der Redner, als einzelne unruhige Bewegungen auf dem Markte bemerkbar wurden, daran, daß es höchste Zeit sei, die Gemüther durch eine

offene genügende Entscheidung zufrieden zu stellen und der Senat ertheilte sie nun in folgender Fassung: „er genehmige seinerseits die ihm vorgetragenen Wünsche der Bürgerschaft alle und werde zu ihrer sofortigen Ausführung die nöthigen Einleitungen treffen." Große Freude erfüllte Aller Gemüther und die Stadt gewann ein festliches Ansehen.

In **Braunschweig** hatten in den ersten Tagen des März mehrere Bürgerversammlungen zur Besprechung Statt gefunden; eine in denselben berathene Adresse war mit mehr als 1200 Unterschriften bedeckt worden und selbst die städtischen Behörden hatten sich derselben angeschlossen und außerdem eine besondere Adresse beigefügt. Der Deputation, welche beide überbrachte, ertheilte der Herzog im Ganzen befriedigende Antworten, namentlich verhieß er sofortige Reorganisirung der Bürgerwehr. Dennoch erfolgte in den ersten Tagen wenig, nur 480 abgenutzte Gewehre wurden angeboten und ein Minister äußerte auf die Frage wegen Berufung der Stände: „Im Laufe des Jahres kämen sie sicher noch zusammen!"

Am 14ten endlich erschien ein provisorisches Preßgesetz und eine Verordnung, durch welche ein außerordentlicher Landtag auf den 27sten April einberufen und für denselben Vorlagen über Wechselordnung, Preßfreiheit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit mit Geschwornengerichten, allgemeine Landesbewaffnung verheißen wurden; auch erklärte der Herzog seine Bereitwilligkeit, dahin zu wirken, daß die Einheit und Macht des gesammten deutschen Vaterlandes durch neue Belebung der Bundesverfassung belebt und gewahrt würde. Doch kamen in den folgenden Abenden einzelne Ruhestörungen vor. Am 16ten nahm der Staatsminister Graf Veltheim seine Entlassung und wurde durch den Finanzdirector von Geyso ersetzt; am 18ten berief der Herzog die Ständeversammlung schon auf den 31sten März.

In den **Sächsischen Herzogthümern** und den angrenzenden Fürstenthümern wurden die Volkswünsche rasch und meist ohne bedeutendere Störungen erfüllt. In **Weimar** war gerade der Landtag versammelt, welcher auf den Antrag des Abg. von Wydenbrugk (am 4ten), unterstützt durch Petitionen von Weimar und Jena (am 7ten), vom Großherzoge die Wiederherstellung des freisinnigen, von Carl August 1818 gegebenen, von dem Bundestage bald nachher unterdrückten Preßgesetzes, Bewilligung des Rechts zu Versammlungen, der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und die Verheißung der Mitwirkung zu einem deutschen Parlament erlangte. Einer Masse von Bauern, welche am 8ten nach Weimar kam und in den Schloßhof drang, aber durch das Zureden des Abg. von Wydenbrugk und durch eine Ansprache des Großherzogs selbst sich zum Abzuge bewegen ließ und beim Weggange die Fenster einiger hohen Staatsbeamten zertrümmerte, folgten am 11ten — obgleich inzwischen am 9ten eine Deputation aus Jena die Vereinigung des Kammervermögens mit dem landschaftlichen erlangt hatte — größere Massen selbst aus entfernteren Gegenden des Großherzogthums, welche verschiedene Forderungen aussprachen, aber zuletzt auf Zureden einzelner Agitatoren, unter denen einige Studirende waren, sich dahin vereinigten, daß sie die Abdankung des Staatsminister Schweitzer und des Kammerpräsidenten Thon und den Eintritt von Wydenbrugks in das Ministerium verlangten; nachdem Beides bewilligt war, zogen sie ohne weitere Excesse davon. Am folgenden Tage nahm auch der Minister von Gersdorf seine Entlassung und der allein zurückgebliebene von Watzdorf übernahm mit Wydenbrugk die Leitung der Angelegenheiten.

In **Gotha** bewilligte der Herzog, welcher am 6ten von Ber-

lin zurückgekommen war*), am Morgen des 7ten einer Deputation von Bürgern, welche von einer zahlreichen Menschenmasse bis zum Palais begleitet worden war, die ausgesprochenen Wünsche; namentlich verhieß er auch an der Stelle der bisherigen Feudalstände eine wahrhafte Volksvertretung zu gewähren; im Herbste des Jahres trat der constituirende Landtag zusammen, welcher die Verfassung ausarbeitete. Der Ministerialrath Heß schied aus dem Ministerium, und ein kleiner Auflauf, bei welchem Frauen aus der niederen Klasse die Hauptrolle spielten, hatte auch die Abdankung des tüchtigen, aber wenig beliebten Polizeiraths Eberhard zur Folge. — In **Meiningen** kam der Herzog den Ständen mit Bewilligungen entgegen; selbst die Domänen, welche sie wenige Jahre vorher seinem Hause wieder überlassen hatten, trat er dem Lande gegen eine Civilliste ab. — In **Altenburg** bewilligte der Herzog zwar auch bald die an ihn gestellten Forderungen, auch zogen sich die Minister von Braun und von Wüstemann zurück, aber die Bewegung wurde durch die Advocaten Erbe und Dölitzsch und den Director einer Unterrichtsanstalt Douay unterhalten, welche offen das Hinarbeiten zur republikanischen Form als ihren Zweck aussprachen. — Auch in den **Reußischen** Herzogthümern hatte der anfängliche Widerwille des Fürsten Heinrich XLII. von Ebersdorf, drückenden Lasten abzuhelfen (besonders den hohen Wildstand zu verringern) größere Aufregung hervorgerufen, so daß ihm bald nachher viel größere Zugeständnisse abgepreßt wurden und in seinem Erbfürstenthume ein wüstes Treiben anbrach, welches auch die Schleizer ansteckte; diese kamen in ihrer Stadt zusammen und erzwangen die Ent-

*) Wo er noch vom Könige von Preußen ermahnt worden, nichts sich abdringen zu lassen, was die süddeutschen Fürsten schon einige Tage zuvor ihren Ländern ertheilt hatten!

lassung des Geheimenraths von Geldern und einiger andern Beamten, sowie die Verzichtleistung des Fürsten auf verschiedene Zinsen und Ermäßigung der Ablösungssummen. Auch in **Gera**, wo der Wohlstand unter Bürgern und Bauern bei weitem größer, die Steuern nicht bedeutend waren, wurde erst durch einige nach Stellen lüsterne Männer*) Aufregung künstlich hervorgerufen, welche im Laufe des Sommers noch zu schmachvollen Auftritten führte. — Aehnliche Scenen gab es in **Rudolstadt**, wo 13 Puncte dem Fürsten abgedrungen wurden; der Deputation, welche bei ihm erschien, soll er, nachdem er seine Zustimmung ertheilt, ein Paar Pistolen überreicht haben, mit der Aufforderung, nun sollten sie ihm auch das Leben nehmen!

In **Oldenburg** war schon 1847 auf die Bitte der Bezirke Jever und Delmenhorst um eine landständische Verfassung eine Commission von 34 Männern zur Ausarbeitung derselben niedergesetzt worden, welche ihr Werk in den Märztagen noch nicht beendet hatte; jetzt sicherte der Großherzog einer Deputation am 7ten März die Einberufung von Landständen zu und versprach am 10ten eine Verfassung mit ausgedehnter Wahlfähigkeit und Wählbarkeit, Verantwortlichkeit der Minister, Oeffentlichkeit der Verhandlungen und dem Rechte der Stände, Anträge zu machen. Schon am 13ten Mai war diese ausgearbei-

---

*) Hierzu gehörten ein Ablösungscommissär Krause, welcher den Bauern erklärte, sie seien bei der Ablösung übervortheilt worden (wobei er selbst mitgewirkt hatte!) und müßten etwas wieder herausbekommen, und ein nicht untüchtiger, aber sehr nachlässiger Advocat Dinger, der deßhalb schon viele Strafe hatte zahlen müssen, mehrere Gerichtshaltereien verloren hatte, und noch wenige Monate vorher von der Regierungsbehörde verwarnt worden war, es werde ihm die advocatorische Praxis entzogen werden, wenn ähnliche Vernachlässigungen wieder vorkämen. Dennoch gelang es ihm jetzt, eine Stelle in der obersten Verwaltungsbehörde zu erhalten!

tet; es wurde ein Ausschuß zur Prüfung derselben ernannt und diesem am 26sten Juni ein freisinniges Wahlgesetz vorgelegt.

Mehr Schwierigkeiten stellten sich den Bestrebungen des freisinnigern Theils der Bevölkerung in **Mecklenburg** entgegen, wo bisher höchstens zwischen den adeligen und bürgerlichen Gutsbesitzern um ihre Vorrechte gestritten worden war. Noch am 12ten März wies der Großherzog die von einzelnen Städten an ihn gebrachten Volkswünsche ohne Nachgiebigkeit zurück und verhieß nur auf Verbesserungen im verfassungsmäßigen Wege eingehen zu wollen. Doch hob er am 12ten die Censur auf, gab am 23sten ausgedehntere Zusicherungeen und verhieß sogar am 27sten den Landtag auf den 20sten April einzuberufen. —

So war in allen deutschen Staaten in kürzerer oder längerer Frist mehr gewonnen und zugestanden worden, als die Fürsten seit 1815 von den Verheißungen der Bundesacte erfüllt hatten. Aber auch in den ersten Jahren nach dem französischen Kriege bis 1818 war von Einzelnen Manches bewilligt worden, was sie auf das Verlangen der Theilnehmer am Carlsbader Congreß — nach der Juliusrevolution war in den süddeutschen Staaten Manches erlangt worden, was die Regierungen nach den Bundesbeschlüssen von 1832 und den Wiener Ministerconferenzen 1834 wieder zurücknehmen mußten. Darum waren auch jetzt von Anfang der Bewegung Aller Augen nach den Hauptstädten der beiden Mächte gerichtet, welche bisher, im Bunde mit Rußland, als Vorsitzende der Bundesversammlung jede freiere Regung im eigenen Lande, wie in den übrigen Staaten niedergehalten und die volksfeindlichen Ministerien gestützt hatten. Trat dort kein Systemswechsel ein, so durfte man auch im übrigen Deutschland nicht auf ungetrübten Bestand der freisinnigern Richtung hoffen.

Metternich, der überall thätig gewesen war, wo es galt, die absolute Herrschaft der Könige gegen die gerechten Ansprüche ihrer Völker zu schützen, sie selbst zum Bruch ihrer gegebenen Verheißungen zu ermuthigen und nie seine Schützlinge, wenn sie in blinder Wuth die Sprecher für Freiheit und Recht marterten und hinrichten ließen, zur Mäßigung und Menschlichkeit mahnte — Metternich, der im eigenen Lande nur durch unerträglichen Preßzwang, durch geheime Polizei und durch Erregung der Eifersucht und des Nationalhasses unter den verschiedenen Stämmen des Kaiserreichs scheinbar Rechtszustand und Ruhe zu erhalten wußte — Metternich, der seit Jahren mit Kaiser Alexander für einen jährlichen Sündensold von 50,000 und mit Nicolaus für 75,000 Ducaten correspondirte und ihnen die Interessen Oesterreichs und Deutschlands Preis gab — Metternich, dem der überkluge Louis Philipp sich immer mehr genähert und ihm zu Liebe in den Angelegenheiten Italiens, wie des Schweizer Sonderbunds die Ehre Frankreichs Preis gegeben und dadurch seinen eigenen Thron untergraben hatte — Metternich zitterte und erbleichte, als er hörte, in Paris sei die Republik proklamirt! Zwar zeigte ein halbofficieller Artikel der Wiener Zeitung, wie sehr man sich über den innern Zusammenhang der Begebenheiten täuschte. „In den gewöhnlichen Verlauf des dortigen constitutionellen Systems, welche Viele als Muster eines wohlgeordneten Staatslebens zu preisen pflegten, habe plötzlich eine Macht gegriffen, welcher es in einem unheilvollen Momente gelungen sei, die Fiction der Volkssouveränetät in furchtbaren Ernst umzusetzen. Wir können diese Macht als eine in weiten Kreisen verbreitete, tief verderbte öffentliche Meinung ganzer Klassen der Gesellschaft, theils als förmliche, ihres Zwecks bewußte Verschwörung bezeichnen. Heute habe jene Partei (welche schon unter dem Directorium während der ersten Revolution in Baboeuf das Eigenthum zu bekämpfen ver-

sucht habe) die Zügel der Gewalt in den Händen. Unter diesen Umständen gebe es nur ein Mittel des Heils: festes Anschließen der Regierten an ihre Regierungen und treue und ehrliche Pflichterfüllung in der Stunde der Gefahr. Auf diese gewohnten Tugenden der Völker Oesterreichs könne auch heute der Monarch, stark im Vertrauen zu seinen Völkern und eingedenk dessen, daß dieses Reich schon schwerere Stürme überstanden, getrost den kommenden Zeiten entgegengehen."

Aber schon in den ersten Tagen nach der Nachricht von der Umwälzung in Paris zeigte sich die Wirkung derselben auf die Regierung und die kaiserliche Familie; besonders mußte man für Italiens schon so sehr bedrohte Ruhe fürchten, wenn die durch die Revolution an's Ruder gekommene Kriegspartei, statt der bisherigen Politik Louis Philipps, welche dem österreichischen Systeme so nachsichtig gewesen war, eine offene Unterstützung der erbitterten Italiener erzwang. In der großen Finanznoth gewährte eine russische Anleihe von 30 Mill. einige Hülfe; auch ging das Gerücht, die Herzöge und die Mitglieder des kaiserlichen Hauses hätten sich zu bedeutenden Vorschüssen für den Staat, im Ganzen 100 Millionen, bereit erklärt. Der Minister Graf Ficquelmont wurde zum Präsidenten des Hofkriegsraths, der Generaladjutant Graf Wratislav zum Commandeur des ersten Corps der italischen Armee, Graf Montecuculi zum Chef der Kanzlei ernannt, welche dem Vicekönige von Italien, Erzherzog Rainer, beigegeben werden sollte. Graf Walmoden wurde dem Feldmarschall Radetzky beigegeben, der bei der immer schwieriger werdenden Stimmung in der Lombardei und der feindlichen Stellung, welche die italienischen Staaten, namentlich Sardinien, gegen Oesterreich einnehmen zu wollen schienen, unaufhörlich Verstärkungen verlangte und dieselben, wie der Erfolg bewies, auch sehr nöthig hatte. Auf der andern Seite traten die in früheren Jahrhunderten oft unterdrückten und ihrer Rechte be-

raubten Ungarn auf ihrem gerade zu Preßburg versammelten Reichstage immer entschiedener auf und am 3ten März wurde der Antrag des Mitglieds Ludwig Kossuth *) „auf Entwickelung des constitutionellen Lebens in wahrhafter Repräsentativrichtung, auf Einsetzung einer von fremdem Einflusse unabhängigen Regierung, welche ein Resultat der wahren Volksmehrheit seyn solle, angenommen. Zu diesem Zwecke betrachteten sie die Umgestaltung des bisherigen Collegialregierungssystems in ein verantwortliches ungarisches Ministerium als Hauptbedingung und wesentlichste Bürgschaft aller Reform; aber zu der hierfür so nothwendigen friedlichen Entwickelung und Stärkung aller Kräfte der Gesammtmonarchie gehöre auch die Beseitigung aller Ruhestörungen in einzelnen Theilen derselben, und als einziges Mittel hierzu, als Stütze für den Thron und die Dynastie, sei die Umgebung desselben mit den von dem Zeitbedürfnisse geforderten constitutionellen Einrichtungen in allen herrschenden Verhältnissen dringend nothwendig. Damit jene geforderten nothwendigen Verfassungsreformen noch im Laufe dieser Reichstagssitzung gelöst und hierbei die übrigen langwierigen Unterhandlungen mit der Regierung vermieden werden könnten, möge der Kaiser als machteigene Organe seines königlichen Willens und Mitglieder des höchsten Regierungsamtes Männer seines Vertrauens senden, welche die verfassungsmäßigen Organe der vollziehenden Gewalt abgäben und die Vollstreckung der Gesetze unter persönlicher Verantwortlichkeit handhabten."

Um dieselbe Zeit stellten 20 Mitglieder der Böhmischen Stän-

---

*) Dieser, ein talentvoller und beredter Advocat und glühender Patriot, war erst vor einem halben Jahre aus dem Gefängnisse entlassen worden, in welchem er wegen eines Preßvergehens längere Zeit hatte sitzen müssen.

de, unter denen sich ebenfalls in den letzten Jahren auch ein selbstständigerer und freierer Geist geregt hatte, bei dem permanenten Landesausschusse den Antrag auf möglichst schleunige Berufung der Stände, damit diesen Gelegenheit gegeben werde, sich in dem jetzigen ernsten Zeitpuncte um den Thron zu schaaren und zu jeder dem Nutzen und Frommen des Vaterlandes entsprechenden Erweiterung der ständischen Landesrepräsentation freudig und bereitwillig die Hand zu bieten.

In Wien selbst, das man sonst das Capua *) der Geister zu nennen pflegte, zeigte nicht nur eine große Entmuthigung der Börsenmänner, wie sehr man auch in Oesterreich die bestehenden Zustände gefährdet glaubte, sondern die Theilnahme, mit welcher die Nachrichten vom Westen aufgenommen wurden, ließ erwarten, und die Aufregung aller Gemüther ließ voraussehen, daß die alten Künste Metternich's dieß Mal dem kräftigen von den Nachbarstaaten her gegebenen Anstoß nicht würden widerstehen können. Ein Beweis, daß man darauf dachte, sich mit populären Elementen zu umgeben, war die Berufung des mit Metternich stets gespannten Erzherzogs Johann von Grätz nach Wien zu den Staatsconferenzen. Auch verlautete, daß zur bevorstehenden Eröffnung der niederösterreichischen Stände am 22sten, deren Ausschuß Anträge auf Befreiung der Presse und Zuziehung des vierten Standes zu ihren Berathungen stellen wollte, der Kaiser aus eigner Bewegung mit den Ständen eine neue Gewähr ihrer allmählig außer Uebung gekommenen Rechte in zeitgemäßer Ausübung ertheilen würde.

---

*) Die Stadt Italiens, in welcher Hannibals Soldaten im Kampfe gegen die Römer durch weichliches Leben und Ueppigkeit entkräftet und unfähig zur Ertragung der Kriegsstrapazen gemacht wurden.

Die erste Kundgebung des Volks ging vom niederösterreichischen Gewerbevereine aus, welcher in einer in der Sitzung am 6ten angenommenen Adresse an den Kaiser die Ueberzeugung aussprach, „daß in der drohenden Gefahr nur ein festes inniges Anschließen Oesterreichs an die Interessen des gemeinsamen deutschen Vaterlands und Offenheit das alte Vertrauen wieder gewinnen könne. In der Ueberzeugung, daß der Kaiser die weisesten und zweckmäßigsten Mittel wählen werde, das drohende Uebel abzuwenden, spreche der Verein die Bereitwilligkeit aller seiner Mitglieder aus, Gut und Blut für das angestammte Kaiserhaus zu opfern." Der in der Sitzung anwesende Erzherzog Franz Karl dankte im Namen des Kaisers für diesen Ausdruck der Anhänglichkeit, welchen er sogleich dem Kaiser mittheilen werde. „Wir haben, fügte er hinzu, nie in die Treue Zweifel gesetzt, welche Sie neuerdings an den Tag legen. Ja, es ist nun an uns, festzuhalten, denn nur dann können wir zum gewünschten Ziele gelangen." Eine zweite, mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Adresse an die Stände wurde am 9ten dem Ausschusse übergeben; sie sprach die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit aus, daß auch Oesterreich den Weg friedlichen und gediegenen Fortschritts betrete. Als die Maßregeln, welche allein geeignet seien, der Dynastie und dem Gesammtvaterlande neue Kraft und neuen Halt zu verleihen, wurden bezeichnet: 1) Veröffentlichung des Staatshaushalts, 2) regelmäßig wiederkehrende Berufung einer Gesammtvertretung aller Länder der Monarchie und Theilnahme an der Gesetzgebung, 3) Preßgesetz ohne Censur, 4) Oeffentlichkeit in der Rechtspflege und der ganzen Verwaltung, 5) eine zeitgemäße Municipal- und Gemeindeverfassung, 6) Aufnahme der bisher noch nicht oder unvollkommen vertretenen Klassen der Bevölkerung in die gegenwärtige ständische Verfassung. Die Stände, als verfassungsmäßiges Organ für die Bedürfnisse des Volks, möchten in

der bevorstehenden Landtagssitzung diese Bitten bei dem Kaiser vermitteln, die vorgeschlagenen Maßregeln in Berathung nehmen und die geeigneten Anträge zu deren baldiger Verwirklichung an den Thron gelangen lassen.

In einer Ansprache in der Wiener Zeitung vom 10ten erklärte der Kaiser, er betrachte die Regierungsveränderung in Frankreich als eine innere Angelegenheit jenes Landes und wolle weder mittelbar noch unmittelbar auf die dortigen innern Verhältnisse einwirken; Verletzungen der bestehenden Verträge aber oder der Grenzen Oesterreichs und des deutschen Bundes werde er mit allen Mitteln zurückweisen. Er werde kräftigst dafür sorgen, daß Oesterreich sich nach Innen stark, nach Außen gesichert und geachtet fühle; er werde aber auch darüber wachen, daß keine Bestrebungen zum Umsturze der rechtlichen Ordnung Statt finden, und zähle hierbei auf das Vertrauen und die kräftige Mitwirkung der Stände, sowie aller Klassen seiner Unterthanen, denen die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung am Herzen liege.

Inzwischen stieg die Kreditlosigkeit in Wien von Tag zu Tage; der Mangel an Vertrauen in der Mittelklasse bekundete sich durch die ängstliche Eile, mit welcher Alle sich der Banknoten zu entledigen und klingende Münze dafür einzutauschen bemüht waren; so daß eine Verordnung an die Gewerbe erlassen werden mußte, sie sollten im Kleinhandel die Banknoten annehmen und gegen Scheidemünze auswechseln, da sie jederzeit in der Nationalbank für dieselben wieder Silber erhalten könnten. Auch veröffentlichten die Bankdirectoren zum ersten Male den Cassenbestand des vergangenen Monats, um das Publikum zu beruhigen. Immer mehr stieg die Aufregung und von verschiedenen Körperschaften wurden Petitionen um Preßfreiheit und andere Reformen (repräsentative Verfassung, Municipalverfassung, ein einziges gemeinsames österreichisches Parlament, engerer Anschluß an Deutschland,

Umgestaltung des Militärwesens und Bürgergarde) an die Stände unterzeichnet, welche schon am 13ten zusammentreten sollten; auf die Verhandlungen derselben war man im höchsten Grade gespannt. Am 12ten versammelten sich die Studirenden der juristischen und medicinischen Facultät und die Zöglinge der polytechnischen Schule (gegen 2000) in der Aula, um eine Adresse an den Kaiser um Preßfreiheit und Oeffentlichkeit der Verhandlungen in Masse zu überreichen. Nur auf die Versicherung der Professoren Hye und Endlicher, die Adresse dem Kaiser im Namen der Studenten übergeben zu wollen, standen sie von ihrem Vorhaben ab und sprachen nur den Wunsch aus, am folgenden Tage Antwort zu erhalten.

Am Morgen des 13ten waren die Straßen und Plätze zunächst dem Landhause und dieses selbst mit Leuten angefüllt, von denen nicht die wenigsten den gebildeteren Klassen angehörten. Die erwähnten Petitionen der verschiedenen Körperschaften wurden durch Deputationen den eben zusammentretenden Ständen überreicht; so auch die der Studirenden, während in den Höfen einzelne derselben und andere junge Leute Reden über die Forderungen des Volks und die Nothwendigkeit, sie bald verwirklicht zu sehen, von dem Brunnen herab zum Volke hielten, das sie begeistert aufnahm und die Redner im Triumph umhertrug. Ein Mitglied der Ständeversammlung erschien, und verkündete, die Stände seien mit den Wünschen des Volks einverstanden. Der Entwurf der ständischen Adresse an den Kaiser wurde vorgelesen, aber zu gemäßigt und ihrem Inhalte nach ungenügend befunden; einer der wortführenden Studenten zerriß sie unter dem Jubel des Volks. Der Lärm stieg; die Massen drangen in alle Säle des Ständehauses ein; man verlangte eine augenblickliche Erklärung der Stände und einen Zug derselben in Masse zum Kaiser. Eine zweite Deputation von Studenten wurde im Hofe ge-

wählt und drang unter Lärmen bis zum Eingange des Sitzungssaales, wo ihr einzelne Stände den Zutritt wehren wollten. Als 5 der Deputirten im Vorzimmer verschwunden waren, glaubte man sie verhaftet; das Volk rannte sogleich mit Bänken die Thüren ein, zertrümmerte Tische, Stühle, Uhren und Fenster des Vorzimmers — so daß die Stände sogar für ihr Leben fürchteten. Ein Mitglied der Deputation schlug als Bürgschaft für Herstellung der Ruhe Absetzung des Fürsten Metternich und Versetzung desselben in Anklagestand wegen Hochverraths an Volk und Kaiser vor. Dieß fand Anklang; im Triumph ward der Redner davongetragen und Alles schrie: „nach dem Palais Metternichs!" Dort hielt er Reden an die im Salon versammelten Hof- und Staatsbeamten, sowie an das Volk. Die Stände wurden indeß gezwungen, sich zum Kaiser zu verfügen und außer Anerkennung der aufgestellten Reformen auf Absetzung Metternichs anzutragen. Aber statt der Antwort erschienen bedeutende Militärmassen, besetzten die Burg und alle Zugänge und umgaben auch Metternich's Palais. Von Bürgermilitär war noch nichts zu sehen. Dieß vermehrte die Aufregung; zwei Grenadiercompagnieen wurden in der engen Herrengasse dicht zusammengedrängt und genöthigt, die Bajonette abzunehmen; man strömte zum bürgerlichen Zeughause, vermochte aber nicht dessen Thore zu öffnen. Als aber auf der Freiung durch die Unüberlegtheit eines jungen Officiers Feuer commandirt worden und Einige getödtet oder verwundet worden waren, steigerte sich der Unwille zur Wuth.

Das Volk, mit Latten, Aexten, Knüppeln versehen, wehrte sich und der Kampf dauerte bis zur Dunkelheit fort. An einzelnen öffentlichen Gebäuden wurden die Fenster zertrümmert. Am Judenplatze und auf dem Glacis bei den kaiserlichen Stallungen wurden durch einen Angriff der italienischen Cavallerie Einige aus dem Volke getödtet

oder verwundet. Die Thore waren schon um Mittag geschlossen worden und Kartätschen sollten an denselben das Volk aus den Vorstädten vom Eindringen in die innere abhalten. Dennoch drängte sich unzähliges Volk durch die kleineren Pforten und durch das Schottenthor, welches eingesprengt worden war; ein Theil der Burg wurde erstürmt und die Reitschule verwüstet, ja selbst Versuche gemacht, Feuer anzulegen. Vor dem Burgthore und um die Vorstadt Mariahilf hatten sich die dichtesten Haufen gesammelt; bald waren alle Laternen zertrümmert, die eisernen Kandelaber der Gasbeleuchtung umgestürzt und als Mauerbrecher benutzt, um mit denselben das Burgthor zu sprengen. Auf die wiederholten Salven des Militärs, welches hier viele Männer aus dem Volke niederschoß, antwortete dieses mit einem unbeschreiblichen Geheul und Gebrülle und drang immer wieder vor. Zahlreiche Volkshaufen waren schon früher vor dem bürgerlichen Zeughause erschienen und hatten dessen Eröffnung und Vertheilung der Waffen verlangt; die Aufforderung der Studirenden an die Bürger, sie aus demselben sich bewaffnen zu lassen, hatte wegen der Unentschlossenheit der Bürgerschaft keinen Erfolg. Auch zwei an den Kaiser abgeschickte Deputationen kehrten mit ungenügenden Antworten nach der Aula zurück und der Ruf: Waffen! Waffen! erscholl in jeder Gasse. Als sich endlich die Kunde verbreitete, in der Vorstadt breche das Volk die Schienen der Nordbahn auf, um sich mit denselben zu bewaffnen, und aus dem Polizeigebäude sei auf eine Bürgerpatrouille geschossen worden — da zogen der Rector und der Decan der medicinischen Facultät an der Spitze der Studentenschaft vor das Zeughaus, erlangten dessen Eröffnung, und in einer Stunde waren 4000 Studenten bewaffnet und durchzogen im Vereine mit den Bürgersoldaten, die schon am Nachmittag bei ihrem ersten Erscheinen freudig begrüßt worden waren, die beleuchteten Straßen. Dennoch dauerte das Stürmen des Burg-

thors, das Schießen der Soldaten und das Verwüsten der kaiserlichen Gebäude fort, als um 9 Uhr Bürgerofficiere die Straßen durcheilten und ausriefen: der Kaiser habe in Alles eingewilligt, Metternich sei entlassen und es werde noch am Abend eine Proclamation erscheinen. Eine Deputation von Bürgern und Studenten (diese unter Anführung des Decans der medicinischen Facultät Dr. Lerch) war bis in die kaiserlichen Gemächer gedrungen und hatte Erfüllung der Volkswünsche und namentlich Entlassung Metternichs verlangt, und diesem hatte Erzherzog Johann, als er sich weigerte abzutreten, erklärt: „und er (Metternich) trete doch ab."

Auf diese Kunde gewann die Stadt ein ruhigeres Ansehen, ein Theil der Soldaten zog ab, Studenten und Bürgersoldaten bildeten Patrouillen und zogen nach den Vorstädten. Hier hatte das wüthende Volk die Accise- und Mauthgebäude an der Mariahilfer Linie in Brand gesteckt und wollte auch Niemanden zum Löschen zulassen. Auch in der Vorstadt Neubau fielen arge Arbeiterexcesse vor. Es gelang in etwas die Ruhe herzustellen; aber das Schießen am Burgthore dauerte noch bis nach Mitternacht fort, mit dem tobenden Rufe: Brod! Brod! wurden in den Vorstädten Bäckerladen gestürmt, und gegen die Zollbeamten und Schildwachen mit Grausamkeit verfahren.

Nach 10 Uhr erschien eine Proclamation, welche aber nur von dem niederösterreichischen Regierungspräsidenten Talaczko, nicht vom Kaiser unterzeichnet war und darum zerrissen und mit Füßen getreten wurde; man hörte die Rufe: Wir warten nur bis morgen!

Am 14ten berichtete die Wiener Zeitung officiell die Enthebung Metternichs von seiner Stelle und verhieß Reformen, welche aber nicht deutlicher bezeichnet waren; ein Comité aus Ständischen und Mitgliedern aus dem Bürgerstande zur Erwägung des Zeitgemäßen sei niedergesetzt. Auch Erzherzog Albrecht, der den Befehl zum Feuern auf

das Volk gegeben hatte, war von seinem Commando entsetzt worden und hatte die Stadt verlassen. Die neugebildete Nationalgarde, der sich Männer aus den gebildetsten Klassen anschlossen, nahm rasch zu, vornehme Damen theilten auf den Straßen rothweiße (nicht schwarzgelbe) Kokarden aus. Die Studenten durchzogen mit der Bürgergarde die Straßen und wurden überall mit Hochs empfangen. In den Vorstädten wurden von ihnen gegen 1000 Plünderer gefangen genommen. Große Freude verbreitete um halb 11 Uhr die Nachricht, daß das Militär abziehen werde und sämmtliche Posten von der Bürgergarde und den Studenten besetzt werden sollten: auch zogen dieselben unter dem Jubel des Volks um 11 Uhr in die kaiserliche Hofburg. In der Mittagsstunde bewilligte der Kaiser die Errichtung einer Nationalgarde unter dem Commando des Ständemitglieds Graf Hoyos und ernannte den Fürsten Windischgrätz *) an der Stelle seines Oheims, Erzh. Albrecht, zum General- und Stadtcommandanten von Wien, den Grafen Montecuculi an der Stelle Metternich's zum Präsidenten des Staatsraths, Graf Colloredo sollte ihm beigegeben werden und dieser oder der (weniger beliebte) Graf Ficquelmont das Ministerium des Auswärtigen erhalten. An die Stelle des verhaßten Chefs der Policei, Sedlinitzky, sollte der freisinnige Baron Pillersdorf, an die des Oberbürgermeisters von Wien, Czapka, der Kaufmann von Arthaber treten. Aber noch immer vermißte man die erwartete Preßfreiheit; der politische Leseverein zog mit einer Fahne, welche die Aufschrift „Preßfreiheit" trug, durch die Straßen zum Josephsplatz und gab sie dort dem ehernen

*) Doch entsprach dessen Wahl nicht den Wünschen des Volks; schon am folgenden Tage wurde er durch den allgemein beliebten Fürsten Liechtenstein ersetzt.

Standbilde des Kaisers in die Hand. Nach 4 Uhr wurde endlich bekannt gemacht, daß der Kaiser auch Aufhebung der Censur und ein Preßgesetz bewilligt habe, und eine dichtbedrängte Volksmenge, Bürgergarden und Studenten jubelten auf dem Platze vor der Hofburg.

Noch aber war das Volk nicht vollständig befriedigt, es verlangte verantwortliche Minister, und in den Vorstädten dauerten die Excesse noch fort; ganze Haufen entlassener Fabrikarbeiter zerstörten die Zollhäuser, äscherten Fabrikgebäude ein oder plünderten sie.

Auch unter dem Volke der innern Stadt herrschte wegen der Fassung des Erlasses über die Presse Mißvergnügen, indem Viele unter dem verheißenen „Preßgesetz" eben auch nur Bestimmungen über die Censur verstanden; zur Beseitigung dieses Mißverständnisses erklärten mehrere Schriftsteller (darunter Castelli, Bauernfeld, Joseph Rank, Berger) in einem „Manifeste der Schriftsteller Wiens" vom 15ten: „sie ergriffen hiermit von dem ihnen durch den Monarchen gewährten Rechte der freien Presse förmlich Besitz und forderten alle Intelligenzen der Monarchie auf, mit ihnen die Preßfreiheit, diese festeste Grundlage alles politischen Fortschritts zum Wohle des Vaterlands und zur Beruhigung der Gemüther durch thätige Betheiligung zu verwirklichen."

Am Morgen des 15ten verkündete ein Erlaß den Beschluß des Kaisers, er wolle die Stände der österreichisch-deutschen und slavischen Reiche, sowie die Centralcongregationen des lombardisch-venetianischen Königsreichs am 3ten Juli in der Absicht um den Thron versammeln, um sich in legislativen und administrativen Fragen ihres Beiraths zu versichern. Der Kaiser durchfuhr mit seinem Bruder Franz Karl und dessen ältestem Sohne ohne Begleitung die Straßen, und da mittlerweile die Gemüther durch die Wahl eines den Magistrat verstärkenden Bürgerausschusses aus den freisinnigsten Männern aller Stände und

Classen der Bevölkerung *) und durch die rasch vor sich gehende Organisation der Nationalgarde beruhigt worden waren, so wurde der Kaiser mit lautem Jubel begrüßt. Dennoch genügte weder jene auf einen so entfernten Zeitpunct hinausgerückte Berufung ständischer Ausschüsse den Wünschen des Volks, noch weniger aber billigte man die mit Drohungen verbundene Erklärung Talaczko's am Morgen dieses Tages, „der Kaiser habe gestern (am 13ten) einige vorgetragene Bitten im Vertrauen auf die ihm von den Ständen, den Bürgern und dem akademischen Senate gegebene Versicherung gewährt, daß dadurch die Ruhe und Ordnung ohne weitere Anwendung der Waffengewalt werde hergestellt werden. Heute würden abermals Bitten gestellt und die nämlichen Zusicherungen wiederholt, obgleich die Dinge sich noch beunruhigender gestalteten als gestern. Die Festigkeit des Thrones wäre erschüttert, wollte sich der Kaiser abermals täuschenden Hoffnungen hingeben. Die zeitgemäßen Einrichtungen könnten während des Zustandes der Aufregung nicht berathen werden, noch weniger in's Leben treten; es liege daher im Interesse der Bittenden selbst, sich ruhig zu verhalten und den Zeitpunct möglicher Gewährung herbeizuführen. Fest entschlossen, die Würde seines Thrones nicht zu gefährden, habe der Kaiser dem Fürsten Alfred Windischgrätz die Wiederherstellung und Erhaltung der Ruhe und Ordnung übertragen, ihm alle Civil- und Militärbehörden untergeordnet und erwarte von der stets bewährten Treue und Anhänglichkeit der gesammten Bürgerschaft, daß sie,

---

*) Den Ständemitgliedern von Doblhoff und von Stifft, den Professoren v. Well und Hye, den Großhändlern Meyer und L. Robert, den Buchhändlern Gerold, Beck und Artaria, den Doctoren Lerch und Schilling, den Advocaten Seiller und Bach, dem Fabrikanten Hornbostl u. A.

vereint mit seinen tapfern Truppen, die Bestrebungen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe mit allen ihren Kräften unterstützen würden. Auch der Fürst Windischgrätz selbst forderte die Bürger auf, „sich allen Maßregeln, welche die Herstellung und Aufrechthaltung der Ruhe und Sicherheit fordere, in Gehorsam zu fügen und dieselben mit Muth und thätiger Mitwirkung zu unterstützen; er rechne darauf, daß sie im Gefühle ihres eigenen Wohls mit der zu allen Zeiten bewährten Rechtlichkeit, Anhänglichkeit und Treue mit ihm gemeinsame Sache machen würden. Er fügte die ernste Warnung bei, jede Beleidigung der Truppen alles Ernstes zu meiden." Dagegen wurde mit großer Freude die Kundmachung der niederösterreichischen Stände aufgenommen, daß sie einen provisorischen Ausschuß zu bilden beschlossen hätten, welcher dasjenige vorzukehren habe, was in diesem wichtigen Augenblicke zur Besorgung der ihnen zukommenden Geschäfte erforderlich sei; in denselben sollten 12 Mitglieder aus ihrer Mitte treten und 12 Bürger Wiens durch das heute gebildete Bürgercomité sogleich gewählt werden.

Am Nachmittag des 15ten erscholl die Kunde, daß Erzherzog Stephan und bald nach ihm die Deputation des ungarischen Reichstags, den talentvollen Kossuth an der Spitze, von Preßburg gekommen sei, um dem Kaiser die am 3ten beantragte Petition des Reichstags zu übergeben, in welcher sie ihn um Ertheilung einer Constitution und um Ernennung verantwortlicher Minister am Sitze des Reichstags baten. Durch die dichtgedrängten Straßen zog sie von tausendstimmigem Jubel begleitet und noch größer wurde derselbe unter den Bewohnern Wiens, als bald darauf die lang ersehnte Gewährung einer Constitution bekannt wurde. Der hierauf bezügliche Erlaß, vom Kaiser selbst unterzeichnet, verkündete, „die Preßfreiheit sei durch den Erlaß wegen Aufhebung der Censur in derselben Weise gewährt, wie in allen

Staaten, wo sie bestehe; eine Nationalgarde, errichtet auf den Grundlagen des Besitzes und der Intelligenz, leiste bereits die ersprießlichsten Dienste; wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände und der lombardisch-venetianischen Centralcongregationen in der möglichst kürzesten Frist mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzialverfassungen zum Behufe der beschlossenen Constitution des Vaterlandes sei das Nöthige verfügt. Der Kaiser erwarte daher, daß die Gemüther sich beruhigen, die Studien wieder ihren geregelten Fortgang nehmen, die Gewerbe und der friedliche Verkehr sich wieder beleben würden und vertraue dieser Hoffnung um so mehr, da er sich heute in der Mitte der Bürger überzeugt habe, daß die alte seit Jahrhunden seinem Hause bewiesene Treue und Anhänglichkeit sie noch jetzt wie von jeher beseele. Die nächste Wirkung dieses Erlasses war große Freude und endloser Jubel der Bevölkerung, welche in dichten Massen der Hofburg zuwogte, um dem Kaiser den Dank dafür darzubringen; der Magistrat und der Bürgerausschuß richteten eine Dankadresse an den „constitutionellen Kaiser"; bald öffneten sich wieder alle Gewölbe und Läden in Folge einer Aufforderung der städtischen Behörde und der gewöhnliche Geschäftsverkehr fand wieder Statt. Am Abend zog ein großer Fackelzug von zahlreichen Nationalgardisten geleitet von der Universität über den Stephansplatz, Graben, Kohlmarkt, Michaelsplatz, Josephsplatz, die Kärnthnerstraße entlang und über den Stephansplatz zurück nach dem Locale des juridisch-politischen Lesevereins.

Am nächsten Tage (den 16ten) veröffentlichte Graf Hoyos die nöthigen Verordnungen über die Organisation und den Dienst der Nationalgarde und erließ an dieselbe einen Tagsbefehl, in welchem er ihren bisherigen Diensteifer und ihre Begeisterung lobte, sie zur Aufrechthaltung der Ordnung in würdiger Ruhe, zur wohlverstandenen Geduld, wie

zum aufrichtigsten Vertrauen gegen ihn aufforderte und die Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten der Compagnie-Commandanten bezeichnete. Zugleich mahnte er sie, am Nachmittage des 17ten ohne Rachegefühl als treue Freunde den Särgen der gefallenen Brüder zu folgen und in ihrem Geiste zu handeln, da diese ja doch im Leben schon das aufopferndsten Seelenadels fähig gewesen seien.

Auch an diesem und den folgenden Tagen wirkte die Nationalgarde im Vereine mit der schon von früherher bestehenden uniformirten Bürgergarde, welche Windischgrätz gleichfalls unter das Commando des Grafen Hoyos gestellt hatte, zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung und für Sicherheit der Person und des Eigenthums in den Vorstädten, aus denen sie fortwährend Uebelthäter einbrachten.

Am Nachmittag des 17ten geleitete ein unübersehbarer Zug von Bürgern und Nationalgarden, dem sich ein großer Theil der übrigen Bevölkerung Wiens angeschlossen hatte, die 28 Leichen der am 13ten Gefallenen *) bei der zerstörten Mariahilfer Linie vorbei nach dem Schmelzer Friedhofe. Den sieben Leichenwagen voran zog die Geistlichkeit und Vertreter der Nation aus allen Ständen; am Grabe hielten die Professoren Füster und Joseph Neumann und der israelitische Prediger Manheimer ergreifende Reden (da zwei Israeliten unter den Gefallenen waren) und während des Gesangs eines Psalms und zweier Chöre des Männergesangvereins wurden die 17 Särge in das gemeinschaftliche Grab gesenkt.

*) Sieben sind später im Spital an ihren Wunden gestorben. Am Jahrestage des Kampfes 1849 hatte die Rohheit der Militärbehörden in der seit 5 Monaten im Belagerungszustande gehaltenen Stadt die Hügel der Gefallenen der Erde gleich gemacht und schwarz gekleidete Studenten, welche einer Todtenmesse beiwohnen wollten, wurden verhaftet!

Schon am 16ten war das Vertrauen der Börsenmänner wieder hergestellt und alle Papiere waren gestiegen, die 5procentigen Metalliques auf 90¼, die Actien der Ferdinands-Nordbahn sogar bis auf 100, höher als sie in den letzten Tagen vor der Bewegung gestanden hatten. Metternich, Czapka, Sedlnitzky, welche die Rache des Volks fürchteten, waren verschwunden! Auch die Ligorianer, denen man am 14ten einen unfreundlichen Besuch abstattete, verließen am 15ten ihren Convent.

Am 18ten berichtete die Wiener Zeitung schon, daß am 17ten ein verantwortlicher Ministerrath für die Vollziehung und Durchführung der im Patente vom 15ten ausgesprochenen Grundsätze gebildet worden sei, bestehend aus dem Minister des Auswärtigen und des Hauses, dem des Innern, der Justiz, der Finanzen und dem Minister des Kriegs. Ein vom Kaiser zu bestimmender Ministerpräsident solle den Vorsitz führen. In den Personen, die zu den einzelnen Posten ernannt wurden, fand in der ersten Zeit noch großes Schwanken Statt; am 19ten bezeichnete man, nachdem der Staatsminister Graf Kollowrat allen seinen Stellen entsagt hatte, wurde Graf Colloredo-Walsee, der früher Gesandter in Petersburg gewesen war, als Präsident bezeichnet, Minister des Aeußeren Graf Ficquelmont, des Innern der Hofkanzler Freiherr von Pillersdorf, der Finanzen Frh. von Kübeck, der Justiz Frh. v. Sommaruga; der des Kriegs war noch nicht ernannt. Am 21sten verkündete die Wiener Zeitung diese Ernennungen*), nachdem schon Tags vorher durch ein Handbillet des Kaisers für alle politischen Vergehen (namentlich den Theilnehmern an dem galizischen Aufstande 1846 und an den früheren Erhebungen in der Lombardei) Amnestie

*) Doch erhielt Taaffe das Justizministerium und v. Sommaruga das neugebildete Ministerium des Cultus.

bewilligt und Niederschlagung der noch im Gange befindlichen Untersuchungen angeordnet worden war. Am 27sten erhielt Graf Münch-Bellinghausen seine Entlassung als Präsidialgesandter beim Bundestage, und wurde durch Graf Colloredo-Walsee ersetzt. Auch der Oberstburggraf von Böhmen, Graf Rud. Stadion, reichte seine Entlassung ein.

Die ungarische Deputation, welche am 15ten angekommen war, und von der Bevölkerung vielfache Beweise der begeistertsten Theilnahme und der wärmsten Zuneigung erhalten hatte, begab sich am folgenden Tage zum Kaiser, der ihnen in den huldvollsten Ausdrücken die Gewährung aller ihrer Wünsche zusagte und den Führer der Reichstagsopposition, Graf L. Bathyany, mit Bildung eines ungarischen Ministerium beauftragte. Der bisherige altaristokratische Kanzler von Ungarn, Graf Appony, war schon zwei Tage vorher abgetreten. Der Palatinus Erzherzog Stephan, der sich für Ungarns Wünsche nachdrücklich verwandt hatte, wurde zum außerordentlichen und bevollmächtigten Commissär für Ungarn ernannt, mit welchem sich Graf Bathyany in Einvernehmen setzen sollte. Man bezeichnete die Grafen Szechenyi und Teleki, Baron Eötvös, Kossuth und Déak als diejenigen, welche in das Ministerium eintreten würden. Am 17ten kehrte die Deputation nach ihrer Heimath zurück, wo inzwischen in Folge von Reibungen zwischen den Anhängern der alten Constitution und der Partei Kossuth's große Aufregung entstanden war; in mehreren Städten (Tyrnau, Preßburg, später auch in Pesth) fanden bedauerliche Excesse gegen die Juden Statt. In der Hauptstadt Pesth, wo man mit der von der Ständetafel angenommenen Adresse sehr unzufrieden war, weil in derselben Preßfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetze und andere wichtige Puncte nicht berührt seien, war am 14ten in einer vom Oppositionsclub veranstalteten Versammlung von Bürgern und

jüngeren Leuten eine Petition um 12 Puncte beantragt worden: 1) ein verantwortliches Ministerium; 2) allgemeine Besteuerung; 3) Preßfreiheit; 4) Regelung der Urbarialverhältnisse; 5) Volksrepräsentation; 6) Gleichheit vor den Gesetzen, auch in religiöser Hinsicht; 7) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens; 8) Volksbewaffnung; 9) Vereidigung der Armee auf die Constitution; 10) keine Verwendung der ungarischen Armee außer den Grenzen des Reichs; 11) keine Berufung fremder Truppen in das Reich; 12) Union. Doch wurde auf den Antrag Klauzál's, welcher sich, sowie der Reichstagsabgeordnete Nyari, gegen die extemporirte Adresse erklärte, beschlossen, erst den Grafen Bathyany zur Ausschreibung einer allgemeinen Sitzung des Clubs aufzufordern und von dieser Sitzung aus Aufrufe an die Comitate und Städte zur Unterstützung einer solchen Petition ergehen zu lassen. Noch an demselben Tage gelangte die erste Kunde von den Auftritten in Wien nach Pesth und erregte die größte Freude.

Aber schon am folgenden Tage (den 15ten) nahm die Reformbewegung zu; ein großer Volkshaufe zog vor das Rathhaus, wo Magistrat und Bürgerausschuß versammelt waren, und nöthigte sie, die Petition zu unterzeichnen; zunächst versprachen sie, ihre Sitzungen öffentlich zu halten, was schon am 16ten geschah. Von da wollte der Haufe nach Ofen, um die Adresse der Statthalterei zu übergeben, als der Vicepräsident Almasy erschien und berichtete, der Reichstag habe die Beschlüsse der Ständetafel, Preßfreiheit, verantwortliches Ministerium u. s. w. angenommen, was große Freude erregte. Dennoch zog der Haufe nach Ofen, erlangte von den Commandanten Lederer die Befreiung des wegen Preßvergehens seit zwei Jahren verhafteten Advocaten Stanscits und führte ihn im Triumphe in einem von Menschen gezogenen Wagen nach Pesth ins Nationaltheater. Am Abend versahen die Bürger die Wachen und patrouillirten durch die Stadt;

am 16ten forderte ein Sicherheitsausschuß (den zweiten Bürgermeister an der Spitze) alle Patrioten zur Betheiligung an der Bürgergarde auf, welche sich rasch um 1500 Mann verstärkte. An demselben Tage erschienen schon die Zeitungen ohne Censur, nachdem Tags zuvor alle Censoren ihre Entlassung gegeben hatten.

In großer Schnelligkeit folgten auf dem Preßburger Reichstage die freisinnigsten Beschlüsse; so hatte derselbe schon vor der Abreise der Deputation die gleichmäßige Vertheilung aller Steuern und öffentlichen Lasten ohne Unterschied des Standes, die Aufhebung der Urbariallasten und bäuerlichen Giebigkeiten mit Entschädigung der Grundbesitzer auf Staatskosten, die Ertheilung einer verhältnißmäßigen Vertretung an die Städte noch auf diesem Landtage, und die Erklärung der Abgeordneten nicht für Repräsentanten der Comitate, sondern für Vertreter des ganzen Volkes beschlossen. In den folgenden Sitzungen nach der Rückkehr der Deputation von Wien nahm der Reichstag mit großer Raschheit eine Anzahl Beschlüsse von gleicher Wichtigkeit an, um bis zu seinem Schlusse am 1sten April noch allen vom Geiste der Zeit geforderten Reformen Gesetzeskraft ertheilen zu können.

Aber auch in den andern Provinzen der Monarchie begann es sich zu regen. In Prag, wo sich längst der Geist der Opposition als specifisches Slaventhum geregt und auf Wiederbelebung der czechischen Nationalität hingearbeitet hatte, wo selbst deutsch redende und aus deutschen Familien stammende Sonderlinge sich als eifrige Czechen geberdeten, hatten in denselben Tagen, wie in Wien, unruhige Auftritte Statt gefunden; die Bewilligungen aus Wien riefen zwar große Freude hervor und es fehlte nicht an Bestrebungen Vernünftiger (z. B. der Schriftsteller Prags in einer Erklärung in der Prager Zeitung vom 24sten März), welche sich für Gleichberechtigung der deutschen und der czechischen Bevölkerung aussprachen und von Störung der Ein-

tracht abmahnten; aber schon in den nächsten Wochen stieg der Uebermuth der czechischen Partei, welche auch ein verantwortliches Ministerium in Prag verlangte und endlich gar eine Absonderung Böhmens von Deutschland*) und engere Verbindung mit der slavischen Bevölkerung der übrigen Provinzen zu einem slavischen Gesammtstaate beanspruchte! Dieß führte zuletzt im Junius zur Berufung einer Versammlung von Slaven aus den verschiedenen Theilen der Monarchie, welche sich freilich unter einander nicht verstanden und daher die deutsche Sprache zum gemeinsamen Verständigungsmittel anwenden mußten; aber noch vor dem Schlusse des Congresses trat in Folge der durch sie vermehrten Aufregung der Aufstand am 12ten Junius ein, der nur durch die Energie des Fürsten Windischgrätz bezwungen werden konnte.

In Lemberg, der Hauptstadt Galiziens, hatten die Bewilligungen aus Wien ebenfalls große Freude verursacht; am 20sten war die ganze Stadt illuminirt und viele Transparents trugen die Aufschrift: Es lebe Polen! Es lebe der constitutionelle König von Polen! Am 22sten Nachmittags versammelten sich die Studenten und die Schüler der Gewerbschule vor dem Palaste des Gouverneurs, Graf Stadion, der ihnen und den Bürgern Schußwaffen auszuliefern verhieß, wenn sie einen Revers unterschrieben, „daß sie den Kaiser von Oesterreich als König von Polen anerkennten, daß sie sich der Waffen nur gegen die Feinde des Vaterlandes bedienen wollten, daß sie die Deutschen und Israeliten als gleichberechtigte Brüder ansähen u. s. w." Die nach Ankunft des Jaroslawer Waffendepots bewaffneten Bürger

*) Daher sie auch, selbst in Prag, die deutsche Bevölkerung durch Einschüchterung von der Vornahme von Wahlen zur deutschen Nationalversammlung abhielt, und hinterdrein, nachdem sie sich gefügt hatten, ein großes Verbrüderungsfest mit den Deutschen beging!

und Studenten, welche dieser Bedingung Genüge geleistet hatten, durchzogen die Stadt; Tücher und Fahnen wehten, Blumenkränze wurden ihnen herabgeworfen, und das Volk rief: Es lebe die Nationalgarde! Es lebe die Jugend Polens! Es lebe der König von Polen!

Auch die Slaven in den südlichen Provinzen des Königreichs Ungarn, in Dalmatien, Kroatien und Slavonien regten sich und verlangten eine selbstständige Stellung; am 29sten kam eine Deputation dieser drei bisher auf dem ungarischen Reichstage nur ungenügend vertretenen und durch Einführung der magyarischen Sprache seit 1844 schwer gekränkten Königreiche in Wien an, welche als „Forderung der Nation" 30 Puncte erledigt haben wollte, darunter: nationale Unabhängigkeit der Königreiche (Trennung von Ungarn), ein eigenes, ihrem Landtage verantwortliches Ministerium, Einführung ihrer Nationalsprache in der Verwaltung, Errichtung einer Universität in der Hauptstadt Kroatiens Agram, Preß-, Glaubens-, Lehr- und Redefreiheit, Vertretung des Volks auf Grundlage der Gleichheit ohne Unterschied des Standes, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Rechtsverfahrens, gleichmäßige Vertheilung der Lasten, Verbleiben der Nationaltruppen im Lande in Friedenszeiten, Ernennung der Landessöhne zu Officieren desselben und Commando in der Landessprache, Entfernung des fremden Militärs, Vereins-, Versammlungs- und Petitionsrecht, Aufhebung des Cölibats und Einführung der Landessprache in die Kirche.

Und während die huldreichen Antworten, welche man der Agramer Deputation ertheilte, Verheißungen enthielten, deren Erfüllung eine Verletzung der Verfassung des Königreichs Ungarn und darum eine Auflehnung der stolzen und jetzt fast für selbstständig erklärten Nation herbeiführen mußte — hatte gerade die Nachricht von den Wiener Er-

eignissen und von den kaiserlichen Bewilligungen in Mailand am 18ten und bald nachher in den benachbarten Städten der Lombardei eine Erhebung des Volkes herbeigeführt, welche im Bunde mit den die Grenze überschreitenden Truppen König Karl Alberts von Sardinien dem Kaiserstaate seine reichste, einst mit schwerem Kampfe und großen Opfern*) erkaufte Provinz jenseits der Alpen zu entreißen drohte! Hier war schon im vergangenen Jahre die Unzufriedenheit gegen den Druck Oesterreichs fortwährend gestiegen, besonders seit den freisinnigen Reformen Papst Pius' IX.; die Aufregung hatte zugenommen nach dem heldenmüthigen Kampfe der Sicilianer seit dem 12ten Januar 1848, deren schönste Städte Palermo und Messina von ihren Citadellen aus beschossen und zum Theil eingeäschert worden waren; sowie seit der Ertheilung einer freisinnigen Constitution für Sicilien am 27sten Januar**), für Sardinien am 8ten, für Toscana und das Königreich Neapel am 11ten Februar. Immer mehr hatte in Mailand seit den ersten Tagen des neuen Jahrs die Erbitterung zwischen den österreichischen Soldaten und den Italienern zugenommen, welche letzteren, um die Einkünfte der Regierung zu schmälern, sich nicht nur des Rauchens von Cigarren enthielten (weil die Regierung das Monopol des Tabakhandels hat), sondern auch anderen dieß auf der Straße verwehren wollten, ja selbst den vom Feldmarschall Radetzky absichtlich mit Cigarren beschenkten Grenadieren, was natürlich häufige Rau-

*) Oesterreich hatte dafür im ersten Pariser Frieden 1814 seine Ansprüche auf die niederländischen Provinzen, das jetzige Königreich Belgien, welche es seit dem Utrechter Frieden 1713 besessen hatte, aufgegeben.

**) Die indeß nicht angenommen wurde, vielmehr erklärten die Sicilianer den König von Neapel am 13. April des Thrones für verlustig und wählten am 10. Jul. den Herzog von Genua, den zweiten Sohn des Königs von Sardinien.

fereien und Conflicte herbeiführen mußte. In der letzten Hälfte des Februar (am 22sten) hatte endlich auf nachdrückliches Ansuchen des Commandirenden Radetzky die Regierung das Standrecht in Mailand verkündigen lassen. Dennoch trat nicht sofort ein, was man als Folge der Kunde von den Pariser Ereignissen hätte erwarten können; vielmehr schien es, als wenn die italienischen Adeligen, von denen hauptsächlich die Bewegung geschürt wurde (denn das Volk befand sich materiell sehr wohl), durch den Charakter der Pariser Bewegung und durch die dort zur Herrschaft gelangten socialistischen Elemente erschreckt von einer Schilderhebung für sich ähnliche Folgen gefürchtet hätten, wie sie zwei Jahre vorher der polnische Adel in Galizien sich zugezogen hatte: eine von den österreichischen Beamten begünstigte, wenn nicht gar hervorgerufene Gegenrevolution der Bauern gegen ihre Herrn. Darum näherten sie sich wieder etwas dem Vicekönige Erzherzog Rainer. Aber die Ansteckung von den Nachbarstaaten Toscana und Savoyen (wo Livorno und Genua die Heerde der Bewegung waren) und die Aussicht auf die Unterstützung Karl Alberts (der einst (1821) als Prinz von Carignan mit den Carbonaris geliebäugelt und sie dann an die Fürsten verrathen hatte, jetzt wieder mit den mittelitalienischen Staaten einen Zollverein stiften wollte und die Obergewalt Oesterreichs in Italien brechen zu können hoffte) überwog ihre Bedenklichkeit; und als die Verhaftungen und selbst einzelne Hinrichtungen*) in Mailand fortdauerten, begann der Kampf am 18ten in der Stadt bald nach der ersten Bekanntmachung der telegraphischen Nachricht aus Wien.

---

*) So wurden am 12ten zwei der Theilnahme an einer Verschwörung angeklagten Grenadiere des italienischen Regiments verhaftet, welches deßhalb auch am 13ten die Stadt verlassen mußte, weil man eine Empörung desselben zu Gunsten seiner Kameraden fürchtete.

Vielleicht mochten gerade die Nobili fürchten, daß die verheißenen Freiheiten die Mehrzahl der Bevölkerung zufrieden stellen, also die österreichische Herrschaft wieder befestigen und so die von ihnen ersehnte Vereinigung Italiens in die Ferne rücken möchten; auch mochte wohl Radetzky, dessen Freude über die vom Volke erzwungene Nachgiebigkeit seines Kaisers nur gering sein konnte, es versäumt haben, Alles mitzutheilen, was Vertrauen auf die Dauer der Freiheit erwecken konnte (namentlich scheint er den Sturz des verhaßten Metternich verschwiegen zu haben). Um 1 Uhr war es noch ziemlich ruhig, doch zeigten sich schon zahlreiche Volkshaufen auf den Straßen; um 2 Uhr begann man mit einem Male auf verschiedenen Thürmen Sturm zu läuten, worauf die Truppen sich concentrirten und nach dem vor den Thoren der Stadt gelegenen Castelle zurückzogen. Ein großer Volkshaufe, mit Gewehren bewaffnet, drang in das Gubernialgebäude, in welchem die vom Vicepräsidenten Grafen O'Donnell berufene lombardische Centralcongregation versammelt war, und richtete dort viele Verheerungen an. Einige von dem Grafen ausgehende gedruckte Kundmachungen waren nicht im Stande, das Volk zu beruhigen — als mit einem Male ein Anschlag ohne gesetzliche Form erschien, welcher die Niedersetzung einer provisorischen Regierung und die Aufhebung der Polizeibehörde erklärte. Da verließen die Truppen das Castell, rückten gegen die theilweise schon in den Straßen errichteten Barrikaden vor und zerstörten dieselben durch Kanonenschüsse. Die Anforderung des Podestà von Mailand, man solle die Beschützung der Stadt einer Guardia civica (Bürgergarde, wie sie in anderen italienischen Staaten schon seit längerer Zeit bestand) anvertrauen, wurde nicht beachtet. Am Abend dieses Tages gelang es den Truppen, das Municipalgebäude einzunehmen und die Mitglieder des neugebildeten Comité zu zerstreuen; um 10 Uhr waren die Straßen vom Volke geleert.

Aber in den folgenden Tagen wurde der Kampf hartnäckig fortgesetzt und Radetzky zog es vor, nach heftigem Kampfe die Truppen aus der Stadt zu ziehen und dieselbe einzuschließen und zu beschießen. Da inzwischen auch in andern Städten, namentlich in Bergamo, Como und Pavia, die Bevölkerung sich erhoben und die Truppen aus der Stadt gedrängt hatte (aus Bergamo waren sogar mehrere Tausende den Mailändern zu Hülfe gekommen und hatten die österreichischen Belagerungslinien durchbrochen) und da auch die Annäherung des piemontesischen Heers von der Grenze her erwartet werden mußte, so verließ Radetzky nach fünftägigem Kampfe in der Nacht vom 22. zum 23. das Castell und zog sich auf der Straße nach Lodi zurück, um Pizzighetone und Mantua zu erreichen und seine Truppen zu concentriren, bis er hinreichende Verstärkung an sich gezogen hätte. Auch überschritt am 23sten das piemontesische Heer die Grenze und eine Proclamation des Königs Karl Albert (der nun das „Schwert Italiens" genannt ward) in der piemontesischen Zeitung vom 24sten an die Völker der Lombardei und Venedigs verkündete seine Bereitwilligkeit, „aus Stammesliebe, aus Verständniß der Zeiten mit seinen Truppen ihre Bestrebungen zu unterstützen, da die Geschicke Italiens reiften." Als äußeres Zeichen seiner Gesinnung verordnete er, daß seine Truppen bei dem Betreten des lombardisch-venetianischen Gebiets das Wappenschild Sardiniens auf der dreifarbigen (grünrothweißen) Fahne Italiens führen sollten.

Denn auch in Venedig — wo am 18ten die Verkündigung der Constitution einem im Entstehen begriffenen Kampfe zwischen dem Volke und den Soldaten ein rasches Ende gemacht und die größte Freude erregt hatte, als der wohlwollende und nicht unbeliebte Gouverneur Graf Palffy die Nachricht im Theater verkündigte — war die Aufregung benutzt worden, und am anderen Tage zwei seit dem 20. Jan.

verhaftete Patrioten, Manin und Tommaseo *), aus dem Gefängnisse befreit worden, indem man das Portal desselben mit Gewalt zertrümmerte, worauf jene Beiden von ihren Kerkermeistern selbst herausgeführt, vom Volke im Triumph auf den Marcusplatz getragen wurden und einige begeisternde Worte an dasselbe richteten. Nach zwei Tagen, während welcher die Behörden die Constitution nicht proclamirten, zog das Volk unter die Fenster des Gouverneurs; einige Abgeordnete des Volks und mehrere Mitglieder des Stadtraths gingen zu ihm hinauf, um die versprochene Constitution und die Bürgerwehr zu erbitten. Einige un=

*) Ersterer, ein durch Talent und Beredtsamkeit ausgezeichneter Advocat, hatte sich schon früher durch sein muthiges Auftreten für das durch Intriguen bedrohte Interesse der Actionäre der Venedig-Mailänder Eisenbahn bekannt gemacht und Achtung erworben; Letzterer, ein in Dalmatien geborner patriotischer Schriftsteller, hatte schon der italienischen Gelehrtenversammlung in Venedig im Herbst 1847 einen Antrag auf Beistimmung zu einer Petition für unverkürzte Ausübung des freisinnigen Josephinischen Censurgesetzes gemacht, und als dieser keine Unterstützung fand, dieselbe von einer Versammlung von Venetianern im Athenäum am 23. Dec. 1847 unterzeichnen lassen, was diese mit Eifer und Begeisterung thaten. Später gingen Manin und Tommaseo weiter, und erinnerten im Bunde mit einer Anzahl junger Schriftsteller die österreichische Regierung an die 1815 gegebenen Versprechungen und die zwischen den verbündeten Mächten damals abgeschlossenen Verträge in Betreff der Unabhängigkeit Italiens; und nach einem Kampfe zwischen dem Volke und den Soldaten in Treviso erließ Tommaseo ein Umlaufsschreiben an die Bischöfe der venetianischen Staaten, in welchem er sie um Vermittelung zwischen dem Volke und der öffentlichen Gewalt ersuchte. Gleich darauf wurden er und Manin verhaftet. Ihre Freunde organisirten nun ein Centralcomité, welches über die Gleichgesinnten in den verschiedenen Stadttheilen eine geheime, aber mächtige Herrschaft übte.

bestimmte Worte, welche Graf Palffy herausstotterte, wurden dem Volk als Bewilligung ausgelegt und Hochs auf beide Errungenschaften ausgebracht. Da rief, was die Führer der Bewegung weder beabsichtigt, noch geahnt haben mochten, eine Stimme aus dem Volke: „Nieder mit der Regierung!" und diese fand tausendstimmigen Wiederhall. Zahlreiche Schaaren hatten die den Palast umgebenden Straßen besetzt und Einzelne erkletterten selbst das Gebäude. Da stellten sich Croaten am Eingange des Palastes auf und schossen, als mehrmalige Aufforderungen, sich zurückzuziehen, keinen Erfolg hatten, auf das Volk, welches durch den geringen Schaden (nur ein Mann und drei Kinder waren von den Schüssen gefallen) muthig gemacht, die Soldaten mit Steinen angriff und in das Innere des Gebäudes zurückdrängte.

Am folgenden Morgen sammelten sich (gehorsam den Befehlen ihrer Führer, welche am Abend vorher die Verabredung getroffen hatten) dichte Haufen vor dem großen Arsenale, welches für sich eine kleine schwer einnehmbare Stadt bildet. Auf den Ruf: „Nieder mit der Regierung!" wurden ihnen von den günstig gestimmten Arbeitern im Innern die Thore geöffnet; und das Volk benutzte diesen leichten Sieg, um den herrischen, am meisten gehaßten Oberbefehlshaber der Marine, Oberst Marinovich, aufzusuchen, und an ihm Rache zu üben. Auf der Flucht durch die Gänge des großen Gebäudes erkannte ihn ein Arbeiter, verwundete ihn mit einem Schlosserwerkzeuge tödtlich — und als ihn zwei Officiere hinweg auf einen hohen Thurm geschleppt hatten, folgte ein durch das Geschrei jenes Arbeiters herbeigezogener Haufe Wüthender der Blutspur, riß ihn aus den Händen seiner Freunde und schleifte ihn die Treppe hinab über den Hof; doch bemerkten sie bald, daß sie eine Leiche in den Armen hielten. Da erschien Manin im Arsenal und rief durch zürnende Worte den Haufen

zum Ernst und zur Mäßigung zurück. Aber ein Ruf ertönt: „Es lebe die Republik!" und auch dieser findet zahlreichen Wiederhall durch die ganze Stadt. Eine Anzahl junger Leute rudern nach den Forts und erzwingen nach kurzem Gefechte deren Uebergabe. Das Volk strömt vor das Haus des Gouverneurs, den der Stadtrath und andere einflußreiche Männer, ja selbst seine fromme Gemahlin, mit Bitten bestürmen, die Stadt zu verlassen. Nach langem Bedenken erwiedert er: Ich habe nicht das Recht zu thun, was Sie von mir erbitten, aber ich lege, wie mir gestattet ist, meine ganze Amtsgewalt in die Hände des Militärcommandanten, des Grafen Zichy, nieder. Zu diesem begiebt sich nun der Haufe — einem Manne, der zwanzig Jahre in Italien gelebt und einst eine schöne Mailänderin aus bürgerlichen Stande geheirathet hatte — und trägt ihm dieselben Bitten vor. Nach schwerem innerem Kampfe erwiedert er bleich und mit erstickter Stimme: „Ich könnte Ihre Straßen mit Blut überschwemmen; ich werde es nicht thun. Sie verlangen, ich soll Italien verlassen; vielleicht unterzeichne ich mein Todesurtheil*). Es sei. Ita-

*) Diese Erwartung ging nicht in Erfüllung. Er wurde vor ein Kriegsgericht gestellt, zu 8 Jahren Festung verurtheilt und vor wenig Monaten verlautete, daß er — wahrscheinlich aus Rücksicht für den ihm nahe verwandten Fürsten Windischgrätz, der für Hochadelige ein anderes Strafmaß kennt, als für Bürgerliche — begnadigt und in Ruhestand versetzt worden sei. Später verlautete indeß, er sei 1849 zum Verlust seiner Stellen und Orden und zehn Jahren Festungsarrest verurtheilt worden. In dem Vertrage, welchen die provisorische Regierung von Venedig mit dem Militärcommandanten abschloß, war ausbedungen, daß die deutschen und kroatischen Truppen nach Triest eingeschifft werden, Munition und Cassen aber zurückbleiben sollten. Die provisorische Regierung sollte allen kaiserlichen Beamten ihren Gehalt auf drei Monate zahlen, für Einschiffung derselben, Schutz ihrer Familien, ihres Eigenthums u. s. w.

lien erinnere sich stets daran, daß ich ihm meine Schuld der Dankbarkeit bezahlt habe; und häuft es seine Verwünschungen über den Häuptern der Soldaten Oesterreichs, so nehme es meinen Namen davon aus". Gleich darauf unterzeichnete er den Befehl, daß die Truppen Venedig verlassen sollten; 1500 italienische Soldaten, die von ihren Führern vor dem Abzuge verabschiedet worden waren, blieben in der Stadt zurück, in welcher nun die Republik von Sanct Marcus ausgerufen wurde; Manin wurde Präsident, Tommaseo Minister des öffentlichen Unterrichts, Camerata der Finanzen, Pincherle des Handels, Solera des Kriegs, Paolucci des Innern und Paleocarpa der öffentlichen Arbeiten. Statt der von Tommaseo vorgeschlagenen Berufung von Abgeordneten der freiwillig beigetretenen Provinzen zu einer gesetzgebenden und constituirenden Versammlung, von welcher Manin in einer dringende Thätigkeit und rasches Vorschreiten fordernden Zeit Hemmung und Unsicherheit fürchtete, vereinigten sie sich zur Bildung eines Staatsraths aus drei Abgeordneten aus Venedig und ebenso vielen aus jeder Provinz, welche am 1sten April berufen, am 10ten zusammentreten sollten. Aber die Proclamirung der Republik war — gegenüber der Zurückhaltung der Lombarden in Betreff der Verfassung, welche sie ihrem Staate geben wollten, und noch mehr gegenüber den gegen Oesterreich jetzt auch feindlich auftretenden königlichen Regierungen, namentlich dem Könige von Sardinien, dem Einzigen, der ein tüchtiges Heer hatte, um die neue Freiheit gegen die disciplinirten Truppen Oesterreichs zu beschützen und, der ein Königreich Oberitalien bilden zu können hoffte — ein großer Fehler zu nennen, der auch der neuen Regierung die Sympathieen der Nachbarstaa-

---

sorgen und der Graf Zichy zurückbleiben, bis der ganze Tractat vollzogen wäre, dann aber auf einem Dampfboot eingeschifft werden.

ten verkümmerte und viele Verlegenheiten bereitete. Für Oesterreich freilich war der unerwartete Verlust der wichtigen und schwer einnehmbaren Stadt schon darum ein schwerer Verlust, weil er dem Staate den größeren Theil seiner Seemacht — 4 Corvetten, 6 Briggs und 2 Goeletten — und fast alles Kriegsmaterial für dieselbe kostete *). —

Das ganze Land nördlich vom Po zwischen dem Flusse Ticino, den die Piemontesen eben überschritten hatten, und dem adriatischen Meere schien sich erhoben zu haben und die Armee Radetzky's auf ihrem Zuge nach dem festen Mantua aufreiben oder zersprengen zu wol-

*) Unter diesen Umständen wäre der Abfall von Triest, dessen Bevölkerung viele italienische Elemente enthält, doppelt schmerzlich gewesen. Ein Glück war es, daß der Gouverneur, wie auch der Militärcommandant Graf Giulay und der Polizeidirector Ritter von Schickh, sich stets beliebt gemacht hatten; als daher die erste Kunde von den Ereignissen in Venedig nach Triest gelangte, wurde der vom Gouverneur dieser Stadt erlassene Aufruf sehr günstig aufgenommen; zahlreiche Menschenmassen versammelten sich, um dem Kaiser, der Verfassung und jenen Männern ein Hoch zu bringen. Eine unruhige Bewegung, von einigen Fanatikern mit dreifarbigen Hüten hervorgerufen, wurde rasch durch die Nationalgarde unterdrückt und das Vertrauen kehrte bald wieder. Die im Hafen liegenden Wachtschiffe, welche, wie man argwöhnte, nach Venedig abgehen wollten, wurden entwaffnet und ihre Mannschaft ebenfalls. Auch die Triest zunächst gegen Osten gelegene Istrische Halbinsel blieb der österreichischen Regierung treu; die Kriegsschiffe in Pola wurden entwaffnet. — Daß die kleinen Tyrannen, welche nur durch den Schutz Oesterreichs sich hatten halten können, der Herzog von Modena (dem Metternich noch zu liberal gewesen war) und der Herzog von Parma nun aus ihren Residenzen *) vertrieben wurden, war eine natürliche Folge jener Ereignisse; schon am 25sten kamen sie mit ihrem Gefolge durch Botzen.

*) In Modena waren einige Tausend Bolognesen angekommen.

len, ehe sie das feste Bollwerk erreichte; ja die Lombarden verbreiteten schon Gerüchte, als sei selbst Mantua in Besitz seiner italienischen Bevölkerung, als sei Radetzky auf dem Marsche gefangen worden und auf dem Wege nach Mailand; sie hofften selbst die Reste der österreichischen Armee durch eine Erhebung des italienischen Theils von Tyrol bis zum Gipfel der Alpen, der künftig die Grenze Italiens sein sollte (!), von den Provinzen abschneiden zu können. All dieß bestätigte sich nicht; am 26sten kam Radetzky in Cremona an. An demselben Tage erschien aber auch König Karl Albert in Mailand und schloß mit der provisorischen Regierung, an deren Spitze Casati stand, ein Schutz- und Trutzbündniß ab.

Darum klagte die Wiener Zeitung in den letzten Tagen des März über die Schmach, daß Oesterreich ohne Ersatz ein Land aufgeben solle, welches es mit schweren Opfern erkauft habe; während in Ungarn republikanische Tendenzen laut würden, und die letzten Beschlüsse des Reichstags alle nationalen, socialen und ökonomischen Verhältnisse des Landes durchwühlten; während in Galizien mit einem Male die Robot (Frohnarbeit) abgeschafft und dadurch eine finanzielle Revolution herbeigeführt worden sei, deren Folgen gefahrdrohend werden könnten; während endlich in allen übrigen Provinzen des Kaiserstaats sich die unvermeidlichen Krisen des plötzlichen Uebergangs vom starren Bevormundungssystem zur vollen Freiheit zeigten. Die ganze Monarchie stehe auf dem Spiele, wenn das Ministerium nicht kühn und entschlossen vorschreite; man bedürfe eines einigen, populären, energischen Ministeriums und freier ungehinderter Thätigkeit desselben ohne Einmischung von irgend einer Seite.

Aber auch abgesehen von den augenblicklichen Verlegenheiten und Bedrängnissen in Italien und den anderen Provinzen war die Aufgabe für die Lenker der morsch gewordenen Staatsmaschine eine ungeheure,

und den Wienern konnte man auch nach Metternich's Entfernung zurufen: „Den Bösen seid Ihr los, die Bösen sind geblieben!" Das ganze durch das Metternich'sche Polizeisystem großgezogene Beamtenthum mit der Erblichkeit und Verkäuflichkeit der Stellen, mit seinem Eigendünkel und seiner Beschränktheit, seiner Gefräßigkeit und Bestechlichkeit, welches das Volk bisher als seine Beute angesehen hatte, mußte gründlich umgestaltet werden. Ein aus so unzusammenhängenden, zum Theil so widerstrebenden Elementen zusammengesetzter Staat hätte nur durch fortdauernde Anstrengung, durch die unablässigste Hinwegräumung aller Schmarotzergewächse, durch die sorgfältigste Aufmerksamkeit auf alle Zweige der Verwaltung und des Heers erhalten werden sollen, und Oesterreich galt im Gegentheil als das Musterbild aller Stockung der gesunden Säfte und der frischen Bewegung. Die Macht und die Hülfsquellen Oesterreichs galten fast als unerschöpflich; aber die Unzahl der Beamten und die Vervielfältigung der Verwaltungsformen zehrte wie ein nagender Krebs an dem Lebensmarke des Volks und ein Hauptgegenstand oder vielmehr ein Hauptgrund des Streits mit Ungarn war die Entschlossenheit, mit welcher die Magyaren sich der Einführung eines ähnlichen Beamtennetzes widersetzten; eine gewöhnliche Erscheinung bei solchen Kämpfen ist, daß man sich lieber die Unbequemlichkeiten des eigenen Zustandes (so in Ungarn die Comitatsverwaltung) gefallen lassen, als sich in das System der österreichischen Bureaukratie fügen wollte. — Ebenso bedurften auch alle Zweige der Gesetzgebung, wie der Besteuerung, einer gründlichen Reform. Denn der ganze Absolutismus, die Willkür und die Verdummungspolitik, welche bisher auf dem Volke so schwer gelastet, welche es erdrückt und ausgesogen hatten, standen in so vollständigem Gegensatze zu dem neuen constitutionellen Bürgerthume und Staatsleben, daß der Staat fast von Grund aus aufgebaut werden mußte. Daß die

gestürzte Partei der Finsterniß, welche seit Jahrhunderten (mit kurzer Unterbrechung unter Kaiser Joseph) im Besitz der Macht, der Ehren und im fast alleinigen Genusse der von ihr verschleuderten Staatseinkünfte gewesen war, für den Augenblick eingeschüchtert war, war natürlich; daß sie aber bald den Anforderungen der Neuzeit Widerstand leisten und den alten Zustand herbeizuführen suchen würde, war vorauszusehen und darum konnte man nicht wachsam genug seyn; daher erklärt sich auch die fast fieberhafte Reizbarkeit des jüngeren Theils der Bevölkerung, welcher die Errungenschaften der Märzrevolution geschützt wissen wollte und sein Argwohn gegen jede Maßregel der Regierung, in welcher fast nur Pillersdorf sein Vertrauen besaß. Daß man Leute, wie Jarcke, in den Ministerien fortarbeiten ließ, wie bisher, war jedenfalls ein großer Mißgriff zu nennen.

Am 28sten verfügte sich der gesammte Ministerrath in die Aula und verkündete dort feierlich die Ertheilung der Lehr- und Lernfreiheit und die Umgestaltung des Universitätsdirectoriums, welches außer dem Rector, den vier Decanen und ihren Notaren, welche es bisher gebildet hatten, noch aus selbstgewählten Abgeordneten der Doctoren (auf je 50 Einen) und der Studierenden bestehen sollte.

Nicht minder bethätigte das Ministerium seinen guten Willen durch Entfernung des größeren Theils der Truppen aus der Hauptstadt, in welcher ferner nur etwa 6000 Mann bleiben sollten und durch Organisirung und Bewaffnung der Nationalgarde, welche schon 1000 Mann Reiterei zählte und nun drei Batterieen erhalten sollte.

Am meisten Anerkennung verdiente die Aufhebung der so verhaßt gewordenen Polizeihofstelle am 28sten und die Uebertragung aller Anstalten für Ruhe, Ordnung und öffentliche Sicherheit an das Ministerium des Innern; und ein Decret des Ministers von Pillersdorf an alle Polizeidirectoren der Monarchie, welches von dem klaren Rechts-

begriffe dieses Mannes Zeugniß ablegte und dem alten System Sedlnitzky's ein Ende machte.

Daneben wurde der Hauptanstoß, den das Publikum noch an dem Verbleiben des Erzherzogs Ludwig im Staatsrathe nahm (während der viel beliebtere Erzherzog Johann noch fern gehalten wurde, wie schon unter Metternich geschehen war), durch den Austritt desselben und seine Entfernung von Wien gehoben. Auch Kossuth hatte diese Entfernung in einer entschiedenen Rede verlangt, welche er während der aufgeregtesten Stimmung in Preßburg gehalten hatte, als die Beschlüsse des ungarischen Reichstags über Freigebung der Robot ohne alle Entschädigung und die vollste Unabhängigkeit der ungarischen Ministerien des Kriegs und der Finanzen von der Regierung in Wien verworfen worden waren. Auch der Ministerpräsident Batthyany hatte in der Reichstagssitzung erklärt, diese Resolutionen (vom 27sten) ständen in directem Widerspruche mit dem kaiserlichen Handschreiben vom 16ten März, und er und seine Freunde könnten unter solchen Umständen die Verwaltung nicht übernehmen; der Erzherzog Palatinus hatte sein Fürstenwort verpfändet, Alles aufzuwenden, um das gewünschte Ziel zu erreichen; er war sogleich abgereist und brachte schon am 31sten die vom Kaiser erlangte Gewährung beider Forderungen nach Preßburg zurück, wo er schon am Ufer vom ganzen Reichstage empfangen wurde und in der Abendsitzung durch seine Mittheilungen die größte Freude erregte. — An demselben Tage wurde in Wien das neue Preßgesetz in 88 Paragraphen veröffentlicht, welches als höchste Caution für periodische politische Zeitschriften 2000 Fl. festsetzte und für Aburtheilung von Preßvergehen öffentliches und mündliches Verfahren festsetzte; doch erregten viele Bestimmungen desselben Unzufriedenheit, namentlich wurde in den Studentenversammlungen auf der Aula lebhaft darüber debattirt. Eine Deputation un-

ter Anführung der Schriftsteller Kuranda und Schuselka machte dem Minister von Pillersdorf Gegenvorstellungen und erhielt von demselben die Versicherung, daß er bereit sei, gegründete Einwürfe gegen das provisorische Preßgesetz zu beachten und Aenderungen vorzunehmen. Fast gleichzeitig mit dem Austritte des Erzherzogs Ludwig wurde der Staatsrath selbst, der ferner nur die Wirksamkeit der constitutionellen Minister lähmen oder hemmen konnte, ganz aufgelöst; an die Stelle des Grafen Kolowrat trat Graf Ficquelmont als Ministerpräsident; an die des hochverdienten Finanzministers Kübek (dessen Gesundheit allzu geschwächt war) der Freiherr von Krauß; die Leitung des Kriegsdepartements übernahm der Feldmarschallieutenant Peter Zanini. Thätig wurden die Rüstungen gegen die Lombarden und gegen den treulosen Carl Albert betrieben*); zahlreiche Freiwillige meldeten sich zum Dienste und wurden zum Herre gesandt. Aber auch friedliche Unterhandlungen wurden versucht; am 4ten April verließ Graf Hartig Wien, um den Lombarden eine ehrenvolle Ausgleichung anzubieten. Die Gesammtmonarchie war in großer Gefahr.

---

*) Am Tage, wo die Kunde von seiner Kriegserklärung nach Wien gelangte, mußte sein Gesandter abreisen.

Eine Aufführung der italienischen Oper wurde ausgesetzt und diese selbst aufgelöst, nachdem schon am Morgen von Volkshaufen die Ankündigungszettel abgerissen worden waren.

Die Bewegungen in Berlin.

Wenige Tage später, als es in Wien geschehen war, ertheilte auch Friedrich Wilhelm IV. die lang ersehnten und lang begehrten Freiheiten nach längerem Zaudern und nachdem mehrere geringere Zugeständnisse die steigende Aufregung nicht hatten beschwichtigen können.

Am 3ten Februar 1847 hatte er die ständischen Gesetze erlassen, denen zufolge die Mitglieder sämmtlicher Provinziallandtage zu einem Vereinigten Landtage mit berathender Stimme zusammentreten sollten. Derselbe war am 11ten April 1847 eröffnet worden, und hatte in mehrmonatlichen Sitzungen trotz der Bemühungen seiner gewandtesten und begabtesten Sprecher aus den Rheinprovinzen, wie aus Ostpreußen (Hansemann, Camphausen, von Beckerath, von Vincke, von Auerswald u. A.) weder Steuerbewilligungsrecht, noch die Verheißung einer regelmäßigen Wiederberufung erlangen können. Jetzt waren die von ihm gewählten ständischen Ausschüsse seit dem 17ten Januar versammelt, um ein Strafgesetzbuch zu berathen; jedoch hatten schon früher und auch bei der Eröffnung viele gewichtige Stimmen sich gegen die Berechtigung derselben, über ein zu erlassendes Gesetz gültig zu beschließen, entschieden verwahrt, weil dieß nur der gesammten Vertretung des Landes zustehe; und in gleichem Sinne sprach sich eine Adresse der Cölner vom 3ten März an ihren Abgeordneten Camphausen aus. Daß die Umwälzung in Paris eine lebhafte Theilnahme

an den politischen Ereignissen in Berlin erregte, wie es auch in anderen deutschen Hauptstädten geschehen war, konnte nicht befremden; an öffentlichen Orten las man die Berichte der Zeitungen einer zahlreichen und aufmerksamen Zuhörerschaft vor. Am 6ten schloß der König die Sitzungen des ständischen Ausschusses und gewährte Periodicität des Landtags, ohne dessen baldige Berufung, welche allgemein gewünscht wurde, in Aussicht zu stellen. Am 7ten März veranstalteten junge Leute eine Versammlung unter den Zelten im Thiergarten (am Ufer der Spree gelegen), welche eine Adresse mit neun Forderungen an den König annahm und von zehn durch Zuruf erwählten Männern an den König bringen lassen wollte. Da erschien der Polizeipräsident Minutoli, widerrieth dem Ausschusse, der gerade über die Art der Absendung berieth, die persönliche Ueberreichung der Adresse als ungesetzlich und erfolglos, da der König keine Abordnung annehmen werde und rieth dafür Absendung der Adresse durch die Stadtpost. Als er indeß der Berufung einer zweiten Versammlung kein Hinderniß in den Weg legen zu wollen erklärte, wurde diese auf den 9ten unter die Zelte berufen und in derselben beschlossen, die Stadtverordneten um Uebergabe der Adresse zu ersuchen, welche ebenfalls eine Commission zur Berathung zweier Adressen niedergesetzt hatten. Eine Cabinetsordre vom 8ten, welche die (im Erlasse des Bundestags vom 3ten März den einzelnen Regierungen freigestellte) Aufhebung der Censur erst von der Vereinbarung mit den übrigen deutschen Regierungen abhängig machte, konnte nicht befriedigen. Die Stadtverordneten lehnten am 11ten die Uebergabe der Adresse der Zeltenversammlung ab, nahmen jedoch selbst eine in unterthänigen Ausdrücken abgefaßte Adresse an den König an, welcher am 12ten auch der Magistrat von Berlin beitrat. Die gemeinschaftliche Deputation beider wurde am 13ten vom Könige nicht angenommen, wohl aber am 14ten, wobei er erklärte, die er-

betene Berufung des vereinigten Landtags sei schon für den 27sten April verfügt, die übrigen Bitten könnten nur durch den Landtag ihre Lösung erhalten; doch sprach er sich auch dieß Mal für Beibehaltung der ständischen Vertretung und für allmählige Entwicklung der Verfassung aus. Eine solche Antwort war wenig geeignet, die durch in den Straßen aufgestellte Truppenmassen ohnehin gesteigerte Aufregung zu beschwichtigen; noch weniger befriedigte die am 15ten mitgetheilte Kunde von der beabsichtigten Eröffnung eines Fürstencongresses in Dresden. Daher fanden, wie am 13ten, so auch an den folgenden Tagen Zusammenrottungen Statt; ja es fehlte nicht an Versuchen, kleine Barrikaden gegen das Vordringen der Reiterei zu errichten. In den vorhergehenden Tagen hatte die Stimmung des Volks geschwankt; bald war sie aufgeregt, bald wieder erschlafft; und umgekehrt war unter den höheren Staatsbeamten bald Muth- und Rathlosigkeit, bald wieder Zuversicht eingetreten. Am 12ten war die Einberufung der Kriegsreserven verfügt und beschlossen worden, daß der Prinz von Preußen nach dem Rheine gehen sollte. An demselben Tage hatte der erste Crawall in der Hauptstadt in der Nähe der Jungfernbrücke Statt; am folgenden erregte die Kunde von dem Einschreiten des Militärs Erbitterung gegen dasselbe, und die Besetzung des Schlosses durch stärkere Truppenabtheilungen vermehrte die Mißstimmung gegen den König; die Minister, welche immer noch durch Waffengewalt der Bewegung Meister zu bleiben vermeinten, triumphirten. Am Abend des 14ten war der erste blutige Zusammenstoß, indem die Gardecürassiere auf Straßenjungen einhieben, welche eine Barrikade zu bauen versuchten und auch einige Bürger verwundeten, die sich nicht schnell genug in die (auf polizeiliche Anordnung verschlossenen) Häuser flüchten konnten. Noch am folgenden Tage standen Hunderte von Menschen vor der Blutlache, welche sich an der Stelle jenes Kampfes

gebildet hatte und der Anblick nährte die Erbitterung. Es half wenig, daß verheißen wurde, eine Untersuchungscommission sollte niedergesetzt werden; die schon aufgeregte Stimmung wurde durch die an diesem Tage eintreffenden ersten Nachrichten von den Ereignissen in Wien und von Metternich's Abdankung noch gereizter; besonders gegen den Prinzen von Preußen, den man beschuldigte, er dringe auf strenge Maßregeln und gewaltsame Niederhaltung. Kein Wunder, daß am Abend dieses Tags die Zusammenrottungen stärker waren und daß der Zusammenstoß mit dem Militär neue Opfer verlangte; es wurden schon Barrikaden in der breiten und in der Leipziger Straße errichtet. Ebendieß wiederholte sich am 16ten und erst am 17ten trug die Nachricht vom Eintreffen einer Deputation aus Cöln (wo ein Städtetag von Abgeordneten der rheinischen Städte abgehalten worden) dazu bei, daß man beschloß, sich ruhig zu verhalten und die Entscheidung des Königs abzuwarten; für den 18ten bereitete man einen großen Zug in Masse zum Schlosse vor, falls auch den rheinischen Abgeordneten keine befriedigende Antwort ertheilt werden sollte.

Am Morgen des 18ten fand eine Versammlung im Saale der lutherischen Gemeinde in der Friedrichsstraße Statt, in welchem zuerst auch die Forderung der Entlassung der bisherigen Minister laut wurde; man zog nach dem kölnischen Rathhause und erwartete die Rückkehr einer Deputation der Stadtverordneten, welche sich mit entschiedenen Forderungen zum Könige begeben hatte.

In den Straßen Berlins, so berichtet ein Augenzeuge, waren an diesem Morgen die Garderegimenter an verschiedenen wichtigen Puncten vertheilt: die Gardecürassiere auf dem Gensdarmenmarkte, die Dragoner an dem (gegen Norden gelegenen) Oranienburger Thore, von wo sie Patrouillen in die Umgegend und nach der großen Friedrichsstraße entsandten. Das Infanterieregiment Kaiser Alexander hatte

die Königsstadt inne (die östliche Vorstadt jenseits des Stadtgrabens am Ende der Königsstraße), das Kaiser Franzregiment das (westliche) Potsdamer Thor und die Wilhelmsstraße; die Gardeschützen (Neufchateller) bewachten die öffentlichen Gebäude, die Bank, die Seehandlung u. a.; Abtheilungen von Uhlanen durcheilten verschiedene Theile der Stadt, um zu recognosciren und Berichte zu erstatten.

Eine dumpfe unheimliche Schwüle lagerte auf der ganzen Bevölkerung. Der Ministerrath war auf dem Schlosse versammelt, die Prinzen des königlichen Hauses, die obersten Befehlshaber des Heeres umgaben den König. Da entschloß sich dieser endlich, das von vielen Tausenden Ersehnte zu bewilligen, und die Deputation der Stadtverordneten kehrte mit den befriedigendsten Zusicherungen (Preßfreiheit, Berufung des Landtags, Constitution) um 1 Uhr nach dem Cölnischen Rathhause zurück, wo ihre Mittheilungen die größte Freude erregten. Um 2 Uhr erschien das königliche Patent. Eine dichtgedrängte Menschenmasse hatte sich um diese Zeit auf dem Schloßplatze auf der Seite nach der langen Brücke (auf der die Reiterstatue des großen Kurfürsten steht) zusammengedrängt; immer dichtere Schaaren wogten heran; einzelne Reiter wurden bemerkt; Manche, von den Umstehenden auf die Schultern gehoben, hielten aufregende Reden zu denselben; der Anblick von Bajonetten in den Portalen des Schlosses war nicht geeignet, Vertrauen zu erwecken. Vielen war die günstige Entscheidung noch nicht bekannt; einzelne Stadtverordneten verlasen das königliche Patent.

Da trat der König auf den Balkon des Schlosses und das dumpfe Getöse in der Menge machte einem erwartungsvollen Schweigen Platz. Er sprach mit bewegter Stimme und in sichtbarer Aufregung. Als er geendet, schallte ein endloser Jubelruf ihm entgegen; Tücher und Hüte wurden geschwenkt. Die entfernter standen,

hatten nicht vernehmen können, was er sprach, Manche wußten noch kaum, ob etwas und wieviel bewilligt worden war: sie vernahmen nur das Geschrei, gleich darauf zwei verhängnißvolle Schüsse — sie sahen die Reiterabtheilung, welche von der Schloßfreiheit her heranritt, und ein Bataillon des Kaiser Franzregimentes aus dem mittleren Portale des Schlosses herauskommen, um den Platz zu säubern.

Woher die Schüsse gekommen, darüber waltet ein geheimnißvolles Dunkel. Der Berichterstatter, dem wir einen Theil dieser Beschreibung entnommen, behauptet, der König und seine Umgebung habe bemerkt, daß sie von der Gegend der Brücke her aus einer kleinen Gruppe nach dem Balkon gerichtet worden; aber in seiner Ansprache vom 19ten erklärte der König, es seien unversehens zwei Gewehre der aus dem Schloßportale herausziehenden Soldaten losgegangen; in den Säulen am Balkon fand man die Spuren der Kugeln. Gleich nachdem sie gefallen waren, zog sich der König hinter seine Umgebung und in das Innere zurück; aus der Menge aber erscholl ein ohrzerreißendes Geheul; man hörte den Ruf: Auf! vertheidigt euch! man mordet uns! Verrath! Bald war der Platz durch die Truppen geräumt, indem sich Alles in dichten Strömen nach den Seitenstraßen stürzte.

Im Schlosse war nicht geringere Verwirrung; die Königin fiel in Ohnmacht; in allen Gängen des Schlosses drängten sich Officiere und Beamten, deren Gesichter den Ausdruck des Schreckens trugen. Eine Zahl achtungswerther und bekannter Männer drangen ins Schloß und baten dringend um Zurückziehung der Truppen, indem sie sich mit ihrem Leben und ihrer Ehre für die Aufrechthaltung der Ruhe verbürgten; die Minister verschlossen ihre Ohren und ließen sie nicht einmal zum König; man erklärte, es sei schimpflich

für die Truppen, wenn man diese jetzt zurückzöge. Schnell rüstete man sich in den Straßen der Stadt zum Widerstande; mit Hülfe von umgeworfenen Droschken, Fässern, Wollsäcken u. dergl. wurden Barrikaden in verschiedenen Stadttheilen, namentlich in der dem Schlosse zunächst gelegenen Breiten Straße, am kölnischen Rathhause und der demselben naheliegenden d'Heureuse'schen Conditorei (wo Kanonen aufgeführt wurden), in der Königsstraße und in der Taubenstraße errichtet und mit Hartnäckigkeit vertheidigt. Waffenläden wurden geplündert.

Der erwähnte Berichterstatter über die Vorgänge im Schloß erzählt, daß während das Musketenfeuer und der Donner der Kanonen in verschiedenen Straßen vernommen wurde, bei einbrechender Nacht der König mit dem Prinzen von Preußen, dessen Gemahlin und dem Minister von Arnim in einem Zimmer sich einschlossen. Ein alter Kammerherr lauschte an der Thür und vernahm, wie von der einen Seite dem Könige zugeredet ward, nicht nachzugeben, den Aufstand im Keime zu ersticken, nicht zu dulden, daß man so zu ihm spreche; wie man ihm rieth, die Truppen sich bis zum letzten Blutstropfen schlagen zu lassen, da man gegen Meuterer und Gesindel keine Schonung üben dürfe. Auf das Zureden einer leisen und sichtlich bewegten Stimme, welche der Lauscher nicht vernehmen konnte, hörte man mehrmals den König mit wilden leidenschaftlichen Ausrufen erwiedern.

Mehrere Ordonnanzen, Generale einzelner Truppenabtheilungen und zahlreiche Deputationen begehrten in Eile den König zu sprechen; aber die Thür des Kabinets blieb geschlossen. Endlich trat der König heraus und gewährte den verschiedenen Deputationen kurzes Gehör (an der Spitze der einen war der Bischof Neander). Doch verlangte er vor Allem Niederreißen der Barrikaden, ehe er Befehl zum Abzuge des Militärs ertheilen wolle; aber dafür fanden sie kein Gehör beim Volke

welches durch die Kunde, General von Pfuel sei, weil er sich gegen das Einschreiten der Truppen erklärt habe, durch von Prittwitz ersetzt worden, noch mehr erbittert wurde.

Um 7 Uhr war die Königsstraße genommen und starrte von Bajonetten; in andern wurde noch gekämpft; um 8 Uhr ließ das Kartätschenfeuer nach, begann indeß bald darauf wieder und dauerte in verschiedenen Theilen der Stadt die ganze Nacht durch. Gegen 5 Uhr (am 19ten) trat etwas Ruhe ein, um 7 Uhr erschien eine Ansprache des Königs „an meine lieben Berliner", welche wenig Eindruck machte, da sie das Vorrücken der Kavallerie „mit eingesteckter Waffe"(?) aus einem Angriffe des Volks auf das Schloß erklärte. Am Vormittag nahm eine Schützenabtheilung an der neuen Königsstraße den General von Möllendorf gefangen, welcher Friedensvorschläge machte; bald nachher bewilligte der König, geistig und körperlich erschöpft, neuen Deputationen den Abzug der bisher zwar siegreichen, aber durch das lange Wachen erschöpften Truppen und Bewaffnung der Bürger aus dem Zeughause, welche nun das Schloß und alle andern wichtigen Puncte besetzten; am Abend fand eine Beleuchtung Statt. Noch an demselben Tage war der Rücktritt der bisherigen Minister bekannt gemacht worden; Graf Arnim und der vom vereinigten Landtage her als freisinnig bekannte Graf Schwerin sollten ein neues bilden. Von allen Kampfplätzen her brachte das Volk die Leichen der erschlagenen Barrikadenkämpfer, führte sie auf Wagen am Schlosse vorüber und nöthigte den „Landesvater" mit seiner Gemahlin auf dem Balcon zu erscheinen und vor seinen „Kindern" die Mütze abzuziehen. Die Verwundeten wurden theilweise im Schlosse untergebracht und von der Königin und ihren Hofdamen gepflegt. Reiche Sammlungen wurden für die Verwundeten und für die Hinterbliebenen der Barrikadenkämpfer veranstaltet, in den Theatern zum Besten derselben Vorstellungen gegeben.

Am Morgen des 20sten — an welchem der König allen wegen politischer oder durch die Presse verübter Vergehen und Verbrechen Angeklagten und Verurtheilten Vergebung verkündete und der Justizminister Uhden Freilassung Aller anordnete, so fern sie nicht zugleich wegen anderer Vergehen oder Verbrechen sich in Haft befänden — entstand neue Unruhe durch die steigende Erbitterung gegen den Prinzen von Preußen, den man als den Urheber der gewaltsamen Maßregeln ansah; ein tobender Haufe zog heran und sprach von Demolirung seines an die Bibliothek stoßenden Palais, weßhalb dieses von Bürgerwachen besetzt wurde und an seinen Wänden die Aufschriften „Nationaleigenthum", „Volksgut", „Eigenthum der gesammten Nation" erhielt.

Noch am Abend des 19ten hatten die in Berlin anwesenden Polen dem Grafen Arnim eine Petition um Freilassung ihrer verurtheilten Landsleute übergeben und die Versicherung erhalten, daß er sich beim König dafür verwenden wolle. Am 20sten wurden dieselben Nachmittag um 1 Uhr aus dem Staatsgefängnisse in Moabit entlassen und im Triumph durch die Straßen geführt; die Wagen, auf deren einem Mieroslavsky mit einer schwarzrothgoldnen Fahne stand, zogen Menschenhände bis zum Schloßplatze, wo der König auf dem Balcon erschien, worauf sie nach Posen abreisten, wo schon an diesem Tage große Aufregung geherrscht hatte und einer Deputation der im Bazar versammelten Polen das Tragen der polnischen Kokarden und die Bildung eines Nationalcomité's zur Aufrechthaltung der Ordnung bewilligt worden war.

Noch wurde an demselben Tage die Entlassung der Minister von Savigny, Uhden und des Grafen Stolberg und die Ernennung Bornemann's zum Justizminister, sowie die Berufung Camphausens bekannt; am folgenden Tage die Anstellung des Gesandten von Arnim

als Minister des Auswärtigen, während Graf Arnim Vorsitzender des Staatsministeriums bleiben sollte. In der folgenden Nacht erregte das Gerücht, der Prinz von Preußen rücke mit den Garden gegen die Stadt und 20,000 Russen ständen schon in Stettin, eine furchtbare Aufregung; man rief zu den Waffen, errichtete Barrikaden und nur die Versicherung des Königs, daß dieß nicht wahr sei und daß er sich ganz dem Schutze der Bürger Berlins anvertraut habe, beruhigte die Gemüther; bald wurde auch bekannt, daß der Prinz von Preußen nach England gereist sei. — Am 21sten verkündete eine Proclamation, der König wolle für die Tage der Deutschland bedrohenden Gefahr seine Rettung und die Leitung der deutschen Angelegenheiten übernehmen; Preußen sollte fortan in Deutschland aufgehen; eine deutsche Ständeversammlung, aus Organen des am 2ten April zusammentretenden vereinigten Landtags und Vertretern der übrigen deutschen Fürsten und Stände bestehend, solle Beschlüsse über Aufstellung eines allgemeinen volksthümlichen Bundesheers*) und eine bewaffnete Neutralitätserklärung fassen; sodann über die Wiedergeburt eines neuen einigen Deutschlands berathen. Um 10 Uhr verkündete dieß der Minister Graf Schwerin den in der Aula versammelten Studenten und forderte sie auf, an dem beabsichtigten Zuge Theil zu nehmen. Hierauf ritt der König, umgeben von den Prinzen, den Ministern und Generalen, die, wie er, mit den deutschen Farben geschmückt waren, unter den Jubelrufen des Volks durch die Straßen, indem er betheuerte, es sei keine Usurpation, er wolle keinen Fürsten vom Throne stoßen; er wolle nur Deutschlands Freiheit und Einheit, er wolle Ord-

*) Das Kriegsministerium erhielt Befehl, anzuordnen, daß alle preußischen Soldaten neben der schwarzweißen die schwarzrothgoldne Kokarde trügen.

nung; auch den Ruf: „es lebe Deutschlands Kaiser" lehnte er unwillig ab. Die Bürgerwehrmänner auf der Königswache, die Studenten, an welche der König Reden hielt, und die Volkshaufen brachen in endlosen Jubel aus; das nationale Bewußtseyn entflammte alle Gemüther. In Süddeutschland erregte indeß diese Kundgebung den größten Unwillen und Widerspruch, von der officiellen Wiener Zeitung, welche von Oesterreichs altem Rechte und minder blutiger Umgestaltung sprach, bis zu den Volksparteien in München und Stuttgart, welche nach einer den König Friedrich Wilhelm vorstellenden Strohpuppe Scheibenschießen hielten und sie dann öffentlich verbrannten.

Am 22sten fand die feierliche Beerdigung der am 18ten und 19ten gefallenen Bürger auf dem Friedrichshain Statt; der unabsehbare Zug, an dem die verschiedenen Behörden Theil nahmen, ging in größter Ruhe vor sich, worüber der König, der daran nicht selbst Theil genommen hatte, dem Volke am folgenden Tage seine Anerkennung aussprach. Am 24sten wurden die gefallenen Soldaten unter Begleitung der Bürgerwehr beerdigt, welche über dem großen Grabe, das sie alle aufgenommen, eine Salve gab, worauf General von Natzmer im Namen seiner Kameraden den Dank aussprach.

Es konnte nicht fehlen, daß die große Nachgiebigkeit des Königs, über welche die altpreußisch Gesinnten innerlich ergrimmt waren, die extremste Richtung der Gegenpartei, als deren Organ die von Dr. Julius redigirte Zeitungshalle wirkte, zu übertriebenen Hoffnungen hinriß und bald den Wahn erzeugte, sie brauchten in ihren ungestümen Forderungen auf die Sympathieen und Vorurtheile einer so zahlreich vertretenen Partei, welche bisher allein die Macht in den Händen gehabt hatte, gar nicht Rücksicht zu nehmen. So verlangten schon jetzt Volksversammlungen und Petitionen, selbst aus andern Theilen des Landes, der vereinigte Landtag solle gar nicht erst berufen werden,

weil man zu ihm kein Vertrauen haben könne; der König solle sogleich eine Wahlgesetz auf breitester Grundlage erlassen, nach welchem die Vertreter des Landes gewählt werden sollten. Doch ließen sich auch entgegengesetzte Stimmen vernehmen und der Landtag trat am 2ten April zusammen, nachdem schon 29sten Graf Arnim, der wenig Vertrauen einflößen konnte, und General von Rohr zurückgetreten und v. Reyher zum Kriegsminister, Hansemann zum Finanzminister ernannt worden waren, während Camphausen an die Spitze des Ministeriums trat.

Das vom Ministerium nach dem Muster des neuen französischen entworfene Wahlgesetz, welches allen Preußen über 21 Jahren ohne Rücksicht auf ihre selbstständige oder abhängige Stellung als Staatsbürger das Recht, Wahlmänner zu wählen und in die Landesvertretung gewählt zu werden, ertheilte, wurde vom 8. April vom Landtage angenommen, am 9ten dem Ministerium die Ermächtigung zur Aufbringung von 15 Million Thalern ertheilt und der Landtag am 10ten geschlossen, worauf während des April und Anfang Mai die Urwahlen zur Landesversammlung, wie zum Frankfurter Parlament mannichfache Aufregung erzeugten und die bisher noch einigen Gegner des gestürzten Systems in Parteien spaltete. Manche kleinere Cravalle, besonders der durch ihre Führer nach dem Pariser Muster aufgeregten Arbeiter, wurden durch die Bürgerwehr beschwichtigt; den Barrikadenbau in Trier vom 4ten Mai ließ die Mäßigung des Anführers der Truppen, der sogleich mit denselben die Stadt verließ, als Comödie erscheinen, da Niemand die von keinem Feinde angegriffenen Barrikaden besetzte und vertheidigte; nach wenig Tagen kehrten die Truppen ohne Widerspruch in die Stadt zurück. Größere Aufregung erzeugte in Berlin am 12ten Mai der auf Antrag der Minister erlassene (und unkluger Weise öffentlich bekannt

gemachte) Befehl des Königs an den Prinzen von Preußen, aus London zurückzukehren, wogegen nicht nur aus den Hauptstädten der Provinzen entschiedene Gegenerklärungen einliefen, sondern auch in Berlin Volksversammlungen unter den Zelten am 13ten, 14ten und 15ten hervorgerufen wurden, durch deren Erklärungen die Minister zu entschiedenen Verwahrungen gegen den Verdacht reactionärer Gesinnungen gedrängt und starke Aufgebote der Bürgerwehr zur Herstellung der Ruhe nöthig gemacht wurden. Größere Truppenaufgebote machte die Unterstützung des Kampfes in Schleswig-Holstein und die blutigen Kämpfe in der Provinz Posen nothwendig.

Denn hier waren die Wunden des unglücklichen Revolutionsversuchs im Februar 1846 nicht geheilt, der Proceß Mieroslavsky's und der posenschen Edelleute erst vor wenigen Monaten beendet worden und 82 Betheiligte saßen noch im Berliner Staatsgefängniß, als der Aufstand, an dem so manche ihrer Verwandten und Stammgenossen sich betheiligt haben mochten, auch diesen politischen Verbrechern die Freiheit verschaffte, wie schon berichtet ward. In der Universität wurden im Freiheitsrausche schöne Reden von einem Bruderbunde zwischen Polen und Deutschen gegen den gemeinschaftlichen Feind im Osten*) gehalten und rasch wieder vergessen; selbst die Erklärung der preußischen Regierung, daß sie das Großherzogthum Posen als ein Land betrachte, welches sie mit der Zeit einem wiederauflebenden Polen zurückgeben werde, ihre am 25sten März ertheilte Verheißung einer nationalen Reorganisation Posens, wurde von den Exaltirten zum grimmigen Anfall auf die deutschen Bewohner des Landes und auf die preußische Regierung benutzt. Mit Recht

---

*) Mieroslavsky sagte, die Polen seien nur die Schilder Deutschlands gegen den Osten.

durfte darum später in einer am 3ten Mai zu London gehaltenen Versammlung der Polenfreunde Lord Beaumont sagen: „Hätten die Polen das Anerbieten der preußischen Regierung benutzt und zur Regeneration ihres Vaterlands in der angetragenen Weise mitgewirkt, so hätten sie dadurch eine feste Stütze gewonnen, wo sie den Hebel ansetzen und später ganz Polen zur Unabhängigkeit wieder erheben konnten. Durch den verblendeten Starrsinn, den sie bewiesen, liefen sie Gefahr, einerseits die Sympathieen Deutschlands gänzlich einzubüßen, andererseits den Russen als Werkzeug zu ihren Entwürfen der Weltknechtung in die Hände zu fallen." Vielleicht noch in Folge des Hasses, der sich seit dem Mißlingen ihrer Erhebung 1846 gegen Oesterreich und Preußen gebildet und und so manchen Polen schon den Russen geneigter gemacht hatte, sicher auch durch russische Einflüsterungen gesteigert worden war, fielen sie jetzt in Posen und einem Theile Westpreußens*) über die Deutschen her und nöthigten diese, sich kräftig zur Wehr zu setzen und von der Regierung durch Deputationen ernstlich Schutz zu fordern. Denn das in Posen gebildete Nationalcomité forderte schon am 21sten März zur Massenerklärung gegen die Einverleibung Posens in Deutschland auf, organisirte offen bewaffnete Schaaren und ließ diese in den Straßen der Stadt exerciren. Die Bauern wurden durch die Geistlichkeit gegen die ketzerischen Deutschen und gegen die Juden fanatisirt und mit umgeschmiedeten Sensen versehen. Der Kampf war blutig und voller Greuel. Die Stadt Posen wurde schon am 3ten April durch General Colomb in Belagerungsstand erklärt, während auf dem Lande Excesse gegen die Deutschen

*) Denn auch dieses, ja selbst Theile des östlichen Schlesiens sollten, wie sie einst zum polnischen Reiche gehört hatten, wieder zu den neu erstehenden Polen geschlagen werden, und dieses bis zur Ostsee reichen!

begangen wurden, bei denen die Truppen bisher unthätig zugeschaut hatten; am 4ten wurde in Czarnikau schon die polnische Republik proclamirt; in Trzemeszno, 2 Meilen von Gnesen, bei Schroda, Pleschen und Xionsz polnische Heerhaufen organisirt, zusammen wohl gegen 20,000 Mann. Als diese auf die Aufforderung des Gen. Colomb und des Oberpräs. Beurmann nicht aus einander gingen und ebenso wenig auf die keine Partei befriedigende Proclamation des Gen. Willisen, der am 7ten in Posen angekommen war, um die nationale Reorganisation durchzuführen, hören wollten, kam es am 10ten bei Trzemeszno und Pleschen zum Kampf, in Folge dessen die Bauern sich bald zerstreuten. Der stärksten Abtheilung bei Schroda gewährte Willisen am 11ten noch günstige Bedingungen, doch vermehrte dieß den Zorn der Deutschen gegen ihn, so daß er am 16ten den König um Enthebung von seinem Auftrage bat. Inzwischen fuhren die preußischen mobilen Colonnen fort, die Schaaren zu entwaffnen: sie zogen am 15ten in Wreschen ein, siegten am 18ten bei Gostyn, die Lager der Polen lösten sich auf, aber Banden durchzogen das Land, zahlreiche Ankömmlinge aus Paris und Brüssel verstärkten die Schaar Mieroslavsky's. Am 26sten April siegten die Preußen bei Raszchow über 1200 regelmäßig Bewaffnete und 300 Sensenmänner; am 28sten trieben sie eine andere Abtheilung aus der Stadt Graß, nachdem sie dieselbe zwei Stunden lang beschossen hatten, am 29sten brachten sie dem Hauptcorps bei Xionsz eine bedeutende Niederlage bei, die Stadt wurde erstürmt und niedergebrannt. Am 30sten mußten indeß die Preußen bei Miloslav weichen, weil aus gebornen Polen bestehende Truppentheile sich weigerten zu kämpfen; und hierdurch ermuthigt riefen Mieroslavsky und die katholische Geistlichkeit die ganze Bevölkerung zu den Waffen. Die Polen stürzten sich am 2ten Mai mit Todesverachtung bei Wreschen auf die preußischen Kanonen des Gene-

12

rals von Hirschfeld und nöthigten ihn zum Rückzuge; selbst ganz nahe bei Posen in Gorozyn wurde gekämpft; in Buk entwaffneten am 4ten die Bewohner ihre preußischen Gäste im Schlafe und hieben einen Theil derselben nieder, doch gelang es dem Reste, sich zu sammeln, die gefangenen Officiere zu befreien und aus der Stadt zu ziehen; einem der Soldaten waren freilich die Augen ausgestochen worden. Nun aber wurde das Martialgesetz proclamirt, die Einwohner in den Städten entwaffnet und schon am 8ten gelang es, Mieroslavsky, den von drei Seiten Truppenabtheilungen an die russische Grenze gedrängt hatten, zur Uebergabe auf Gnade und Ungnade zu nöthigen; an demselben Tage wurde auch das Corps des Parteiführers Krauthofer (genannt Krotovsky) bei Rogalin angegriffen und zersprengt.

So endete der Kampf blutig, aber glücklich und es hatte sich gezeigt, daß viele Landleute der Bewegung abgeneigt waren, ja, daß selbst manche Edelleute nur gezwungen Theil genommen hatten; auch hatte der größte Theil der Landwehrmänner bei ihrer Einberufung sich gestellt.

Zu leugnen ist freilich auch nicht, daß theils früherer Druck der Beamten Erbitterung hervorgerufen haben mochte, theils die ersten vom Ministerium angewendeten Maßregeln wegen ihrer Halbheit und des Schwankens Mißtrauen erregen mußten; daß der von ihm mit der nationalen Reorganisation beauftragte General Willisen kein Staatsmann war, nicht im Einverständniß mit den andern (namentlich den militärischen) Behörden handelte, so daß deren Erlasse mit den seinigen oft in Widerspruch waren; und daß er sich endlich im allzugroßen Vertrauen auf die Polen von dem polnischen Comité zu Schritten hinreißen ließ, welche einen Sturm der deutschen Bewohner gegen ihn erregten und von ihm zurückgenommen werden mußten. Ein großer Uebelstand war nun auch die Anhäufung vieler aus Frankreich

zurückgekehrter und rheinabwärts gebrachter Polen, welche hier schon den Anfang eines selbstständigen Polens zu finden und zum Beginn eines Kriegs gegen Rußland zu kommen gehofft hatten; Leute, die man sonst ängstlich vom polnischen Boden fern zu halten bemüht gewesen war und gegen die bei der Zaghaftigkeit der Policei und fast aller Verwaltungsbehörden nicht so streng verfahren werden konnte.

Daß aber die 500,000 Deutschen in Posen für alle Zukunft vor der Gefahr der Einverleibung in ein polnisches Reich bewahrt sein wollten, war begreiflich und daher faßte der König am 14ten April den Gedanken einer Scheidung Posens nach den Nationalitäten, soweit es die Mischung der Bevölkerung zuließ; es wurde durch General von Pfuel eine Demarcationslinie gezogen, welche freilich auch die Hauptstadt der Provinz wegen der mit großen Kosten erbauten Citadelle zur deutschen Seite schlug. Wenn auch die Stadtverordneten Posens selbst am 19ten April sich mit 17 gegen 5 für Anschluß an Deutschland erklärt hatten, so hätte doch die Maßregel von Anfang an verfügt werden sollen, weil nun den Polen Grund zur Beschwerde gegeben ward, man halte ihnen nicht Wort.

Die Erhebung Schleswig-Holsteins. Die deutsche Verfassungsfrage.

Der letzte Act der deutschen Bewegung, der ihr auch eine gemeinsame Richtung gegen das Ausland geben sollte, war die Erhebung in den Herzogthümern Schleswig und Holstein; beide, zufolge alter, von ihren auf Dänemarks Königsthronen sitzenden Herzögen beschworener Verträge eng vereint und selbstständig, hatten schon unter dem vorigen Könige Christian VIII. dem Königreiche einverleibt werden sollen. Wegen des Sturms, den der „offene Brief an die Stände" im Jahre 1846 in ganz Deutschland erregte, hatte man damals Bedenken getragen, weiter vorzuschreiten; dagegen verhieß der neue König Friedrich VII., der am 20. Jan. 1848 den Thron bestieg, schon am 28sten eine gemeinsame Constitution für Dänemark und die Herzogthümer, welche diese ablehnten, weil darin den Dänen ein allzu großes Uebergewicht über ihre Vertreter gegeben worden wäre, und sich gegen den dänischen Gesammtstaat erklärten. Nach dem Ausbruche der deutschen Bewegung wurde am 18. März auch zu Kiel eine Versammlung von Ständemitgliedern und Bezirksabgeordneten gehalten, welche die Abgg. Beseler, Graf Reventlow-Preetz und Bargum in einen Ausschuß wählte, der nöthigenfalls selbst die Stände sollte einberufen können, und eine Deputation nach Copenhagen sandte, welche gemeinschaftliche Constitution für beide Herzogthümer, Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund, freie Presse, Associationsrecht, Schwur-

gericht, Volksbewaffnung und Theilnahme am deutschen Parlament verlangen sollte. Am 21sten brach aber auch in Copenhagen die Bewegung aus, welche die entschiedenen Eiderdänen Orla Lehmann und Tscherning in das Ministerium (das Casinoministerium) brachte und selbst den Grafen Moltke aus der schleswig-holsteinischen Canzlei verdrängte, indem nun Schleswig dem Königreiche einverleibt werden, Holstein aber als deutsches Bundesland eine abgesonderte Verfassung erhalten sollte. So konnte die Deputation, welche kaum vor den Mißhandlungen des Copenhagener Pöbels geschützt werden konnte, nichts ausrichten. Auch hatte in Kiel auf die erste Kunde von diesem Ereigniß am 23sten eine provisorische Regierung sich gebildet (Beseler, welcher schon am 22sten nach dem Rücktritt von Scheel's die Regierung in Schleswig übernommen hatte, Prinz Friedrich von Holstein, Graf Reventlow-Preetz, J. Bremer und Schmidt), welche, von den Landestruppen anerkannt, die rasch gewonnene Festung Rendsburg zu ihrem Sitze wählte, im Namen des König-Herzogs, der als nicht frei handelnd anzusehen sei, zu regieren erklärte und sogleich den König von Preußen um militärische Hülfe anging. Sie ward am 3ten April von der einberufenen Ständeversammlung, am 4ten vom Bundestage anerkannt, welcher letztere dem König von Preußen seine Anerkennung für die schon ergriffenen Maßregeln aussprach und ihn aufforderte, im Auftrage des Bundes die Herbeiführung einer gütlichen Einigung zu vermitteln und im Verein mit dem 10ten Armeecorps den Status quo ante herzustellen. In einem Briefe des Königs an den Herzog von Holstein-Sonderburg war das Recht der Herzogthümer auf Union und Erbfolge im Mannsstamme anerkannt worden. Am 5ten, 6ten und 7ten April rückten die ersten 4000 Preußen ein, überschritten jedoch nicht die Schleswigsche Grenze; auch verzögerte sich der Anmarsch der Hannoveraner, so daß die Dänen mit einer überle-

genen, theils aus Jütland eingebrochenen, theils am 7ten bei Holniß und Flensburg gelandeten und durch ihre Kriegsschiffe und Kanonenböte begünstigten Armee das neue ungeübte Landesheer, das sich Anfang April 8000 Mann stark in Nordschleswig aufgestellt hatte, nach einem Vorpostengefecht bei Gastrup am 6ten, am 9ten bei Bau und Krusau an der Flensburger Küste angreifen konnten, einen Theil, namentlich die Kieler Studenten sprengten und fast aufrieben, den Rest aber durch Flensburg zurückdrängten, wo dänischgesinnte Einwohner den Flüchtlingen bedeutenden Schaden zufügten. Auch in der Stadt Schleswig konnten die schlecht geführten Truppen sich nicht halten, und mußten sich, von den Dänen verfolgt, über die Eider nach Holstein zurückziehen. Am 10ten besetzten die Dänen Schleswig, am 13ten Eckernförde und schleppten viele deutschgesinnte Einwohner mit fort. Endlich erhielten die Preußen Befehl vorzurücken, und überschritten, nachdem ein Adjutant des Obersten Bonin im dänischen Lager vom Könige selbst die Räumung Schleswigs vergeblich verlangt hatte, am 12ten die Grenze. Am 22sten drangen die preußischen Truppen unter dem vom Bundestag ernannten General von Wrangel vor, siegten bei Altenhof am Eckernförder Meerbusen, erstürmten am 23sten die alte Schanze Dannewirke vor Schleswig, besetzten die Stadt und das Schloß Gottorp, ohne nur die nachrückenden Hannoveraner abzuwarten, mit deren Beistand die Dänen hätten aufgerieben werden können, während diese nun Zeit gewannen, in wilder Flucht nach Flendsburg zu eilen und zu Schiffe zu entkommen. Am 25sten siegten auch die Hannoveraner unter Halkett bei Oeversen; die Dänen, von denen ein Theil sich am 27en gegen Nordwesten nach Tondern und Ripen zurückgezogen hatten, mußten endlich ganz Schleswig räumen, und die Preußen, welche am 25sten in Flensburg, am 30sten in Hadersleben eingerückt waren, überschritten Anfang April die Grenze Jütlands und besetzten

am 3ten schon die kleine, wegen der Ueberfahrt nach Fühnen wichtige Festung Friedericia.

Aber während die Dänen, durch ihre Flotte begünstigt, zahlreiche deutsche Handelsschiffe aufbrachten und durch Blokirung der Ostseehäfen, ja bald selbst der Elbe-, Jahde- und Wesermündungen, den deutschen Handel lähmten, erhielt Wrangel, der zur Entschädigung für diese Verluste den Jütländern eine Contribution von 2 Mill. Thlrn. auferlegt hatte, den Befehl, Jütland und selbst den nördlichsten Theil von Schleswig zu räumen, da nicht nur Schweden den Dänen Hülfstruppen zum Schutze ihrer Inseln gesendet, sondern auch Rußland (und vielleicht auch England und Frankreich) gegen die Besetzung des dänischen Gebiets entschieden protestirt hatte. Knirschend gehorchte er; höhnend zogen die Dänen ihm nach, schleppten aufs Neue Deutschgesinnte aus Hadersleben und Apenrade unter Mißhandlungen fort, wurden jedoch, da Wrangel aufs Neue Erlaubniß zum Vorrücken erhielt, bald wieder über die Königsau zurückgedrängt. Und nun begann der Krieg „zwischen dem Fisch und dem Hund", wie ein deutscher Fürst es genannt haben soll, fortdauernde Neckereien und Angriffe der Dänen von der Insel Alsen auf die Hannoveraner und andern Reichstruppen, welche auf der gegenüberliegenden Halbinsel Sundewitt bis zu den Düppeler Höhen standen. Deutschlands Handel blieb — aus Mangel an einer Flotte — gelähmt und ein Volk von 40 Millionen wurde das Gespött einer Handvoll Seeräuber. — —

Inzwischen waren die Männer, welche in den süddeutschen Staaten an die Spitze der Verwaltung gekommen waren, bedacht gewesen, zur raschen Förderung des von Allen geforderten Einigungswerkes mitzuwirken. Während Max von Gagern mit den Abgeordneten der übrigen süddeutschen Regierungen nach Dresden (am 25sten März) und Berlin gereist war, um das Zusammentreten des Dresdner Fürsten-

congresses zu hintertreiben und die Regierungen zu gemeinschaftlichem Vorschreiten zu bestimmen (schon damals boten sie dem Könige von Preußen die Vorstandschaft über das übrige Deutschland an) — lud die von der Heidelberger Versammlung am 5ten gewählte Siebenercommission am 12ten deutsche Ständemitglieder und Männer des Volksvertrauens zu einer Versammlung nach Frankfurt auf den 31sten März ein und mahnte vom Zuzuge Bewaffneter ab, was Landfriedensbruch sein würde. Es erschienen außer zahlreichen Mitgliedern von süddeutschen und sächsischen Ständeversammlungen auch viele von Vereinen und Volksversammlungen gewählte Männer des allgemeinen Vertrauens, zusammen über 500, unter denen Oesterreich nur durch einen, den bisher verbannten Wiesner, Preußen meist nur durch Rheinländer und Ostpreußen von der entschiedensten Oppositionspartei vertreten war. Unter den Ankömmlingen wurden besonders die Märtyrer der Freiheit (Jordan, Eisenmann) und die jahrelang Verbannten (Venedey) am 28sten und 29sten freudig empfangen. Sie erwählten am 31sten in einer Vorversammlung auf dem Römer durch Zuruf Mittermayer zum Präsidenten, Dahlmann, von Itzstein, Jordan und Rob. Blum zu Vicepräsidenten, und zogen dann unter dem Geläute der Glocken und dem Donner der Kanonen in die Paulskirche.

Obgleich der Bundestag schon am 30sten, in Uebereinstimmung mit den 17 von den Regierungen ihm beigegebenen Vertrauensmännern, durch einen Erlaß die Berufung von Abgeordneten aller deutschen Staaten (je einen auf 70,000 Einwohner) durch ganz Deutschland angeordnet hatte, beschloß man doch, nach Beseitigung des von Struve, Zitz u. A. eingebrachten Antrags auf Einsetzung einer provisorischen Regierung u. a. zur Republik führender Einrichtungen, auf Eisenmann's Antrag nur über die Art der Volksvertretung bei dem zu berufendenden Parlament zu berathen. Nach stürmischen Auftritten,

welche den Schluß der Frühversammlung nöthig machten, entschied man am Nachmittag sich für Aufnahme Schleswigs und Ost- und Westpreußens in den Bund; die Frage über Posen sollte offen gehalten werden; auf je 50,000 und in jedem kleineren Bundeslande sollte ein Abgeordneter gewählt werden; welche Aenderung auch der Bundestag annahm. Am 1sten April beschloß man, sich grundsätzlich für unmittelbare Wahlen auszusprechen, doch die Ausführung den einzelnen Staaten anheim zu stellen; jeder volljährige Deutsche sollte Wähler und wählbar sein; binnen vier Wochen sollte die constituirende Versammlung in Frankfurt zusammentreten oder das Vorparlament wieder einberufen werden. Nachdem Hecker's Antrag auf Permanenz der gegenwärtigen Versammlung bis zum Zusammentritt des Parlaments verworfen und dafür auf Heinrich von Gagern's Antrag beschlossen worden war, einen Ausschuß von 50 Männern zu wählen, der dem Bundestag bei Wahrung der Rechte der Nation berathend zur Seite stehen sollte, beantragten Blum, Zitz von Mainz und Andere, in der Sitzung vom 2ten, zu erklären: „Bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Begründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nehmen könne, müsse sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben." Als der Antrag Bassermann's, „indem" statt „bevor" zu setzen, mit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen worden war, verließ ein Theil der Minderheit (Hecker, Struve, Zitz u. A.) den Saal; dagegen erklärten Raveaux, Blum, Vogt, Jacobi u. A. sich der Mehrheit unterwerfen zu wollen. Am 3ten verkündete Mittermayer nach einer persönlichen Mittheilung des Präsidenten der Bundesversammlung, Grafen Colloredo-Walsee, jene Ausnahmsgesetze und Beschlüsse

seien als aufgehoben und beseitigt zu betrachten und diejenigen Mitglieder der Versammlung, denen ihr Gefühl sage, daß ihre Wirksamkeit von der Billigung und dem Vertrauen der Nation nicht getragen sei, hätten ihre Entlassung bereits gegeben oder würden sie unverzüglich geben. Bald darauf, während die Wahlen zum Funfzigerausschuß, dem noch 6 aus Oesterreich einzuladende Vertrauensmänner beigesellt werden sollten, vorgenommen und Soiron's Antrag angenommen wurde, „vom Programm der Siebenercommission Umgang zu nehmen, dem Ausschusse nichts Bindendes in Betreff des Verfassungswerks zu hinterlassen, sondern dieses einzig und allein der constituirenden Versammlung zu überlassen"; kehrte auf Itzstein's Einladung die ausgetretene Minorität in die Versammlung zurück und wurde freudig begrüßt; worauf das Vorparlament durch den Präsidenten für geschlossen erklärt ward.

Schon am 4ten April begann der Fünfzigerausschuß seine Sitzungen und wählte den badischen Deputirten von Soiron zu seinem Präsidenten. Zwar war er von dem Vorparlament als Wächter über die Schritte des Bundestags und der Regierungen hingesetzt; aber da die meisten seiner Mitglieder Gesinnungsgenossen der neuen Minister in den süddeutschen Staaten, sowie der neugewählten Bundestagsglieder (Welcker, Jordan u. A.) und der 17 Vertrauensmänner waren, welche den Entwurf einer Verfassung für Deutschland auszuarbeiten begonnen hatten, so bediente sich der Bundestag seiner, um seinen Verfügungen eine moralische Stütze und Popularität zu verschaffen und zeigte sich dafür auch willfährig, den Anforderungen des Ausschusses in einzelnen Stücken nachzukommen. Das Letztere fand Statt in der Angelegenheit der preußischen Wahlen, als die Minister zufolge des Bundestagsbeschlusses Vertreter für das deutsche Parlament im Verhältniß von 1:70,000 durch den Vereinigten Landtag (!) hatten wäh-

len lassen; welcher zwar das Mißliche dieses Schrittes einsah, aber um dem Ministerium keine Verlegenheiten zu bereiten, doch darauf einging, und neben einzelnen das Vertrauen des Landes genießenden Männern auch Vertreter des alten Systems, wie Stahl und v. Gerlach wählte. Dieß rief einen allgemeinen Sturm in Berlin und andern Städten hervor; der Fünfzigerausschuß nahm sich der Sache an und bestimmte den Bundestag, die preußische Regierung zur Vornahme neuer Wahlen in der vom Vorparlamente beschlossenen Weise aufzufordern, und das Ministerium Camphausen, dessen Aufforderung der vereinigte Landtag erst nur ungern nachgekommen war, erklärte nun dessen Wahlen für ungültig und versetzte so diesem Landtag am Tage des Schlusses seiner Sitzungen, den 10. April, den letzten Stoß in der öffentlichen Meinung.

Dagegen diente der Fünfzigerausschuß dem Bundestage willfährig in dem Sturme, den die republikanische Partei erregt hatte, deren Treiben seit Mitte März beobachtet werden muß.

Am 19ten März hatte eine Volksversammlung in Ofenburg in Baden (südöstlich von Kehl) Statt gefunden, in welcher sich noch „Vater Itzstein", ja selbst Hecker und Struve für Festhalten an der gegenwärtigen Regierung des Landes aussprachen, von der ein Rückweichen jetzt nicht zu fürchten sei; sie mißbilligten die (zum Theil durch Fickler veranlaßten) republikanischen Kundgebungen im badischen Seekreise, als der jetzt vor Allem anzustrebenden Einheit des deutschen Vaterlandes Gefahr drohend, und Hecker eiferte selbst entschieden gegen die anzustrebende Unterstützung Frankreichs, „da ein Volk, das fremder Hülfe zur Erringung seiner Freiheit bedürfe, derselben nicht werth sei." Als Forderungen des Volks wurden von der Versammlung angenommen: Entfernung des Kriegsministers, des Markgrafen Wilhelm und anderer Persönlichkeiten von den Geschäften, Revision der

Verfassung und Einkammersystem, Rücktritt der reactionären Deputirten, Bildung und Organisation von Volksvereinen für Bewaffnung und Volksbildung durch das ganze Land, Verschmelzung der Bürgerwehr und des stehenden Heers, Verminderung der Ausgaben, Einführung einer Einkommensteuer, Abschaffung der Vorrechte, Trennung der Schule von der Kirche.

Entschiedener trat die republikanische Partei schon acht Tage später in den Volksversammlungen zu Heidelberg und Freiburg auf. Aber während in Freiburg eine stürmische Versammlung auf Struve's Antrag sich mit großer Mehrheit für eine deutsche Gesammtrepublik erklärte und die entgegenstehende Ansicht nicht einmal zu Worte kommen ließ — weßhalb ein Freiburger Universitätslehrer eine Protestation gegen die Art und Weise der Verhandlung und gegen den Beschluß selbst abfaßte und unterzeichnen ließ — mißglückte in der zahlreich besuchten Heidelberger Versammlung am 26sten, wo die bedeutendern Führer fehlten, ein ähnlicher Versuch, in die der Frankfurter Versammlung zu überreichende Petition die Erklärung mit aufnehmen zu lassen: das deutsche Volk sei in seiner größern Mehrheit für Föderativrepublik gestimmt. Dagegen erhob sich ein ungeheurer Sturm und sie mußten sich zuletzt begnügen, dafür die Bitte aufzunehmen, das Parlament möge bei der Constituirung Deutschlands die nordamerikanische Föderativverfassung berücksichtigen.

Als nun die Wahlen in den Fünfzigerausschuß während des Austritts der Minderheit aus dem Vorparlament Statt fanden, kamen natürlich nur wenige derselben in den Ausschuß, weßhalb Hecker, Struve und Graf Reichenbach ein republikanisches Centralcomité bildeten, um die Wahlen zum Parlamente in ihrem Sinne zu leiten.

Auch verlautete schon in den letzten Wochen des März von dem Unternehmen der brodlos gewordenen deutschen Arbeiter aus Paris,

unter Leitung des demokratischen Comité's G. Herwegh, Börnstein und Bornstedt, verstärkt durch einzelne Franzosen und Polen und insgeheim von der provisorischen Regierung Frankreichs (mit Ausnahme Lamartine's, der den bayrischen Gesandten von ihrem Vorhaben in Kenntniß setzte*)) unterstützt, in Baden und Rheinbayern einzubrechen und die Republik einführen zu helfen. Die übertriebensten Gerüchte von ihrer Anzahl (10, ja 20,000 sollten es seyn) und ihrer Lust zu rauben und zu sengen, hatten sich schon in den letzten Tagen des März in Baden und Würtemberg verbreitet; in Constanz und dem ganzen Seekreis hatte der Advocat Fickler und Gleichgesinnte für denselben Zweck gewirkt und gegen das Vorrücken fremder (!) Truppen zum Schutz der Grenze des Bundesgebiets protestirt — da ließ der bisherige Deputirte Mathy am 8ten April auf dem Carlsruher Bahnhofe durch einen Policeibeamten Ficklern als Landesverräther verhaften, worauf Hecker und Struve sich eiligst nach Constanz begaben, dort am 12ten zum Kampfe für die deutsche Republik aufforderten, ohne viel Anhänger zu finden, am 15ten eine Volksversammlung in Stockach hielten, am 17ten den Regierungsdirector Peter in Constanz zum Statthalter ernannten und am 18ten auch in Ofenburg die Republik proclamirten. Aber schon am 15ten waren von dem aufgebo-

---

*) Am 27sten März erschien auch der Minister H. von Gagern in der zweiten Kammer zu Darmstadt und theilte aus den Depeschen seines Gesandten in Paris mit, daß die erste Colonne der deutschen Republikaner, 500 Mann stark, Paris bereits verlassen habe und nach dem Rheine marschiere. Lamartine habe die Zustimmung dazu verweigern wollen, sei aber von seinen Kollegen überstimmt worden. Die Kammer ertheilte ihm das erbetene Vertrauensvotum zur Anordnung aller ihm geeignet scheinenden Maßregeln.

tenen 8ten Armeecorps würtembergische Truppen in Donaueschingen erschienen; von Norden her zogen Nassauer und Badener gegen die theilweise mit Gewalt zusammengebrachte Schaar, und am 20sten kam es zum Gefecht bei Kandern, vor dessen Beginn der General Friedrich von Gagern, der die republikanischen Heerhaufen umgehen ließ, als er noch einmal vor die Front ritt, um sie zum Niederlegen der Waffen zu bewegen, durch einen Schuß aus den feindlichen Reihen getödtet ward. Wüthend warfen sich nun die Truppen auf die Schaar Hecker's, um den Tod ihres Führers zu rächen und trieben sie in die Flucht. Am 21sten wurde Struve bei Säckingen gefangen und dem Bürgermeister des Orts zur Bewachung übergeben, der ihn indeß einer Schaar der Republikaner, welche mit Einäscherung der Stadt drohten, wieder herausgab. Bald waren die noch zusammenhaltenden Abtheilungen zersprengt und flüchteten über den Rhein in die Schweiz. Zwei Tage lang behaupteten sich in Folge einer bewaffneten Volksversammlung am 22sten Freischaaren unter Langsdorf in Freiburg, welche die schon von Truppen umgebene Stadt terrorisirten; am 23sten kam es zum Gefecht zwischen den Truppen und den von Günthersthal heranziehenden Freischaaren bei einem Wäldchen in der Nähe der Stadt; am Morgen des 24sten endlich zog Gen. Hoffmann vor die verbarrikadirte Stadt, beschoß sie selbst mit Kanonen und drängte endlich die Freischaaren heraus. An demselben Tage scheiterte ein Versuch, die Republik in Heidelberg auszurufen, an der Festigkeit der Bürgerwehr und der Studenten, welche 3—400 bewaffnet eingezogene Bauern vor dem Rathhause umzingelten und zur Niederlegung der Waffen und zum Abzuge nöthigten. Die Schaar aus Frankreich, welche kaum 800 Mann stark unter Führung des tactlosen und unfähigen Börnstein, der für nur 2000 Patronen gesorgt hatte und den ehemaligen preußischen

Officier Corvin, den Chef des Generalstabs, nicht unterstützte, sondern hemmte, und des eitlen und unwissenden Löwenfels von Straßburg*) am 22sten auf der Eisenbahn bis Banzenheim abgefahren war, setzte in der Nacht zum 24sten bei den Dörfern Niffers und Großkembs über den Rhein (650 Mann), und zog über Tannenkirchen, Kandern durch das Münsterthal nach dem Dorfe Mutten, in dessen Nähe sie (bei Todtenau) die Schaar Siegels zu finden hofften; doch war diese Tags vorher durch Struve's Uebereilung den Truppen bei Freiburg entgegengeführt und, weil sie zum größern Theil aus Sensenmännern bestand, zersprengt worden. Nun zogen sie nach der Schweizer Grenze, wurden am 27sten bei Dossenbach von dem würtembergischen Hauptmann Lipp angegriffen, nach $1\frac{1}{2}$stündigem Gefechte, in welchem sie sich bald verschossen hatten und Reinhard Schimmelpfennig fiel, in die Flucht getrieben und entkamen zum Theil über das Dorf Karsau nach Rheinfelden. Herwegh, auf dessen Kopf ein Preis gesetzt war, hatte mit seiner muthigen Frau bei dem Schmidt ein Versteck gefunden und beide gelangten in den Kleidern seiner Dienstleute hinter seinem Wagen hergehend über die Rheinbrücke; Bornstedt und mehrere Hunderte seiner Gefährten wurden gefangen.

So war der Kampf rasch beendet, an welchem Viele nur gezwungen Theil genommen hatten; außerdem nicht wenige Schmuggler und Wildschützen, welche sich noch am beßten schlugen; die Uebrigen waren junge, durch Hecker's Beredtsamkeit hingerissene Leute, Studenten, Handwerker, Schullehrergehülfen, welche an Disciplin nicht

*) Vergebens erschienen Spatz und Venedey als Abgeordnete des Fünfzigerausschusses, welche sie vom Zuge abmahnten, ihnen Amnestie und Durchzug nach Schleswig-Holstein versprachen, wenn sie dort für die deutsche Sache kämpfen wollten.

gewöhnt waren. Das Betrübendste war die Feigheit und Schlaffheit der Bürger, wie einzelner Beamten, welche keinen Widerstand zu leisten wagten, selbst gegen eine kleine Schaar von Republikanern.

Die natürliche Folge der unbesonnenen Schilderhebungen war, daß ein größerer Theil der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung im Sinne der gemäßigten Partei ausfiel, als dieß sonst vielleicht der Fall gewesen wäre. An dem Tage, an welchem Hecker den Kampf begann, sollte er als Ersatzmann in den Fünfzigerausschuß eintreten. Daneben wurde schon damals von unbefangenen Beobachtern getadelt, daß das preußische Ministerium nicht Vertreter in denselben geschickt hatte, wie das österreichische (Schuselka, Curanda, v. Mühlfeld, v. Andrian, Prof. Endlicher), da die vom Vorparlamente in den Ausschuß gewählten Preußen, meist hart verfolgte Opfer des frühern Systems, bei jeder Gelegenheit vielmehr Preußen feindlich sich aussprachen, während alle andern Deputirten bei aller Bethätigung ihrer deutschen Gesinnung doch auch ihr Heimathsland gegen ungerechte Angriffe vertraten. Die badischen Conservativen billigten beistimmend oder wenigstens stillschweigend jeden Angriff auf Preußen, während sie ihre Regierung entschieden vertraten und unterstützten. So hatte Soiron, der Präsident des Ausschusses, mit andern Mitgliedern nach dem badischen Oberlande gesendet, auf der Rückkehr auch in der Carlsruher Ständeversammlung für das Ministerium ein Vertrauensvotum in der Verfolgung der Aufständischen durchgesetzt; in Frankfurt unterstützten sie lebhaft die vom Kanzler Wächter beantragte Verstärkung der Bundescentralgewalt durch Ernennung von drei Männern (Prinzen), welche eine Art Dictatur in den innern Angelegenheiten Deutschlands ausüben sollten; ein Antrag, den die linke Seite heftig bekämpfte, weil sie darin eine Gefahr für die Entwickelung der Freiheit erkannte und der Anfangs verworfen, dann aber vom Bundestag und

auch in einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses angenommen wurde. Die übrigen Schritte desselben waren von geringem Erfolg, da er durch die heftigen Parteikämpfe in seinem Schoße, sowie durch Uebergriffe gegen Außen bald an moralischem Gewicht verlor. In Böhmen, wo man die Wahlen entschieden verweigerte, ja hinderte, verunglückte die Sendung von Wächter, Curanda und Schilling gänzlich. Einen Sturm erregte noch das Promemoria des hessischen Bundestagsgesandten von Lepel am 4ten Mai, welcher darauf angetragen hatte, gegenüber der bald zusammentretenden Versammlung der Volksvertreter ein gemeinsames Organ der durch außerordentliche Bevollmächtigte zu vertretenden Regierungen zu bilden; hiervon hatte sich Rob. Blum eine Abschrift zu verschaffen gewußt und dem Ausschusse mitgetheilt, in welchem dieß als Verrath gegen das deutsche Volk bezeichnet und sogar auf Berufung des Vorparlaments angetragen wurde. Der Ministerpräsident H. v. Gagern berief indeß Lepel von seinem Posten ab. Der Zusammentritt der ersten gewählten Vertreter fand schon am 1sten Mai Statt; da indeß die Wahlen in Preußen und Oesterreich noch nicht vollendet waren, fand (nach einem Beschlusse des Bundestags) die feierliche Eröffnung erst am 18ten Mai Statt. —

Die constituirende Nationalversammlung, welche am 19ten Mai mit 305 unter 397 Stimmen Heinrich von Gagern für die nächsten 4 Wochen zum Präsidenten, von Soiron und von Andrian zu Vicepräsidenten wählte, und die von Mohl, Murschel und Schwarzenberg entworfene Geschäftsordnung annahm, schied sich schon in den nächsten Wochen in verschiedene Parteien und Clubs: äußerste Linke: Zitz, Ruge; Linke: Blum, Wesendonk, Vogt, Schüler von Jena; linkes Centrum: Raveaux, Eisenmann, Venedey, Giskra; rechtes Centrum (Erbkaiserliche): Dahlmann, v. Beckerath, Rießer u. A.; Rechte: Lichnowsky, von Radowitz, v. Vincke, der Mann des durch-

löcherten Rechtsbodens; äußerste Rechte: Lassaulx, Philipps. Die ersten Schritte waren Absendung einer Commission nach Mainz, wo ein Streit der Bürger mit preußischen Soldaten einen erbitterten Kampf und den Belagerungszustand herbeigeführt hatte; man ging nach dem Berichte derselben zur motivirten Tagesordnung über und überließ der Bundesbehörde die weiteren Maßnahmen. Hierauf regte Raveaux am 22ten die Frage wegen des Verhältnisses der Versammlung zu den gleichzeitig tagenden constituirenden Einzelversammlungen an, worüber am 27sten entschieden ward, daß alle Bestimmungen der Einzelverfassungen nur nach Maßgabe der in Frankfurt festzusetzenden allgemeinen deutschen Verfassung gültig sein sollten. Die Versammlung empfing am 25sten eine ungarische Deputation, welche ein Bündniß Ungarns mit Deutschland anbot, erklärte am 9ten Junius den Krieg in Schleswig-Holstein für eine Angelegenheit des deutschen Volks, bewilligte 6 Millionen Thaler für die deutsche Flotte, für welche in allen Theilen Deutschlands eifrig gesammelt wurde (ein Marinecongreß von Bevollmächtigten und Sachverständigen tagte seit dem 1sten in Hamburg, wo am 2ten auch ein Congreß deutscher Gewerbtreibender zusammengekommen war) und nahm nach lebhaften Debatten vom 19ten bis 27sten das Gesetz über Errichtung einer provisorischen Centralgewalt an, an deren Spitze durch Gagern's „kühnen Griff" als unverantwortlicher Reichsverweser (mit verantwortlichem Ministerium) am 29sten der Erzherzog Johann gewählt und sogleich vom Bundestage begrüßt wurde; ja, als er von einer Deputation des Parlaments in Wien zur Annahme aufgefordert und am 10ten Jul. festlich eingeholt worden war, übertrug ihm der Bundestag am 12ten im Namen der deutschen Regierungen seine Befugnisse. Von einem großen Theile der Bevölkerung Deutschlands wurde diese Einsetzung einer starken Centralbehörde freudig begrüßt, zumal da auch

in dieser Zeit die demokratische Partei entschiedener aufgetreten war, in einem von Deputirten ihrer Vereine beschickten Congresse zu Frankfurt am 15ten und 16ten Jun. sich für die demokratisch-sociale Republik erklärt und ein Centralcomité erwählt hatte, das seinen Sitz in Berlin nehmen sollte. Hier, wie in Wien, waren noch stürmische und Gefahr drohende Bewegungen eingetreten, während in Paris schon die Partei der Ordnung und des Besitzes in den Junitagen einen entschiedenen Sieg über die Anarchisten davon getragen hatte. — —

Die Mai- und Juni-Ereignisse in Wien, Berlin und Paris.

In Wien zeigten sich schon bald die Uebelstände und Gefahren der gegenwärtigen Lage, die ihren Hauptgrund in dem Mangel einer die neue Richtung mit Entschiedenheit und Consequenz verfolgenden und stützenden bedeutenden Persönlichkeit hatten, wie sie Metternich für das gestürzte System gewesen war. Von den Ministern hatte der Baron von Pillersdorf durch offene freisinnige Erklärungen über den gegenwärtigen Staatszustand und durch einzelne Erlasse die meiste Popularität gewonnen, aber durch das engherzige Preßgesetz zum Theil wieder eingebüßt, zumal da dieß trotz seiner Zusage von Abänderungen von den übrigen Ministern (so vom Justizminister Taaffe*)) als in Kraft bestehend angesehen wurde.

*) Dieser zog sich überhaupt vielfaches Mißtrauen zu; namentlich wurde er durch Dr. Kern angeklagt, die Freilassung der politisch Amnestirten nicht in ganzem Umfange ausgeführt zu haben.

Die neu erscheinenden periodischen Blätter legten auch kein günstiges Zeugniß für die Bildung und Fähigkeit ihrer Herausgeber ab und erlangten dadurch eben auch keinen Einfluß auf die Regierung, die sich lieber durch Furcht vor der von überspannten Agitatoren beherrschten Volksmasse und der Aula leiten und fortreißen ließ, deren Mitglieder (worunter auch junge Künstler und Techniker) von der Mehrheit der Bevölkerung allgemein gefeiert wurden. Es war auch ein wachsames Element so nothwendig, um die werdende Freiheit vor denen zu schützen, denen sie von Anfang verhaßt gewesen, der Hofpartei und dem Adel, der Bureaukratie, und vor denen, denen sie schon lästig zu werden anfing, weil die Stockung des Verkehrs nicht aufhörte: den „gutgesinnten", d. h. nach Ruhe verlangenden Bürgern, welche in der Nationalgarde am zahlreichsten vertreten waren. An Symptomen des Rückschritts fehlte es bald nicht. In den letzten Tagen des April wurde Dr. Schütte in Wien auf die Policei beschieden und in einem Wagen von Policeibeamten begleitet über die Grenze gebracht; gleichzeitig verlautete von Bildung eines Sicherheitscomité's, dessen Mitglieder (alle Nationalgarden und „gute Bürger") mit der Unverletzlichkeit von obrigkeitlichen Personen gegen Störer der gesetzlichen Ordnung und Alle, die gegen die Regierung aufreizten, einschreiten könnten. Viele der ehemaligen Liberalen, Bureaukraten, Advocaten und Gewerbsmänner, deren Mittelpunct der juridische Leseverein war, stellten sich nun der muthigen Jugend entgegen, da sie das Privilegium der Intelligenz gepachtet zu haben meinten. Anstatt die Bewegung leiten zu helfen, überließen sie dieß überspannten Führern und pflanzten dafür in der deutschen Frage die Fahne des „Staatenbundes" auf, worunter sie ein Gemisch sämmtlicher Nationalitäten verstanden, welches das übrige kleine Deutschland ins Schlepptau nehmen sollte. Als Wahlcandidaten empfahlen sie gut österreichisch, d. h.

der deutschen Sache feindlich gesinnte Männer; und der Erklärung ihrer Regierung, daß sie den Beschlüssen des Frankfurter Parlaments nur in soweit sich unterwerfen werde, als sie denselben ihre Sanction ertheilt habe, klatschen sie Beifall.

Die neue Verfassung, welche am 25sten April (das provisorische Wahlgesetz am 9. Mai) veröffentlicht wurde und, mit Ausnahme weniger vom Reichstage zu berathender Bestimmungen, sogleich in Kraft treten sollte, erregte fast allgemeine Unzufriedenheit wegen der vorzugsweise aristokratischen Zusammensetzung der ersten Kammer, in welche überdieß der Kaiser ein Viertheil der Mitglieder wählen sollte. Die Studenten machten in einer Petition an den Minister des Innern Vorstellungen und das Nationalgardencomité schloß sich denselben an; der Minister sagte auch die erbetene Errichtung eines Arbeiterministeriums zu, und versprach, die Beschränkung der Wahlen durch einen Census aufheben zu wollen, nahm jedoch in einem späteren oberflächlichen Erlaß sein Versprechen zurück und erklärte, nur dem Reichstage stehe eine freisinnigere Gestaltung der Verfassung zu. Wiederholte Straßentumulte und Katzenmusiken, welche in den ersten Tagen des Mai die Nationalgarde viel beunruhigten, führten endlich die Abdankung des Ministerpräsidenten Ficquelmont herbei; ja, als auch dem Erzbischof eine Katzenmusik gebracht worden war (der päpstliche Nuntius verließ am 7ten Mai Wien), erfolgte am 8ten die Aufhebung der Jesuiten-, Liguorianer- und Redemptoristen-Orden in der ganzen Monarchie! In das Liguorianer-Kloster verlegten die Studenten ihren Rede- und und Leseverein. Während man so energischen Kundgebungen rasch und schwächlich nachgab, bewies andererseits die Beschießung von Krakau, die Schließung des Nationalcomité's in Lemberg und die Auflösung der Kreisvereine und Nationalgarden in allen Kreisen Galiziens — alles am 26sten April — die Aufstachelung des

Hasses der Bauern gegen ihre Gutsherren, und die Aufwiegelung der Kroaten durch Jellachich und Gay gegen das ungarische Ministerium, daß die Hofpartei und Bureaukratie sich beeiferten, ihre alte Herrschaft wieder zu erlangen und durch ihr altes Mittel, Entzweiung der Nationalitäten, zu befestigen.

Die durch solches Treiben gesteigerte Gährung kam in Folge eines Erlasses des Grafen Hoyos vom 14ten, welcher den Compagnieen der Nationalgarden befahl, ihren Deputirten im politischen Centralcomité die Vollmachten abzunehmen, am 15ten zum Ausbruch; dasselbe hatte nämlich bei den bevorstehenden Wahlen in den Gemeindeausschuß, wobei nur Steuerpflichtige über 20 fl. wählen sollten, seinen Einfluß aufbieten wollen, um den Ausfall der Wahlen im überwiegend conservativen Sinne zu hindern. Um 12 Uhr wurde, was in den letzten Tagen oft geschehen war, die Nationalgarde zusammengetrommelt; die Studenten bewaffneten sich gleichfalls, während die Arbeiter, durch unbestimmte Gerüchte beunruhigt, in den Vorstädten, namentlich in der Brigittenau sich sammelten, um trotz der Kanonen am Burgthor in die Stadt zu dringen und die Studenten, gegen die etwas im Werke sein sollte, zu beschützen. Mit Mühe wurden sie durch Fischhof und Montecuculi beruhigt und zurückgehalten. Eine Deputation der Aula forderte von den Ministern Bestätigung des Centralausschusses, Besetzung der Thor- und Burgwachen bloß durch Studenten und Nationalgarden und Ausrücken des Militärs nur auf Verlangen der Letztern; eine später abgesandte trug das unter den Versammelten inzwischen angeregte Verlangen eines constituirenden Reichstags vor, welches Pillersdorf endlich um 11 Uhr gewährte, nachdem Studenten und Nationalgardisten nach der Burg gezogen waren. Aber auch dieß genügte nicht; „eine Kammer, kein Census" rief man und neue Deputationen erlangten endlich auch dieß Zugeständniß von

Pillersdorf um Mitternacht. Die nächsten Folgen waren die Abdankung der Minister am 17ten und die hinter ihrem Rücken von der Hofpartei, namentlich dem Grafen Bombelles, betriebene Fortführung des Kaisers in Mitte seiner Familie nach Insbruck, von welchem Schritte die Rückschrittspartei eine gänzliche Verzichtleistung der erschreckten Bürgerschaft auf die Bewilligungen des 15ten hoffte. Dieß bewies der bald nachher nach Wien gesendete Erlaß, welcher die Nationalgarde vom Dienste in der Hofburg enthob, das kaiserliche von keinem Minister mitunterzeichnete Manifest vom 20sten, welches die Wiener hart tadelte und zu verstehen gab, daß man sich durch jene Bewilligungen nicht gebunden erachte, und die Ungeduld, mit welcher man die zu ihrer Auflösung und Verschmelzung mit der Nationalgarde schon geneigte Aula dazu drängte. Zwar hatte das Ministerium am 18ten wieder die Zügel ergriffen, sich gegen die inconstitutionelle Abreise des Kaisers ausgesprochen, sich von aller Mitschuld gereinigt und aus seiner Mitte Doblhof dem Kaiser nachgeschickt (wie das ungarische Ministerium den Fürsten Paul Esterhazy); auch hatte sich die Nationalgarde und die Legion dem commandirenden General untergeordnet, das Centralcomité war aufgelöst und vom Magistrat ein Sicherheitsausschuß eingesetzt worden; das Verbot gegen Zusammenrottungen und die Ermächtigung zur Verkündigung des Standrechts am 19ten hatten keinen Widerspruch erregt. Aber um so größere Erbitterung erregten nun jene am 24sten aus Insbruck anlangenden Erlasse; und die perfide Art, mit der Montecuculi am Morgen des 26sten die Auflösung der Aula befahl und das Gebäude mit Soldaten umstellen ließ, ohne nur die vom Grafen Colloredo gegebene 24stündige Bedenkzeit einzuhalten, brachte es zum Ausbruch. Die Studenten verweigerten ihre Auflösung und verschanzten sich in der Aula; die Nationalgarde, wie die Arbeiter, welche man durch Emissäre von der

Aula hatte abwendig machen wollen, ergriffen für sie Partei, zahlreiche Barrikaden wurden errichtet, die Soldaten zeigten sich nicht geneigt, gegen Volk und Studenten zu kämpfen: so mußte der Befehl zur Auflösung der Aula vom Ministerium zurückgenommen und die Truppen zurückgezogen werden. Graf Montecuculi flüchtete in der Nacht aus der Stadt und mehrere angesehene Männer, die man für Urheber jenes Beschlusses gegen die Aula hielt, wurden verhaftet und in Anklagestand versetzt!

Am 10ten Juni erließ der Kaiser endlich von Insbruck aus ein Friedensmanifest an die Wiener, worin er an den Bewilligungen des März und des 15ten Mai zu halten und bald nach Wien zurückzukehren verhieß; sein Unwohlseyn verzögerte indeß die Reise, vielleicht auch glaubte die Hofpartei, durch den gleich darauf gemeldeten Sieg über die Panslavisten in Prag und durch Jellachich's loyale Verheißungen ermuthigt, ferner weder gegen das deutschgesinnte Wien, noch gegen die slavenfeindlichen Ungarn schonend auftreten zu müssen.

In Prag hatte die czechische Partei schon unter dem vorigen System ihrem Hasse gegen dasselbe in giftigen Ausfällen gegen das Deutschthum überhaupt Luft gemacht; die Märztage erweckten auch das Verlangen nach selbstständiger Verwaltung aller der Krone Böhmen nicht unterworfenen Länder durch ein verantwortliches Ministerium (gerade wie bei den von den Böhmen später so geschmähten Ungarn), was ihnen auch am 8ten April bewilligt wurde. Nun aber führte die centralisirende Bestrebung der Frankfurter Redner und der Haß gegen die deutsche Partei in Wien bald einen geheimen Bund zwischen den Czechomanen und der Hofpartei (vielleicht auch einzelnen Ministern) herbei, wie die Verbreitung des trotzigen Absagebriefs von Palaczky auf die Einladung des Fünfzigerausschusses zur Theilnahme an seinen Sitzungen und die Berufung dieses Deutschenfressers als Cul-

tusminister nach Wien bewies (was er indeß ablehnte). Nun wurden die Czechen übermüthiger gegen die 66,000 zaghaften Deutschen in Prag, beschimpften die deutschen Farben, erklärten sich am 26sten April gegen Beschickung des Parlaments in Frankfurt — als „aufregend, unnütz und gefährlich für Böhmen, für Oesterreich, ja für die Dynastie", was sie auch durch eine Deputation in Wien erklären ließen — und feierten, nachdem die eingeschüchterten Deutschen ebenfalls sich der Wahlen enthalten hatten, mit diesen wie zum Hohne ein Verbrüderungsfest, wobei ihnen indeß gerathen ward, zur Verhütung von Reibungen ihre deutschen Farben nicht zu tragen! In ihren hirnlosen Träumen von einem Kaiserreiche Westslavien mit der Hauptstadt Prag (an welches sich auch außerösterreichische Slaven anschließen sollten), und aus Nachäffung des Frankfurter Parlaments beriefen sie einen Slavencongreß nach Prag: zur Wahrung der Unabhängigkeit und Nationalität der mit Oesterreich verbundenen, durch die deutschen Einheitsbestrebungen gefährdeten (!) Slaven. Nach den Wiener Maiereignissen erklärten sie durch ihren Oberstburggrafen Leo Thun, das Ministerium in Wien sei nicht frei, und setzten einen mit dem Kaiser direct verkehrenden Regentschaftsrath in Prag ein. Am 4ten Jun. wurde der Congreß in drei Abtheilungen (deren keine die Sprache der andern verstand) eröffnet, protestirte gegen die Theilung Polens, und entwarf eine Bundesacte zur Verwirklichung eines allgemeinen Slavenbundes, zunächst auf friedlichem Wege. Während dessen überstürzten sich aber die radicalen Führer durch Aufhetzung der Studenten, welche während der Ferien dableiben, der Arbeiter, welche ihre Arbeiten in den Fabriken einstellen sollten, übten sie im Exercieren und verlangten endlich von dem commandirenden General Fürst Alfred Windischgrätz Waffen und Munition, selbst Kanonen, was dieser natürlich nicht bewilligen konnte. Als seine Truppenaufstellungen die Kampfeslust der

Czechen nicht verminderten, kam es am 12ten nach einer im Freien gehaltenen Messe zum Kampfe vor der Generalcommandantur, bei dessen Beginn die Fürstin Windischgrätz aus dem Fenster eines benachbarten Gasthofs erschossen und dem Sohne des Fürsten durch eine Kugel das Bein zerschmettert wurde. Als die Barrikaden auf seine Drohung nicht weggeräumt wurden, ließ er die Thore sperren und Kanonen aufführen; noch am Abend des 12ten hatte das czechische Militär, das sich tapfer gegen die Insurgenten schlug, die Hauptstraßen und die Plätze in den bessern Stadttheilen wieder genommen und die Verbindung mit der Kleinseite wieder hergestellt; die Czechen hielten sich im Carolinenthal und in der innern Stadt. Vom Lande strömte nur einiges Gesindel herein; es hatten ja auch in einigen ganz czechischen Bezirken die Wahlen nach Frankfurt ohne Widerrede Statt gefunden.

In den nächsten Tagen wurde der Kampf von den erbitterten Czechen heftig fortgeführt und furchtbare Greuel an Soldaten und Deutschen verübt; da forderte Windischgrätz am 16ten zum Abzuge aus der Stadt auf, da er die Stadt von den umliegenden Höhen (dem Wischehrad und dem Lorenzberge) beschießen würde. Am Nachmittage begann das Feuer, mehrere Häuser wurden in Brand geschossen; aber erst am 18ten capitulirten die Aufrührer und stellten 14 Geißeln. Eine Commission zur Untersuchung ward von Windischgrätz niedergesetzt, jedoch nach viermonatlichen Arbeiten nichts veröffentlicht, weil man die inzwischen in den Reichstag gewählten Slavenführer, welche auf der Rechten saßen und gegen die Deutschgesinnten für Einheit der Monarchie stimmten, zu schonen für klug hielt. Die nächsten Folgen des Siegs waren aber Vertagung des auf den 18ten Jun. berufenen czechischen Parlaments, Anordnung der Wahlen für Frankfurt und Auflösung des slavischen Nationalcongresses, dessen Mitglieder die Weisung erhielten, schleunigst Böhmen zu verlassen. —

Den entscheidendsten Einfluß hatte aber dieser Sieg des kaiserlichen Militärs über die demokratischen Elemente des Slaventhums und die Demüthigung ihrer Sonderbündelei auf die Stellung der Hofpartei, welche schon durch den am 4ten Jun. ernannten Minister des Auswärtigen, Wessenberg, um ihren Einfluß gebracht schien, gegen die deutschgesinnte Partei in Wien und die mit derselben sympathisirenden Ungarn. Schon war das Absetzungsdecret des Banus von Croatien, Jellachich, wegen seiner Widersetzlichkeit gegen das ungarische Ministerium vom Kaiser am 10ten Jun. unterzeichnet und er selbst in Insbruck nicht auf das freundlichste empfangen worden; die Abgeordneten der croatischen Landescongregation hatte man nicht einmal vorgelassen und den serbischen Patriarchen Rajacic an das ungarische Ministerium verwiesen — da eröffnete der Sieg in Prag und das schlaue Verhalten des Banus die Aussicht auf Rettung der Einheit der Monarchie (vielleicht auch der Pfaffenherrschaft) und auf Bekämpfung jener Feinde des alten Systems durch engen Anschluß an die Slaven. Jellachich fand bei den Gliedern der kaiserlichen Familie die beste Aufnahme, führte trotz der Absetzung Titel und Würde fort, und wurde von da an heimlich durch die Camarilla und später (im September) selbst durch den Kriegsminister Latour unterstützt. Eine friedliche Ausgleichung mit Batthyany kam nicht zu Stande, da dieser die nationale Selbstständigkeit der Croaten und die fernere Abhängigkeit der Militärgrenze von der Centralregierung in Wien nicht zugestehen konnte; und so begannen im Juli die Raubzüge der Serben gegen die dort zerstreut wohnenden Ungarn und Deutschen an der Militärgrenze und in Syrmien. Das fortdauernd heuchlerische perfide Verfahren der Camarilla gegen Ungarn mußte endlich die loyalsten, ja die Conservativen und Aristokraten unter den Magyaren auf Kossuths Seite bringen.

Auch von dem Kriegsschauplatze in Oberitalien — wo Radetzky am 1sten Mai bei Goito einen Verlust erlitten und sich selbst nach seiner Vereinigung mit Nugent am 11ten Mai, zwischen den Festungen Verona und Mantua nur vertheidigungsweise hatte halten können, zumal da die Uebergabe der ausgehungerten Festung Peschiera am Gardasee am 29sten Mai an Carl Albert die Unterbrechung der Verbindungen mit den deutschen Erblanden herbeizuführen drohte — gestaltete sich allmählich im Laufe des Junius die Lage der Dinge günstiger für die Oesterreicher. Denn bald fielen die zum Gebiete von Venedig gehörenden und von dieser Stadt nicht unterstützten Städte Vicenza am 12ten, Padua (durch d'Aspre) und Treviso (durch Welden) am 14ten, Palmanuova am 24sten in ihre Hände; sodaß nun selbst die am 3ten Juli zusammentretende Generalversammlung der geängstigten Republik Venedig, dem Beispiele der Mailänder folgend, sich an Sardinien anschloß und somit ihre Existenz als Freistaat in Frage stellte. Ihre mit der sardinischen und neapolitanischen Flotte vereinigten Schiffe hoben Ende Junius die seit dem 23sten April ausgesprochene Blokade von Triest auf, nachdem schon früher die neapolitanischen Schiffe (in Folge des Siegs der Truppen und der Lazzaroni in Neapel über die Liberalen am 15ten Mai) abberufen worden waren, und der Bundestag am 16ten, das deutsche Parlament am 20sten Jun. jeden Angriff auf Triest für einen feindlichen Act gegen Deutschland erklärt hatten.

Während der Abwesenheit des Kaisers wurde in der letzten Hälfte des Junius Erzherzog Johann zu seinem Stellvertreter in Wien ernannt, welches er jedoch schon in den ersten Tagen des Julius verließ, um nach Frankfurt zu gehen und später nur auf kurze Zeit wieder betrat, um den Reichstag am 22sten Julius zu eröffnen.

In **Berlin** war, ähnlich wie in Wien, bald eine heftige Spaltung zwischen der eifrigen Policeidienst übenden Bürger-

wehr*) und der in ihr vorzugsweise vertretenen Partei der Fanatiker der Ruhe und der Wohlhabenden einerseits und den Wortführern der Massen andererseits hervorgetreten, welche offen von einem Kampfe der Besitzlosen gegen die Besitzenden sprachen und auf die feige Bourgeoisie schimpften, „die in den Tagen der Revolution sich versteckt hätte, aber sie nun zu Gunsten der Hofjuweliere, Hofschuster und Hofschneider ausbeuten wolle." Gegen die Uebertreibungen der radicalen Partei, deren Mittelpunct der politische Club im Hotel de Russie, später im Mielentz'schen Saale war, traten die gemäßigten Freisinnigen auf Anregung des Polenvertheidigers Crelinger in einen constitutionellen Club zusammen, der die errungenen Freiheiten gleichzeitig auch gegen jeden Reactionsversuch der gestürzten Partei wahren zu wollen erklärte und eine feste Organisation und zahlreiche Mitglieder gewann, auch eine (von Dr. Prutz ziemlich freisinnig redigirte) Constitutionelle Club-Zeitung herausgab.

Das Ministerium Camphausen, das zwischen die Parteien gestellt war, beging gleich in den ersten Wochen seines Bestehens nicht wenige Fehler durch seine Halbheit, Unentschiedenheit und peinliche Gewissenhaftigkeit, als streng-constitutionelles Ministerium handeln und selbst das, worüber schnell ein Entschluß gefaßt werden mußte, den verfassungsmäßigen Gewalten anheimstellen zu wollen. Darüber verlief so manche kostbare Woche und statt mit der Bewegung gleichen Schritt zu halten, überließ man der radicalen Partei die Initiative und ließ sich von derselben bald vorwärts drängen, bald einschüchtern und zur Zurücknahme eines schon gethanen Schrittes nöthigen, wodurch wenigstens das moralische Ansehen der Regierung

*) Im Anfange Aprils ging einmal die Meldung im Schlosse ein: „In der Stadt ist Alles ruhig, bis auf die Bürgerwehr!"

bedeutend erschüttert werden mußte. Die Gemäßigten vermieden es, ihm entschieden entgegen zu treten, weil sie es für das einzig mögliche Ministerium hielten und von seinem Sturze das Hereinbrechen der Anarchie fürchteten.

Am 22sten Mai wurde vom Könige die Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung eröffnet, deren Zusammensetzung indeß wenig Bürgschaft für eine gedeihliche Wirksamkeit bieten konnte. Von den bedeutenden Rednern des vereinigten Landtags war kaum Einer hineingewählt worden; die besten Talente waren in das Frankfurter Parlament gekommen. In der Berliner Versammlung fehlte es aber nicht an Mitgliedern, welche weder lesen noch schreiben konnten und mit den Führern der äußersten Linken, Graf Reichenbach, Behrends u. A. stimmten, deren Bundesgenossen außerhalb der Versammlung, die Redner Held und ähnliche, die Volkshaufen bald gegen diejenigen Mitglieder zu hetzen anfingen, welche im gemäßigten Sinne stimmten. So geschah es am 8ten Jun., als der am 4ten von Behrends gestellte Antrag, zu erklären: daß die Barrikadenkämpfer am 18ten und 19ten März sich um das Vaterland verdient gemacht hätten, verworfen worden war, mehrere Tage hinter einander, daß die vor der Singacademie (dem Locale der Versammlung) aufgestellten Volkshaufen die herausgehenden Mitglieder der gemäßigten Partei insultirten und mißhandelten; und diese fortdauernden Zusammenrottungen führten endlich am 14ten Jun. die schmachvolle Erstürmung des Zeughauses herbei, welches anfangs von Abtheilungen der Bürgerwehr umstellt und vertheidigt, endlich aber, als eine derselben auf das andringende Volk geschossen, mehrere verwundet und große Erbitterung hervorgerufen hatte, von den meisten verlassen und den andringenden Haufen Preis gegeben wurde. Als nun auch der Befehlshaber der im Innern aufgestellten Truppenabtheilung, von Natzmer, durch falsche Gerüchte

getäuscht, auf Zureden seines Adjutanten von Techow abzog, brachen gegen 2000 Arbeiter und junge Burschen ein, rissen die Fahnen herab, die Gewehre aus den Kisten und schleppten Waffen aller Art, Hellebarden wie Zündnadelgewehre von neuer Erfindung (die bisher noch ein Geheimniß gewesen war) mit fort, welche sie am Eingange zum Theil für ein Spottgeld wieder verkauften. Zwei Stunden dauerte der Unfug; endlich kam das 24ste Regiment und vertrieb die Plünderer, deren einige von den Fenstern herabsprangen. Am andern Morgen suchte die Policei die gestohlenen Waffen in den Häusern wieder zusammen; die Versammlung in der Singacademie beschloß aber auf Uhlich's Antrag, sich nicht mehr durch die Bürgerwehr bewachen zu lassen, sondern sich dem Schutz aller Bewohner anzuvertrauen. In derselben Sitzung nahm sie aber trotz der Gegenbemühungen der Minister auch den Antrag des Abg. Wachsmuth an, einen Verfassungsausschuß niederzusetzen, dem es überlassen sein sollte, den Regierungsentwurf (welcher wegen mehrerer engherzigen Bestimmungen keine günstige Aufnahme gefunden hatte) seinen Berathungen zu Grunde zu legen oder einen neuen zu bearbeiten. In Folge dieser ersten Niederlage des Ministeriums (welches bei Anfang der Sitzungen den Sieg über die eine Adresse beantragende Linke, wie am 8ten über den Behrendsschen Antrag davon getragen hatte) traten Schwerin, v. Arnim und v. Canitz aus dem Ministerium, und auch Camphausen, als er sich außer Stand sah, sein Ministerium zu vervollständigen, trat am 20sten zurück, als Opfer der Zusammensetzung des bisherigen aus Männern der verschiedensten Farben, die sich gegenseitig gehemmt hatten, und des unglücklichen Versuchs, mit den Mitteln des alten Systems fortzuregieren und durch Ausbesserung und Zusetzung ein Flickwerk von Justemilieu zu Stande zu bringen; wodurch natürlich weder die Partei des Fortschritts befriedigt, noch die Anhänger des gestürzten Systems

ganz geschont oder gar begütigt werden konnten. Denn daß diese letzteren ebenso an Camphausens Sturze gearbeitet haben, als die radicale Partei, ist außer Zweifel. Der bisherige Finanzminister, Hansemann, bildete ein neues Ministerium aus den verschiedensten Fractionen unter dem Vorsitze von Auerswalds, in welches Schreckenstein für den Krieg, Rodbertus (der indeß bald wieder austrat) für Cultus, Märker für Justiz, Milde (der bisherige Präsident der constituirenden Versammlung) für den Handel, Kühlwetter für Inneres, Gierke für Landwirthschaft eintraten und Hansemann die Finanzen behielt. Der König, der sich meist in Potsdam aufgehalten hatte, dem Vereinigungspuncte aller mißvergnügten Anhänger des alten Systems, kehrte auf den Wunsch der Minister zurück. Zwar dauerten trotz des von Kühlwetter eingerichteten Instituts der Schutzmänner (Constabler) oder vielleicht gerade in Folge desselben, wie der polizeilichen Confiscationen der Schmutzblätter die unerquicklichen Agitationen durch die Volksredner, wie Held, Beta, Lindenmüller, und die Conflicte mit der Bürgergarde fort. Aber dieser Unfug *), namentlich der Unwille über den Zeughaussturm, endlich auch die Erhebung eines österreichischen Prinzen an die Spitze von Deutschland trugen allmählich zur Erstarkung des specifisch preußischen Bewußtseins auch unter ei-

---

*) Die „Grenzboten" sagten im Anfange des Julius: „Keine Stadt bietet in den Zeiten der Prüfung ein so widerwärtiges Bild sittlicher Unreife und politischer Impotenz (wie Berlin). — Die eine Partei ist nicht besser als die andere. Ueberall Reflexion und Kritik zum Uebermaß, überall vornehmes Besserwissen und blasirtes über Alles Hinaussein, nirgend Productivität, nirgend auch nur eine Spur von jener erhebenden Gluth des Enthusiasmus, die das Sonderinteresse ebenso mit sich fortreißt, wie den kalt reflectirenden Verstand."

nem Theile der früheren Gegner des alten Systems mächtig bei. Placate von „Buddelmeier" erinnerten daran, daß Preußen der Kopf von Deutschland sei und schlossen mit der Drohung: „Preußen oben an, oder wir haben man nur gespaßt!" —

In **Paris** hatte schon in den ersten Wochen nach der Februarrevolution die Entfernung fast aller Fremden, das starke Sinken der unter Louis Philipp zu einer unnatürlichen Höhe hinaufgetriebenen Papiere, am meisten aber die durch Louis Blanc's und Albert's hohles Geschwätz in der Arbeitercommission gesteigerten Anforderungen der Arbeiter an ihre Arbeitgeber, endlich der Uebermuth der bewaffneten Banden Sobrier's, Blanqui's und Barbès' und der Arbeiter in den Nationalwerkstätten große Verlegenheiten bereitet und die von jenen Wortführern angefeindete Bourgeoisie geängstigt. Eine Demonstration der alten Nationalgarde (der Bärenmützen), welche der Verschmelzung ihrer Compagnieen mit den neu hinzugetretenen Arbeitern entgehen und lieber wie bisher zusammenbleiben wollte und daher am 16ten März in Masse vor dem Stadthause erschien, wo sie von Lamartine beruhigende Zusicherungen erhielt, verunglückte durch Ledru Rollin's und der Clubshäupter Aufgebot einer dreimal größern Masse von Arbeitern, welche am 17ten eben dort erschienen, Verschiebung der Wahlen der Nationalgardeofficiere, sowie der Zusammenberufung der Nationalversammlung und Entfernung aller Truppen aus der Stadt erzwangen und durch diesen Sieg und das Bewußtsein ihres Uebergewichts über die Bourgeoisie noch übermüthiger wurden. Als indeß am 6ten April die Wahlen der Officiere größtentheils im gemäßigten Sinne ausfielen, beschlossen die Communistenführer, denen noch immer nicht von Seiten der provisorischen Regierung genug geschehen war, am 16ten April einen Schlag gegen die gemäßigte Seite derselben zu füh-

ren; doch ließ die Regierung, noch zeitig genug benachrichtigt, daß gegen 15,000 Arbeiter vom Marsfelde heranzögen, Generalmarsch schlagen. Sogleich kamen 100,000 Nationalgardisten, darunter viele Arbeiter, zusammen; uud bethätigten durch den Ruf: „Nieder mit den Communisten! nieder mit Cabet, nieder mit Blanqui" ihre Anhänglichkeit an Lamartine und seine Sache. So wurde der Zweck dieser Kundgebung der Rothen nicht erreicht, jedoch ohne daß diese ihre Pläne für die Zukunft aufgaben.

Die nächsten Wochen brachten die Wahlbewegungen, für welche Ledru Rollin seinen Commissären in den Provinzen entschiedene Instructionen gegeben hatte, republikanisch Gesinnte wählen zu lassen; in Rouen kam es darüber zu heftigen Kämpfen zwischen der Nationalgarde und den Arbeitern, welche zwei Tage lang die Barrikaden vertheidigten, aber endlich weichen mußten. In andern Städten, in Limoges, Elboeuf, siegten die Arbeiter im Kampfe und bei den Wahlen; im Ganzen gehörte indeß die große Mehrheit der Gewählten der gemäßigten, die Deputirten des Südens sogar meist der legitimistischen Partei an. Am 4ten Mai wurde die Nationalversammlung eröffnet und proclamirte, ohne vorhergehende Debatte, der vor dem Sitzungssaale harrenden Menge die republikanische Verfassungsform; sie wählte den gemäßigten Buchez zum Präsidenten (statt des Candidaten der Rothen Trelat), genehmigte nach Lamartine's Rechenschaftablegung die bisherigen Maßregeln der Regierung und erwählte am 10ten Mai eine Executivcommission von fünf Mitgliedern: Arago, Garnier Pagès, Marie, Lamartine, Ledru Rollin. Louis Blanc wurde bei Ablegung seines Berichts über die Thätigkeit der Arbeitercommission im Luxemburg verhöhnt, und der Antrag auf Bildung eines Arbeiterministeriums verworfen. Da rüsteten sich die Häupter der communistischen Clubs Raspail, Barbès, Blanqui zu einem Attentat auf die

Versammlung, indem sie die gleichzeitig durch die Nachrichten aus Posen entstandene Aufregung benutzend, das Volk zu einer Kundgebung für die polnische Sache aufforderten. Das republikanische Fest, zu welchem schon zahlreiche Deputirte aus den Provinzen erschienen waren, wurde von Sonntag dem 14. auf den 21. verlegt, vielleicht weil die Regierung schon Kunde hatte und voraussah, daß es zu einem Putsche benutzt werden sollte. Am folgenden Tage, den 15ten, in der Mittagsstunde zog eine große Masse Menschen die Quais entlang über die Eintrachtsbrücke nach dem Sitzungssaale der Nationalversammlung und geleitete die Deputation, welche die Petition für Befreiung Polens überreichen sollte. Der Andrang um den Palast mehrte sich, und als General Courtais zur Beruhigung des Haufens seinen Compagnieen befahl, die Bajonette abzunehmen, sahen die Ruhestörrr dieß als Ermuthigung an und drangen über die Treppengeländer und durch die Fenster des Erdgeschosses in den Palast und in den Sitzungssaal, wo bald eine furchtbare Verwirrung losbrach, sodaß der Präsident endlich sich bedeckte und die Sitzung schloß. Barbès verlangte die Erklärung, das Volk von Paris habe sich um das Vaterland verdient gemacht und die Ausschreibung der Steuer von einer Milliarde auf die Reichen. „Nein Barbès", rief eine Stimme aus dem Haufen, „nur zwei Stunden Plünderung!" Eine neue ausgerufene provisorische Regierung zog nach dem Stadthause und nahm unterwegs Louis Blanc mit; aber bald ritten Lamartine und Ledru Rollin an der Spitze der Nationalgarde nach dem Stadthause und machten jener Regierung ein Ende, während andere Abtheilungen die Nationalversammlung von dem Reste der Eindringlinge befreiten. Schon am Abend waren die Führer verhaftet (nur Blanqui's bemächtigte man sich erst am 27sten); die Versetzung von Louis Blanc und Caussidière in Anklagezustand, zu welcher der Generalprocurator Pourtalès die Zustimmung der Na-

tionalversammlung verlangte, wurde am 3ten Juni nicht genehmigt, wobei die Mitglieder der Regierung und selbst der Justizminister Crémieux gegen den Antrag stimmten; weßhalb Pourtalès seine Entlassung nahm und Crémieux selbst in Folge von Interpellationen abdanken mußte. Caussidière hatte schon am 16ten seine Stelle als Chef der Policei niedergelegt.

Die Executivcommission ernannte nun am 17ten den General Cavaignac (seit der letzten Revolution Gouverneur von Algier) zum Kriegsminister und beauftragte ihn schon am 20sten, größere Truppenmassen nach Paris und in dessen nächste Nähe zu ziehen; denn obgleich die Nationalversammlung am 8ten Jun. ein strenges Gesetz über die Bestrafung von Zusammenrottungen, namentlich Bewaffneter, angenommen hatte, drohte Gefahr von den Nationalwerkstätten, für welche am 15ten 3 Mill. Francs als letzter Posten von der Versammlung bewilligt worden war. Wenige Tage vorher hatte dieselbe, troß der Erklärung Lamartine's, die Regierung wolle das Verbannungsgesetz von 1832 auf Louis Napoleon anwenden, dennoch am 13ten dessen Wahl bestätigt. Als die Executivcommission sich deßhalb zurückziehen wollte, drangen am 14ten die Minister, der Präsident der Nationalversammlung, der Policeipräfect und der Maire von Paris in sie, zu bleiben; namentlich bestand Cavaignac darauf als auf einer Pflicht der Ehre. Auch schrieb Louis Napoleon, daß er, um keinen Anlaß zu Ruhestörungen zu geben, auf die Wahl verzichtete; ebenso schrieb er am 24sten Jul., als er am 3ten aufs Neue in Corsica gewählt worden war. Am 20sten Jun. wurde bestimmt, ein Theil der Arbeiter solle nach entfernten Eisenbahnstrecken im Departement der Sologne, zwischen Tours und Nantes u. a. Gegenden versetzt werden. Dieß brachte große Aufregung hervor und es fanden schon am 21sten Unterhandlungen zwischen den Brigadiers der Nationalwerkstätten

und den Parteiführern in den Vorstädten Statt; am 22sten durchzogen 56 Abgeordnete der ersteren die Straßen und hetzten das Volk auf; der Befehl der Regierung, sie und den Anführer eines vor dem Luxemburg erschienenen Haufens, Pujol, zu verhaften, wurde nicht ausgeführt. Da hielten sie am Abend eine Versammlung auf dem Platze des Pantheon und am Morgen des 23sten um 6 Uhr eine zweite, bei welcher schon die Feindseligkeiten offen ausbrachen. Gleichzeitig begann der Kampf und Barrikadenbau auf der Nordseite der Stadt, in den Vorstädten du Temple, St. Denis, St. Martin und Poissonnière; Lamoricière erstürmte die Barrikaden von St. Denis, Lamartine und Cavaignac die in der Vorstadt du Temple, so daß am Abend des 23sten die Insurgenten fast nur auf die Vorstadt St. Antoine und jenseits der Seine auf St. Jacques beschränkt schienen. Aber hier und in den nördlichen Vorstädten war der Kampf am 24sten noch hartnäckig und von der Straße St. Antoine her wurde selbst das Stadthaus bedroht — da erklärte die Nationalversammlung auf Duprat's Vorschlag Paris in Belagerungszustand uud ernannte Cavaignac zum Chef der Executivgewalt mit außerordentlicher Vollmacht, welcher nun mit Energie angriff, das Pantheon eroberte nnd das linke Seineufer frei machte. In der innern Stadt wurde die Barrikade bei St. Mery in der Straße St. Martin genommen, aber erst am 25sten, an welchem zahlreiche Nationalgarden aus den Nachbarstädten, ja selbst aus Rouen und Amiens, zu Hülfe kamen, das Clos St. Lazare und die Vorstadt du Temple ganz erkämpft. Erst am Morgen des 26sten wurde auch die Vorstadt St. Antoine von den Generalen Lamoricière, du Vivien und Perrot angegriffen und schon um 11 Uhr zur Uebergabe auf Gnade und Ungnade gezwungen; nachdem kurz vorher der Erzbischof von Paris, welcher zum Frieden mahnen wollte, auf den Barrikaden erschienen war und durch einen Schuß eine Wunde erhalten, an welcher er am 28sten starb.

Aber auch in den Reihen der Streiter hatte dieser Vernichtungskampf zahlreiche Opfer gekostet: drei Generale, Brea, Renaud und Negrier waren geblieben, neun waren verwundet, außerdem mehr Stabsofficiere, als je die blutigste Schlacht gekostet hatte; nur den tapfersten Anstrengungen nicht bloß der Linie und der Nationalgarden, sondern selbst der aus der Februarrevolution hervorgegangenen mobilen und der republikanischen Garden war die Bezwingung der erbitterten und nach einem trefflichen strategischen Plane gegen den Mittelpunct der Stadt operirenden Aufrührer gelungen. Waren auch von beiden Seiten Viele gemordet worden, so bestätigten sich doch die Erzählungen vom Verkauf vergifteten Branntweins an die Soldaten u. a. nicht. Die nächsten Folgen des Siegs waren Schließung der Clubs, Unterdrückung der Zeitungen der Rothen, selbst legitimistischer und der „Presse" (deren Redacteur Girardin wegen des Verdachts eines Einverständnisses mit Louis Napoleon verhaftet wurde); ferner erfolgte die Abdankung der Executivcommission und Ernennung Cavaignac's zum Conseilpräsidenten mit freier Wahl der Minister, was durch Bonjean am 28sten beantragt wurde, als Cavaignac am 28sten seine dictatorische Gewalt in die Hände der Nationalversammlung zurückgab. Außer dem Kriegsminister Gen. Lamoricière erhielten auch die Generale Bedeau und Changarnier in der neuen Verwaltung einflußreiche Posten und somit war das Uebergewicht der Militärs entschieden. Die Mehrzahl der mit den Waffen in der Hand gefangenen Insurgenten beschloß man zu deportiren, worin am 6ten Aug. mit 600 der Anfang gemacht ward. Am 1sten Jul. wurden die Nationalwerkstätten geschlossen, am 28sten ein strenges Gesetz gegen die politischen Clubs angenommen, drei Tage darauf Proudhon's Antrag auf hohe Besteuerung aller Miethen von Grundbesitz nach Thiers' glänzender Gegenrede verworfen. Am 3ten Aug. erstattete Gen. Baraguay

d'Hilliers im Namen der zur Untersuchung der letzten Schilderhebungen niedergesetzten Commission Bericht über den inneren Zusammenhang derselben seit dem 16ten März, wobei die offene Nachweisung der Betheiligung Louis Blanc's und Caussidière's an dem Attentat vom 15ten Mai viel böses Blut machte; endlich verstanden sich aber Ledru Rollin (der selbst arg compromittirt war, jedoch geschont werden sollte) und die blauen Republikaner (Cavaignac und der Präsident der Versammlung Marrast) dazu, jene beiden Preis zu geben, welche nach dem so gefaßten Beschlusse der Versammlung am 25sten über Belgien nach England flüchteten. Im Grunde war aber jener Bericht gegen die republikanische Bewegung im Februar gerichtet, wie denn überhaupt der Club der Straße Poitiers immer offener seine Antipathie gegen die Republik an den Tag legte und die nicht socialistischen Republikaner in der Straße Taitbout, denen es an Verwaltungstalenten fehlte, in den Hintergrund zu drängen sich bemühte. Gegen Ende Septembers, als die Rothen in den Provinzialstädten Arras, Bourges, Toulouse (da in der Hauptstadt der Belagerungszustand bis zum 19. October fortdauerte) communistische Bankette, selbst unter Betheiligung der Beamten, anstellten und Ledru Rollin selbst albern genug war, dort wüthende Reden zu halten, worüber Denjoie am 30sten Sept. eine Interpellation an das Ministerium richtete: rieth Marrast selbst dem Conseilpräsidenten, sich mehr an jenen Club anzuschließen, damit derselbe nicht die Candidatur des in fünf Wahlbezirken gewählten Louis Napoleon zum Präsidenten der Republik unterstützte. Der Präsident nahm zwar am 14ten October Dufaure und Vivien ins Ministerium, versäumte es aber zu seinem Schaden, an des Finanzministers Goudchaux Stelle am 24sten ein drittes Mitglied jenes Clubs (Achille Fould) aufzunehmen. Denn nachdem am 4ten Nov. die Verfassung von der constituirenden Versammlung angenommen und am 12ten von Marrast

auf dem Eintrachtsplatze ohne besonders lebendige Theilnahme der Bevölkerung verkündigt worden war, wornach die Wahl des Präsidenten durch sämmtlicher am 10ten Dec. Statt finden sollte, trat auch Louis Napoleon am 27sten Nov. als Candidat dafür auf. Obgleich die Regierungsbeamten in ziemlich auffallender Weise für Cavaignac warben; obgleich dieser am 15ten sich durch eine glänzende Rede von der Anklage Baraguay d'Hilliers' reinigte, als habe er am 23sten Jun. die Nationalgarde nicht zeitig genug unterstützt und absichtlich den Sturz der provisorischen Regierung herbeigeführt — obgleich er dem Papste, der nach der Ermordung seines Ministers Rossi am 15ten und dem Angriffe des Volks auf den Quirinal am 17ten Nov. acht Tage später nach Gaeta geflüchtet war, einige 1000 Mann schickte und am 1sten Dec. ein Asyl in Frankreich anbot, worauf jedoch am 10ten eine ablehnende Antwort ertheilt ward — siegten dennoch die napoleonischen Sympathieen des Landvolks, die Versprechungen der Agenten Louis Napoleons, er werde bei seinem großen Reichthum die Steuern erlassen; siegte endlich die Abneigung der großen Mehrheit des französischen Volks gegen die bisherigen Machthaber und die republikanische Verfassungsform überhaupt, sodaß Louis Napoleon mit 5,424,226 Stimmen zum Präsidenten gewählt ward, während Cavaignac nur 1½ Mill., Lamartine und Ledru Rollin nur eine ganz unbedeutende Zahl Stimmen erhielten. Am 20sten Dec. legte Cavaignac seine Würde nieder; Louis Napoleon leistete den verfassungsmäßigen Eid und bildete sein Ministerium unter dem Vorsitze von Odilon Barrot, in welches sogar der ultramontane Fallour als Unterrichtsminister eintrat. So endete die Bewegung in Frankreich mit der Erhebung eines Prätendenten, der vielleicht seitdem schon längst einen Staatsstreich versucht und sich mit Hülfe der alten Militärs zum Kaiser oder wenigstens zum lebenslänglichen Präsidenten hätte ausrufen lassen, wenn ihm nicht die or-

leanistische und die legitimistische Partei zu mächtig und gefährlich erschienen — die Republik dankt schon jetzt ihre Erhaltung nur noch der Eifersucht dieser drei monarchistischen Elemente, die sich gegenseitig das Gleichgewicht halten! —

Die Ereignisse in Deutschland in der zweiten Hälfte des Jahres 1848.

Wie in Frankreich, so trug auch in Deutschland der Sieg über die Pariser Anarchisten zu einer Ermuthigung der ihnen entgegenarbeitenden Partei bei, welche vorzugsweise die gesetzliche genannt sein wollte; und die maßlosen Uebertreibungen der sogenannten für Republik und Socialismus eifernden „Wühler", welche einen immer größern Terrorismus gegen die Gemäßigten auszuüben begannen, trieben einen nicht geringen Theil der frühern Vorkämpfer der Freiheit den Regierungen in die Arme; statt der Einigkeit, wie sie im März bestanden und den Sieg so rasch herbeigeführt hatte, standen sich zwei erbitterte Parteien gegenüber, die beide durch ihr blindes Geschrei von Reaction und Revolution die bösen Geister heraufbeschworen und darüber die Hauptsache, die Wahrung der gewonnenen Freiheiten und die Behauptung des im März erkämpften neuen Rechtsbodens aus den Augen verloren. Die sogenannten Republikaner vergaßen, daß mit dem bloßen Geschrei: keinen Fürsten mehr! die Republik noch nicht erkämpft wäre; daß die Barrikadenkämpfe kleiner Schaaren nur dann einen leichten und dauernden Sieg erringen könnten, wenn die Stimmung der ganzen Bevölkerung hinter

ihnen stände, wie in den Märztagen der Fall gewesen war; und daß auch durch einen augenblicklichen Sieg nicht eine lebensfähige Republik hergestellt sein würde, wenn sie nicht erst ein Volk von Republikanern gebildet hätten. Sie bedachten aber auch nicht, daß die von ihnen fortdauernd erhaltene Aufregung der Massen endlich doch einer Erschlaffung und Abspannung Platz machen müßte, ja einer entschiedenen Abweisung des nutzlosen und erfolglosen Feuerschreiens. Auch die Frankfurter Versammlung versäumte, statt bald an das Verfassungswerk zu gehen, viel Zeit durch die ausführliche Berathung der Grundrechte, welche am 4ten Julius begann und statt nur ein deutsches Staatsbürgerrecht zu begründen und in einer Habeascorpusacte die persönliche Freiheit jedes Einzelnen sicher zu stellen, in alle Lebens-, Verkehrs- und Eigenthumsverhältnisse tief eingriff, sodaß später (im Januar 1849) ihre Einführung in den größeren deutschen Staaten erschwert und die Zähigkeit der königlichen Regierungen selbst von einem nicht geringen Theile der Spieß- und Speckbürger gutgeheißen ward. Gleich in der ersten Hälfte des Julius erregte die Erklärung des Königs von Hannover vom 8ten Julius, in welcher er die Selbstständigkeit seiner Krone der Centralgewalt gegenüber wahren zu müssen glaubte, einen großen Sturm und zahlreiche Adressen (selbst aus hannöverschen Städten) bekundeten den Unwillen der Deutschen über diese Weigerung, sich den Beschlüsschlüssen der Nationalversammlung zu unterwerfen; ja in dieser selbst wurden Stimmen laut, welche den König einen Rebellen nannten und Einziehung Hannovers und Verwaltung als eines reichsunmittelbaren Gebiets verlangten. Die Nationalversammlung beschloß am 14ten auf v. Wydenbrugk's Antrag, die Centralgewalt möge von der hannöverischen Regierung ihre unumwundene Anerkennung verlangen, worauf diese am 21sten August aussprach, Hannover erkenne

das Gesetz vom 28sten Juni unbedingt an. Dagegen benutzte die der Centralisation abgeneigte Partei für ihre Zwecke den Erlaß des Reichskriegsministers von Peucker vom 16ten Julius, daß der Reichsverweser die Oberleitung der deutschen Kriegsmacht übernommen habe und daher alle Garnisonen am 6ten Aug. in Waffenschmuck ausrücken und durch ein dreimaliges Hoch ihm huldigen sollten. In Preußen erregte dieß natürlich bei dem Militär großen Widerspruch und wurde von den Gleichgesinnten, namentlich von den Preußenvereinen „für König und Vaterland", zur Weckung des specifischen Preußenthums ausgebeutet, während die demokratische Partei in Berlin diesen Anlaß zu einer Festfeier benutzte; doch verhütete ein Armeebefehl des Königs und eine Erklärung von Peucker's eine tiefere Spaltung und beseitigte die Mißverständnisse. Auch anderwärts ward der Befehl gar nicht oder nur unvollständig ausgeführt. Willkommener wurde die Verzichtleistung des Reichsverwesers auf die Civilliste und die Aufforderung an die Regierungen, Bevollmächtigte bei der Centralgewalt zu ernennen, aufgenommen; auch schien die Anwesenheit des Reichsverwesers und vieler Mitglieder des Parlaments bei dem Dombaufeste in Cöln am 13ten August zu einem guten Vernehmen mit dem anwesenden König von Preußen in erwünschter Weise beitragen zu sollen. Denn wenige Tage vorher (am 7ten) hatte die Wahl Hecker's zum Reichstagsabgeordneten im badischen Bezirk Thiengen (welche am 10ten verworfen wurde) zu einer taktlosen Aeußerung Brentano's über den Prinzen von Preußen, „dem das Volk ja auch Amnestie ertheilt habe" und zu heftigem Auftreten preußischer Deputirten von der Rechten gegen den Redner Veranlassung gegeben, ja diese vergaßen sich so weit, ihn zum Zweikampf zu fordern. — Die von der Centralgewalt am 13ten Aug. abgeordneten Gesandten an auswärtige Höfe (von Raumer nach Paris, von Andrian nach London)

machten wenig Glück; Andrian wurde erst am 4ten Sept. und nur als Ueberbringer eines Schreibens des Erzherzogs Johann empfangen! Max von Gagern wurde nach Schleswig abgesandt, um dort an den Unterhandlungen mit Dänemark unter Englands und Schwedens Vermittelung Theil zu nehmen (nachdem der erste Waffenstillstand Ende Julius von Wrangel verworfen und neue Truppen von verschiedenen deutschen Staaten abgesendet worden waren), wurde aber von Preußen in empfindlicher Weise zurückgesetzt. Auch wurde schon am 26sten zu Malmö der Waffenstillstand mit Dänemark auf 7 Monate abgeschlossen unter für die stets siegreichen deutschen Waffen keineswegs günstigen Bedingungen, welche nicht nur in den Herzogthümern selbst die größte Unzufriedenheit erregten, sondern auch in Frankfurt zuerst am 5ten Sept. den von Dahlmann veranlaßten Beschluß des Parlaments (mit 244 gegen 230 Stimmen) die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen zu sistiren und in Folge dessen den Rücktritt des Reichsministerpräsidenten Fürsten Leiningen und sämmtlicher Minister herbeiführten. Der Reichsverweser beauftragte nun Dahlmann mit der Bildung eines Ministeriums, und als dieser, von seinen bisherigen Clubgenossen im Stich gelassen, sich dazu außer Stand sah, den bayrischen Ministerialrath Hermann, welcher nur eine Waffenruhe eintreten zu lassen vorschlug. Aber auch ihm gelang es nicht, und so fehlte es an einem Organ, dem Beschlusse Nachdruck und Erfolg zu verschaffen; der Rückmarsch der Truppen dauerte fort. Als nun aber der Versammlung die Actenstücke über die Friedensunterhandlungen vorgelegt waren, welche die Berechtigung Preußens zu seinem Verfahren nachweisen sollten und auch eine Erklärung der dänischen Regierung einging, daß sie zu nachträglichen Zugeständnissen geneigt sei, kam nach mehrtägigen lebhaften Debatten am 16ten mit 257 gegen 236 Stimmen der Beschluß zu Stande, den Waffenstillstand anzuer-

kennen, aber die Centralgewalt zu Bewirkung eines Einverständnisses mit der dänischen Regierung und zur Einleitung von Friedensunterhandlungen zu veranlassen. Dieß brachte große Aufregung unter der Bevölkerung Frankfurts hervor; noch an demselben Abend wurde der englische Hof, sowie das Café Westendhall, die Wohnung des Reichsministers Heckscher, welcher noch glücklich entkam, und die einiger besonders verhaßten Mitglieder der Versammlung demolirt. Auch erschienen Deputationen fast aller politischen Vereine Frankfurts im Würtemberger Hof, wo die Fractionen der Linken und des linken Centrums, welche gegen den Waffenstillstand gestimmt hatten, gemeinsame Berathung hielten; sie forderten diese, indem sie sich und die Frankfurter junge Mannschaft zur Disposition stellten, auf, sich zu Vertretern der gesammten deutschen Nation zu erklären und die Mitglieder der Rechten auszustoßen. Aber dieß wurde von der großen Mehrzahl der Volksvertreter zurückgewiesen; und Venedey ließ jene Abgesandten mit harten Worten an, sie hätten den Mitgliedern des Parlaments nicht vorzuschreiben, was sie zu thun hätten. Am Sonntag Nachmittag war eine zahlreich besuchte Volksversammlung auf der Pfingstwiese, in welcher einige exaltirte Redner zu offnem Widerstande und zum Barrikadenbau aufforderten. Am Montag den 18ten fand, nachdem in der Nacht Oesterreicher und Preußen von Mainz herbeigeholt worden waren, eine bewegte Sitzung in der Paulskirche Statt, in welcher mehrere Anträge der Linken zurückgewiesen wurden. Die Anwesenheit des Militärs steigerte die Erbitterung der Volkshaufen, welche selbst an der Thüre der Paulskirche tobten. In den Nachmittagsstunden begann, nachdem zahlreiche Zuzüge aus Mainz, Hanau u. a. Orten gekommen waren, der Barrikadenbau, der Anfangs wenig gehindert ward; auch erschien, als Generalmarsch geschlagen wurde, nur ein kleiner Theil der Frankfurter Bürgergarde. Endlich

begann der Angriff der durch hessendarmstädtische Artillerie verstärkten Truppen auf die Barrikaden, der nur durch einen kurzen gegen Einbruch der Dämmerung bewilligten Waffenstillstand auf $1/2$ Stunde unterbrochen wurde, und dauerte die ganze Nacht fort; gegen 6 Uhr war das Heer überall Sieger. In der Frühsitzung des 19ten zeigte der Präsident von Gagern mit ergreifenden Worten die Ermordung des Gen. v. Auerswald und des Fürsten Lichnovsky an, welche Nachmittag gegen 4 Uhr auf einem Ritt in der Vorstadt von einem Turnerhaufen abgeschnitten und, ersterer in einem Gartenhause, letzterer auf dem Wege nach Bornheim, als er sich zur Wehre setzte, auf gräßliche Weise getödtet worden waren. Die Versammlung ertheilte mit überwiegender Mehrheit dem Ministerium (Schmerling, Peucker, Mohl und Duckwitz) ihre Zustimmung zu allen von ihm ergriffenen Maßregeln und ihren Dank dem Militär für seine Hingebuug und Mäßigung. Die Minister (mit Ausnahme des Fürsten von Leiningen und Heckscher's, der nach Neapel gesendet wurde) übernahmen wieder ihre Posten. Die Stadt Frankfurt wurde in Belagerungszustand erklärt, welcher bis zum 20sten October fortdauerte, und größere Truppenmassen in der Nähe der Stadt concentrirt, um allen von der republikanischen Partei noch zu versuchenden Bewegungen entgegen treten zu können.

Denn auch in Heidelberg und Mannheim hatten am 18ten Ruhestörungen Statt gefunden und wenige Tage darauf, am 21sten, während Hecker nach Amerika abreiste, weil er mit den Anarchisten Heinzen und Struve längst zerfallen war, überschritt der Letztere die badische Grenze bei Lörrach, nahm die Zollkassen in Beschlag und proclamirte zum zweiten Male die deutsche Republik, deren Präsident er sein wollte, und erließ Bekanntmachungen mit dem Motto: Wohlstand, Bildung, Freiheit!

Aber schon am 23sten nahm der Kriegsminister Hoffmann Stauffen mit Sturm; Struve selbst wurde nebst seiner Frau am 25sten zu Wehr verhaftet und konnte auf Wege nach Freiburg nur mit Mühe vor den Mißhandlungen der Bevölkerung geschützt werden. Gleichzeitig hatten in Cöln die Communisten am 25sten eine Erhebung versucht und die Arbeiter zum Bau von Barrikaden aufgefordert, welche indeß, da das auf dem Markte aufgestellte Militär sich mit größter Mäßigung benahm und sie gar nicht angriff, ohne Vertheiger blieben und am andern Tage wieder ohne Widerstand eingerissen wurden.

So stellte es sich immer mehr heraus, daß die Anhänger der socialen Republik einen gemeinsamen Schlag gegen die Fürstenhäuser führen und ihren Sieg zur Durchführung ihrer weltbeglückenden Theorieen benutzen wollten, wobei sie sich indeß zu glänzende Vorstellungen von der Kampfeslust des größeren Theils selbst ihrer gläubigen Zuhörer gemacht haben mochten. Auch bei den Versuchen, die Soldaten zu bearbeiten, daß sie in solchem Kampfe nicht auf das Volk schössen, sondern sich auf seine Seite schlügen, hatten sie nur einzelne scheinbare und vorübergehende Erfolge; wenn es aber zum Ernst kam, blieben die Soldaten dem Gebote ihrer Führer gehorsam; ja oft zeigten sich gerade diejenigen unter ihnen, welche das Heckerlied mitgesungen und mit den Republikanern Brüderschaft getrunken hatten, späterhin bei Wirthshausraufereien am meisten als „verthierte Söldlinge" und „brutale Soldateska". Seit dem Ende Septembers begann auf Verfügung der Centralgewalt in verschiedenen Theilen Deutschlands, namentlich auch in den thüringischen Ländern (wohin außerdem sächsische, bayrische und selbst hannöversche Truppen kamen) die Verlegung der Landestruppen in andere Staatsgebiete, unter deren Schutze die Führer der republikanischen Partei verhaftet wurden und die bisher machtlosen Behörden ihrer Autorität und dem Gesetze wieder Achtung ver-

schaffen konnten. Jetzt zeigte die gute Aufnahme, welche die Soldaten an vielen Orten fanden, wo sie Trotz und Widerstand zu finden erwartet hatten, wie die Erschlaffung schon an so vielen Orten eingetreten war, wie wenig Boden die Anarchisten im Volke gehabt haben konnten und wie wenig sie auch im Stande gewesen sein würden, nur kurze Zeit geordneten und eingeübten Kriegsheeren Widerstand zu leisten. Jene Wortführer hatten die Mitglieder der linken Seite des Parlaments in Adressen aufgefordert, auszutreten und sich als Convent zu constituiren; welche nachhaltige Unterstützung würden sie ihnen gewährt haben?

Die Stimmung, welche die Soldaten in den meisten Städten vorfanden, zeigte aber auch, daß die Zahl der Bürger nicht gering war, welche — bei allem Festhalten an den Bewilligungen des März und bei aller Abneigung gegen die immer mehr hervortretende Perfidie des Reichsministers Schmerling (der ja auch später in Wien aussprach, er habe auch als Reichsminister immer als Oesterreicher gedacht und gehandelt!) und gegen die denselben noch stützende Mehrheit des Parlaments — keinen gewaltsamen Umsturz wollten, sondern jenen Thorheiten der Socialisten abgeneigt waren und ihrer weltbeglückenden Fähigkeit mißtrauten. Es stellte sich dabei auch heraus, daß die Zaghaftigkeit der „Gutgesinnten" übertrieben gewesen war. Es wäre vielleicht schneller zu einer Beruhigung der Gemüther gekommen, wenn nicht die Octoberereignisse in Wien und die Novemberereignisse in Berlin und die vom Parlament und der Centralgewalt dabei beobachtete Haltung jenes Mißtrauen gerechtfertigt und die Besorgnisse vor einer Zurückführung des vormärzlichen Systems mächtig gesteigert hätten.

In **Wien** war der Kaiser endlich am 12ten August von Insbruck wieder eingetroffen, ohne indessen willkommene Aufnahme zu finden, wie eine Revue der Truppen und Nationalgarden am 19ten bewies. Schon am 22sten Julius hatte Erzherzog Johann den Reichstag er-

öffnet, ein buntes Gemisch von Nationalitäten und vielfach unreifen Ansichten, in welchem die Czechen (aus Oppositionsgeist gegen die deutschgesinnte Partei) mit den Schwarzgelben unter den deutschen Abgeordneten und den galizischen Bauern (die zwar zum Theil nicht einmal Deutsch verstanden, aber gewissenhaft mit ihrem Gouverneur, Graf Stadion, dem Erfinder ihrer ruthenischen Nationalität, aufstanden oder sitzen blieben) der rechten Seite angehörten. Es fehlte nicht an Interpellationen an das neue Ministerium, welches am 8ten Julius an Pillersdorf's Stelle getreten war; und außerhalb der Versammlung erhielten die Führer der Aula und andere von der Ferne hergekommene Schreier die Aufregung, welche durch einzelne Maßregeln der Regierung, wie die Verhaftung der Herausgeber des Studentencouriers, Falke und Buchheim, am 16ten, durch Herabsetzung des Taglohns der arbeitenden Frauen auf 15, für Kinder unter 10 Jahren auf 10 Kreuzer, am 21sten August noch gesteigert wurde. Der Letzteren nahmen sich die männlichen Arbeiter an und es kam am 23sten zu heftigem Kampfe mit dem Militär und der Nationalgarde, in welchem 10 Arbeiter blieben und 70 verwundet wurden. Am 3ten September fand zu ihrem Gedächtniß ein feierlicher Trauerzug der Aula und der Arbeiter Statt.

Etwas Muth schöpften die Schwarzgelben (welche ein ungetheiltes centralisirtes Fortbestehen der Monarchie unter dem Hause Habsburg und Trennung von dem übrigen Deutschland wollten) aus den raschen Siegen in Italien. Nachdem Radetzky seine Verbindung mit Triest wieder hergestellt hatte, wendete er sich gegen Westen und überschritt den Mincio, über welchen er jedoch wieder zurückkehrte, da die Piemontesen ihm von Süden her in die Flanke kommen wollten, sie am 25sten Jul. bei Custozza gänzlich schlug, über den Mincio zurückwarf und von da in Einem Siegeszuge vor sich her trieb, sodaß Carl

Albert schon am 28sten eine kurze Waffenruhe um den Preis der Rückgabe von Peschiera sich erkämpfen mußte. Am 3ten Aug. stand Radetzky schon in Lodi und am 6ten zog er in Mailand ein, nachdem in der vorhergehenden Nacht Carl Albert, der durch eine Convention Leben und Eigenthum der Bewohner sicher gestellt hatte, zum größten Unwillen Aller die Stadt verlassen hatte, die er vereint mit ihnen verheißen hatte vertheidigen zu wollen. Am 8ten erzwangen die Oesterreicher sogar den Einmarsch in Bologna, welches sie indeß bald wieder verließen, nachdem sie die kleineren Fürsten in Modena und Parma wieder eingesetzt hatten.

Nach dem Falle der zur Terra firma von Venedig gehörenden Städte in der letzten Hälfte des Junius hatten die von Manin berufenen Abgeordneten der Republik von San Marco endlich sich am 2ten Jul. bestimmen lassen, den gänzlichen Anschluß an Sardinien auszusprechen. Diese Langsamkeit und Engherzigkeit, wie die gegenseitige Eifersucht der größeren Städte Italiens überhaupt, welche sogar von geheimen Agenten der französischen Regierung*) genährt worden war, ihr Mangel an Zusammenwirken, vor Allen aber die geringe Unterstützung, welche die Häupter der Regierung in Mailand dem Könige Carl Albert angedeihen ließen — sodaß Piemont fast allein die Lasten und Kosten des Kriegs tragen mußte — hatten hauptsächlich zu den schnellen Fortschritten Radetzky's beigetragen, nachdem der greise Feldherr endlich hinreichende Verstärkungen an sich gezogen und seinen Rücken frei gemacht hatte. Jetzt zeigte sich, wie sehr die Häupter in Mailand sich selbst über ihre Kräfte und ihre Hülfsmittel ge-

*) Man erzählt sich sogar, der französische Minister des Auswärtigen, Bastide, habe den Abgesandten Venedigs geradezu gerathen, sie möchten sich nicht den Anhängern Carl Alberts überliefern.

täuscht hatten, als sie während der ersten Monate des Kampfs fortwährend sich gegen die französische Hülfe ausgesprochen hatten (ihr Wahlspruch war: l'Italia fara da se, Italien wird es für sich allein durchsetzen); jetzt zeigte sich, wie thöricht Casati gehandelt hatte, als er im Junius das Anerbieten Oesterreichs, die Unabhängkeit der lombardischen Provinzen gegen Uebernahme eines Theils der Staatsschuld und einige Handelsvortheile anerkennen zu wollen, zurückwies und auf der Unabhängkeit des ganzen lombardisch-venetianischen Königreichs bestand.

Am Ticino, dem Grenzflusse Piemonts, blieb Radetzky stehen; denn von jetzt an hemmten die Anerbietungen der Vermittelung von Seiten Englands und Frankreichs, welches letztere bedeutende Streitkräfte an den Alpen aufgestellt hatte, die Fortschritte der österreichischen Waffen und führten am 19ten eine Verlängerung des am 9ten abgeschlossenen Waffenstillstands von Salasco auf sechs Monate herbei, wozu auch die Turiner Abgeordnetenversammlung, trotz der stattlichen Reden der kriegslustigen Advocatenpartei, endlich mit 122 gegen 13 Stimmen ihre Zustimmung gab, als der Kriegsminister, General da Bormida, die geringen Hülfsmittel des Landes und den traurigen Zustand der Armee offen darlegte und die Unmöglichkeit nachwies, dem siegreichen Heere Radetzky's Widerstand zu leisten. Dennoch zeigte sich der König noch immer ziemlich zweideutig gegen Oesterreich, indem er seine Flotte unter Albini vor Venedig ließ, obgleich hier Manin am 11ten Aug. die Republik aufs Neue proclamirt hatte; und erst am 9ten September verließ Albini die Gewässer von Venedig. Den Lombarden versprach ein kaiserliches Manifest vom 20sten September eine Verfassung; doch ist bis jetzt nichts davon ausgeführt worden.

Die Volkspartei in Wien mochte fühlen, wie gefährlich die Siege

des alten Haudegens ihrem Treiben werden könnten; denn sie bezeugte keine sonderliche Freude über dieselben. Der Reichstag lehnte sogar den Antrag einer Dankadresse an die italienische Armee ab. Neue Bewegungen veranlaßte am 11ten September die Privatwechselbank von Swoboda, welche zahlreiche Actien mit Geldwerth ausgegeben hatte, um mit dem dafür erhaltenen Gelde Bedürftigen kleine Vorschüsse zu machen, ohne daß, wie das Volk irrig glaubte, das Bestehen der Bank und die Rückzahlung durch die Regierung gewährleistet worden war. Als nun die Actien rasch im Werthe sanken und nicht leicht um baare Münze umgetauscht werden konnten, geriethen Viele der kleinen Leute dadurch in Verlegenheit und zogen vor Doblhofs Haus, auf welchen Swoboda die Schuld gewälzt hatte. Anfangs begütigt, kamen sie am 12ten wieder und verwüsteten es, weil die Regierung nicht die Bürgschaft übernehmen wollte. Nun verwilligte der Reichstag ½ Mill. Fl. zur Einlösung der Actien und 2 Mill. zur Unterstützung hülfsbedürftiger Gewerbsleute und die Mäßigung der Nationalgarde machte dem Treiben ein unschädliches Ende. Aber die Frankfurter Ereignisse, noch mehr jedoch der fortdauernde nur zu gegründete Argwohn gegen die freiheitsfeindlichen Anschläge der Hofpartei gaben den Exaltirten Tausenau, Schütte, Jellinek, Becher und Willner, stets neue Gelegenheit zu wüthenden Ansprachen an das Volk, so am 24sten September bei einem Fackelzug, den sie unter zahlreicher Betheiligung des durch Kudlich's Antrag von den Frohndiensten befreiten Landvolks diesem Abgeordneten brachten. Am meisten Nahrung fand jedoch jener Argwohn in dem Verfahren gegen Ungarn.

Zwei Monate hindurch, Julius und August, hatten die Raubzüge der Serben im Banat und in Syrmien gedauert, und Jellachich hatte die von Slaven bewohnten Gebiete durchzogen, um zum Kampfe

für das Kaiserhaus aufzurufen, wofür er am 4ten September wieder in seine Würde eingesetzt wurde. Aber noch war er nicht über die Drave, den Grenzfluß Croatiens, geschritten. Endlich als er sich schon dazu anschickte, versuchte der ungarische Reichstag den letzten Schritt: am 10ten September begab sich eine Deputation von 160 seiner Mitglieder nach Wien zum Kaiser; ihr Führer, Pazmandy, beschwerte sich in einer ergreifenden Rede über den offenen Aufstand gegen die verfassungsmäßige Regierung Ungarns, dessen Führer es offen aussprächen, daß sie im Interesse und im Namen des Kaisers handelten. „Die bewegende Kraft des Aufstandes, der in den untern Gegenden Ungarns die friedlichen Dörfer in Asche legte, unschuldige Frauen und Kinder auf eine mehr als barbarische Art niedermetzelte, sowie jenes Aufstandes, welcher von Croatien her feindlichen Einfall drohe, könne keine andere sein, als das reactionäre Bestreben, die gesetzliche Selbstständigkeit Ungarns und die Freiheit des Volks zu vernichten und die durch die Ahnen des Kaisers und diesen selbst beschwornen Gesetze zu zerreißen." Die Deputation erhielt eine ausweichende Antwort und zog schweigend ab; mit rothen Federn und einer rothen Fahne auf das Dampfschiff kehrte sie heim; am 12ten überschritt der Banus die Drau. Er zog mit kaum 8—10,000 Mann ordentlicher Truppen (das Uebrige war Landsturm) an der Südseite des Plattensee's aufwärts; besetzte, nachdem seine Vereinigung mit General Roth, der bei Fünfkirchen stand, mißlungen war*), Stuhlweißenburg, von wo aus indeß sein Vordringen durch zahlreiche Honvedschaaren (ungarischen Landsturm) gehindert wurde. Nur in geringer Entfernung von

*) Dieser traf erst Anfang Octobers mit 6—7000 Mann ein und mußte, durch Hunger und Erschöpfung genöthigt, vor den überlegenen Streitkräften der Magyaren das Gewehr strecken.

Ofen bei Scelencze wurde zwei Tage lang, am 29sten und 30sten, unentschieden gekämpft und darauf, weil auch die Ungarn noch mehr Truppen an sich ziehen wollten, ein Waffenstillstand auf drei Tage geschlossen. Diesen benutzte der Banus rasch und unvermerkt zu einem Flankenmarsch quer durch den Bakonyer Wald anf Raab und Wieselburg.

Noch einmal erschien eine Deputation des ungarischen Reichstags in Wien, um dem dortigen Reichstage die Bitte um Vermittelung vorzutragen; aber die czechische Mehrheit ließ sie nicht ein, weil die Geschäftsordnung die Zulassung von Deputationen in den Sitzungssaal verböte. Der Erzherzog Stephan verließ das ungarische Lager bei Veszprim und erschien am 25sten in Wien, um seine Würde in die Hände des Kaisers niederzulegen; auch Graf Batthyany, der frühere Ministerpräsident, mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, überzeugte sich von der Unmöglichkeit und legte am 2ten Octbr. seinen Ministerposten und sein Mandat als Reichstagsmitglied nieder. Der Kaiser aber forderte nun in einem Manifest vom 25sten Einstellung aller Feindseligkeiten in Ungarn und ernannte den Feldmarschall Graf Lamberg zum Befehlshaber aller Truppen in Ungarn. Der Reichstag indeß erklärte die Ernennung für verfassungswidrig und ungültig; und als Lamberg am 28sten in Ofen erschien, suchte ihn ein aufgeregter Volkshaufe im Hause des Festungscommandanten Hrabowsky auf, welches er indeß schon verlassen hatte, fand ihn auf der Brücke nach Pesth und ermordete ihn, den ein Wiener Akademiker Holstein und ein Ungar Dakacs erkannt hatten, auf gräßliche Weise. Der Reichstag erwählte hierauf einen Sicherheitsausschuß unter Kossuths Vorsitz zur energischen Kriegsführung gegen die plündernden Kroaten; viele Kaiserlichgesinnte flohen aus Pesth.

In Wien stieg die Besorgniß vor einem Belagerungszustand; die

von den Ungarn aufgefangenen Briefe Jellachich's an den Kriegsminister Latour, welche die demselben gewährte (von Latour oft geleugnete) Unterstützung augenfällig bewiesen, steigerten die Empörung über das falsche Spiel der Hofpartei; noch mehr aber reizte die Kunde von Jellachichs Einmarsch in Raab am 3ten (in der Richtung auf Wien zu), sowie das kaiserliche Manifest vom 3ten, welches von dem neuernannten Ministerpräsidenten Recsey in Wien unterzeichnet und am 5ten veröffentlicht, Auflösung des ungarischen Reichstags, Ungültigkeit seiner Beschlüsse, Bestrafung der Mörder Lamberg's aussprach und Jellachich zum Oberbefehlshaber aller Truppen und zum bevollmächtigten kaiserlichen Commissarius in Ungarn ernannte! Den Ausbruch führte die Weigerung des Grenadierbataillons Richter herbei, welches am Morgen des 6ten Octobers auf der Nordbahn nach Ungarn ihm zu Hülfe geschickt werden sollte. Die Bewohner der Vorstädte standen ihm gegen die dem Befehlshaber zur Unterstützung gesandten Kürassiere und die Galizier des Regiments Nassau bei, tödteten den Gen. Breda und nahmen Gen. Frank gefangen, während die Akademiker den Bahnhof besetzt hielten und Arbeiter die Schienen aufrissen. Gegen Mittag zogen sie mit erbeuteten Kanonen nach der Stadt, wo es um 1 Uhr zwischen der schwarzgelben Nationalgarde des Kärthnerviertels und dem Wiedener Bataillon auf dem Stephansplatze zum Kampfe gekommen und selbst in der Stephanskirche Blut vergossen worden war. Hierauf wurde das von Pionieren besetzte Zeughaus 12 Stunden lang belagert, mit Kanonen beschossen und der hintere Theil desselben in Brand gesteckt; endlich nach dem Abzuge der Truppen geplündert. Gegen Abend war Graf Latour aus dem Gebäude des Hofkriegsraths, welches die Wache nicht hinreichend vertheidigte, herausgerissen und trotz der Abmahmungen einiger Reichstagsmitglieder von einigen Wüthenden gemordet und an einen nahe-

stehenden Laternenpfahl aufgehängt! Die treugebliebenen Truppen führte Graf Auersperg aus der Stadt nach dem Schwarzenberg'schen Garten, von wo sie am 13ten nach Enzersdorf abzogen, um sich mit Jellachich zu vereinigen. Der Reichstag, den zu berufen der Präsident Strobach sich geweigert und bald darauf mit 36 czechischen Collegen die Stadt verlassen hatte, erklärte sich für permanent und erwählte den Polen Smolka zu seinem Präsidenten, Schuselka zum Vorsitzenden eines Sicherheitsausschusses, der mit Ausübung der vollziehenden Gewalt beauftragt und hierin von dem Ausschuß der Aula und dem neuerwählten Gemeinderathe unterstützt werden sollte. Einer Deputation, welche, Pillersdorf an der Spitze, in Schönbrunn Ernennung eines volksthümlichen Ministeriums, Zurücknahme des Manifests vom 5ten und Amnestie erbat, ertheilte der Kaiser unbestimmte Zusicherungen, floh aber am 7ten 7 Uhr Morgens in Wessenberg's Begleitung von Schönbrunn über St. Pölten, Schloß Persenbeug nach Olmütz, ungeachtet neue, rücksichtslos behandelte Deputationen des Reichstags ihn versicherten, daß in Wien gar keine Anarchie herrsche. Auch Jellachich, den ein Schreiben der Minister und der Abgeordnete Prato von weiterem Vorrücken über Bruck hinaus abhalten sollten, gab die zweideutige Antwort: „als Staatsdiener sei er verpflichtet, der Anarchie nach Kräften zu steuern, als Militär gebe ihm der Donner des Geschützes die Direction"; dabei entwaffnete er die Nationalgarden in den Dörfern und schrieb an die slavische Gesellschaft in Prag, er kämpfe für die slavische Nationalität gegen die slavenfeindlichen Wiener! In der Stadt war am 12ten Messenhauser zum Obercommandanten der Nationalgarden und der neu angeworbenen Mobilgarden gewählt worden, ein Mann von großem Eifer für die gute Sache, den er auch durch pomphafte Proclamationen bekundete, aber ohne Feldherrntalent und Entschiedenheit im Augenblicke der Gefahr;

der polnische General Bem commandirte die Artillerie. Am 17ten erschienen, von der Frankfurter Linken abgesandt, Robert Blum, Fröbel, Hartmann und Trampusch, in Wien, um den Wienern ihre lebhafte Theilnahme auszusprechen und trugen dazu bei, den Blick der bedrängten Bewohner auf Frankfurt zu richten; während die von der Centralgewalt abgesandten Commissarien Welcker und Mosle, von flüchtigen Schwarzgelben mit argen Vorstellungen über die Anarchie in Wien erfüllt, nur in Olmütz und bei den Generalen eine klägliche Rolle spielten, aber nicht einmal mit dem Reichstag und den Ministern Kraus und Bach in Wien verhandelten, sondern sich begnügten, eine nichtssagende Proclamation am 21sten anschlagen zu lassen. Aber schon am 20sten hatte der zum Befehlshaber aller Truppen außerhalb Italiens ernannte Fürst Windischgrätz die Zufuhr abgeschnitten und in einem Manifest vom 20sten Wien in Belagerungszustand erklärt; im Widerspruch mit dem kaiserlichen Manifest vom 19ten, das Aufrechterhaltung der verliehenen Freiheiten und freie Berathung des Reichstags verheißen hatte! Darum erklärte auch der Reichstag am 22sten das Manifest des Fürsten für ungesetzlich. Die von demselben am 24sten gestellten Bedingungen, allgemeine Entwaffnung, Auslieferung von 12 Studenten als Geiseln und „einiger besonderen Individuen" zur Bestrafung, konnten mit Ehren nicht erfüllt werden; da begann am 25sten der Kampf an der Taborbrücke, am 26sten der Angriff auf die Vorstädte, am 28sten eroberten die Croaten die Leopoldstadt, die Jägerzeil und Landstraße, verübten an Wehrlosen und Unschuldigen arge Greuel und brannten ohne Ursache nieder. Am 29sten wurde eine kurze Waffenruhe bewilligt, am 30sten aus Mangel an Munition die Uebergabe der nicht länger zu haltenden Stadt beschlossen und die Entwaffnung beschlossen — da ertönte um Mittag aufs Neue die Alarmtrommel, weil die lange erwarteten Ungarn endlich bei Schwechat

heranzogen, jedoch von Jellachich zurückgeschlagen wurden. Endlich am 31sten Nachmittag forderten Placate mit der Unterschrift Messenhausers und des ihm an die Seite gestellten Fenner von Fenneberg zur Niederlegung der Waffen auf; ein Theil der Burg und die Augustinerkirche, welche brannten, wurden von Nationalgarden geschützt und gerettet; Truppen zogen ein und hieben den Candelaber am Hofe um, an welchem Latour's Leiche gehangen hatte. Der Reichstag wurde am 1sten Nov. vertagt und sollte ferner in dem mährischen Städtchen Kremsier tagen, wogegen er vergeblich Vorstellungen machte; das Standgericht ward niedergesetzt und sein erstes Opfer ward am 9ten Robert Blum, während Fröbel von Windischgrätz begnadigt und von einem Policeibeamten über die Grenze gebracht ward. Groß war in ganz Deutschland, selbst bei den Edeldenkenden unter Blum's politischen Gegnern, der Unwille über diesen Hohn gegen das Parlament, dessen Mitglieder nach einem Reichsgesetze vom 30sten Sept. nur mit Zustimmung der Mehrheit vor Gericht gestellt werden durften. Aber während in Sachsen übertriebene Kundgebungen seiner Anhänger den Unwillen der Gemäßigten hervorriefen, faßte die Mehrheit des Parlaments nur den unnützen Beschluß, durch die Centralgewalt die Acten einfordern und Bestrafung der Urheber jener Hinrichtung verlangen zu lassen. Jenem ersten Opfer folgten aber noch viele Führer der Bewegung, selbst Messenhauser, welche zum Strange verurtheilt und „zu Pulver und Blei begnadigt" wurden, minder Schuldige wohl auch zu zwölfjähriger Arbeit in Eisen. Aber mit dieser Unterdrückung der deutschgesinnten Partei, mit dieser Zerreißung fast aller Bande, welche Oesterreich an das sich neu gestaltende Deutschland gefesselt hatten, mit der jetzt beabsichtigten Unterdrückung Ungarns und seiner alten Verfassung — welche man so leicht und rasch herbeiführen zu können meinte, daß Windischgrätz erklärte, mit Rebellen unterhandle er nicht —

waren noch nicht alle Hindernisse einer Einigung in dem Sinne beseitigt, wie sie die Schwarzgelben haben wollten, wie selbst das Programm des am 22sten Nov. gebildeten Ministeriums Schwarzenberg-Stadion es ahnen ließ, wenn es auch „gleiche Berechtigung und unbehinderte Entwickelung aller Nationalitäten als Ziel darstellte, getragen von der freien Gemeinde und der freieren Gestaltung der Ländertheile in allen innern Angelegenheiten, umschlungen von dem gemeinsamen Bande einer kräftigen Centralgewalt." In Bezug auf Ungarn erklärte es: „Gegen eine Partei, deren letztes Ziel der Umsturz und die Lossagung von Oesterreich ist, erhoben sich dort die in ihren unveräußerlichen Rechten gekränkten Völker: Aufrechthaltung der Gesammtmonarchie, ein engerer Verband mit uns, Anerkennung und Gewährleistung ihrer Nationalität, sind der Gegenstand ihrer Bestrebungen. Das Ministerium wird sie unterstützen mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln." So verriethen die Minister offenbar ihre Absicht, die einzelnen vorzugsweise von Slaven oder Deutschen bewohnten Landestheile von Ungarn abzureißen und dieselbe unmittelbar von dem Centrum der Gesammtmonarchie abhängen zu lassen; wobei es sich noch sehr fragte, ob dieselben nicht ihre Nationalität und ihre Freiheiten durch Provinziallandtage und Abordnung von Vertretern zum ungarischen Reichstage besser gewahrt glaubten, als durch Vertretung am österreichischen, und ob sie nicht ein gerechtes Mißtrauen gegen die Einflüsse der österreichischen Bureaukratie haben und darum eine größere Centralisation zurückweisen würden*). Auch

*) In diesem Sinne hat sich wirklich im Jul. 1849 der croatische Banalrath in Agram für das Verbleiben bei der Krone Ungarn ausgesprochen, und Jellachich hat Mühe gehabt, von demselben die Bekanntmachung der von Schwarzenberg octroyirten centralisirenden Verfassung des Kaiserstaats vom 4ten März 1849 zu erlangen.

sprachen sich schon jetzt die Slaven, nachdem das ihnen verhaßte und gefährliche deutsche Element unterdrückt worden, entschiedener für Festhalten an den gewährten Freiheiten aus; die Czechen, deren Deputirte gegen das Bündniß zwischen den Deutschen und Ungarn durch ihren Austritt protestirt hatten (ohne jedoch den Reichstag dadurch sprengen und einen abgesonderten zu Stande bringen zu können), näherten sich wieder mehr den Deutschböhmen — und ein Agramer Blatt erklärte schon, wenn Oesterreich das alte Spiel forttreiben und jetzt die Deutschen und Magyaren, dann die Slaven begünstigen wolle, um einen durch den andern in Schach zu halten und beide als Werkzeug seiner dynastischen Interessen zu benutzen, so werde kein Slave sich mehr für dasselbe bewaffnen. — —

In **Berlin** hatte das Auerswald-Hansemann'sche Ministerium der That, wie es sich nannte (vom Volke das Constablerministerium genannt), bei seinem Antritte zwar die von Camphausen verweigerte Anerkennung der Märzrevolution ausgesprochen, aber durch sein unseliges Schwanken in einer mittleren Stellung zwischen dem Hofe und der Bewegungspartei von vorn herein das Vertrauen verscherzt, indem es sich fast jedes freisinnige Zugeständniß, wie die Habeascorpusacte, von der letzteren abzwingen ließ. Zwar nahm auch allmählich die Aufregung der Gemüther ab und es wäre vielleicht den Wortführern immer schwerer geworden, ihre Haufen zu einem Putsche aufzustacheln, wenn nicht die Schutzmänner und der wachsende Trotz der durch das wahnsinnige Treiben der Volksführer in ihren Gefühlen verletzten und erbitterten Preußenvereine „für König und Vaterland", besonders in Potsdam und Charlottenburg, dem souveränen Volke mannichfachen Anlaß zu Angriffen und Beschwerden gegeben hätten. Denn selbst in den nächsten Ortschaften um Berlin lief, wer sich mit einer schwarzrothgoldnen Cocarde sehen ließ, schon Gefahr, Schläge zu bekommen,

und in Charlottenburg fanden mehrmals Mißhandlungen der Demokraten Statt, die schlimmsten am 20sten August, wo selbst der Buchladen der Gebrüder Bauer geplündert wurde. In Berlin, wo gerade der demokratische Congreß der Mark Brandenburg unter Agathon Benary's Vorsitz versammelt war, rief die Kunde davon große Aufregung hervor. Obgleich der Minister Kühlwetter auf Ansuchen einer Deputation Commissarien zur Untersuchung nach Charlottenburg geschickt hatte, wurden mehrere Gebäude der Ministerien angegriffen, und am 21sten drang sogar eine zahlreiche Volksmasse, von dem deutschkatholischen Prediger Dowiat und andern geführt, vor die Wohnung des Ministerpräsidenten Auerswald, in welcher eine zahlreiche Gesellschaft versammelt war, warf die Fenster ein und versuchte selbst hineinzudringen, was indessen Schutzmänner verhinderten. Nicht geringere Unzufriedenheit erregte die von der Polizei vorgenommene Haussuchung im Local des Handwerkervereins nach verbotenen Waffen, welche im Widerspruch mit der von der Nationalversammlung soeben berathenen Habeascorpusacte stand. Während auch von der anderen Seite der Verein der Gutsbesitzer, welcher mit den Finanzmaßregeln Hansemann's unzufrieden war, gegen das Ministerium agitirte, bereitete diesem der Stein'sche Antrag den Sturz, welcher schon einmal, am 9ten Aug., von der Versammlung angenommen, vom Kriegsminister aber nicht ausgeführt, deßhalb aufs Neue eingebracht und am 7ten September mit einer Mehrheit von 77 Stimmen angenommen wurde; hiernach sollte es den reactionär gesinnten Officieren zur Ehrenpflicht gemacht werden, aus dem Heere zu treten. Obgleich der König in einer veröffentlichten Erklärung den Ministern beistimmte, daß hierin eine Einmischung der gesetzgebenden Gewalt in den Bereich der Verwaltung liege, nahm er doch ihre Entlassung an und verhandelte zuerst mit dem Reichsfinanzminister von Beckerath und Mevissen

(auch zwei rheinischen Liberalen vom vereinigten Landtag her) über Bildung eines neuen Ministeriums. Vielleicht mochte er aber selbst Bedenken tragen, einen dritten Versuch mit Männern dieser Richtung zu machen, und ernannte am 21sten den bejahrten, aber ehrenwerthen General von Pfuel zum Kriegsminister und Präsidenten, Eichmann zum Minister des Innern, Graf Dönhof für das Aeußere, v. Bonin für die Finanzen, Kisker für Justiz; deren am 23sten an die Generalcommando's erlassene Erklärung den Stein'schen Antrag im Wesentlichen ausführte; auch gaben sie am 22sten in der Nationalversammlung beruhigende Erklärungen über die Ernennung des Gen. v. Wrangel zum Oberbefehlshaber aller Truppen in den Marken und dessen vom Volke viel bespöttelte Ansprache bei seinem Einzuge am 15ten, in welcher er den Berliner Bürgern, auf deren Straßen Gras wachse, Ruhe und Ordnung zu bringen verhieß; die Schwerter seien geschliffen, die Kugeln im Gewehr! Die Versammlung, welche seit dem 19ten im Schauspielhause tagte, aber auch hier dem Unfug der Volkshaufen vor dem Eingange ausgesetzt blieb, sprach am 22sten September mit 238 gegen 77 Stimmen ihre Mißbilligung der Frankfurter Vorfälle aus; sie nahm bald nachher den Rodbertus'schen Antrag auf Unterwerfung unter das Reichsgesetz vom 28sten Jun. mit 275 gegen 17 Stimmen an, am 4ten October das vielfach getadelte und bespöttelte Bürgerwehrgesetz (welches ein Volkshaufe am 5ten auf einem Esel durch die Straßen tragen ließ und dann verbrannte), am 12ten das bei den großen Gutsbesitzern vielfachen Anstoß erregende Jagdgesetz, und begann endlich am 11ten Oct. die Berathung über die Verfassung; wobei schon die ersten Beschlüsse über Abschaffung des „von Gottes Gnaden", Aufhebung des Adels, der Orden u. a. gewiß wesentlich beitrugen, den Widerwillen der Hofpartei und der Königlichgesinnten im Volke gegen die Versammlung aufzustacheln und so mittel-

bar ihren Fall herbeizuführen. Die durch die Nachrichten aus Wien gesteigerte Aufregung führte am 16ten zu einem Kampfe der Bürgerwehr und der am Kanalbau im Köpeniker Felde beschäftigten Arbeiter, von denen sieben getödtet und am 20sten feierlich beerdigt wurden. Seitdem belagerte das Volk jeden Abend den Sitzungssaal und zeigte den Mitgliedern der Rechten beim Herausgehen die Stricke und die Beile, durch welche sie ihren Tod finden sollten. Am ärgsten trieben sie es am 30sten, an welchem die Versammlung über den Antrag einer Zeltenversammlung berieth, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiten alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel aufzubieten. Denn als man dafür nur den Rodbertus-Berg'schen Antrag annahm, die Regierung zu nachdrücklichen Schritten bei der Reichsgewalt aufzufordern, im Interesse der gefährdeten Volksfreiten in Wien und des Bestandes des Reichstags, tobte das Volk und vernagelte sogar die Thüren des Schauspielhauses, sodaß die Versammlung gegen 12 Uhr von der Bürgerwehr befreit werden mußte. Am 2ten Nov. trat das Ministerium Pfuel zurück und der bisherige Commandirende des Schlesischen (6ten) Armeecorps Gen. Graf Brandenburg schrieb dem Präsidenten der Versammlung, daß er ein neues Ministerium zu bilden beauftragt sei, weßhalb er die Sitzungen so lange auszusetzen bitte. Die Versammlung nahm jedoch hierauf keine Rücksicht, sondern ordnete eine Deputation an den König nach Potsdam ab, um ihm zu erklären, daß Brandenburg das Vertrauen des Landes nicht besitze; worauf dieser jedoch eine unbestimmte Antwort ertheilte und die Deputation rasch entließ; bei dieser Gelegenheit rief ihm der ostpreußische Abg. Jacoby die Worte nach, „das sei eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollten." Am 8ten wurde das Ministerium unter Brandenburgs Vorsitze gebildet, in welches der Ministerialdirector von Manteuffel für das Innere, Gen. v. Stro-

tha für den Krirg, der bisherige Ministerverweser von Ladenberg für den Cultus eintraten. Sie erschienen am 9ten in der Versammlung und sprachen deren Vertagung bis zum 27sten aus, worauf sie in Brandenburg wieder zusammenkommen sollte; was einen großen Sturm hervorrief, indem man dem Ministerium das Recht hierzu bestritt. Während nun die Mitglieder der Rechten sich mit den Ministern aus dem Saale entfernten; blieb die große Mehrzahl (252) unter dem Präsidenten von Unruh zurück und tagte fort; und als am 10ten Wrangel mit 15,000 Mann in die Stadt einzog und die Bürgerwehr unter Rimpler, welche sich geweigert hatte, die Zurückgebliebenen zu zerstreuen, zum Abzuge vom Gendarmenmarkte nöthigte, verließ das Rumpfparlament den Sitzungssaal und versammelte sich im Hotel de Russie, später im Schützensaal, am 14ten im Cölnischen Rathhause, und als sie auch von hier durch Soldaten vertrieben wurden, hielten sie die letzte Versammlung am 15ten im Mielentz'schen Saale, wo sie, noch während des Eindringens einer Truppenabtheilung, den Beschluß faßten, das Ministerium Brandenburg sei nicht befugt, die Steuern einzutreiben, bis dieser Beschluß von der Versammlung wieder aufgehoben sei. Dieser Schritt, den noch am Vormittag eine Adresse der Berliner Stadtverordneten widerrathen hatte, entzog der Versammlung — die bisher für ihre, der ehemaligen Maßlosigkeit ganz unähnliche würdige Haltung viel Zustimmungsadressen, namentlich aus den Hauptstädten der Provinzen erhalten hatte — einen großen Theil der Sympathieen, zumal da er die exaltirte, sich auf das Proletariat stützende Partei in verschiedenen Theilen der Monarchie zu argen Excessen hinriß, wie in Erfurt am 24sten Nov., in Rathenow u. a. Orten. — Die Regierung, durch zahlreiche Ergebenheitsadressen an den König zum Fortschreiten auf der betretenen Bahn ermuthigt, stellte mit Hülfe der einberufenen Landwehr die Ruhe überall wieder her. In

Berlin war am 12ten der Belagerungszustand verkündet, die Bürgerwehr aufgelöst und in den folgenden Tagen entwaffnet worden; Wrangel hatte schon am 13ten 8 Zeitungen unterdrückt und für Unternehmungen gegen die bewaffnete Macht das Standrecht verkündet. Die Versammlung trat am 27sten in Brandenburg wieder zusammen, wurde jedoch erst am 1sten Dec. vollzählig, nachdem auch die Mitglieder des linken Centrums, zum Theil auf Zureden der aus Frankfurt anwesenden Abgeordneten H. von Gagern, Simson, von Boddien u. A. eingetreten waren. Doch war diese erste vollzählige Sitzung auch die letzte; denn nachdem der Antrag der neuen Ankömmlinge auf Vertagung bis zum Eintreffen des Präsidenten von Unruh verworfen worden war, verließen dieselben den Saal und machten die Versammlung beschlußunfähig, worauf diese beschloß, sich bis zum 7ten zu vertagen. Aber schon am 5ten erschien eine königliche Verordnung, welche gänzliche Auflösung der Nationalversammlung aussprach; und gleichzeitig ward die octroyirte Verfassung verkündigt, welche Zweikammersystem mit freier Wahl (in der zweiten durch alle Staatsbürger, in der ersten durch alle, die ein Vermögen von 2000 Thlr. an Werth oder wenigstens 400 Thlr. Einkünfte besäßen) anordnete und durch eine hiernach gewählte, am 22sten Februar zusammentretende Repräsentation revidirt werden sollte. Die freisinnigen Bestimmungen dieser Verfassung, in welcher nur § 105 dem Ministerium die fortdauernde Berechtigung zu ähnlichen Staatsstreichen, wie die soeben durchgeführten, ließ, söhnten viele gemäßigte Freunde der Freiheit mit dem bisherigen Verfahren der Minister aus; zumal da anzunehmen war, daß die frühere Nationalversammlung, welche nach 6monatlichem Zusammensein nur wenige Paragraphen der Verfassung zu Stande gebracht hatte, gewiß noch sehr lange zur Vollendung ihrer Aufgabe gebraucht haben würde.

Weniger erfreulich waren die zahlreichen anhängig gemachten Processe gegen Mitglieder der Linken, wie die Disciplinaruntersuchungen gegen freisinnige Staatsbeamte und Lehrer, die Verfolgungen der Presse, die zahlreich erlassenen provisorischen Gesetze und der wieder hervortretende Geist der Bureaukratie, während der Belagerungszustand mit vielfachen Quälereien gehandhabt wurde, selbst noch zur Zeit der Wahlen zur zweiten Kammer im Januar 1849. Die von den constitutionell Gesinnten gehegte Hoffnung, das Ministerium würde nach seiner „rettenden That" seinen Verdiensten die Krone dadurch aufsetzen, daß es einem freisinnigeren Platz machte, ging nicht in Erfüllung; Manteuffel, der geistige Mittelpunct desselben, blieb nicht nur bis zum Zusammentritt der Kammern (welche gleich von Anfang, trotz des Widerspruchs der Linken, die Verfassung für rechtsgültig erklärten), sondern löste auch die zweite Kammer im Mai auf, nachdem sie sich für Annahme der Reichsverfassung und gegen den Belagerungszustand ausgesprochen hatte, und octroyirte selbst ein neues Wahlgesetz für dieselbe; ein Verfahren, gegen welches selbst der Mann des Rechtsbodens, Vincke, sich erklärte und ein Mandat für die neu gewählte Kammer nicht annahm.

Die Mehrheit der Frankfurter Nationalversammlung hatte nach den Berliner Ereignissen bis zum 15ten Nov. den Steuerverweigerungsbeschluß für ungültig erklärt, aber den König von Preußen aufgefordert, ein volksthümlicheres Ministerium zu ernennen. Die Centralgewalt hatte Anfangs den Unterstaatssecretär Bassermann hingeschickt, dessen Bericht über die mit dem Belagerungszustande verschwundenen „Gestalten in den Straßen Berlins" ihn lächerlich genug gemacht hat; über 200 zurückgebliebene Mitglieder der Berliner Versammlung haben ihn überdieß mehrfacher Entstellungen und befangener Auffassung in seinem Berichte geziehen. Später wurden Simson

und Herchenhahn abgesendet, denen Graf Brandenburg und Manteuffel versprachen, keine Verfassung octroyiren zu wollen; als sie in den Gasthof zurückkehrten, lasen sie in der eben ausgegebenen Staatszeitung die neue Verfassung. Eben so wenig richteten der Präsident des Parlaments von Gagern und seine Begleiter aus, welche am 25sten nach Berlin abreisten; der Erstere soll bei dieser Gelegenheit mit dem Könige auch über die Annahme der Erbkaiserwürde verhandelt und von ihm die Antwort erhalten haben: „Das Parlament meint doch nicht, mir eine Krone anbieten zu können?" Seitdem das Ministerium Schwarzenberg in seinem Programm eine engere Verbindung mit Deutschland erst dann in Aussicht gestellt hatte, wenn beide, Oesterreich und Deutschland, jedes für sich, ihre Verfassung geordnet haben würden: begannen unter den Parteien des Frankfurter Parlaments die preußisch Erbkaiserlichen und die bayrisch-österreichisch Großdeutschen (welche ein Directorium an die Spitze der Verfassung stellen wollten) sich feindlich gegenüber zu treten. Während sie bisher einmüthig die Linke bekämpft hatten, suchte jetzt jede von beiden Parteien diese, durch welche sie die Mehrheit bekommen hätte, auf ihre Seite zu ziehen. Die nächste Folge der österreichischen ministeriellen Erklärung war das Ausscheiden der Oesterreicher aus dem Dienste der Centralgewalt am 15ten December: Schmerlings, der von Vincke heftig angegriffen worden war, des Unterstaatssecretärs von Würth und des Gesandten v. Andrian. Zum Präsidenten des Reichsministeriums wurde H. von Gagern berufen, welcher sogleich der Nationalversammlung in seinem Programm Bildung eines engeren Bundesstaats ohne Oesterreich, aber inniges Schutz- und Trutzbündniß beider mit einander als Ziel aufstellte; worin die Mehrheit ihm beistimmte und ihn zu diplomatischen Verhandlungen mit der österreichischen Regierung ermächtigte. Aber diese,

die sich wieder stark fühlte und aus den schnellen Fortschritten ihrer Waffen in Ungarn (wenigstens im westlichen Theile desselben bis Pesth) auf eine baldige Bezwingung auch dieser Feinde hoffte, erwiederte nicht nur nichts auf die Noten Gagerns, sondern erklärte an ihren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, sie sei keineswegs gesonnen, ihre Stellung in Deutschland als erste Europäische Großmacht aufzugeben; ja sie ließ sogar in den Bezirken, welche noch keinen Vertreter zum Parlament geschickt hatten, Wahlen ausschreiben! Dennoch sprach sie sich, auch in ihren späteren Noten, nie ganz deutlich über die künftige Verfassung Deutschlands, wie sie „ihr vorschwebe", aus; nur so viel ließ sie ahnen, daß sie ihre sämmtlichen Provinzen mit in den Bund eintreten lassen und demselben keine Volksvertretung, sondern nur ein Staatenhaus zugestehen wollte. So begannen jetzt (seit Jan. 1849) die Noten auch von Preußen und andern Staaten nach Frankfurt gerichtet zu werden; und man schenkte ihnen mehr Aufmerksamkeit, als den Beschlüssen der Nationalversammlung, welche zu Ende des J. 1848 einen Theil der Grundrechte veröffentlichte, die jedoch, außer in den kleineren Staaten, nur in Würtemberg und Sachsen Gesetzeskraft erhielten. Mit dem neuen Jahre wurde die Berathung über die Verfassung fortgesetzt und bei der ersten Lesung des Abschnitts vom Reichsoberhaupt kam gar kein Beschluß über die Regierungsdauer des hierzu zu wählenden deutschen Fürsten zu Stande. Die weiter sich fortspinnenden Verhandlungen, die endlich durchgesetzte Kaiserwahl am 29sten März und die Haltung der Großstaaten gegen die deutsche Verfassungsfrage ist uns noch in frischer, schmerzlicher Erinnerung!

Rückblick auf die außerdeutschen Staaten (mit Ausnahme Frankreichs).

In den übrigen europäischen Staaten war der Anstoß, der durch die Februarrevolution gegeben worden war, nicht ohne alle Wirkung geblieben, jedoch ohne in denselben (Italien ausgenommen, wo die Bewegung ja schon viel früher begonnen hatte) so große Umgestaltungen und Stürme herbeizuführen, wie dieß in den deutschen Staaten der Fall gewesen war.

Am meisten könnte die ruhige Haltung **Spaniens** befremden, wenn nicht eben die Jahrelangen vorhergegangenen Stürme und Umwälzungen, welche dieses Land, wie das angrenzende Portugal erschüttert hatten, den Erklärungsgrund abgäben, warum dort Alles erschlafft und der Ruhe bedürftig war, sodaß selbst die Progressisten, die Gegner der jetzt das Ruder führenden Moderado's, keine oder nur vereinzelte Versuche machten, wieder zur Herrschaft zu gelangen. Schon am 4. März hatte der Ministerpräsident Narvaez von den gerade versammelten Kammern die Ermächtigung zu Ausnahmsmaßregeln im Falle von Ruhestörungen verlangt, und nachdem sie ihm dieß Vertrauensvotum ertheilt hatten, am 22sten ihre Sitzungen geschlossen; erst am 15ten December wurden dieselben wieder eröffnet. Als sich im April einige Gährung zeigte, und der englische Gesandte Bulwer Argwohn erregte, als begünstige er die Gegenpartei, fühlte sich Narvaez stark genug, ihn am 5ten Mai aus Madrid fortzuweisen. Auch der Einfall Cabrera's von der französischen Grenze her am 24sten Junius hatte wenig Erfolg. —

Am meisten Vortheile hatte **Englands** äußere Politik aus dem

Sturze Louis Philipp's und Guizot's gewonnen; da diese beiden bisher, besonders seit ihrer durch die spanischen Heirathen hervorgerufenen Spannung mit Lord Palmerston, sich immer enger an Metternich und seine nordischen Verbündeten angeschlossen und so auf eine Continentalpolitik hingearbeitet hatten, welche England nicht minder gefährlich zu werden drohte als die Napoleonische. Daher hatte es schon in der letzten Hälfte des Jahres 1847 die Fortschrittspartei und den Papst in Italien gegen die Intriguen Metternich's und Guizot's unterstützt und sogar nach Rom gegen altes Herkommen einen Beauftragten, Lord Minto, gesandt; darum hatte es die freisinnige Mehrheit der Schweizer Cantone heimlich unterstützt und die gemeinschaftlichen Schritte der übrigen Großmächte zu Gunsten des Sonderbunds durch seine Zurückhaltung verzögern helfen, bis es zu spät war. Der Umsturz in Frankreich beseitigte jede Gefahr eines ferneren Anschlusses seiner Regierung an die österreichische Politik und einer fortdauernden isolirten Stellung Englands. Vielmehr trat es nun gemeinschaftlich mit der französischen Regierung vermittelnd in Italien, mit der schwedischen und russischen Regierung im dänisch-deutschen Kriege auf. Ohne Ungesetzlichkeiten verlief die Bewegung der Chartisten, welche im März zahlreiche Versammlungen, in London und Glasgow am 6ten, in Birmingham am 14ten, hielten und am 10ten April in einem ungeheuren Zuge, angeführt von Smith O'Brien, eine Riesenpetition an das Parlament brachten, in welcher allgemeines Stimmrecht aller englischen Bürger, jährliche Parlamente, Abstimmen mit Kugelung, Bezahlung der Parlamentsglieder und Wahldistricte von gleicher Größe verlangt wurden. Auch der Aufstand in Irland, wo am 1sten Juni Mitchell zur Deportation verurtheilt worden und am 17ten Jul. zu Dublin die Irische League zusammengetreten war, wurde gleich nach seinem Beginn am 26sten Jul. bewältigt, Smith O'Brien am 5ten

Aug. verhaftet und schon am 9. Sept. von den Assisen verurtheilt. Durch die Besorgnisse vor einer Ansteckung des englischen Proletariats durch die französischen und deutschen Socialisten ließen sich die conservativen Zeitungen zu gemeiner Herabwürdigung der deutschen Bewegung hinreißen. — Verlegenheiten anderer Art bereitete der Regierung das Andringen der Freihandelspartei (Cobden), die früher von Peel gegebenen Verheißungen in Betreff der gänzlichen Aufhebung der Getreidezölle und der Schifffahrtsacte zu erfüllen, was endlich trotz der Einsprüche der Protectionisten (Lord Bentink, deren eifrigster Wortführer, war am 26sten Septbr. gestorben) im Anfange des J. 1849 geschah. —

Rußland, dessen Kaiser auf die erste Kunde von den Pariser Ereignissen an Rüstungen dachte und Ende März ein grimmiges Manifest an seine gläubigen Unterthanen gegen die „Heiden im Westen" erließ (angeblich eine irrige Uebersetzung des kirchlichen Ausdrucks für „Völker") — Rußland, dessen schwer auf Deutschland lastender Einfluß durch die Märzereignisse in Wien und Berlin beseitigt schien, häufte große Truppenmassen an der polnischen Grenze an, die jede Ansteckung innerhalb derselben verhüten, erforderlichen Falles auch die Revolution jenseit der Grenze bekämpfen sollten. Denn die Adelspartei in Wien, in München und anderswo schaute sehnsüchtig nach Osten, von wo sie Wiederherstellung ihrer gebrochenen Macht hoffte; und klug wartete Rußland die Zeit ab, wo das Revolutionsfieber etwas nachgelassen und die Tollheit der radicalen Führer auch die ehemals so russenfeindlich gesinnten vormärzlichen Liberalen, namentlich die Männer des großen Besitzes, bekehrt haben würde. Nur den dänischen Uebermuth gegen Deutschland stützte es durch Geldunterstützung und durch die Drohung, mit 200,000 M. in Preußen einzufallen, wenn Jütland nicht geräumt würde. Dagegen benutzte es eifrig die Gelegenheit, in

den unter seinem Schutze (!) stehenden Donaufürstenthümern gegen die Freiheitsgelüste der in Frankreich angesteckten jungen Bojaren einzuschreiten. In Folge der Erschütterung von Westen her hatten diese gehofft, des russischen Drucks und der Willkührherrschaft der Hospodaren sich entledigen zu können. In einer Versammlung zu Jassy am 8ten April entwarfen sie eine die Beschwerdepuncte enthaltende Bittschrift, welche sogar von einigen Ministern unterzeichnet wurde, und übergaben sie dem Hospodaren, Michael Stourdza, welcher am 10ten Alles bewilligte, mit Ausnahme der Nationalgarde und der Auflösung der Kammern. Aber wenige Tage darauf ließ dieser die jungen Bojaren durch seine Söldner fort und auf türkisches Gebiet schleppen; auch ließ er alle Bojaren, welche früher über ihn in Petersburg oder Constantinopel Klage geführt hatten, aus der Stadt weisen. Ein russischer Ukas machte die Hospodaren beider Fürstenthümer für Aufrechthaltung der Ruhe verantwortlich und verhieß Bekämpfung des revolutionären Geistes in ihren Ländern. Der Hospodar der Moldau war fortan ein gänzlich von Rußland abhängiges Werkzeug, welches ihn fallen lassen konnte, sobald es ihm beliebte, und auch der Fürst der Walachei, Bibesko, verbot im Mai, aus Argwohn gegen die walachische literarisch-politische Bewegung in Siebenbürgen, alle daselbst erscheinenden walachischen Zeitungen und den von seinem Großkammerherrn Eliade herausgegebenen Kurier Romanesk; ebenso verweigerte er zwei Professoren die Erlaubniß zur Theilnahme an der siebenbürgischen Versammlung zu Blasendorf. Große russische Truppenmassen wurden an den Grenzen der Moldau aufgestellt; dennoch schlug die Nationalpartei rasch los, vielleicht im Vertrauen auf das bisherige rechtliche Verfahren der Pforte, welche stets für die Freiheit der Fürstenthümer entschieden hatte.

Dennoch setzten, nachdem am 22sten Jun. die Revolution in Bu-

charest begonnen, am 25sten der russische Consul seine Protestation eingereicht, da Hospodar Bibesko abgedankt hatte und durch eine provisorische Regierung am 26sten ersetzt worden war, schon am 6ten und 7ten Julius russische Heermassen über den Pruth und rückten am 10ten in Jassy ein. Die provisorische Regierung der Walachei floh erschreckt aus der Walachei, kehrte aber wieder zurück, als die Russen in der Moldau blieben und auch türkische Truppen in derselben erschienen. Ende Juli erkannte sogar die Pforte im Einverständniß mit dem englischen Gesandten die walachische Constitution an; aber nachdem die Unterhandlungen mit dem russischen Gesandten und die Truppenanhäufungen in Bessarabien fortgedauert hatten, erschien am 31sten Jul. Soliman Pascha in Bucharest, löste die provisorische Regierung auf und setzte eine Kaimakamie ein, bestehend aus den vom Volke gewählten Eliade, Golesku und Tell, welche ebendarum von den Russen nicht anerkannt wurde. Als Soliman gar von dem russischen Generalconsul Duhamel Zurückziehung seiner Truppen selbst aus der Moldau verlangte, erhielt er nicht nur keine Antwort, sondern wurde auch (sicher auf dringendes Verlangen der Russen) zurückgerufen und durch Fuad Effendi ersetzt, der nun türkische Truppen in Bucharest einmarschieren ließ, welchen russische nachfolgten, und die rumanische Bewegung mit Gewalt unterdrücken halfen, auch gegen Ende des Jahres den von Gen. Bem bedrängten Sachsenstädten in Siebenbürgen, Hermannstadt und Kronstadt vorübergehende Hülfe leisteten. Mit anzuerkennender Freigebigkeit verhieß die russische Regierung den Fürstenthümern 300,000 Rubel für den Unterhalt ihrer Truppen, die zum Besten der Fürstenthümer anwesend wären, zu borgen!

Wohl war Rußland auch im Stillen bemüht (namentlich durch Bearbeitung der Flüchtlinge in Paris), den in Posen und Galizien durch die

verunglückten Versuche gegen die deutschen Herrscher neu angefachten Deutschen-Haß der Polen zu seinen Gunsten auszubeuten; denn bedeutungslos war es gewiß nicht, daß, während die Herrscher Preußens und Oesterreichs ihren polnischen Unterthanen eine nationale Reorganisation zusagten, von Warschau eine Deputation nach Petersburg ging, um den Kaiser um Vereinigung aller ehemals polnischen Provinzen unter seinem Scepter zu bitten! Es wurde schon früher gedacht, zu welchen strengen Maßregeln in **Galizien** Ende April die Anhäufung zahlreicher zurückgekehrter Auswanderer in Krakau und die Anforderungen des Nationalcomités in Lemberg Anlaß gaben. Später lehnte das Landvolk die von den polnischen Gutsbesitzern angebotene Aufhebung der Robot ab, weil ihm von der Regierung ein Gesetz darüber verheißen ward, welches auch am 18ten Mai erschien. Um endlich die Gutsbesitzer im Schach zu halten, erinnerte der Gouverneur Graf Stadion die Landbewohner in den 12 östlichen Kreisen an ihre ruthenische Abstammung und verhieß auch ihnen Anerkennung ihrer Nationalität, wofür sie ihm am 30sten Jun. ihren Dank für den ihrer (neu erfundenen) Nationalität geleisteten Schutz aussprachen. Ja auch nach seinem Abgang zum Reichstage und seiner Ersetzung durch von Zalesky erschien am 8ten Oct. ein Erlaß, welcher eine künftige Scheidung der polnischen und ruthenischen Theile Galiziens verhieß; bis dahin und bis zu einer höheren Ausbildung der ruthenischen Sprache solle der Unterricht in den Gymnasien und auf der Universität Lemberg in polnischer Sprache ertheilt werden. Der Schrekken und die Erbitterung der Polen hierüber führte zu offenem Aufstande in Lemberg am 31sten und zu mehrtägiger Beschießung der Stadt durch Feldmarschalllieutenant Hammerstein, welcher am 2ten Nov. Auflösung des Nationalraths, Ablegung des polnischen Adlers

und Entwaffnung der polnischen Legion erzwang und den Belagerungszustand über Lemberg verhängte. Obgleich nun die Ruthenen sofortige Theilung verlangten, beeilte man sich doch nicht damit; auch war bei dem niedrigen geistigen Standpuncte derselben und bei dem Zustande ihrer Sprache kaum daran zu denken. — —

Auch in den **scandinavischen** Reichen regte sich das Verlangen nach Verfassungsreform. In **Dänemark** hatte der neue König schon bei seiner Thronbesteigung an der Stelle des seit 1660 geltenden Königsgesetzes eine Verfassung verheißen und der am 26sten Oct. zusammengetretene Reichstag berieth, auch nachdem das Casinoministerium am 15ten Nov. einem weniger radicalen hatte weichen müssen, eine sehr freisinnige Constitution, welcher der König in der Mitte des Jahres 1849 seine Genehmigung ertheilte. In **Schweden** dagegen, wo der verstorbene König Karl Johann bis zu seinem Tode sich der Reform hartnäckig widersetzt hatte, und wo die Regierung auch jetzt noch aus Schwäche von der ultraconservativen Partei allzu abhängig blieb, fand der von ihr im Mai 1848 eingebrachte Entwurf zur Verfassungsrevision wegen der vorwiegenden Berechtigung der Hochbesteuerten vielfachen Tadel und Widerspruch; und es wurde gegen Ende des Jahres die Forderung eines außerordentlichen Reichstags zur Revision der Verfassung immer ungestümer ausgesprochen. Von der anderen Seite führte der hartnäckige Widerstand der Adelspartei gegen die Vorlagen zur Vereinfachung der Steuerverfassung eine heftige Erbitterung des von den übrigen Ständen im Stich gelassenen Bauernstandes herbei. —

Nicht weniger machte sich in **Holland** das Bedürfniß einer Umgestaltung der veralteten Generalstaaten fühlbar, welche nicht nur bisher nicht aufgelöst werden konnten, sondern auch nur beschränkte Be-

fugnisse, namentlich bei der Verwilligung des Budgets, hatten. Den am 7ten März eröffneten Generalstaaten wurden Gesetzentwürfe hierüber vorgelegt, welche indeß wegen ihrer Erbärmlichkeit einen heftigen Sturm erregten und von den öffentlichen Blättern geradezu als nichtswürdig bezeichnet wurden, sodaß die Minister ihre Entlassung nehmen mußten. Die neu eintretenden aus den Reihen der Opposition, Luzac, Dirk, Dunker, Curtius und Lightenveld (nur Graf Schimmelpennink fand kein Vertrauen und mußte nach der Wiedereröffnung der Generalstaaten am 9ten Mai zurücktreten) setzten eine Commission zur Untersuchung der Fragen über grundgesetzliche Aenderungen nieder. Die Ende Junius gemachten Vorlagen erregten abermals Unzufriedenheit, besonders wegen des allzu hohen Steuercensus für die wählbaren Mitglieder der zweiten und ersten Kammer. Gegen Ende des Jahres ward die öffentliche directe Wahl zu beiden Kammern durchgesetzt. — In der auswärtigen Politik Hollands führte die Klage der zum deutschen Bunde geschlagenen Limburger (denen ihre Behörden nicht einmal das Aufstecken deutscher Farben erlaubten) über die doppelten ihnen aufgebürdeten Lasten einen entschiedenen Beschluß des Frankfurter Parlaments herbei, welcher die weiteren Verhandlungen mit der holländischen Regierung der Centralgewalt überließ. Der unglückliche Ausgang indeß, den das Parlament nahm, veranlaßte den Abgeordneten Limburgs im Mai 1849 zur Erklärung seines Austritts aus demselben.

Am friedlichsten verlief die Entwickelung in **Belgien**, dessen König durch sein ehrliches Verharren in der Beobachtung der von ihm beschworenen Verfassung den Beweis lieferte, daß da, wo diese Ehrlichkeit waltet, ein hoher Grad politischer Freiheit mit dem monarchischen Princip vereinbar ist. Gleich nach der Februarrevolution hatten die Kammern dem Ministerium Rogier 12 Mill. zu außerordentlichen

Bedürfnissen bewilligt und seine Vorlage über Herabsetzung des Wahlcensus auf 20 Frcs. Steuer angenommen; bei den neuen Wahlen fielen sowohl die Candidaten der republikanisirenden Partei der Alliance, als die der früher so einflußreichen Geistlichkeit durch. —

Ein Blick möge noch auf die **Schweiz** verstattet sein, deren Kämpfe im November und December 1847 die mittelbare Ursache zum Sturze Louis Philipp's und Guizot's gewesen waren und bei welchen schon die Schwäche und Erfolglosigkeit der Metternichschen Politik im Kampfe mit England sich gezeigt hatte. Nachdem die Städte Freiburg und Luzern durch Gen. Dufour's geschickte Operationen fast ohne Blutvergießen erobert worden waren, die übrigen Bundesglieder capitulirt und die Häupter des Sonderbunds Siegwart Müller, Salis Soglio u. A. mit den Jesuiten sich nach der Lombardei geflüchtet hatten, kamen die Noten der Gesandten Frankreichs und Oesterreichs zu Gunsten der Letzteren zu spät an, und auch eine Note der drei nordischen Mächte vom 19ten Jan., welche die von der öffentlichen Meinung dringend geforderte Revision der Bundesverfassung von der Zustimmung der Großmächte abhängig gemacht wissen wollte (weil diese die Neutralität der Schweiz 1815 nur unter den bestehenden Verhältnissen anerkannt hätten) fand wenig Beachtung. Bald lenkten die Februar- und Märzereignisse die Aufmerksamkeit von der Schweiz ab, in welcher nun schon im März der Verfassungsentwurf ausgearbeitet, von der am 3ten Jul. in Bern zusammentretenden Tagsatzung berathen und trotz der Erklärung des sonderbündlerischen Cantons Zug vom 22sten Aug. und der übrigen Mitglieder des ehemaligen Sonderbunds, sich der neuen Verfassung nicht unterwerfen zu wollen, am 12ten Septbr. angenommen und ohne Widerstand eingeführt wurde, worauf am 6ten Nov. der neu gewählte Nationalrath (die Volksvertretung) und der

Ständerath (aus je zwei Abgeordneten jedes Cantons) in Bern zusammentraten und am 16ten die gemeinschaftliche oberste Regierungsbehörde, den Bundesrath, wählten. An die Spitze desselben traten der Züricher Furrer als Präsident und der Berner Ochsenbein (einst Oberanführer der Freischaaren gegen Luzern) als Vicepräsident. — Die Stimmung in der Schweiz gegen die neue Gestaltung der Dinge in Deutschland war schon in der Mitte des Jahres 1848 eine unfreundliche geworden, weil die Schweizer Radicalen es den Deutschen nicht verziehen, daß sie vor den Thronen stehen geblieben waren und die republikanische Erhebung in Baden im April nicht besser unterstützt hatten. Die in die Schweiz entkommenen Flüchtlinge fanden die beste Aufnahme und trafen offen Vorbereitungen zu einem neuen Einfalle unter günstigeren Umständen, weßhalb eine Note des badischen Ministerresidenten von Marschall vom 30. Jun. und des Bundestags vom 5ten Jul. über die Nachsicht der Behörden in den Grenzcantonen Beschwerde führte. Allein die radicale Mehrheit der Tagsatzung erklärte den Antrag auf bessere Ueberwachung der Flüchtlinge für unbegründet und belobte die Grenzcantone wegen ihrer musterhaften Handhabung der Policei. Man duldete die militärische Organisation der Handwerkervereine und veranlaßte durch offene Versorgung der Lombarden mit Kriegsvorräthen auch Radetzky zu strengen Maßregeln gegen den Canton Tessin. Am 12ten September fand Raveaux als Gesandter der Centralgewalt in Bern gute Aufnahme, aber in Folge des gleich darauf erfolgten Einfalls Struve's in Baden mußte er eine heftige Note vom 4ten Oct. übergeben, in welcher nur die dem kleinen Lande gegenüber geführte herrische Sprache Mißbilligung fand, weil man sie gegen einen andern mächtigern Nachbar nicht geführt haben würde. Auch wurde durch sie eine leidenschaftliche Entgegnung der Tagsatzung und

hierdurch wiederum eine Grenzsperre hervorgerufen; und erst die strengere Handhabung der Grenzpolicei von Seiten der inzwischen ans Ruder gekommenen gemäßigteren Bundeshäupter trug zur Herstellung eines besseren Einvernehmens bei. Denn gegen Ende des Jahres und im Laufe des J. 1849 trat auch in der allgemeinen Stimmung der Schweizer ein Rückschlag gegen die Uebertreibungen der radicalen Partei ein, welche in den Cantonen des ehemaligen Sonderbunds vielfache Härten und Verfolgungen gegen die Anhänger der gestürzten Partei, in Waadt sogar Bedrückungen gegen die reformirten Geistlichen sicher erlaubt hatte.

Schlußwort.

Vor 13 Monaten wurden, im frischen Eindrucke der Wiener Octobertage und der Berliner Novemberereignisse die ersten Blätter dieser Schrift niedergeschrieben. Die trübe Stimmung, von welcher sie Kunde geben, ist durch das, was seitdem geschehen ist, hinreichend gerechtfertigt worden. Aber daß es so weit kommen würde, daß das ganze Werk des Frankfurter Parlaments mißlingen, daß dieses selbst durch Abrufungsbefehle der einzelnen größeren Regierungen (deren Ungesetzlichkeit selbst die Gemäßigten anerkannten) und durch die Zaghaftigkeit einzelner Clubs zu einem kleinen entschiedenen Häuflein zusammenschwinden würde, welches nach der verfehlten Verlegung nach Stuttgart und der Ernennung einer machtlosen Reichsregentschaft endlich durch Bajonette und Säbelhiebe aus einander gesprengt wurde — wer hätte das ahnen sollen?

Schwere Schuld an dem Mißlingen des Einigungswerks tragen die Regierungen der kleineren deutschen Königreiche (mit Ausnahme Würtembergs, dessen Minister Römer, selbst der Linken des Parlaments angehörig, noch am 25sten April im einmüthigen Zusammenwirken mit Kammern und Volk den König zur unbedingten Anerkennung der Reichsverfassung drängte), weil sie ihre Souveränetätsgelüste nicht aufgeben mochten; die schwerste **Bayern**, das ja zu allen Zeiten dem Reichsfeinde sich in die Arme geworfen hat, um bei der allgemeinen Noth des Vaterlands einen Lappen Landes erschnappen zu können. So forderte eine königliche Verordnung im April die Staatsbürger auf, bei der Wahl zum Parlament vor Allem zu bedenken, daß sie Bayern sein und Bayern bleiben wollten; und gegen Ende des Jahres 1848 erklärte der Gesandte von Cetto in London, Bayern werde sich für den Fall der Errichtung eines preußischen Erbkaiserthums nicht unterwerfen! In solchem Geiste hat auch von der Pfordten, der schon als sächsischer Minister Opposition gegen die Centralgewalt gemacht hatte, seit dem April 1849 als bayrischer Minister des Auswärtigen das deutsche Einigungswerk beharrlich hintertrieben. Auch die Huldigung am 6ten Aug. 1848 war durch das damalige Ministerium verkümmert worden, welches am 12ten eine strenge Verordnung gegen die demokratischen Vereine erließ und am 27sten Sept. die Führer der Demokraten in München (obgleich sich diese ganz auf dem gesetzlichen Boden gehalten hatten) auf eine alberne Angeberei eines leichtgläubigen Hasenfußes verhaftete, aber nach wenig Tagen freigeben mußte. Desto nachsichtiger und fahrlässiger zeigten sich die Behörden bei einem Bierkrawall am 16ten Oct., wo unter den Augen der Soldaten und der Landwehr mehrere reiche Brauer geplündert und ihr Eigenthum zer-

stört wurde; man hätte gar zu gern eine Ursache gehabt, den Belagerungszustand zu proclamiren! Darum auch zeigte man sich ungemein nachsichtig bei jeder Brutalität der Soldaten gegen das Volk, wie sie im J. 1849 noch häufiger vorkamen.

Mit ähnlicher Hartnäckigkeit und gleichen Absonderungsgelüsten zeigte sich der einst so gefeierte Stüve in **Hannover** im Einverständniß mit seinem ihm früher so feindlich gesinnten Könige. Der Erklärung gegen die Unterordnung unter die Centralgewalt wurde schon oben gedacht; die Huldigung am 6ten Aug. wurde auch nicht ausgeführt, und nur am 12ten befohlen, daß die hannöverschen Soldaten auch die deutsche Cocarde tragen sollten. Doch leistete Hannover seine Beiträge zur Flotte und entsendete auf Anordnung der Centralgewalt im October 5000 Mann, welche in Altenburg und Gera lange einquartirt blieben, endlich am Ende des Jahres nach der Unterelbe abzogen, um im Frühjahr abermals in Schleswig-Holstein mitzukämpfen.

In **Sachsen**, wo die in Gegensatz zu den deutschen (constitutionellen) Vereinen getretenen demokratischen Vaterlandsvereine, im Ministerrathe durch Oberländer vertreten, bald durch ihre Thätigkeit und Regsamkeit ein großes Uebergewicht erlangt hatten, ging gerade von diesen seit der Haltung der „Centralpoliceigewalt" in Frankfurt im September und der sie stützenden Mehrheit im Parlamente die Opposition gegen Frankfurt aus, wie sich dieß in ähnlicher Weise auch in der Berliner Nationalversammlung kundgegeben hatte. So kam die gegenseitige Eifersucht der Volks- und Landesvertretungen, wie in Oesterreich die der Nationalitäten, den der deutschen Sache und der freien Entwickelung weniger freundlich gesinnten Regierungen zu Statten, welche seit den Siegen der Heere in Wien und Berlin sich

wieder fester und stärker fühlten. Für Deutschland war der glückliche Moment, zur Einheit zu kommen, durch die Fehler der verschiedenen Parteien vorüber gelassen worden und die Zerreißung in ein Nord- und Süddeutschland scheint jetzt unvermeidlich. Jetzt heißt es nicht mehr: „Kein Preußen, kein Oesterreich, sondern ein einiges Deutschland!" sondern „Ein Preußen, Ein Oesterreich und ein zwischen beide getheiltes Deutschland!"



Louis Napoleon Bonaparte,

Präsident d. franz. Republik



W. H. Beſſeler

Mitglied der provisor. Regierung zu Schleſwig Holstein.

Steindr. v. E. Walther jun. Weimar.



Pius IX.



Fürst zu Windischgrätz,

k. k. österreichischer Feldmarschall.



General v. Auerswald.

Mitglied der const. Nationalversammlung

† d. 18. Sept. 1848.



Felix Fürst Lichnowsky.

Mitglied der const. Nationalversammlung

† d. 18. Sept 1848.



Franz Raveaux.

Mitglied der const. Nationalversammlung



Heinrich Simon,

Mitglied d. const. Nationalversammlung.



Jellachich.

Ban von Croatien.











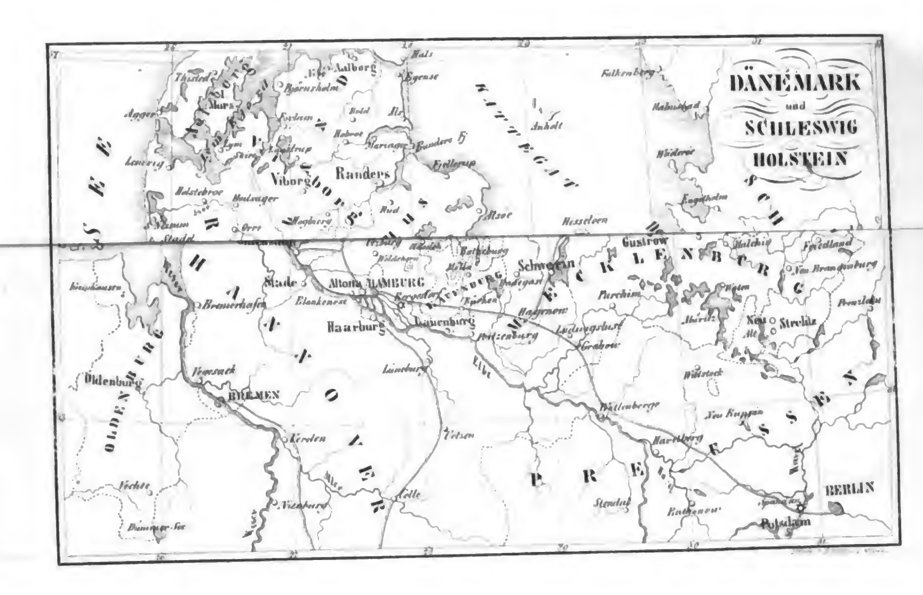


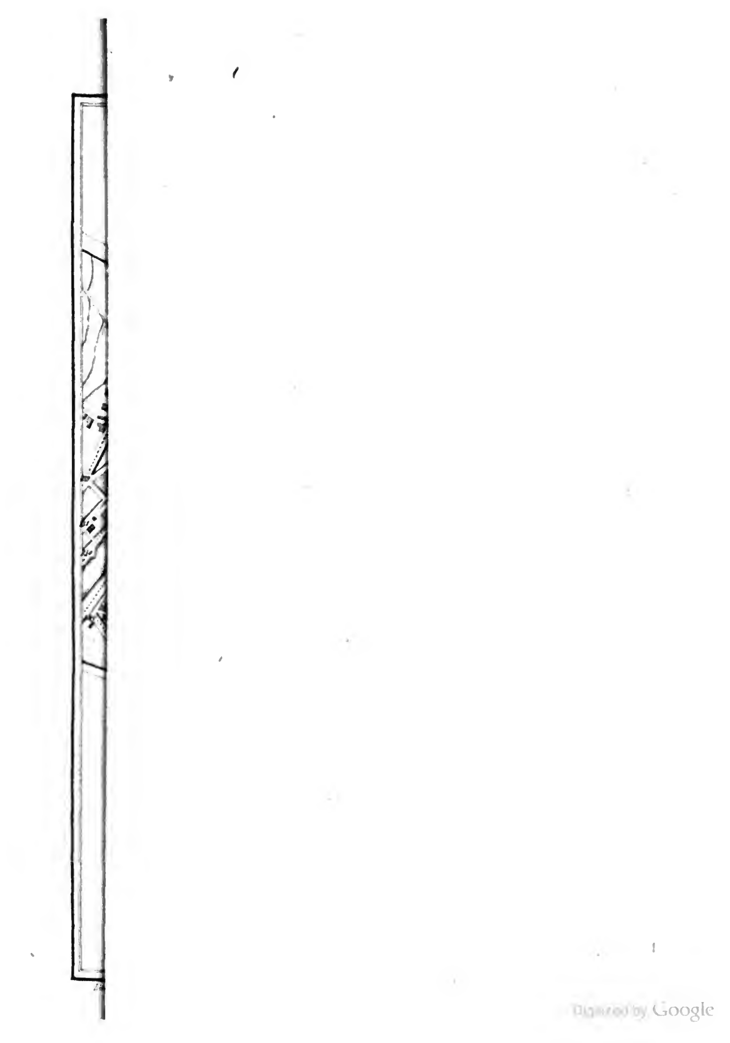


WIEN №3.



Robert Blums Tod in der Brigittenau den 9. Novb 1848.


DÄNEMARK
und
SCHLESWIG
HOLSTEIN
Aalborg
Randers
Viborg
Thisted
Lemvig
Schwerin
Gustrow
Stade
Altona
HAMBURG
Haarburg
Lauenburg
BREMEN
Oldenburg
OLDENBURG
Bremerhafen
Verden
Lüneburg
Uelzen
Celle
Parchim
Hagenow
Ludwigslust
Grabow
Wittenberge
Neu Strelitz
Neu Brandenburg
Friedland
Prenzlau
Havelberg
Rathenow
Potsdam
BERLIN
Falkenberg
Anhalt
Elbe
Weser



Erläuterungen

zu dem

Plane von Paris

mit besonderer Rücksicht auf die Februarkämpfe.

Der älteste (schon vor der Römerherrschaft bewohnte) Theil der Stadt ist die größte und am meisten nordwestlich gelegene der drei Inseln in der Seine, Ile du Palais genannt, weil der jetzige Justizpalast (t) im westlichen Theile derselben den früheren Königen zur Residenz diente. Diese Altstadt (Cité) erhielt nun aber schon früh einen Zuwachs auf dem nördlichen Ufer (Neustadt, Ville) und einen andern auf dem südlichen, der sich um die Gebäude der hochberühmten und starkbesuchten Universität herum gruppirte und daher Université oder Quartier latin genannt wurde; beide Stadttheile erhielten allmählig neue Vergrößerungen, verschmolzen mit den ihnen zunächst gelegenen Vorstädten (Bourgs) auf dem rechten Ufer B. St. Germain Auxerrais, nouveau bourg St. Germain, B. l'Abbé, beau Bourg, B. Thiboust, auf dem linken B. St. Geneviève, und wurden zu Ende des 12ten Jahrhunderts von Philipp August vor seinem Kreuzzuge mit einer 7 Fuß starken Mauer und 500 Thürmen umgeben, welche im Norden beinahe halbkreisförmig von dem Thurme des Louvre (P) bis zur Brücke Pont-Marie (l) reichte, im Süden bei der Brücke de la Tournelle (m) anfing, und in einem Halbkreise, der die

Kirche Ste. Geneviève (z) mit einschloß, bis zum Thurm de Nesle (dem Louvre gegenüber) reichte. Eine weitere Ausdehnung gewann Paris unter Karl V. dem Weisen in der letzten Hälfte des 14ten Jahrhunderts, welcher seine Residenz auf der Insel (Cité) dem Parlament einräumte und den Palast des Tournelles, auf der Stelle der heutigen Place Royale (24), bezog, in dessen Nähe er die Bastille (11) erbaute. Seine Mauer ging im westlichen Theile der Stadt von der Seine durch den Garten des nachmaligen Palais Royal (F) nach dem Thore St. Denis (R) und folgte von da nach Westen und Süden der Linie der innern Boulevards (6, 7, 8, 9, 10) bis zum Arsenal (f). Unter Ludwig XIII., welcher 1629 den Bau des Palais Royal beginnen ließ, wurde die Stadtmauer auf der Nordwestseite erweitert, indem ein Theil der damals sogenannten Vorstädte St. Honoré, Montmartre und der Districte (quartiers) Feydeau und St. Roch mit aufgenommen wurde, sodaß auch auf der westlichen Seite des rechten Ufers die Umfangsmauer fast so weit reichte, als die Linie der innern Boulevards (1, 2, 3, 4, 5) läuft, vom Thore St. Denis (R) bis zum Thore St. Honoré (zwischen 28 und 29), und auch vor diesem letzteren Thore wurden so viele Häuser gebaut, daß die neue Vorstadt bis zu den Dörfern le Roule (innerhalb der Barrière gl. N. 136) und Ville l'Evêque (westlich von dem Palast Elisée-Bourbon (B) reichte. Nachdem endlich unter Ludwig XIV. und XV. viele neue Straßen auch außerhalb dieser Mauer entstanden waren, ließ Ludwig XVI., unter dessen Regierung die Häuserreihen an den innern Boulevards des rechten Ufers mit schönen Façaden und Säulengängen verziert wurden, 1788 auch die neugebildeten Vorstädte mit einer Umfangsmauer umgeben, zu welcher 58 Barrièren mit schönen Zollhäusern (für die städtische Einnahme, Octroi) den Zugang bewachen (äußere Boulevards). Die Mauer selbst hat eine Länge von 6 Lienes ($3^1/_2$ Meile) oder 24,100 Metres (74,308 Fuß); die größte Länge der Stadt in der Richtung des Flusses von dem Triumphbogen der Etoile (A) bis zur Barrière von Picpus (163) beträgt 8,400 Metres (25,900 Fuß); die größte Breite der Stadt quer über den Fluß von der Barrière von la Villette (148) bis zur Berrière d'Enfer (175) beträgt 6000 Metres (18,500 F.). Die ganze Stadt mit Einschluß der

Vorstädte ist in 12 Bezirke oder Arrondissements getheilt, deren Nummern auf dem Plane mit römischen Zahlen bezeichnet sind; jedes derselben zerfällt in 4 Viertel (quartiers) und hat einen Maire (Bürgermeister oder Schultheiß) an seiner Spitze; den gemeinsamen Mittelpunct aber bildet das Stadthaus, Hôtel de ville (e), am Grèveplatze (23), in welchem die Bureaus des Präfecten des Seinedepartements sich befinden. Dieses liegt ziemlich nahe dem Mittelpuncte der Stadt, von welchem die Straße St. Antoine (73) bis zum Bastillenplatze, und die Straße der Vorstadt St. Antoine (74) bis zum Platze du Trône (25) gegen Osten ausgeht; in entgegengesetzter Richtung läuft die Straße St. Honoré (29) an dem Platze des Palais Royal (21) vorbei und die Straße der gleichnamigen Vorstadt (28) nach der Barrière du Roule (136), ihr parallel die Rivolistraße (33) an der Nordseite des Tuilerienschlosses und seines Gartens (D) hin nach den Elyseischen Feldern. Von Norden her laufen fast parallel die Straßen St. Denis (53) und St. Martin (59) [mit den gleichnamigen Vorstadtstraßen (54 und 55) bis zu den Barrièren St. Denis (146) und des Verlus (147)] nach den Brücken Pont au Change (*h*) und P. Notre Dame (*i*); über die letztere gelangt man auf die Ile du Palais und zwar in die Straße der Altstadt, Rue de la cité (79), am Hôtel Dieu (i) vorbei über die kleine Brücke, petit Pont (*q*), in die Straße St. Jacques (91), welche bis zur Barrière von Armeuil (174) reicht; in derselben kommt man rechts an der Sorbonne (dem alten Universitätsgebäude w) vorbei, weiterhin sieht man links den nur durch eine schmale Querstraße getrennten Platz des Pantheon (27) vor der Kirche Geneviève (z), hinter welcher die polytechnische Schule liegt. In derselben Straße liegt links das Val de grace (y) und nahe dem Ende der Straße zur Rechten die Sternwarte, Observatoire (x); hinter dieser giebt der Mont Parnasse einem Theile der Boulevards (16) und einer Barrière (176) den Namen. Nahe dabei ist der Palast Luxembourg (s) mit seinem großen Garten, in welchem früher die Kammer der Pairs, nach der Februarrevolution die Arbeitercommission Louis Blanc's ihre Sitzungen hielt. Auf demselben Ufer steht die Militärschule (k) am Ende des Marsfelds und das Hotel der Invaliden (l), in welches sich die Herzogin von Orleans am 24. Februar von der Deputirtenkammer (n) aus flüchtete;

diese hängt mit dem Palast Bourbon*) (m) zusammen. Von dem Platze vor derselben gelangt man über die Eintrachtsbrücke *(c)* auf den Eintrachtsplatz, Place de la Concorde (18), in dessen Mitte der Obelisk von Luxor steht; hier und in den nahe liegenden Boulevards de la Madeleine (1) an der gleichnamigen Kirche (C), sowie an dem Boulevard des Capucines (2), wo am Eingange der Straße gl. N. (186) das Hotel Guizot's steht, fanden die ersten Aufläufe Statt. Auf dem rechten Ufer sind außerdem noch wichtige Puncte im I. Bezirk die Tuilerieen (D), welche durch ein Gitter vor dem Carrouselplatze (20) getrennt sind und längs der Seine durch eine von zwei Pavillons (darunter der de l'Horloge) unterbrochene Galerie mit dem Louvre (P, im IV. Bez.) zusammenhängen; diesem zunächst steht die jetzt geschlossene Kirche St. Germain l'Auxerrais (Q); nördlich von den Tuilerieen ist das Palais Royal, dessen Eingang gegenüber (21) das Wachhaus Chateau d'Eau am 24sten der Zielpunct heftiger Angriffe war. Andere Schauplätze waren der Markt St. Honoré (42) westlich vom Palais Royal, das Quartier der Verkaufshallen (22) östlich von demselben, und die engern Straßen bei dem Markte St. Martin und nahe dem nördlichen Theile der Straße St. Martin (59) siehe den Plan 52, 53, 60, 61.

Bedeutende Gebäude

I. (im ersten Bezirk.)

A Triumphbogen der Etoile.
B Palast Elisée Bourbon.
C Kirche Madeleine.
D Palast der Tuilerieen.

II.

F Palais Royal.
G Bibliothek.
H Kirche Notre Dame des Victoires.

---

*) Wohl zu unterscheiden vom Palaste Elisée-Bourbon (B) an der Straße der Vorstadt St. Honoré im I. Bezirk, in welchem jetzt der Präsident der Republik Louis Napoleon wohnt.

I Börse.
K Opera.
L Hôtel des Menus Plaisirs.
M Kirche St. Vincent de Paul.

III.

N Kirche St. Eustache (in der innern Stadt).
O Gefängniß St. Lazare (Arbeitshaus für Frauen).

IV.

P Palast des Louvre.
Q Kirche St. Germain l'Auxerrais.

V.

R Porte St. Denis.
S Porte St. Martin.
T Hospital St. Louis.

VI.

U Palast des Temple (zwischen diesem und dem Bastillenplatze (11) ist das Viertel des Marais).

VII.

V Kloster St. Méry.
W Mont de Piété zunächst der Zahl VII. rechts unten.

VIII.

X Markt Popincourt.
Y Gefängniß de la Roquette.
Z — Bicètre.
a Hospital des Quinze-Vingts.
b — des Orphelins (Waisen).
c — St. Antoine.
d — militaire.

IX.

e Hôtel de ville (Stadthaus).
f Arsenal.
g Kirche St. Louis en l'île auf der Ile St. Louis.
h — Notre Dame auf der Ile du Palais.
i Hôtel Dieu auf derselben.

X.

k Militärschule.
l Hotel der Invaliden.
m Palast Bourbon. } zunächst der Concorde-Brücke (c).
n Deputirtenkammer. }

o Hospital der Charité.
p Palast des Institut de France am Pont des Arts (*f*).
q Hôtel des Monnaies am Pont neuf (*g*).

XI.

r Kirche St. Sulpice.
s Palast des Luxembourg (Pairskammer).
t Justizpalast im westlichen Theile der Ile du Palais.
u Ecole de médecine.
w Sorbonne.

XII.

x Observatoire (Sternwarte), zunächst der südlichsten Barrière 173.
y Val de Grace (jetzt Militärhospital).
z Panthéon (vor 1790 und von 1815—1830 Kirche St. Geneviève).
aa Halle aux vins.
bb Jardin des Plantes (zoologischer Garten).
cc Hospital der Salpetrière.

Boulevards.

1—12 Boulevards du Nord (auf dem rechten Seineufer, von Westen nach Osten zu).

1 Boulevard Madeleine.
2 — des Capucines.
3 — des Italiens.
4 — Montmartre.
5 — Poissonnière.
6 — St. Denis.
7 — St. Martin.
8 — du Temple.
9 — des Frères du Calvaire.
10 — St. Antoine.
11 Platz der Bastille.
12 Boulev. Bourbon.

13—17 Boulevards du Midi (auf dem linken Ufer von Osten nach Westen).

13 Boulevard de l'Hôpital.
14 — des Gobelins.
15 — St. Jacques.
15 b — d'Enfer.
16 — du Mont Parnasse.
17 — des Invalides.

Oeffentliche Plätze (von Westen her).

18 Place de la Concorde (jetzt Place de la Revolution), in deren Mitte der Obelisk von Luxor.
19 Place Vendôme (mit der Säule Napoleon's).
(42 Marché St. Honoré.)
20 Place du Carrousel.
21 — du Palais Royal.
(42 — des Victoires.)
22 Carreau de la Halle.
23 Place de l'Hôtel de Ville (Grèveplatz).
24 — Royale (nahe dem Bastillenplatze) mit der Bildsäule Ludwigs XIII.
(11 Platz der Bastille.)
25 Place du Trône, in der Vorstadt St. Antoine
26 — Dauphine im westlichen Theile der Ile du Palais.
27 — du Panthéon.

Brücken

(Stromaufwärts von Westen nach Osten).

a Pont de Jena.
b — des Invalides.
c — de la Concorde (jetzt de la Revolution).
d — Royal.
e — du Carrousel.
f — des Arts.
g — Neuf (mit der Reiterstatue Heinrich's IV.).
h — au Change.
i — Notre Dame.
k — d'Arcole.
kk — Louis-Philippe.
l — Marie.
m — de la Tournelle.
n — d'Austerlitz.
o — de Bercy.
p — St. Michel.
q — Petit Pont.
r — Pont au Double.
s — de l'Archevêché.

Straßen.

I. Bezirk.

28 Rue du Faubourg St. Honoré.
29 — St. Honoré.
30 — de la Pepinière.
31 — St. Lazare.
32 Avenue des veuves.
33 Rue Rivoli.
34 — Chartres.
35 Cours de la Reine.

II.

36 Rue Clichy.
37 — de la Chaussée d'Antin.
38 — — — Paix (nördl. vom Place Vendôme).
39 — Richelieu (nach dem Boulev. 4 zu).
40 — neuve des petits Champs.
41 Place des Victoires.
42 Marché St. Honoré.
43 Rue Bergère.
44 — de Provence, deren westl. Fortsetzung die Rue St. Nicolas, die östliche die R. Richer ist.

III.

45 Rue Montmartre.
46 — du Faubourg Montmartre.
47 — Montorgueuil.
48 — Poissonnière.
49 — du Faubourg Poissonnière.
50 — Hauteville.
51 — Lafayette.

IV.

52 — du Chevalier du Guet, nördlich von der Brücke *h*.
53 — St. Denis.

V.

54 — du Faubourg St. Denis.
55 — — — St. Martin.
56 Canal St. Martin.
57 Rue neuve St. Nicolas.
58 — des Marais.

VIII.

59 Rue St. Martin.
60 — Aumaire.
61 — Phelipeaux.
62 — Beaubourg.
63 — Transnonain, die nördliche Fortsetzung von 62.
64 — du Temple, der südwestliche Theil derselben heißt R. St. Avoye.
65 — vieille du Temple.
66 — du Faubourg du Temple.
67 — de Ménilmontant.
68 — St. Maur.
69 — de Popincourt.
70 — de St. Louis in der innern Stadt nahe dem Boulev. 9.
71 — de la Roquette.
72 — de Charonne.
73 — St. Antoine.
74 — du Faubourg St. Antoine.
75 — de Charenton.
76 — de Bercy.

IX.

77 — des Prêtres.
78 — de l'Hôtel de ville.
79 — de la Cité.
80 — d'Arcole.

X.

81 — de l'Université.
82 — Dominique.
83 — de Grenelle.
84 — de Sèvres.
85 — de Lille.
(186) Rue de Poitiers.

XI.

86 Rue de Seine.
87 — Vaugirard.
88 — Notre Dame des Champs.
89 — de l'Ouest.
90 — de l'Est.

XII.

91 — St. Jacques.
92 — du Faubourg St. Jacques.

94 Rue de la Santé.
94 — Pascal.
95 — Mouffetard.
96 — du Jardin du Roi.
97 — St. Victor.
98 — de Seine.
99 — de Pontoise.
100 Rivière (Bach) de Bièvre.

Dämme (Quais), welche am Ufer der Seine hinlaufen.

A. Auf dem rechten Seineufer (von Westen nach Osten):

101 Quai Debilly.
102 — de la Conférence.
103 — des Tuileries.
104 — du Louvre.
105 — de l'Ecole.
106 — de la Mégisserie.
107 — de Gèvre.
108 — Pelletier.
109 — de la Grève.
110 — des Ormès.
111 — St. Paul.
112 — Morland.
113 — de la Rapée.

B. Auf dem linken Seineufer (von Westen nach Osten):

114 Quai d'Orsay.
115 — Voltaire.
116 — Malaquais.
117 — Conti.
118 — des Grands Augustins.
119 — St. Michel.
120 — de la Tournelle.
121 — St. Bernard.
122 — de l'Hôpital.

C. Auf der Insel der Cité:

123 Quai de l'Horloge.
124 — — la Cité.
125 — des Orfèvres.

D. Auf der Ile St. Louis:

126 Quai de Bourbon.
127 — d'Anjou.
128 — d'Orleans.
129 — de Bethune.

Barrièren

auf dem rechten Ufer der Seine:

I.

130 Barrière de Passy.
131 — — Franklin.
132 — St. Marie.
133 — de Longchamps.
134 — des Bassins.
135 — de Neuilly.
136 — du Roule.
137 — des Courcelles.
138 — de Chartres.
139 — — Monceaux.

II.

140 — — Clichy.
141 — Blanche.
142 — Montmartre.
143 — des Martyrs.
144 — Rochechouart.

III.

145 — Poissonnière.

V.

146 — St. Denis.
147 — des Vertus.
148 — de la Villette.
149 — de Pantin.
150 — du Combat.
151 — de la Chopinette.

VI.

152 — — Belleville.
153 — — Ramponneau.
154 — des trois Courtines.

VIII.

155 — de Ménilmontant.
156 — des Amandiers.

Nachtrag.









